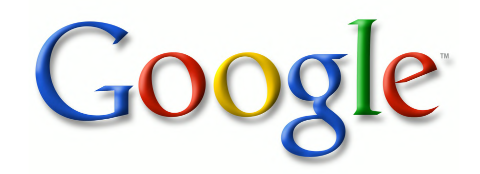
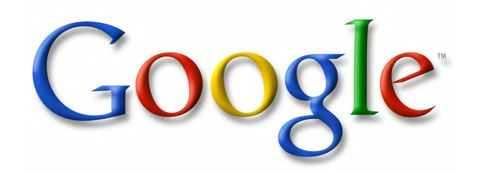
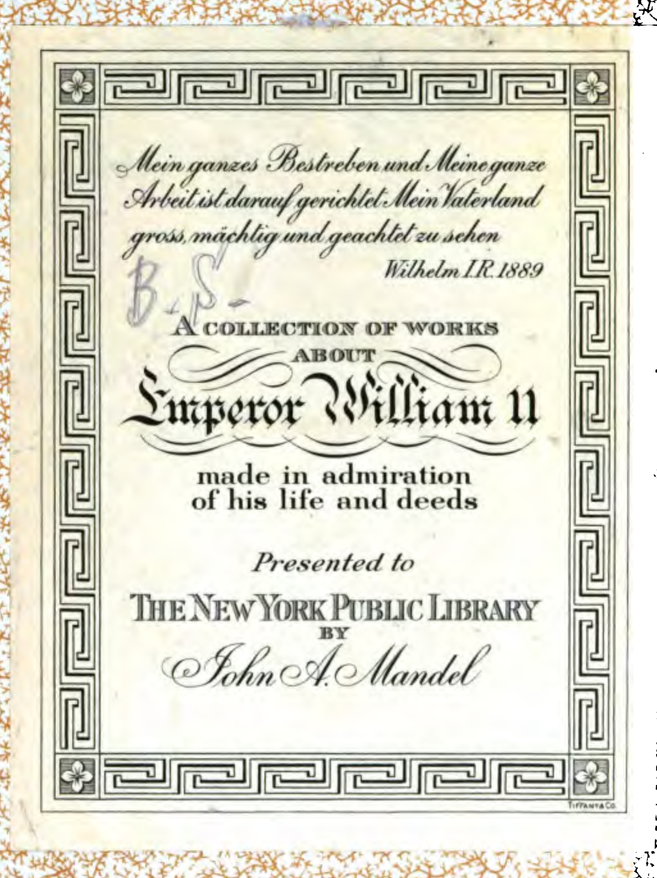
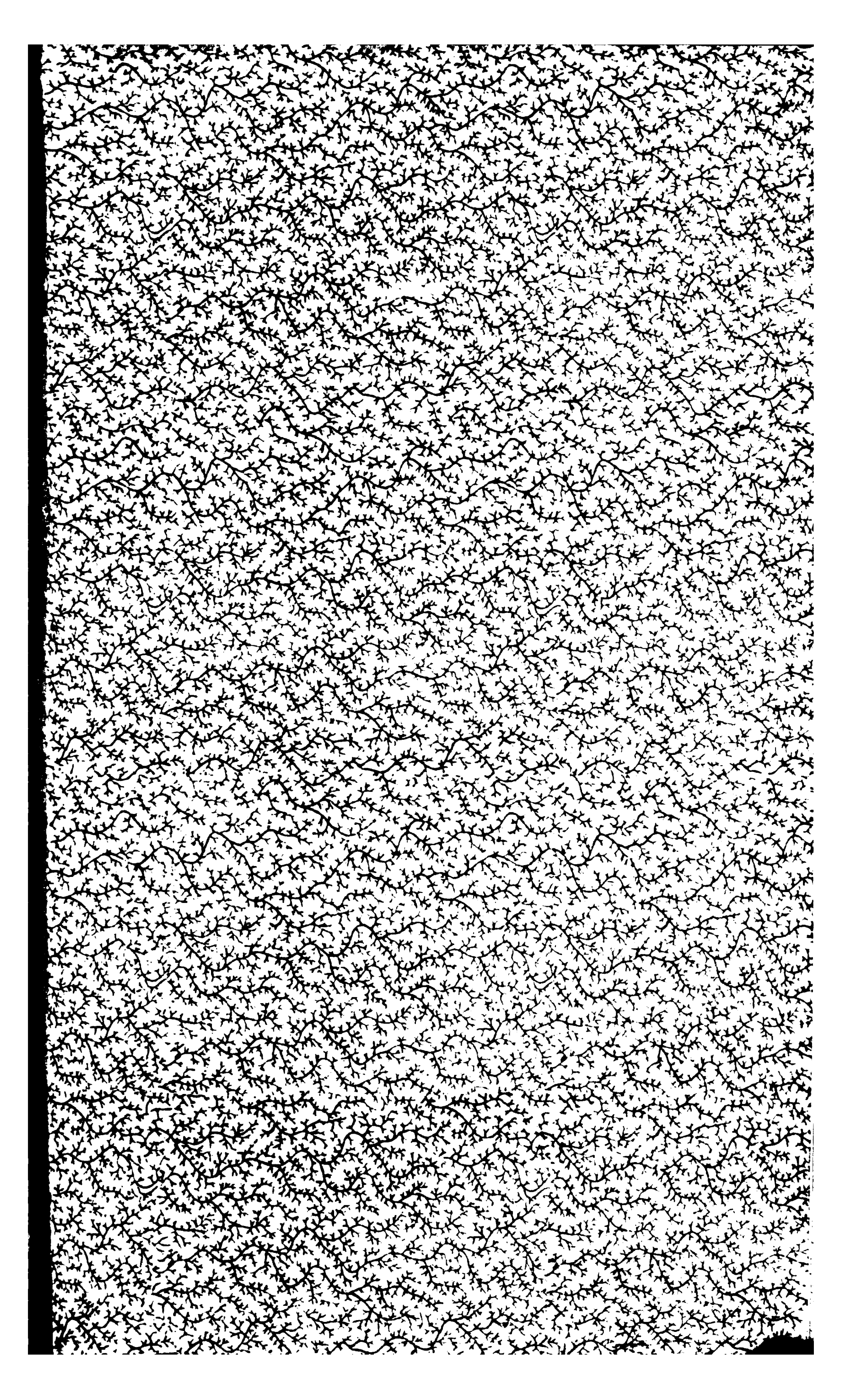
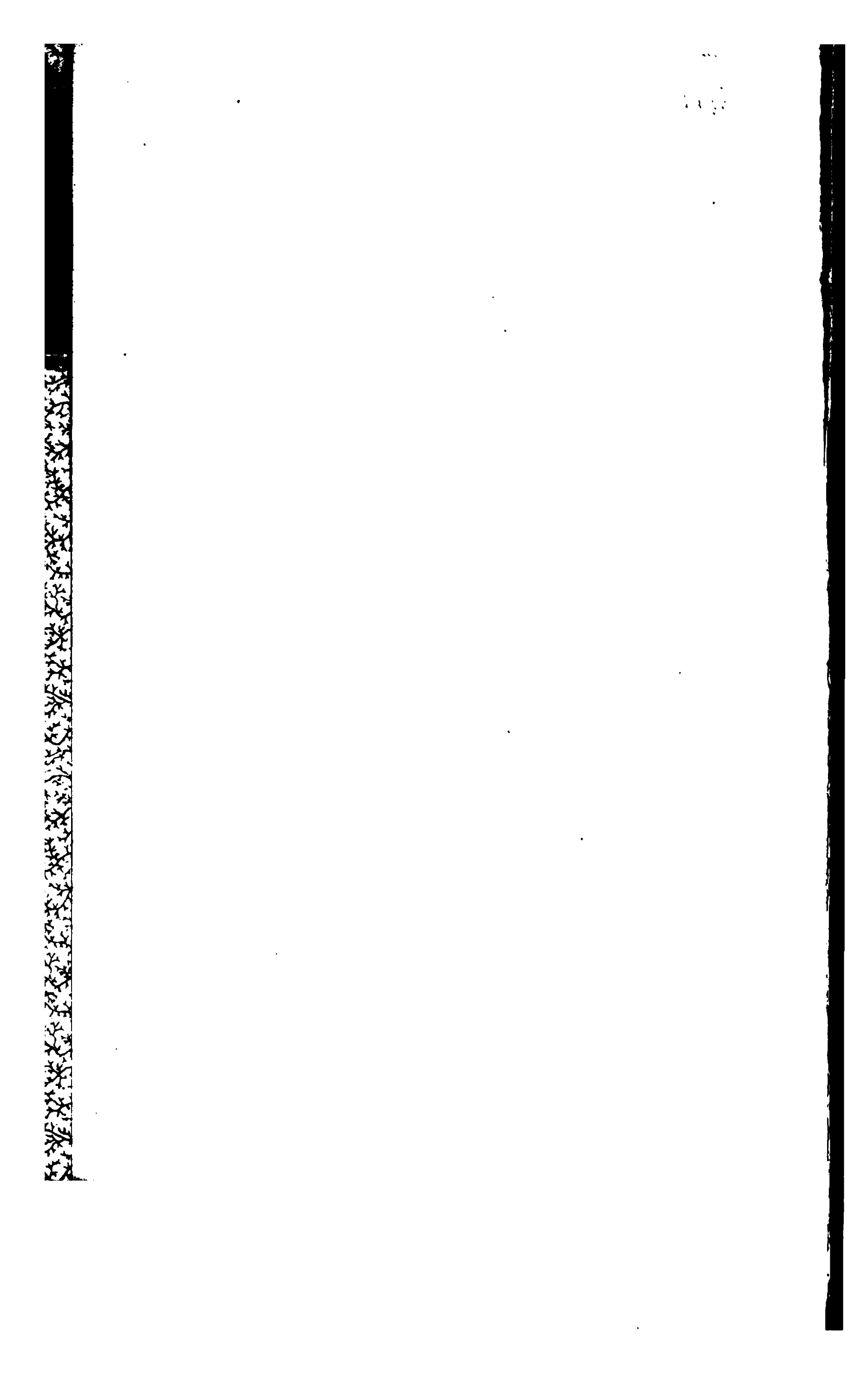


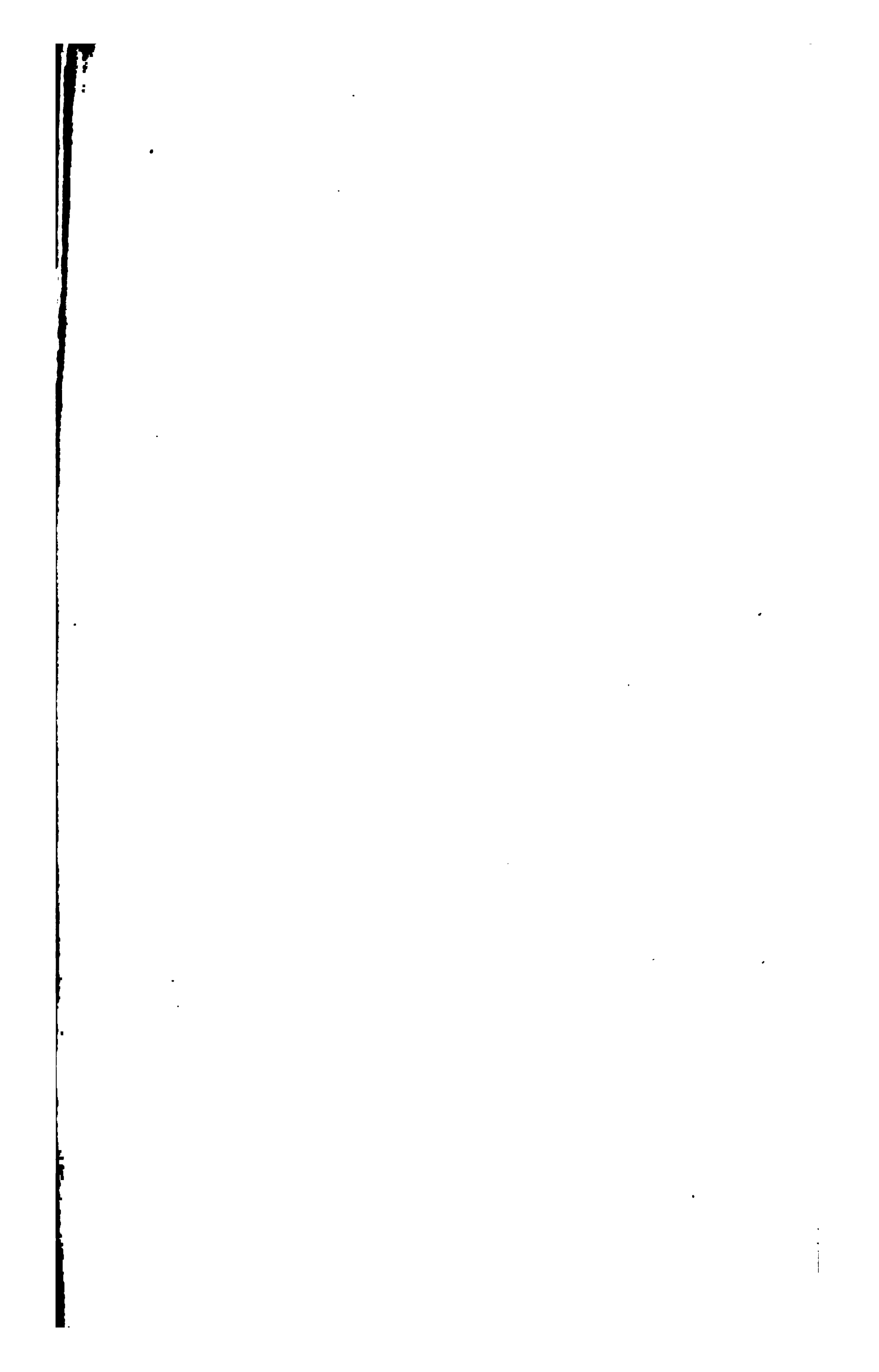




Mein ganzes Bestreben und Meine ganze Arbeit ist darauf gerichtet Mein Vaterland gross, mächtig und geachtet zu sehen
Wilhelm I.R. 1889
B. S.
A COLLECTION OF WORKS
ABOUT
Emperor William II
made in admiration
of his life and deeds
Presented to
THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY
BY
John A. Mandel
TIFFANY & CO.







'npolitisc
'eheime
– Ein p
ehaft –
'reisen
– Aus

AUS DER

BERLINER GESELLSCHAFT

UNTER

KAISER WILHELM II.

INHALT:

npolitische Damen — Graf von Caprivi — Die Hofkonservativen — eheime Räte — Am Kastanienwäldchen — Der selige Krückstock - Ein päpstlicher Nuntius in Berlin — Aus der polnischen Gesellschaft — Graf Hohenthal und Graf Schulenburg — Aus militärischen reisen — Aus der diplomatischen Welt — Aus der Haute Finance - Aus dem roten Schloss — Corpsstudenten am Hofe — Zwei Gelehrte — Die Kunst am Hofe — Hofdichter.

BERLIN SW.
VERLAG HUGO STEINITZ.
1892.

1. Williamson, Sermon on [illegible]

2. B[illegible] — [illegible]

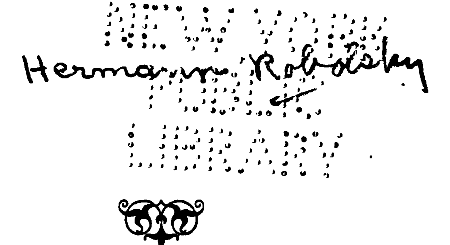
Aus der Berliner Gesellschaft unter Kaiser Wilhelm II.

Aus der

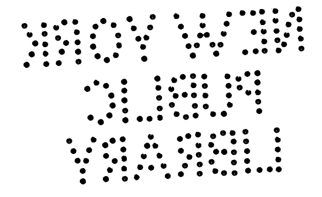
Berliner Gesellschaft

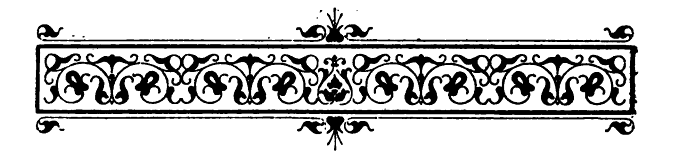
unter

Kaiser Wilhelm II.



Berlin SW.
Verlag Hugo Steinitz.
1892.





Unpolitische Damen.

Die Thätigkeit politischer Damen hat der Berliner Hof schon gründlich kennen gelernt, bis in die neueste Zeit hinein. Man muß die „Erinnerungen" der Lady Bloomfield, Gattin des ehemaligen Gesandten am preußischen Hofe, Lord Bloomfield, lesen, um von den zur Zeit des Krimkrieges in Berlin sich durchkreuzenden Strömungen und dem hohen Anteil, den die russisch gesinnte Königin Elisabeth und die für England begeisterte Prinzessin Wilhelm (spätere Kaiserin Augusta) an dem Kampfe der Parteien am preußischen Hofe nahmen, ein lebhaftes Bild zu gewinnen. Einen anderen Kampf gab es zur Zeit des Konfliktes Preußens mit Österreich. Wir lernen aus den Erinnerungen des Freiherrn v. Vitzthum, daß in den Jahren 1864 und 1865 zeitweise ein förmlicher Bund der Frauen an den europäischen Höfen bestand, um durch gemeinsame Anstrengungen, insbesondere durch Einwirken auf Kaiser Wilhelm I. diesen zur Entlassung seines

Ministerpräsidenten zu bestimmen. Die „Kronprinzessin“, so schrieb eine dem Hofe nahestehende Dame dem Freiherrn v. Vitzthum am 26. Januar 1865, „sei von der Gefahr durchdrungen, welche die jetzige Richtung der preußischen Politik für die Zukunft ihrer Kinder haben könnte. Sie klagte, daß bei „the infatuation of the poor King” ihr eigener und des Gatten Widerstand auf Kosten der Popularität beider erfolgen müsse. Noch schärfer spitzte sich die Sache im Frühjahr 1866 zu. Damals richtete die Königin Victoria von England einen Brief an König Wilhelm, in welchem sie ihn dringend vor dem Kriege mit Oesterreich und vor den Ratschlägen seines Ministers warnte. Die Kronprinzessin setzte alles daran, um den Sturz des Mannes herbeizuführen, welcher, wie die Folge lehrte, ihr und ihren Kindern die Kaiserkrone auf das Haupt setzen wollte. Sie fand bei allen diesen Unternehmungen die entschiedene Bundesgenossenschaft der verwittweten Königin Elisabeth von Preußen, der Gemahlin Friedrich Wilhelms IV. Diese ging in ihrer Freundschaft für Oesterreich, in ihrem Streben den Krieg zu verhindern, so weit, daß sie den König Wilhelm darüber interpellierte, ob er wirklich ein Bündnis mit Italien gegen Oesterreich abgeschlossen, und sie schrieb ihrer Schwester, der Erzherzogin Sophie von Oesterreich, der Mutter des Kaiser Franz Josef, einen Brief, in welchem sie ihre Unterredung mit König Wilhelm mitteilte. Man kann sich denken, welche tiefe Verstimmung, oder besser gesagt, welche furchtbare Gereiztheit zu jener

Zeit in dem Grafen Bismarck lebte, da er in dem Hof des Kronprinzen den Mittelpunkt aller gegen seine Macht und seine Pläne gerichteten Anschläge erblicken mußte, ja, man kann sagen, daß, nicht durch die Schuld des Grafen Bismarck, damals für lange Zeit sein Verhältnis zu dem Hofe des Kronprinzen erbittert wurde. So ist es begreiflich, daß er unmittelbar nach dem Siege von Königgrätz seinen Triumpf über die Frauen des Königlichen Hauses ausnützte und mit Hinblick auf die Erfolge seiner Politik den Rest ihres Einflusses für die ganze Lebenszeit bei Kaiser Wilhelm brach legte. Selbst Fernstehenden gegenüber äußerte er sich im Vollgefühl seines Sieges, wie ja auch Graf Seherr-Thoß in seinen schon im Jahre 1884 erschienenen Erinnerungen erzählt, daß ihm, dem Führer eines ungarischen Emigrantenkorps, Bismarck gesagt habe: „Beim König wurde ich von allen Seiten als verkappter Demokrat verdächtigt. Dieser Kampf kostet mich meine Nerven, meine Lebenskraft! Aber besiegt habe ich sie Alle, Alle!“ „So rief er,“ fügt Graf Seherr-Thoß hinzu, „mit der Hand heftig auf den Tisch schlagend, und nannte drei weibliche Namen, die ihm besonders viel Ärgernis bereitet zu haben scheinen.“

Die Thätigkeit der politischen Damen in Berlin hat sich im französischen Kriege, im Kulturkampf und anderswo bis in die letzten Jahre fortgesetzt. Die Entfremdung des heutigen Kaisers und seiner erlauchten Mutter, die der Zeit von San Remo entstammt, scheint über den ceremoniellen Verkehr Beider noch

nicht hinaus gekommen. Die Entfremdung hatte sich anfangs auf den ganzen englischen Hof übertragen. Es ist bekannt, daß das Schweigen über England in der ersten Thronrede des Kaisers auf einen ausdrücklichen Befehl desselben zurückzuführen ist, während die amtlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen keineswegs getrübt waren. Seit dem Tage, wo der Dey von Algier dem französischen Konsul mit dem Fliegenwedel einen Schlag ins Gesicht versetzte, ist kein Vertreter einer Großmacht von einem fremden Souverän so behandelt worden, wie der preußische General von Winterfeldt, der die Meldung von der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. am englischen Hofe zu überbringen hatte, von der fremden Souveränin. Kaiser Wilhelm II. und der Prinz von Wales gingen sich lange weit auseinander, u. a. im Herbst 1888, als sie in Wien waren. Auf seiner langen Tour durch Deutschland zu jener Zeit besuchte Kaiser Wilhelm viele deutsche Fürsten, nur seinen Onkel in Darmstadt nicht.

In Osborne 1889 erfolgte die Versöhnung mit der Großmutter. Die Mutter hält sich immer noch im gesellschaftlichen Hintergrunde. Sie verhält sich vollends politisch ganz passiv. Sie, zu der der verstorbene Gemahl gewohnt war, hinaufzublicken, von der eben dieser einst selber gesagt, seine Unterordnung unter sie sei eine „völlige,“ die Frau voller Energie und scharf ausgeprägtem Charakter, läßt nirgends eine Spur ihrer Initiative gegenüber dem jungen Sohne durchblicken. Ihre Klugheit verbietet ihr, einen

Einfluß auf denselben auch nur zu wünschen. Die Entfremdung beider macht zumal jeden direkten Einfluß unmöglich. Es ist wunderbar, daß diese zurückhaltende Dame aus ihrer Reserve hat heraustreten können, um eine politische Mission nach Paris zu übernehmen, eine Mission, die sogar einer künftigen Reise des Kaisers nach der Hauptstadt Frankreichs den Boden bereiten sollte. „Die Franzosen überlassen Sie mir: mit denen werde ich allein fertig," dachte der Monarch wohl in jener Zeit.

Anfangs hielt man die Reise der Kaiserin nach Paris im Februar 1891 für einen verfrühten Aprilscherz. Bald wurde man eines besseren belehrt. „Der Draht — so schrieb die „Vossische" am 19. Februar — spielt von Paris nach allen Ländern der Welt, und wo man von der Thatsache erfährt, da wird sie als ein politisches Ereignis ersten Ranges, das ebenso unerwartet wie erfreulich ist, begrüßt. Der Mut, das Vertrauen einer edeln Frau kann bei einem ritterlichen Volke nicht anders als mit Anerkennung und Entgegenkommen gelohnt werden. Die Franzosen hätten sich selbst geschändet fühlen müssen, wenn die Ehrfurcht, welche der viel geprüften Dulderin und Menschenfreundin gebührt, auch nur durch den gehässigen Ruf eines Pflastertreters verletzt worden wäre. Eine solche Besorgnis hat sich nicht bestätigt. Kaiserin Friedrich ist in der Seinestadt angekommen, und mit entblößtem Haupte haben ihr die Massen stillschweigend ihren Gruß entboten.

„Kein Mitglied der deutschen Kaiserfamilie hat

seit der blutigen Auseinandersetzung, welche Napoleon heraufbeschworen hatte, französischen Boden betreten. Seit geraumer Zeit aber mehren sich die Anzeichen einer ruhigeren und versöhnlicheren Stimmung auf beiden Seiten. Die Franzosen haben erfahren, daß das Deutsche Reich nicht das Land der Barbaren sei, als welches es ihnen geschildert wurde. Herr v. Lesseps wurde in Berlin ebenso gefeiert wie Herr Jules Simon. Die Vertreter Frankreichs auf der Arbeiterschutz-Konferenz wurden ebenso ausgezeichnet wie die französischen Ärzte auf dem medizinischen Kongreß. Das Beileidsschreiben, welches Kaiser Wilhelm dem Präsidenten der Pariser Akademie der Schönen Künste anläßlich des Todes Meissoniers sandte, konnte eine tiefe menschliche Wirkung nicht verfehlen. Auf dem Festmahle bei dem Botschafter Herbette sprach der deutsche Herrscher die Hoffnung aus, es würden sich recht viele französische Meister an der bevorstehenden Jubiläums-Ausstellung des Vereins Berliner Künstler beteiligen; und auf der jüngsten Versammlung dieses Vereins erschien als willkommener Gast der erste Sekretär der französischen Botschaft. Nun aber meldet der Draht, daß der Präsident der Republik einen Würdenträger deutscher Wissenschaft, Helmholtz, zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt habe. Dies alles sind Vorgänge, welche die dankenswerte Gewißheit geben, daß die Spannung zwischen beiden Nationen wenigstens in etwas nachgelassen hat. Der augenfälligste Beweis für diese Thatsache ist der Besuch der Kaiserin Friedrich in

Paris. Die Mutter des deutschen Herrschers hat diese Reise, wie sich von selbst versteht, nur im Einverständnisse mit dem Kaiser unternommen. Es ist ebenso selbstverständlich, daß ein solcher Schritt vorher von dem verantwortlichen Leiter der Politik erwogen und gebilligt ist. Wenn die erlauchte Frau sich in die Mitte des französischen Volkes begiebt, so wird man gewiß sein, daß sie von keinen anderen als edeln Beweggründen geleitet wird. Sie liebt, wie ihr heimgegangener Gemahl, den Frieden; sie liebt und schätzt die Künste. Sie ist die geeignetste Person, die Probe zu machen, ob der Rassenhaß stärker sei als die Kultur und Civilisation. Und ihre Zuversicht in die besseren Seiten der menschlichen Natur wird hoffentlich nicht getäuscht werden. Erklärt doch jetzt schon Herr Bouguereau, der Ehrenpräsident der Internationalen Künstler-Genossenschaft, im „Figaro," daß er die Einladung zu der Berliner Ausstellung sofort angenommen habe, indem er ganz besonders an die Würdigung der französischen Kunst durch die Kaiserin Friedrich erinnert, und fügt doch Detaille in demselben Blatte hinzu, daß auch er in Paris ausstellen werde, da die frühere Zurückhaltung deutscher Künstler von Paris nur von dem Fürsten Bismarck verschuldet war.

„Die Wechselbeziehungen der Personen wie der Künste, Wissenschaft und Gewerbe sind am ehesten im Stande, die Leidenschaften der Völker einzudämmen und die Nationen zu friedlicher gemeinschaftlicher Arbeit im Dienste der Menschheit zusammenzuführen.

Der Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris wird den Glauben an die Erhaltung des Friedens stärken; er wird einen großen Teil der französischen Künstlerschaft bewegen, dem Beispiel Bouguereaus und Detailles zu folgen. — „Die französische Kunst wird den schönsten Saal im Berliner Palaste erhalten; der Kaiser wünscht ihnen große Ehre zu erweisen“: so hat Graf Münster, nach dem „Figaro“, vor den französischen Künstlern geäußert. — Das schöne Vorbild der Versöhnlichkeit ist dieses mal auf deutscher Seite. Wird es in Frankreich allenthalben Nachahmung finden? Niemand kann sich unterfangen, völkerpsychologischen Prozessen die Wege zu weisen. Aber soll man nicht hoffen dürfen, daß das Vorgehen Deutschlands, der Anblick der Mutter des deutschen Kaisers, von den besseren Geistern, den Führern der Nation, den Hypnotismus der Vergeltung abstreifen werde? Die Völker begrüßen in der Reise der Kaiserin Friedrich ein geschichtliches Ereignis, mit dem Wunsche, bald seine heilsamen Wirkungen zu verspüren.“ So die „Vossische Zeitung.“

Welche furchtbaren Enttäuschungen wurden solchen Illusionen bereitet! Die Damen am preußischen Hofe haben schon längst sich um die Mission beworben, Frankreich zu versöhnen. Kaiserin Augusta bezeugte nach dem Kriege viel Sympathien für die Franzosen. Ihrem Herzen that es unendlich wehe, daß seit dem Kriege eine so bittere Feindschaft die beiden Nationen trennte. Sie mochte gern die Aussöhnung herbeiführen. Im Jahre 1873 berichtete der deutsche Bot-

schafter in Paris, Graf von Arnim, an den Fürsten Bismarck: „In dem Salon einer hier für den Winter etablierten fremden Dame wurde vor einigen Tagen in meiner Gegenwart erzählt, daß Ihre Majestät die Kaiserin und Königin wiederholt dem Herrn Guizot Allerhöchst Ihr Bedauern darüber habe ausdrücken lassen, daß die Hohe Frau nicht Gelegenheit gehabt habe, den greisen Staatsmann kennen zu lernen. Ihre Majestät hatten daran — jener Erzählung nach — den Ausdruck des Wunsches geknüpft, die Meinung des Herrn Guizot darüber zu hören, wie wohl der zwischen Deutschland und Frankreich aufgehäufte Haß gemildert werden könne. Herr Guizot, sagte man, habe darauf erwidert, daß nur Zeit in dieser Beziehung helfen könne.“ Die von Graf Arnim hieran geknüpfte Bemerkung veranlaßte Fürst Bismarck zu der folgenden Erwiderung: „Wenn es richtig ist, daß J. M. die Kaiserin den Rat des Herrn Guizot darüber erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, so lange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos als mit unserer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. Oderint dum metuant.“

Auf die Kaiserin Augusta bezogen sich die Worte einer offiziösen Korrespondenz vom 27. April 1877: „Die „National-Zeitung“ sagt in einem Artikel über Moltkes Rede, es werde sich wohl um einen Konflikt militärischer und politischer Notwendigkeit handeln. Man könnte aus dieser Andeutung schließen, daß der Reichskanzler sich der stärkeren Belegung der Umgegend von Metz mit deutschen Truppen widersetzt hätte. Eine solche Vermutung aber würde ein Irrtum sein. Im Gegenteil, der Fürst ist in dieser Beziehung nicht nur in voller Übereinstimmung mit den höchsten militärischen Autoritäten gewesen, sondern er hat deren Wünsche und Absichten auch nach Möglichkeit unterstützt und gefördert. Die Vermehrung der Truppen in Lothringen soll daran hängen geblieben sein und noch heute daran hängen, daß man an einer nicht amtlichen, aber hohen und einflußreichen Stelle sich Befürchtungen hingiebt, die Herren Franzosen könnten das übel nehmen und sich darüber kränken — die Franzosen, die so geläufig französisch sprechen, meist schöne schwarze Backenbärte tragen und der katholischen Religion angehören, die doch viel vornehmer ist als die evangelische.“

Der Berliner Korrespondent fuhr fort:

„Berlin, den 8. Juni.

„Diest-Daber hat gehört und erzählt in seinem Prozesse, daß die „Reichsglocke“ dem Kaiser durch Frau von Schleinitz zugestellt worden sei. Herr von Schleinitz dementiert diese Angabe vermittelst des „Staatsanzeigers“; aber nun fragen maliziöse Korrespondenten, ob das

Zeugnis des Ehemannes für seine Frau vollen Beweis mache. Der Mitarbeiter eines anderen Blattes will ihm mit der Vermutung zu Hülfe kommen, der Klatsch sei daher entstanden, daß ein früherer Untergebener des Hausministers, der Rechnungsrat B., sich die „Reichsglocke" in zehn Exemplaren gehalten habe. Gewiß kann Herr von Schleinitz sagen: „Gott bewahre mich vor solchem Freunde wie der hilfreiche Korrespondent dieses Blattes!" Und er kann das auch in anderer Beziehung ausrufen. Als wir einem Kriege mit Österreich entgegengingen, hatten die Österreicher, und seitdem wir mit Frankreich einen dort nicht vergessenen Krieg geführt haben, haben die Franzosen sein Hotel zu ihrem Rendezvous gewählt. Und zu allen Zeiten wird er da, wo alle Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck sich konzentriert (die Leser kennen den Ort), als Kanzler oder Minister in spe betrachtet, — mit Herrn von Gruner als Adjunkt!"

Die Reise der Kaiserin Friedrich nach Paris wurde vom Kaiser Wilhelm plötzlich beschlossen, ohne daß vorher das französische Kabinett um Rat befragt worden wäre, — ein Vorgehen, welches den gewöhnlichen Regeln vollständig widerspricht. Eine Beobachtung dieser Regeln wäre in diesem speziellen außerordentlichen Falle dringend geboten gewesen. Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, der seine Situation sehr unbehaglich fand, war in der größten Verlegenheit, auf welche Weise er dem französischen Ministerium die bevorstehende Ankunft der Kaiserin

Friedrich anzeigen sollte. Endlich begab er sich zum Minister des Auswärtigen, Herrn Ribot, sprach mit demselben über die verschiedensten Dinge, und ersuchte ihn ohne alle Vorbereitung, der Kaiserin Friedrich, die in einigen Stunden die Grenze passieren würde, Zollfreiheit für ihr Gepäck zuzusichern.

Herr Ribot konnte seine Überraschung nicht über den Umstand verbergen, daß er nicht früher von dieser Angelegenheit verständigt worden sei. Herr Ribot zeigte sich etwas zurückhaltend, da er nicht offen erklären konnte, daß die französische Regierung nicht imstande sei, sich für die Sicherheit der Kaiserin Friedrich zu verbürgen.

Der deutsche Botschafter versicherte, daß die Kaiserin Friedrich sich nur zwei bis drei Tage in Paris und zwar im strengsten Inkognito aufhalten werde. Die Kaiserin kam an. Es gefiel ihr so gut in Paris, daß sie länger blieb als ursprünglich beabsichtigt worden war.

Die französische Presse richtete gegen den französischen Botschafter in Berlin, Herrn Herbette, heftige Angriffe, weil derselbe nichts von der bevorstehenden Reise der Kaiserin Friedrich gewußt. Sie forderte ungestüm die Entlassung Herbettes. Wenn Herr Herbette dennoch auf seinem Posten verblieb, so erklärt sich dieser Umstand leicht aus folgender Thatsache. Herr Marschall, Sekretär der Auswärtigen Angelegenheiten im Deutschen Ministerium, ließ Herrn Herbette zu sich bitten, und eröffnete ihm, daß der deutsche Kaiser die Abberufung Herrn Herbettes vom

Berliner Gesandtschaftsposten als eine persönliche Beleidigung betrachten müßte und daraus die ernstesten Konsequenzen ziehen würde ....

Herr Marschall forderte Herrn Herbette auf, ohne Verzug die französische Regierung von diesen Eröffnungen in Kenntnis zu setzen; dann bat er den französischen Botschafter in seinem eigenen Namen, bei der französischen Regierung mit Nachdruck darauf zu dringen, daß dieselbe die Mißverständnisse beseitige, und daß dadurch zwei Völker von einem furchtbaren Unglück verschont blieben.

Gleichzeitig kamen auch von den andern Mächten der Tripel-Allianz dringende Mahnungen: man beschwor Frankreich nachzugeben. Die Kaiserin Friedrich war inzwischen nach England abgereist. Von dort aus richtete sie an ihren Sohn einen Brief, um ihn zu beruhigen, und um ihm authentische Mitteilungen über ihren Empfang in Frankreich zu machen.

Die deutsche Presse bemerkte, daß die Reise der Kaiserin Friedrich nach Paris unter dem Regime Bismarcks nicht möglich gewesen wäre. Fürst Bismarck läßt sich das Wort sicherlich gern gefallen.

* *
*

Die ausgezeichnete Verehrung, die Kaiser Wilhelm für seine Gemahlin hat, ist bei verschiedenen Gelegenheiten hervorgetreten. Als er an seinem Geburtstage 1891 dem Generalstabschef Graf von Waldersee die große Kette des Hohenzollern-Ordens umhing und

hinzufügte, er freue sich, Gelegenheit geben zu können, seine unvergleichlichen Fähigkeiten als Führer zu bethätigen, indem er ihn zum kommandierenden General des 9. Armeekorps ernenne, hob der Monarch ausdrücklich als eine Bevorzugung hervor, daß es die Heimat seiner Gemahlin wäre, wohin er den Grafen von Waldersee versetze. Dieser verband allerdings sofort mit dem Ausdruck des Dankes für die erwiesene Gnade die Erklärung, daß er eine solche Minderung seiner Position nicht annehmen könne und um seinen Abschied bitte. Ein Befehl des Kaisers änderte diesen Entschluß.

Mag Graf Waldersee durch die Hinweisung auf die Ehre, die ihm durch seine Versetzung nach der Heimat der Kaiserin nach der Meinung des Kaisers widerfuhr, mit seiner unfreiwilligen Entfernung von Berlin nicht ausgesöhnt sein, jedenfalls bezeugte jene Hinweisung den hohen Grad der Verehrung des Kaisers für die erlauchte Gemahlin: „Das Band," sagte er am 7. September 1890 in Glücksburg, „das Band, welches Mich mit der Provinz verbindet, und dieselbe vor allen anderen Provinzen Meines Reiches an Mich kettet, das ist der Edelstein, der an Meiner Seite glänzt, — Ihre Majestät die Kaiserin. Dem hiesigen Lande entsprossen, das Sinnbild sämtlicher Tugenden einer germanischen Fürstin, danke Ich es ihr, wenn Ich im Stande bin, die schweren Pflichten Meines Berufes mit dem freudigen Geiste zu führen und ihnen obzuliegen, wie Ich es vermag."

Der Kaiser und die Kaiserin haben aus nächster

Nähe in erschütternder Weise das schreckliche Gegenteil solches Familien-Unglücks kennen gelernt und auf sich einwirken lassen.

Im Herbste 1885 war unser heutiges Kaiserpaar, damals Prinz und Prinzessin Wilhelm — zum Besuche am österreichischen Hofe in Wien, wo sie fast alljährlich eine Zeit lang verweilten. Prinz Wilhelm und Kronprinz Rudolf gingen sofort auf mehrere Tage dem Jagdvergnügen nach. Prinzessin Wilhelm fuhr direkt zur Kronprinzessin nach Laxenburg. Gemeine Sterbliche erreichen Laxenburg mit der Südbahn ein halbes Stündlein an den weinreichen Geländen des Wiener Waldgebirges entlang, und dann halb links mit kleiner Zweigbahn in die Wiener Ebene hinein, zur Grünen Insel der Seligen (Endstation Laxenburg). Die Kaiserlichen Herrschaften hatten sich aber seit einiger Zeit gewöhnt, mit der Wien-Aspang-Bahn bis zu deren Station Biedermannsdorf zu dampfen und von dort sich mit Wagen abholen zu lassen, da sie sonst entweder in Mödling umsteigen oder einen Sonderzug einschalten lassen mußten, was bei dem riesigen Verkehr der Südbahn, namentlich an Sonntagen, beides seine Unbequemlichkeiten hat. So kam denn Prinzessin Wilhelm ebenfalls mit Sonderzug der Aspang-Bahn am 4. Oktober morgens von Wien in zwanzig Minuten nach Biedermannsdorf herübergedampft, wo zahlreiche Sonntagsausflügler sie am Bahnhof begrüßten. Prinzessin Wilhelm schien auch schon über das bekannte „Kaiserwetter“ zu verfügen, da sie in dieser regenreichen Zeit einen sonnigen Tag mitbrachte

und später die nicht minder wundervolle Herbstsonne den Ort umstrahlte. In Laxenburg spürte man den Herbst, — obwohl man die tropischen Gewächse langsam einzuräumen begann — nur erst an der goldig-rötlichen Färbung der gewaltigen Eichen und anderer uralter Baumriesen, die den Park malerisch beleben, die weiten Gewässer umsäumen, die Inseln beschatten, im Waldgewebe zwischen dem helleren Grün der Wiesen und den dunkleren Tannenforsten einen goldbraunen Einschlag bilden. In Laxenburg war sonst noch alles grün und sonnig, und auch die gelb getünchten Schlösser, Häuser und Häuschen mit ihren unzähligen grünen Fensterläden stimmten so gut in die klare, goldige Herbstbeleuchtung und in die Farben des Waldes, daß sie eigens für diese Herbsttage geschaffen zu sein schienen. Für die Prinzessin Wilhelm hatte die Landschaft von Laxenburg zugleich etwas heimatlich Anmutendes. Diese grüne Oase in weiter Ebene; der große, wasserreiche Naturpark mit seinen Seen, seinen Bauwerken des vorigen Jahrhunderts, seinen fürstlichen Monumenten und auch mit seinen künstlichen Felsgrotten, seinen baulichen Nachbildungen der Ritterzeit, untermischt mit modernsten Pavillons — erinnerte die Hohe Frau an die Havel-Landschaft der Mark bei Potsdam, wo die Hohenzollern ihre Lieblingssitze haben; die heimatlichen Pickelhauben der hochgewachsenen jungen, aus den stattlichsten Unteroffizieren Österreichs erlesenen Burg-Gendarmen, die hier den Dienst thaten, verstärkten die Erinnerung an Potsdam. Die drei Hofdamen der Kronprinzessin Stephanie

und die Kavaliere Graf Bombelles und Graf Nostitz geleiteten die Prinzeß Wilhelm zu ihrem Quartier im „Alten Schloß." Das ist ein ganz für sich in grünem Walde gelegener altertümlicher, dreistöckiger Bau, burgartig, mit vielen Dächern und Dächlein, verhältnismäßig kleinen grünen Fenstern und Fensterchen in verschiedenen Formen, von hohen Pappeln flankiert, mit langen, niederen Tunnelgewölben zur Einfahrt in den inneren Hof. Das Gefolge wurde im ersten Stock einquartiert; die Prinzessin bewohnte den oberen Stock, der so prächtige Räume birgt, wie man sie nach dem äußeren Eindruck des prunklos gelb getünchten Schlößchens mit den kleinen grünen Fenstern kaum erwarten sollte. Die Wohngemächer, in denen vor Zeiten unter anderen fürstlichen Gästen auch der ungebetene Napoleon hauste, sind überaus reich mit kostbaren Gemälden ausgestattet. Terrassen mit südlichen Gewächsen gestatten freien Ausblick; der Genuß des Morgenkaffees, up stairs, im Garten, ist umflutet von würzigen Melangedüften nordischer Tannen und tropischer Blumen. Um halb zwölf kam Kronprinzessin Stephanie von ihrer Residenz im „Blauen Hof" zum fünf Minuten davon entfernten „Alten Schloß" herübergefahren, blieb eine halbe Stunde dort bei der Prinzeß Wilhelm und kehrte dann mit dieser zusammen zum Gabelfrühstück in den „Blauen Hof" zurück.

Hier begrüßte Prinzeß Wilhelm ein überaus glückliches Kind; die kleine Elisabeth war gerade an

diesem Tage, dem Namenstage des Kaisers Franz Joseph, herrlich beschenkt worden. Die junge Mama, Kronprinzessin Stephanie, war am Tage zuvor nach Wien gefahren und hatte am Graben in der Spielwaarenhandlung „Zum Puppenkönig“ eine große, große Puppe gekauft von wunderbaren Eigenschaften, da dieselbe nicht blos die Augen und die Arme, sondern sogar die Finger rühren, und nicht blos quäken, sondern schön deutlich „Mama“ und sogar „Papa“ sagen konnte. Das soll denn eine rechte Freude für das Fürstenkind gewesen sein und Prinzeß Wilhelm an diesem Familienglück herzlich Teil genommen haben. Kennt sie doch selber reichlich die Mutterfreude. Auch fühlten die jungen Frauen sich ganz als Schwestern, dutzten sich schwesterlich, dem Beispiele ihrer hohen Gatten und der eignen Neigung folgend, was bei dem fast gleichen Alter, Beruf und liebenswürdigen Charakter nicht zu verwundern ist. Die kleine Erzherzogin Elisabeth, damals etwas über zwei Jahre alt — im September war ihr Geburtstag — war ein blondes, auffallend kräftiges, schönes Kind, das schon so niedlich plappern konnte und so entwickelt war, daß man sie für weit älter hielt.

Die Staatsgemächer im Oberstock des umfangreichen Schlosses „Der blaue Hof“ reihen sich um einen viereckigen Hof, der aber keineswegs blau ist; denn hier in Laxenburg ist nichts blau, sondern alles grün. Der Name stammt von einem einstigen Eigentümer, Ritter von Blauen. Der innere, um den

Hof laufende Verbindungsgang ist völlig mit Jagdtrophäen des Kronprinzen geschmückt. Der Mitteltrakt der nach der Kirche schauenden Hauptfront enthält die Gemächer des Kaisers. Rechts daran stoßen leere Räume, welche der Kaiserin bestimmt waren, der noch stets jugendlichen Großmutter, die gerade damals von Miramare nach Korfu, Athen und Rhodus in See stach. Im linken Flügel befanden sich die Kinderzimmer der kleinen Erzherzogin Elisabeth. Rückwärts an der Parkseite des Schlosses wohnte das Kronprinzenpaar. Etwa in der Mitte befindet sich das gemeinsame Schlafzimmer, an welches sich links und rechts die besonderen Räumlichkeiten der Kronprinzessin und des Kronprinzen anschließen. Auf jeder Seite ist ein Speisezimmer, und man speiste abwechselnd bald links, bald rechts.

Jetzt erschallte Trommelwirbel von der Kaserne am „Blauen Hof“ her. Zwei häufig gewechselte Kompagnien Infanterie waren dort aufgestellt. Die hohen Frauen machten eine Ausfahrt in den Park. Kronprinzessin Stephanie kutschierte selbst im leichten Steierwagen ihren Gast. Nur auf dem schmalen Rücksitze war für einen Diener noch Platz. Die Kronprinzessin thronte zur Rechten auf erhöhtem Sitz und lenkte mit leichtem Peitschenwink zwei schnaubende Apfelschimmel: links neben ihr Prinzessin Wilhelm mit braunem Sonnenschirm. Die hohen Frauen plauderten eifrig; doch erwiderten sie dabei alle Grüße mit freundlichem Nicken, und erquickende Sonnenblicke glitten über den Grüßenden hin. Der Wagen führte

wiederholt am See vorüber, wo drei Matrosen zum Rudern bereit standen, bei einer offenen Gondel, ähnlich den venetianischen Hotelgondeln, doch aus gelben Streifen auf der schwarzen Grundierung, die Längssitze mit braungetigerten Ripspolstern belegt. Die Matrosen und einige Freunde, die sich schon hoffnungsvoll auf dem See schaukelten, um etwa die Frau Kronprinzessin auch selbst rudern zu sehen, wie sie es mit vollendeter Grazie und kräftigem Ausschlag zu thun pflegt, warteten heute vergeblich. Sie hatte heute der hohen Schwester zu viel Schönes im Parke zu zeigen: die herrlichen Ausblicke zum Schneeberg oder zur Mödlinger Kirche; die malerische, bis in die Dächer hinauf epheu-umrankte Franzenburg und den mittelalterlichen Turnierplatz; den Dianentempel, von welchem sternförmig acht schattige Alleen nach allen Richtungen ausstrahlen; das prächtige Bad mit zwölf Kabinen, dessen krystallklares Wasser von Bananen beschattet ist; die Jagdgründe und den Fischreichtum; die wundervollen Baumgruppen in fabelhaften Gestaltungen. Gegen halb vier Uhr verkündete Trommelwirbel vom Schloß herüber, daß die Damen wieder heimgekehrt waren, und nicht lange danach sah man die Kronprinzessin mit der Gräfin Palffy dem „Blauen Hof" zuschreiten. Um 6 Uhr war gemeinschaftliche Tafel in dem schon erwähnten Festsaalgebäude. Prinzeß Wilhelm saß zwischen der Kronprinzessin und dem Oberhofmeister des Kronprinzen Rudolf, Kontre-Admiral und Weltumsegler Grafen Bombellas. Als Kavalier der Prinzeß Wilhelm war zugegen Baron

Mirbach, ein schon ergrauter Herr, Major des Berliner Garde-Füsilier-Regiments. Der Kronprinzessin gegenüber saß der Oberst Spindler, Chef der kronprinzlichen Kanzlei, ebenfalls ein würdiger Herr mit dunklem Backenbart, nach österreichischem Militärzuschnitt. Auch der Dr. Auchenthaler, der Leibarzt der kleinen Elisabeth, die Oberhofmeisterin Gräfin Sylvac von Tarocca, deren Bruder der Ministerpräsident Graf Taaffe ist, waren anwesend. Die heitere, ungezwungene Unterhaltung drehte sich schwerlich um die Orientalische Frage, die dem Grafen Kalnoky damals gerade so schlimme Kopfschmerzen machte: eher war von den abwesenden hohen Gatten der Prinzessinnen die Rede. Prinz Wilhelm und Kronprinz Rudolf jagten bei Rauberg in Steiermark nicht weit vom Sömmering Hochwild.

Am Donnerstage (am Sonntage war Prinzessin Wilhelm nach Laxenburg gekommen) sollten die Herren zurückkehren. An demselben Morgen blieben die beiden Damen trotz des schönen Wetters, das sie sonst in den Park zu locken pflegte, auffallend lange in einem Zimmer der Kronprinzessin allein. Als sie endlich erschienen, konnte es niemandem im „Blauen Hof“ entgehen, daß etwas vorgegangen war. Beide Damen lächelten zwar freundlich, wie immer, aber — durch eben getrocknete Thränen. Das war deutlich zu sehen. Sofort entstand in der Dienerschaft ein Geflüster: „Unsere Kronprinzeß hat der preußischen Prinzessin ihr Herz ausgeschüttet, und da haben sie beide geweint.“

Als die Herren kamen, waren die Thränen getrocknet und es gab eine ungeheuchelte Freude des Wiedersehens, auch bei der Kronprinzessin Stephanie und dem Kronprinzen Rudolf.

Seitdem war es in Potsdam kein Geheimnis geblieben, daß dort an der Donau — in Laxenburg und in Meyerling — nicht alles so wäre wie es sein sollte, und daß das Glück des Kronprinzlichen Paares kein ungetrübtes sei.

Wohl mag unsere Kaiserin noch oft der schönen Tage von Laxenburg gedacht haben, sicherlich aber nie ohne daß der traurige Gedanke an die Thränen ihrer Freundin sich in ihre Erinnerungen mischte. Eines steht fest: Wenn wir alle in den ersten Tagen nach dem Kundwerden des tragischen Ereignisses von Meyerling zuerst von lauter unrichtigen Nachrichten und Mutmaßungen irre geführt wurden und erst sehr allmählig der Schleier von dem Geheimnis sich emporhob, so war man an unserem Kaiserhofe über die wirklichen Umstände sofort im Klaren; und wenn es heißt, daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen unserem Kaiser und Kronprinz Rudolf in der letzteren Zeit durch die warnende Stimme des ersteren an den letzteren, sich „strammer" zu halten, getrübt wurde, so läßt sich der erste Ursprung schon auf den Besuch in Laxenburg zurückführen.

Das waren die erschütternden Erfahrungen, die unser Kaiserpaar in einem ihm so nahe stehenden Kreise machen mußte, und gegen welche das reine Familienglück, das es selbst mit vollen Zügen zu

genießen begnadet ist, in desto strahlenderem Lichte erscheint. Welches Gedächtnis der Kaiser seinem Freunde Rudolf bewahrt, ergiebt sich daraus, daß er am letzten Todestage desselben in Wien am Sarge einen Kranz niederlegen ließ mit der Inschrift: „Dem teuren Freunde. Wilhelm."

Auf eine politische Rolle verzichtet die Kaiserin. Fürsorge für die Armen und Kranken, Abhilfe der Berliner Kirchennot u. dgl., — darauf beschränkt sich ihr öffentliches Interesse.

Kaiserin Victoria ist lutherisch-orthodox erzogen. Stöcker durfte sie seine „liebe Freundin" nennen. Sie hat ihn gleichwohl nicht zu halten vermocht oder versucht. Die Richtungen der drei Kaiserinnen Augusta, Friedrich und Victoria bilden einen auffallenden Kontrast: Gönnerinnen des Ultramontanismus, des Protestantenvereins und Stöckers sind sich einander gefolgt. Ihr Einfluß war nicht minder ein verschiedener. Kaiserin Augusta war, von ihren frei-religiösen Anschauungen aus, die sie aus Weimar mitgebracht hatte, dem Kulturkampfe abgeneigt. Falk weiß von ihrem Einflusse. Daß die hohe Frau seit vielen Jahren distinguierte Personen, die dem katholischen Bekenntnisse angehörten, in ihre Umgebung zog, ist bekannt; — ebenso bekannt wie die Erscheinung, daß die Meldung, Kaiserin Augusta sei aus der protestantischen Konfession geschieden, in regelmäßigem Turnus wiederkehrte, — sie ist in Preußen wohl kaum geglaubt worden. Aber noch kurz vor ihrem Tode wollte die in ungarischen fromm-katholischen Kreisen verbreitete

Zeitung „Magyar Allam“ von kompetenter Seite die Bestätigung der Nachricht erhalten haben, daß die Kaiserin-Wittwe Augusta zum Katholizismus zurückgekehrt sei, doch werde die Sache noch geheim gehalten. Das Blatt forderte zum Gebet für die Kaiserin auf, deren Wohlthätigkeit schon von katholischer Gesinnung zeuge. Es mochte sich darauf stützen, daß die Kaiserin eine gewisse Vorliebe für katholische Schwestern und Institute hatte, von hervorragenden katholischen Personen umgeben war, und sich in Baden-Baden, Düsseldorf und Koblenz gegen solche, welche, wie die Altkatholiken, die Katholische Kirche bekämpften, scharf aussprach. Ultramontane Blätter des In- und Auslandes gingen sogar soweit, wiederholt und zuletzt noch kurz vor ihrem Tode mit aller Bestimmtheit ihren Übertritt zur Katholischen Kirche als eine Thatsache zu melden. Es dürfte wohl nicht fehlgegriffen sein, wenn in ihrer rationalistischen Jugenderziehung, ihrer Vorliebe für Romantik, vor allem ihren charitativen Bestrebungen u. a., — auch in ihrer diplomatischen Mission, von Koblenz aus unter den bis 1866 dem preußischen Königshause kalt gegenüber stehenden Katholiken Rheinlands und Westfalens vaterländische Gesinnung zu pflegen, — diese Ursache ihrer Wertschätzung des katholischen Bekenntnisses gesucht wird. Die Gebete des Oberhofpredigers Dr. Kögel am Kranken- und Sterbebette der Kaiserin, die Spendung des heiligen Abendmahls am Morgen des Todestages durch den genannten evangelischen Geistlichen und der im Sterbehause abgehaltene Trauergottesdienst mußten auch für jeden

Katholiken, der sehen will, des Beweises genug sein, daß Kaiserin Augusta, bei aller Weitherzigkeit für Andersgläubige, als evangelische Christin gelebt hat und gestorben ist.

Die Kaiserin Augusta schwärmte für die Verschmelzung der Konfessionen. Sie schrieb an Frau von Bonin 1877: „Mir ist nicht unbekannt geblieben, daß hier und da zwischen den Zeilen kulturkämpferischer Blätter zu lesen war, ich verriete durch mein ganzes Verhalten und namentlich auch durch meine Umgebung, die zum Teil erzrömisch wäre, ultramontane Anwandlungen. Diese Vermutung ist laut geworden, nachdem eine andere Lesart nicht mehr wiederholt wird; ich hätte großes Gefallen an der Freidenkerei. Die letztere Annahme entsprang wohl ebenfalls nur dem Umstande, daß ich je nachdem mit strenggläubigen Katholiken, so auch mit Männern wie Humboldt und Böckh Beziehungen unterhielt. Ist denn nicht durch unser Staatsgrundgesetz jedem zur Pflicht gemacht, den Grundsatz der Parität zu achten? Ich an meinem Teil gebe durch mein persönliches Verhalten und durch den Respekt vor beiden Glaubensrichtungen, der katholischen wie der protestantischen, diejenige Unbefangenheit zu erkennen, die mir in Beziehung auf religiöse Anschauungen als unerläßliches Gebot schon in frühester Jugend eingeprägt wurde. Wir kommen über den Kulturkampf hoffentlich bald und für immer hinweg, besonders wenn wir darauf bedacht bleiben, daß in demselben Verhältnis, in welchem die Tiefe des Zwiespaltes der beiden Konfessionen sich hervor-

thut, auch die versöhnende Einheit geahnt werden kann, — eine Einheit, deren Ahnung hier vor allem das tiefgefühlte Bedürfnis des gläubigen Gemüts ist. Ich wiederhole damit nur, was schon zu Anfang der dreißiger Jahre von dem tiefsinnigen Württemberger Baur ausgesprochen wurde, der in diesem Sinne den Kampf gegen den geistesmächtigen Katholiken Möhler aufnahm. Was jetzt im Kulturkampf durch Gesetzesparagraphen zum Teil erreicht werden soll, das war nur, idealer und gehobener gedacht, der Gegenstand wissenschaftlicher Fehden, denen, bald nach meiner Vermählung, keiner fern zu bleiben vermochte, der für die Grundsätze der beiden Lehrbegriffe auch nur im Geringsten ein Interesse hatte. Wir Alten sehen dem, was sich jetzt abgespielt, gelassen zu; und daß nur ja nicht das religiöse Gewissen verletzt, nur ja nicht der Zusammenhang zwischen den beiden Widersachern das beide ewig einigende Band zerrissen werde, — das ist unsere einzige Sorge. Nicht blos erhalten bleiben, sondern neu gekräftigt werden muß das Bewußtsein, daß zwischen den beiden religiösen Richtungen ein gemeinsamer Gottesgedanke vorherrscht, der alle Zeiten überdauert. Martha und Marie, — beide dienten sie neidlos dem Einen, bei aller Verschiedenheit ihres Wesens; und so ist auch für die zwei Vereinigungen ein gutes Nebeneinander nicht bloß möglich, sondern ganz natürlich. Mit einem der am Kampf der dreißiger Jahre Beteiligten, mit Philipp Marheineke, besprach ich den vermeintlichen Gegensatz oft und gern: das letzte Mal, als er mir seine Geschichte der Re-

formation überreichte, wobei er verriet, daß er sich's zur Pflicht gemacht hätte, auf dem Katheder, wie auf der Kanzel, vermittelnd, ausgleichend, versöhnend zu wirken ‚und als Hegelianer', — bemerkte ich ergänzend, — ‚könnte er ja auch gar nicht anders'. Bald nach seinem Tode kam von Bonn Nitzsch hierher, der mehr noch wie Marheineke an der Fehde mit Möhler beteiligt gewesen war. An ihm fand ich einen überzeugten Mithelfer meiner dem Freisinn dienenden Bestrebungen, obwohl jede Faser an ihm protestantisch war. In seiner philosophischen Ruhe dünkte ihm die Überwindung des Gegensatzes höchster Triumph, und sein liebegesättigtes Herz fand für unser Ideal herrliche Argumente. Angesichts der hohen Ziele, die wir uns gesteckt haben, — was will denn da ein konfessioneller Gegensatz bedeuten? Er ist ein Nichts; unter diesen Eindrücken wuchs ich heran und wurde ich erzogen. Ich kann nicht mehr davon ablassen; denn ich müßte mich, von anderen Anschauungen beherrscht, nicht mehr zurecht finden. Wer ergreift mich denn mehr, Bach oder Palestrina? Ihre göttliche Musik bedeutet für mich gleich-himmlische Harmonie. Das alles fließt in einander, und wir sind glücklich, durch die Klänge ihrer Lobgesänge zu ahnen, wie der Gottesgedanke in zwei ganz verschiedenen Naturen zu herrlichster Offenbarung kommt. Weg also mit allem Trennenden! Da ich von Männern sprach, die das Trennende untersuchten, um hierdurch das Gemeinsame herauszuschälen, so muß ich noch Karl Hase nennen, von dem mir ein köstlicher Ausspruch im Gedächtnis liegt.

Ich habe das Buch nicht zur Hand, sonst würde ich wörtlich zitieren. Er war in St. Peter; und es verschlug ihm nichts, daß der milde Papst Pius auch über ihn den Segen spendete. Mein Landsmann Hase ist ein eifriger protestantischer Polemiker; aber aus den Herder'schen Ideen kam er nie heraus, und ich denke, er wird auch weiterhin noch manches Wort der Versöhnung laut werden lassen. Nur recht viel christliches Denken und Empfinden, — dann vergeht uns ganz von selbst die Lust am Konfessionellen, vor allem auch an dem unseligen Kulturkampf."

Die offiziöse Presse sprach damals viel von „Unwesen am Hofe, wo um eine gewisse hochgelegene Stelle der Bodensatz der Kreuzzeitungspartei mit dem ultramontanen Gifte aus den Kanälen Roms zusammengeflossen sei, und von wo aus der Politik des Kanzlers unaufhörlich Steine in den Weg gewälzt würden." Der Chefredakteur eines großen, reaktionären Blattes, welches schon seit Jahren bemüht ist, der Regierung und dem Kaiser die Gemüter zu entfremden, werde endlich, wegen Verleumdung vom Minister angeklagt und verurteilt, gegen das eingeforderte Gutachten der beleidigten Minister, auf Verwendung — nun, sagen wir einer hohen Dame, begnadigt. „Diese hohe Dame," hieß es, „schreibt in veröffentlichten Briefen an katholische Vereine, daß sie die Kirchengesetze mißbillige. Zwei Angehörige der viel erwähnten vornehmen polnischen Familie, — beide Mitglieder der Zentrumsfraktion: der eine, Sekretär von Ledochowski gewesen; der andere, Kaplan und bei der famosen

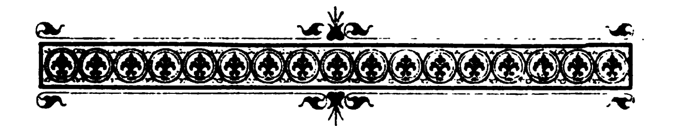
Marpinger Presse beteiligt, sind gern gesehene Gäste in dem Zirkel, den sie bildet. Dem Vernehmen nach wären in der Angelegenheit der Ursulinerinnen von ihr — manche werden sich hierdurch vielleicht an Eugenie während des Krieges erinnert finden — direkte Reskripte an die Behörden ergangen.

Ein Graf und Oberhofmeister, der als eifrig ultramontan bekannt ist, dessen Beziehungen zur „Reichsglocke“ bei Gelegenheit der Prozesse gegen dieses Blatt von der Oeffentlichkeit aufgedeckt wurden, und der an den Beratungen der Redaktion bei Olbrich Teil genommen, erhält unmittelbar nach diesem Skandal einen der höchsten Orden, — eine vielen unerklärliche Anerkennung, es sei denn, man habe in einem gewissen Kreise des Hofes die Leistungen der „Reichsglocke“ mit Wohlgefallen gesehen. Es ist sehr möglich, daß der Reichskanzler die von ihm kolportierte Äußerung, die größte Schwierigkeit von allem mache ihm die diplomatische Mission am eigenen Hofe, wirklich gethan hat.“

Heute ist aus der Zeit der Kaiserin Augusta die geheime ultramontane Clique wie durch einen plötzlichen Sturm weggefegt. Sie hat an dem Berliner Hofe keine Arbeit mehr, denn ihre Angelegenheiten werden streng amtlich bestens besorgt. Wir wissen nicht, ob Stöckers Organ „Das Volk“ noch bis in die Hände der Kaiserin gelangt. Sie hätte sonst in diesen Tagen dort lesen können: „Wir leben unter einer Regierung, deren Leiter seinen Weg mit

einem Empfehlungsbriefe des Herrn Dr. Windthorst angetreten hat; und es ist Sitte geworden, den Katholiken zu schmeicheln, die strammen Vertreter der Selbständigkeit der Evangelischen Kirche aber in Acht und Bann zu erklären."





Wie Herr v. Caprivi Reichskanzler und Graf wurde.

Im Jahre 1878 befand sich Fürst Bismarck einmal auf der Rückreise von Friedrichsruh nach Berlin im Hamburger Zuge. Auf einer der Stationen stieg Herr v. Caprivi in den Zug, um ebenfalls nach Berlin zu fahren. Da er in der Umgebung des Kanzlers Bekannte sah, ließ er sich demselben vorstellen und blieb danach im Salonwagen des Fürsten Bismarck, mit dem er nun in lebhafte Unterhaltung geriet. Mit Bezug auf diese Bewegung äußerte der Kanzler am Abend desselben Tages in Berlin zu einem Herrn seiner Umgebung: „Ich habe mir schon oft Gedanken darüber gemacht, wer wohl einmal mein Nachfolger werden dürfte. Heute habe ich ihn gesehen.“ Herr v. Bismarck hat auch nicht verfehlt, in der Krise vom Frühjahr 1890 Herrn v. Caprivi als seinen Nachfolger dem Kaiser vorzuschlagen.

Mit der Diplomatie und der Politik hatte sich

der Nachfolger Bismarcks in früherer Stellung nie beschäftigt. Ein ehemaliger Schulfreund Caprivis sagte von ihm: „Niemals hat er den Versuch gemacht, sich in das politische Leben einzumischen; sein Wunsch oder gar sein Ehrgeiz hat ihn gewiß nicht in seine jetzige Stellung als Nachfolger Bismarcks gebracht. In den fünf Jahren, während deren er dem Reichstage gegenüberstand, hat er es vermieden, irgend ein Wort zu sprechen, das in die politischen Kämpfe des Tages hineinreichte. Er war das Muster eines streng sachlich verhandelnden Fachministers. Ohne Zweifel hat nur ein Kaiserlicher Befehl ihn veranlassen können, seinen Posten anzunehmen. Wenn aber seine Neigung zu praktischer Thätigkeit eine geringe ist, so muß man sich wohl hüten, daraus den Schluß zu ziehen, daß auch seine Befähigung eine geringe sei. Nach meiner Überzeugung ist unter allen Kandidaten, welche für den hochwichtigen Posten in Betracht gezogen werden konnten, Caprivi der begabteste."

Sich des Fürsten Bismarck bei erster bester Gelegenheit zu entledigen, mag dem Kaiser seit seinem Regierungsantritt vorgeschwebt haben. Als der erstere die Äußerung that: „Der Kaiser wird sein eigener Reichskanzler sein," sprach er sich das Todesurteil. Die Katastrophe trat um die Jahreswende von 1889/90 ein. Es ist dem Fürsten Bismarck von verschiedenen Seiten vorgeworfen worden, er habe durch sein langes Wegbleiben aus Berlin im Winter 1889/90 selbst dazu beigetragen, daß die damalige Krise mit seiner Entlassung endete. Diese Vorhal-

tung ist schon deshalb unberechtigt, weil der damalige längere Aufenthalt des Reichskanzlers in Friedrichsruh nicht willkürlich und nicht freiwillig war. Die Frage, die in jener Zeit die Situation beherrschte, war in der Hauptsache die der beabsichtigten Aufhebung des Sozialistengesetzes. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß die sozialdemokratische Bewegung in letzter Konsequenz keine Rechts-, sondern eine Kriegsfrage und als solche zu behandeln sei, wenn man den Bestand der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung mit Aussicht auf Erfolg in der Zukunft sicherstellen wolle. Der Reichskanzler war überzeugt, daß der Kampf mit der Sozialdemokratie um die Macht unvermeidlich sei, und deshalb je eher je besser stattfinde, d. h. bevor die Bemühungen größeren Erfolg erzielt hätten, welche die Sozialdemokraten unablässig machen, um die Zuverlässigkeit der Armee zu untergraben und namentlich den für dieselbe wichtigen Stand der Unteroffiziere in die Hände zu bekommen. Angesichts des Verteidigungszustandes, in dem sich Staat und Gesellschaft den sozialistischen Arbeitermassen gegenüber befinden, und angesichts der Möglichkeit, daß, wenn eine Lösung der sozialistischen Frage nicht bei Zeit herbeigeführt wird, in der Zukunft der Tag kommen kann, wo bei notwendiger militärischer Bewilligung eines sozialistischen Revolutionsversuchs ein sozialdemokratisch durchsetztes Unteroffizierkorps die Soldaten veranlaßt, „zu hoch," d. h. in die Luft zu schießen, blieb es für den Fürsten Bismarck unverständlich, daß die

Frage der Aufhebung des Sozialistengesetzes vom juristischen Standpunkte, anstatt von dem der Erhaltung und der Sicherung des Staates, entschieden werden sollte. Nach der Meinung des Fürsten kam es vor allem darauf an, die Staatsgewalt im Besitz aller Waffen zur Bekämpfung der Sozialdemokraten zu erhalten, damit sie bei einer etwaigen Katastrophe Herr im Lande zu bleiben vermöge. Mit diesen Ansichten und mit denen, die den Reichskanzler über anderweitige Bemühungen zur Lösung der Arbeiterfrage im Wege der Gesetzgebung hegte, befand er sich schon damals im Widerspruch mit denjenigen der maßgebenden Zukunft. Da ihm dadurch die Möglichkeit abgeschnitten war, eine Überzeugung im Reichstage zu vertreten, hielt er sich den Verhandlungen fern und entsprach damit, wie wir glauben, höheren Wünschen.

Am 24. Januar (1891) kam Fürst Bismarck nach Berlin. Der Kaiser hatte zu seinem Geburtstage, am 27. Januar, sein neues, mit Herrn von Boetticher entworfenes sozialpolitisches Programm veröffentlichen wollen. Die in der Kronratssitzung, die noch am Tage der Ankunft Bismarcks in Berlin gehalten wurde, mit demselben hervorgetretenen Differenzen vereitelten dieses Vorhaben.

Am 1. Februar vormittags hatte bereits jene Audienz des Herrn von Caprivi bei Sr. Majestät dem Kaiser stattgefunden, von welcher angenommen wird, daß sie für die Nachfolgerfrage entscheidend gewesen sei, nachdem schon einige Zeit vorher der

Kaiser in Hannover gewesen war und mit Herrn von Caprivi konferiert hatte. Ob Herr Windthorst in seiner Unterredung mit Bismarck am 12. März in Kenntnis dieser Umstände Herrn von Caprivi empfahl, — wer kann es wissen? Offenbar aber bekundet seine Empfehlung, daß er die Lage der Dinge richtig taxierte, während der Fürst, selbst als sein Rücktritt schon bevorstand, über die Nachfolgerfrage noch im Unklaren war.

Herr Windthorst hatte geglaubt, er könne die Notlage des Fürsten Bismarck für ein politisches Geschäft ausnutzen, in welches das Centrum seine neugestärkte parlamentarische Machtstellung einschloß, während Bismarck sich entschließen müßte, dem Ultramontanismus Zugeständnisse zu machen. Der kluge Welfe, der die Lage naturgemäß wesentlich unter parlamentarischen Gesichtspunkten auffaßte und beurteilte, konnte sehr wohl zu der Vorstellung gelangt sein, Bismarcks Stellung sei hauptsächlich deshalb erschüttert, weil die Reichstagswahlen die Kartellstütze zerschmettert hatten; er mochte nicht übel Lust haben, dem Reichskanzler gegenüber dem Hof, gegenüber Hinzpeter und anderen Beratern des Kaisers einen starken parlamentarischen Rückhalt anzubieten und als Entgelt für die reaktionäre Centrumspolitik ein hübsches Sümmchen herauszuschlagen. Die Möglichkeit, daß der Kaiser, abgesehen von allen parlamentarischen Konstellationen, den Rücktritt Bismarcks aus dynastisch selbstherrlichen Erwägungen herbeiführen werde, konnte der vielgewandte Diplomat außer Rechnung lassen,

Man wird es aber begreiflich finden, daß der Kaiser diese Kombination Windthorst-Bismarck, welche ihre Spitze gegen ihn richten konnte, mit Erregung betrachtete, und daß die Besprechung Windthorsts mit Bismarck zu jener heftigen Scene führte, die mit einem vollständigen Bruch zwischen Kaiser und Kanzler endete. Thatsache ist, daß Windthorst die Unterredung veranlaßt hat, und ferner, daß er in derselben weitgehende Forderungen gestellt hat. Alle Vorgänge der damaligen Zeit rücken nun zu einem harmonischen, wenn auch keineswegs anmutigen Bilde zusammen, wenn man die Annahme gelten läßt, Windthorst habe die Gelegenheit für günstig erachtet, das Centrum als Stütze gegen den Kaiser zu verdingen.

In einer späteren Zeit (Herbst 1891) hat Bismarck selber über die Unterredung mit Windthorst etwa folgende Äußerungen gethan, als die Rede zufällig auf Windthorst kam:

„Die Zeitungen berichten jetzt so viel über meine Beziehungen als Reichskanzler zu Windthorst. Einige fälschliche Darstellungen behaupten sogar, ich hätte denselben gegen die sozialen Pläne des Kaisers gewinnen wollen. Das ist natürlich ganz undenkbar. Wenn von einer Verbindung mit Windthorst überhaupt hätte die Rede sein können, so hätte eine solche nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie zum Zweck haben können. Nach den Neuwahlen vom Februar 1890 war es freilich für mich als Reichskanzler selbstverständlich von Wichtigkeit, über die Stellung des Centrums und seines Parteiführers der Sozialdemo-

kratie gegenüber Klarheit zu bekommen. Ebenso mußte Windthorst daran liegen, meine Stellungnahme kennen zu lernen. Nun wird hin und her gestritten, wer die Unterredung, welche im März stattfand, herbeigeführt hat, — Windthorst oder ich. An sich selbst ist das ziemlich gleichgültig. Wenn ich es gethan hätte, so könnte mir kein Vorwurf daraus gemacht werden. Es ist aber nicht der Fall. Windthorst hat um die Unterredung nachgesucht, und zwar in ungewöhnlicher Form. Er ließ nämlich durch meinen Bankier anfragen, ob ich ihn empfangen wolle. Das überraschte mich, da ich als Reichskanzler jeden Abgeordneten, der darum nachsuchte, stets bereitwillig empfangen habe. Es machte mich mißtrauisch. Windthorst ist stets ein berechnender Feind unseres Reiches gewesen. Ich habe es nie begreifen können, daß man ihn nachmals so sehr, gleichsam wie einen nationalen Heros, gefeiert hat!" — Auf die Bemerkung des Unterredners, daß das viele Vaterlandsfreunde nicht nur frappiert, sondern geradezu entsetzt habe, sagte Fürst Bismarck: „Das wundert mich nicht. Ich bin überzeugt, daß Windthorst viel dazu beigetragen hat, die Trennung Seiner Majestät von mir herbeizuführen."

Sonnabend, den 15. März 1890, gegen 8 Uhr morgens, als der Fürst sich noch im Bett befand, wurde ihm gemeldet, daß der Kaiser ihn in der Wohnung seines Sohnes, des Grafen Herbert Bismarck, auf dem Staatssekretariat (Wilhelmstraße 76) erwarte.

Als der Fürst eintrat, empfing ihn der Kaiser

mit folgenden, im Tone des heftigsten Vorwurfs gesprochenen Worten: „Sie haben den Herren Ministern neulich verboten, mir Immediatberichte zu machen; ich will aber durchaus, daß meine Minister sich mir persönlich vorstellen.“

„Majestät,“ antwortete der Fürst, „kraft des Gesetzes bin ich allein ermächtigt und beauftragt, Ew. Majestät direkt Bericht zu erstatten; es ist dies unumgänglich notwendig, wenn das Vorgehen der Regierung einen festen einheitlichen Charakter tragen soll. Wenn in den letzten Wochen einzelne Minister sich angewöhnt haben, Immediatberichte vorzutragen, so geschah dies im Widerspruch mit dem Gesetze, welches dieses Recht einzig und allein dem Kanzler Ew. Majestät gewährt. Indessen, sobald Ew. Majestät es befehlen, werde ich mich beugen und eine bezügliche Gesetzesänderung in Vorschlag bringen.“

„Auch in der Arbeiterfrage,“ fuhr Wilhelm II., immer in gereiztem Tone, fort, „stoßen meine Pläne bei Ihnen auf beharrlichen Widerstand. Ich halte darauf, daß die Maßregeln, welche ich für nützlich halte, ganz und voll zur Ausführung gelangen.“

„Ich setze den Verbesserungen, welche Ew. Majestät einzuführen gedenken, keinen Widerstand entgegen. Aber meine langjährige Erfahrung sagt mir, daß im einzelnen gewisse Modifikationen unumgänglich nötig sind, und ich werde die Ehre haben, sie Ew. Majestät ehrerbietigst zu unterbreiten.“

„Nein, nein, keine Modifikationen,“ unterbrach hier

der Kaiser seinen Kanzler; „ich will, daß meine Befehle so wie ich sie gebe und ganz ausgeführt werden.“

Die Schärfe dieser Willensäußerung erschöpfte nachgerade die Ruhe des Fürsten: „Ich glaube wahrzunehmen, daß meine Dienste nicht das Glück haben, Ew. Majestät zu gefallen und daß man sich meiner zu entledigen gedenkt.“ (Der Kaiser machte hier eine bestätigende Handbewegung: war sie unbewußt, so war sie darum nicht weniger bezeichnend). „In diesem Falle bleibt mir nichts übrig, als Ew. Majestät meine Entlassung einzureichen. Bloß möchte ich Ew. Majestät bitten, mich bis zum Monat Mai noch im Amte lassen zu wollen, damit ich im Reichstage persönlich die Militärvorlage verteidigen kann. Ich fürchte, es könnte meinem Nachfolger schwer werden, den Widerstand des Reichstages zu brechen und die Vorlage durchzusetzen.“

Während der Kanzler sprach, schüttelte der Kaiser mehrmals verneinend den Kopf und sagte schließlich: „Nein, nein!“ Der Fürst verbeugte sich ohne ein Wort zu sprechen, und wartete nur auf ein Zeichen des Kaisers, um sich zu entfernen.

Nach einigen peinlichen Augenblicken des Schweigens nahm der Kaiser wieder das Wort und sagte, immer noch in heftiger Aufregung: „Es wäre auch noch ein Wort zu sagen über Ihre geheimnisvollen Unterhandlungen mit Herrn Windthorst: ich weiß, daß Sie ihn bei sich empfingen; und ich verbiete diese Zusammenkünfte.“

Jetzt aber brach der Kanzler, der sich bisher mit

größter Mühe bezwungen hatte, los: „Ich weiß ganz gut, daß ich seit einiger Zeit von Spionen und Zuträgern umgeben bin, welche jeden Schritt, den ich thue, belauern. Es ist wahr und noch einmal wahr, daß ich Herrn Windthorst empfangen habe, um mich mit ihm zu besprechen. Aber es ist nicht mein Recht, es ist meine Pflicht, daß ich mich in Rapport setze und Fühlung zu gewinnen suche mit gewiegten Politikern, seien dies nun Abgeordnete oder nicht, und niemand, auch Ew. Majestät nicht, wird mich hindern können, dies zu thun!"

Auf diese in höchster Erregung gesprochenen Worte verabschiedete Wilhelm II. seinen Kanzler mit einer einfachen Kopfbewegung. So endete dieser folgenschwere Auftritt. Zwischen dem jungen Herrscher und dem alten Kanzler war dadurch eine Kluft geschaffen, die nicht mehr überbrückt werden konnte. Am 17. März fand die Sitzung des Staatsministeriums statt, in welcher Fürst Bismarck seine Absicht erklärte, sein Entlassungsgesuch einzureichen.

In dem Streit über Einzelheiten bei der Entlassung des Fürsten Bismarck muß unterschieden werden zwischen der Denkschrift, die der Reichskanzler zur Frage der Kabinetsordre von 1852 dem Kaiser zu überreichen zugesagt hatte, und zwischen dem Entlassungsgesuch. Wenn die „Hamburger Nachrichten" der „Straßburger Post" gegenüber auf die Geschehnisse zwischen dem 15. bis 17. März morgens einiges Gewicht legen, so erklärt sich dies, wie man annehmen darf, daraus, daß der Kaiser den Eingang der zu-

gesagten Denkschrift nicht abwartete, sondern zwischen dem 15. und 17. März wiederholt in das Haus des Kanzlers schickte und fragen liess, ob der Fürst noch nicht fertig sei. Dieser liess seinem Herrn zurücksagen, dass er bei seinen Jahren zur Abfassung Zeit gebrauche. Als der Kaiser die Ablieferung dann stürmischer und bis zu einem bestimmten Termin fordern liess, nahm Fürst Bismarck Veranlassung, im Ministerrat (17. März, nachmittags 3 Uhr) darzulegen, dass er seiner Meinung nach nicht mit der Rücksicht behandelt werde, die er in Anbetracht seines Alters für sich glaube in Anspruch nehmen zu dürfen, und dass er in der Art der ihm widerfahrenen Behandlung gewissermaßen eine Aufforderung erkennen müsse, seine Entlassung zu nehmen. Die Minister nahmen die Eröffnungen des Reichskanzlers zur Kenntnis und vereinbarten, noch am selben Abend bei Herrn von Boetticher zur Beratung eines etwa gemeinschaftlich zu unternehmenden Schrittes ohne den Fürsten Bismarck zusammenzutreten. Der Kaiser erhielt von dem was vorging durch Herrn von Boetticher Kunde, und sandte, als die Minister zu ihrer Sonderberatung bei Herrn von Boetticher versammelt waren (eine Einigung über einen bestimmten Schritt war noch nicht erreicht worden), einen Adjutanten mit der Aufforderung an den Minister, jede weitere Bemühung zu unterlassen; seine Entschlüsse bezüglich des Fürsten Bismarck ständen fest.

Inzwischen wurde — nachdem Fürst Bismarck es abgelehnt hatte, zu einem Vortrag über das von ihm

laut amtlicher Aufforderung vom 17. morgens einzureichende Abschiedsgesuch am Nachmittag desselben Tages im Königlichen Schlosse zu erscheinen — ihm gegen Abend durch den vom Kaiser entsendeten General v. Hahnke persönlich eröffnet, daß Se. Majestät die Einreichung des Abschiedsgesuchs erwarte. Fürst Bismarck entgegnete, daß er nicht glaube, die Verantwortlichkeit für die Einreichung seines Abschiedsgesuches im gegenwärtigen Augenblicke übernehmen zu können, im übrigen stehe es ja Sr. Majestät frei, ihm den Abschied zu jeder Minute, auch ohne Gesuch, zu erteilen. Am folgenden Morgen erschien der Chef des Civilkabinets, Wirkl. Geh. Rat v. Lucanus, mit dem gleichen Auftrage, daß der Kaiser der Einsendung des Abschiedsgesuches im Laufe des Tages entgegensehe. Fürst Bismarck erwiderte, daß er dazu Zeit brauche; könne diese nicht abgewartet werden, so möge man ihm den Abschied ohne Gesuch geben. Am Abend des 18. März erfolgte dann die Einsendung des ausführlich motivierten Abschiedsgesuches. Dieser Sachverhalt, an dessen Richtigkeit wohl kein Zweifel besteht, rechtfertigt die Auffassung, daß die Einreichung des Abschiedsgesuches auf wiederholten Kaiserlichen Befehl geschehen ist.

Das Aushalten wurde für den Reichskanzler allerdings wesentlich erschwert durch die Bestrebungen anderer, sich zwischen den Kaiser und den Kanzler zu schieben, und dem ersteren näher zu treten als ihm der Kanzler stand, der nach der Verfassung der alleinige Ratgeber des Kaisers, und im Preußischen

Staat der für die Gesamtpolitik vorzugsweise verantwortliche Ministerpräsident war. Diese Zwischenschiebungen waren es zunächst, welche die Haltbarkeit der verfassungsmäßigen Stellung des Reichskanzlers beeinträchtigten. Sie fanden von mannigfachen Seiten her statt: von militärischen; von Privatleuten, welche das Ohr des Kaisers suchten; von Kollegen des Kanzlers; von konservativen Fraktionsführern und auch von höheren Stellen aus. Am wirksamsten waren die Beziehungen, welche Kollegen des Kanzlers, unter Bekämpfung seiner Politik und unter Benutzung ihres amtlichen Zutritts zur höchsten Stelle, erlangten. Wir wollen die Motive davon hier nicht erwägen, sondern nur die Thatsache feststellen, daß der Kanzler und Ministerpräsident bei seinen Kollegen nicht mehr die frühere Übereinstimmung mit seinen Ansichten, sondern eine im Glauben an höhere Deckung wurzelnde Opposition fand. Daß unter diesen Umständen dem Fürsten Bismarck die Frage täglich näher treten mußte, ob er auch ohne das Vertrauen seiner Kollegen, in seinen Jahren, bei verminderter Arbeitskraft, seiner Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik noch gerecht werden könne, ist erklärlich; und es ist wahrscheinlich, daß ihn die Frage seines Rücktritts unter solchen Wahrnehmungen schon vor seiner Entlassung lebhaft beschäftigt haben wird. Aber wir glauben nicht zu irren, wenn wir die Überzeugung aussprechen, daß er schließlich doch sich nicht für berechtigt hielt, die Verantwortlichkeit für alle Ergebnisse seines Ausscheidens aus dem bisherigen politischen Systeme zu

übernehmen. Die Zweifel, welche er darüber gehabt haben wird, kamen aber endlich nicht durch ihn, sondern durch höhere Entscheidung zur Lösung; und es liegt deshalb die Ungerechtigkeit des Vorwurfs, — des Mangels an Fügsamkeit und Ergebung in die Situation, — welcher dem Fürsten heute noch von Konservativen gemacht wird, klar zu Tage. Im Gegenteil, Fürst Bismarck hat die sich bei ihm aufdrängenden Zweifel, ob er sein Amt fortführen könne, ebenso wie schon 1872 in seinem Briefe an Roon, dahin entschieden, daß es Pflicht sei, persönliche Empfindlichkeiten zu unterdrücken und die Lücke, die sein Ausscheiden lassen würde, nicht durch eigene Initiative herbeizuführen. Die Thatsache, daß der Reichskanzler nicht freiwillig gegangen, ist seit zwei Jahren so vielfach öffentlich konstatiert worden, daß kein Zweifel darüber sein sollte.

Am 18. März machte der Kaiser die erste Mitteilung von seiner Absicht, den General von Caprivi zum Reichskanzler zu ernennen, und zwar den im Sternensaal versammelten kommandierenden Generalen. Der Kaiser hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, die auf die Versammelten den tiefsten Eindruck machte.

Am 20. März erhält Fürst Bismarck die von Herrn von Caprivi kontrasignierte Entlassungsordre.

Am 21. März um 2 Uhr erscheint der Reichskanzler von Caprivi im Palais des Kanzleramts und begrüßt den Fürsten Bismarck.

22. März: — Mittagessen bei Fürst und Fürstin Bismarck, an welchem General von Caprivi, die

preußischen Staatsminister, die Staatssekretäre der Reichsämter, der Unterstaatssekretär Homeyer und Professor Schweninger teilnehmen.

Der Kaiser telegraphiert nach Weimar: „Besten Dank für Ihren freundlichen Brief. Ich habe in der That bittere Erfahrungen und sehr schwere Stunden durchgemacht. Mir ist so weh ums Herz, als hätte ich meinen Großvater noch einmal verloren! Es ist mir aber von Gott einmal bestimmt; also habe ich es zu tragen, wenn ich auch darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachhabenden Offiziers ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte, — und nun voll Dampf voran!“

Als später ein viel genanntes Mitglied der Konservativen Partei den Alt-Reichskanzler auf diese Depesche hinwies und daran die Bemerkung knüpfte, diese Depesche sei die denkbar ehrenvollste Anerkennung für Se. Durchlaucht, da versetzte der Fürst in aufwallendem Zorn: „Wie? Das nennen Sie ehrenvoll? Man hat mich ja davongejagt wie einen Hund!“

26. März. — Abschiedsaudienz des Fürsten Bismarck beim Kaiser. Beim Eintritt des Fürsten in das Schloß erschien die Kaiserin mit den Prinzen: nach zehn Minuten kam der Kaiser, mit dem allein die Verabschiedung stattfand, bei welcher dieser dem Scheidenden einen Rosenstrauß überreichte.

29. März. — Bismarck verläßt Berlin. Man hat Herrn von Caprivi das Wort nachgesagt, daß unter ihm die Politik langweilig werden solle. „Die Aufregung, die Nervosität, das Aufsehen sind keine Zeichen

der Gesundheit eines Staatswesens," wurde hierzu in der Presse bemerkt. „Freude an sensationellen Ereignissen, welche das Volk nicht zur Ruhe kommen lassen, könne nur derjenige haben, dem die stetige fortschreitende Entwickelung des Vaterlandes gleichgültig sei. Die Aufregung sei wie das Fieber — zehrend und aufreibend: wie der reißende, die Ufer überschreitende, angeschwollene Strom, der Verheerung in die Lande trägt. Was Herr v. Caprivi ‚Langeweile' nenne, das sei die normale Temperatur, welche der gesunde Körper zeigt; der ruhig dahinfließende Strom, der auf seinem Rücken Boote und Schiffe trägt und in sicherem Bette zu der wachsenden Wohlfahrt führt. Das Regime Bismarcks habe das deutsche Volk von Aufregung zu Aufregung getrieben, so daß man allenthalben den Kopf zu schütteln begann. Eine Hetze löste die andere ab."

„Bald war das Ziel," wurde gesagt, „Herr Geffcken, bald Sir Robert Morier; heute nahm man den Battenberger und seine vermeintlichen Gönner, morgen den Grafen Waldersee aufs Korn; Immediatberichte, Prozesse, Erklärungen gegen einzelne Zeitungen, geheime „Frictionen," Enthüllungen über „Nicht-Gentlemen" und ähnliche Vorgänge brachten die deutschen Verhältnisse in zweideutigen Ruf: und die Behandlung gesetzgeberischer Aufgaben, wie des Arbeiterschutz- oder des Sozialisten-Gesetzes, mußte heillose Verwirrung auch in die Reihen der Regierungsparteien tragen. Gar nicht zu gedenken der wüsten Anschuldigungen, welche fortwährend gegen die Opposition erhoben

wurden, — der Verfolgungssucht, die sich hier in künstlich erregten Entrüstungsstürmen, dort in den Äußerungen der offiziösen Presse, da in zahllosen politischen Anklagen bethätigte.“ Wenn Herr von Caprivi dem Bedürfnis nach Ruhe Geltung schaffen wolle, so werde es ihm an Anerkennung auch auf der Linken nicht fehlen.

Es war von der Presse, die so urteilte, gewiß recht uneigennützig, wenn sie sich über das Wort des neuen Reichskanzlers freute. Denn die Presse, welche ausschließlich ihre eigenen Interessen im Auge hat, darf um so zufriedener sein, je aufregender sich die politischen Ereignisse gestalten. Wir möchten nur fragen, ob sie — von den Kriegsjahren, von den Jahren der Attentate und dem des Todes zweier Kaiser abgesehen, — je weniger ‚Langeweile‘ gehabt hat als in der Zeit nach Bismarck. War diese nicht eine Zeit andauernder Erschütterung im Innern und nach außen? Die Fälle Morier, Geffcken, Wohlgemuth u. s. w. waren unterhaltende Geschichtchen dagegen. Die lange Reihe von einschneidender, unter Hervorrufung der schroffsten Parteigegensätze zustande gebrachten legislativen Umwälzungen; der Bruch mit der Vergangenheit auf einem Gebiete des Staatslebens nach dem andern; die sozialpolitischen Neuerungen; die Handelsverträge; das Volksschulgesetz; die gestürzten Minister; die Entlassung von Stöcker, Waldersee u. s. w.; die Umgestaltungen in der Armee; die Mission der Kaiserin Friedrich nach Paris; der Besuch des Kaisers bei den russischen Manövern; die Experimente mit England, — wahrlich, man wird vom embarras de richesses er-

drückt, wenn man versucht, ein Bild von dem zu entwerfen, wie das deutsche Volk von Aufregung zu Aufregung getrieben ist. Nie hat der Beunruhigungs-Bacillus seit Bismarcks Zeit so gewuchert wie in den zwei Jahren nach seiner Entlassung. Bereits im Herbst 1891 war Herr v. Caprivi müde, — totmüde. Man sprach von seinem Rücktritt. Man beschäftigte sich mit seinem Nachfolger.

„Die Zahl der in Betracht kommenden Persönlichkeiten," sagte ein Blatt, „ist ja eine äußerst beschränkte. Soweit sie bereits gegenwärtig dem Ministerium angehören, hat namentlich die Haltung des Ministeriums gegenüber dem Centrum und den Polen denselben nicht nur die Sympathie der zur Unterstützung der Regierung besonders berufenen Parteien entzogen, sondern darüber hinaus — vor allem auch wegen der schwankenden Haltung der gegenwärtigen Regierung in nationalen und wirtschaftlichen — Fragen ein sehr verbreitetes Mißtrauen wachgerufen. Wer der ‚kommende Mann' auch sein mag, wir wünschen, daß es eine entschiedene politische Persönlichkeit ist, die eine feste und einheitliche Politik treibt. Der ‚neue Kurs' ist ins Schwanken geraten; es fehlt die feste Hand des starken Steuermanns, der dem Staatsschiff wieder einen unwandelbar sichern Kurs verleiht. Durch die Bismarck'sche Zeit ist das deutsche Volk verwöhnt, und empfindet es deshalb doppelt, wenn jetzt die Politik nach innen und außen eine unsichere und schwächliche ist. An eine Rückkehr des Fürsten Bismarck in das Amt denken wir hierbei nicht; so sehr wir eine Aus-

söhnung zwischen dem regierenden Kaiser und dem Alt-Reichskanzler wünschen, so wenig erscheint uns die Rückberufung eines unter solchen Umständen geschiedenen Ministers in sein Amt mit den monarchischen Überlieferungen vereinbar. Diesen Wunsch, der sonst so lebhaft hervortreten würde, muß deshalb jeder Monarchist unterdrücken. Eine Wendung unserer inneren Politik erscheint uns aber dringend geboten. Seit langem haben die Sozialdemokraten versucht, die heutige Zeit mit der Zeit vor Ausbruch der französischen Revolution in Vergleich zu bringen. Jetzt kann kaum noch geleugnet werden, daß thatsächlich ein Umstand eingetreten ist, der den Vergleich herausfordert. Dieser Umstand ist die allgemeine Unzufriedenheit, die in allen Teilen Deutschlands, in allen Staaten, in allen Parteien gleichmäßig vorhanden ist. Diese Unzufriedenheit beschränkt sich — und darin sehen wir das Bedrohliche — nicht mehr auf die Oppositionsparteien, sie ist gleichgroß auch überall da, wo man gewohnt war, Vertrauen und Treue gegen die Regierung und gegen die Dynastie als die Grundlage aller Politik zu betrachten. Seit dem Tode Kaiser Wilhelm I. ist gerade in den Kreisen, welche man als ‚reichstreue' zu bezeichnen pflegte, ein höchst bedauerlicher Umschwung der Anschauungen eingetreten. Die Nachwahlen zum Reichstage bezeugen dies. Das Kartell ist zerfallen, und seine Glieder, statt die gemeinsamen Gefahren zu sehen, schwingen am liebsten die Waffen gegen einander. Die Regierung aber hat geradezu systematisch, wenn auch gewiß nicht absichtlich, das Programm der Kartell-

parteien zertrümmert. Man erinnere sich nur der Programme, die von den Anhängern der Regierung im Wahlkampf von 1890 aufgestellt wurden. Die Kandidaten der Kartellparteien traten für die Politik des Fürsten Bismarck ein — heut ist eine Kundgebung für Bismarck, wie die Absperrungsmaßregeln auf den Berliner Bahnhöfen beweisen, polizeiwidrig. Das Sozialisten-Gesetz ist gefallen, das Septennat aufgegeben, die zweijährige Dienstzeit in Vorbereitung. An der Wirtschaftspolitik und dem Schutze der Landwirtschaft wird durch die Handelsverträge gerüttelt; die kolonialen Kreise sind durch das deutsch-englische Abkommen, die bewußt-evangelischen durch das Sperrgeldergesetz und die Ernennung des Herrn von Stablewski zum Erzbischof von Posen vor den Kopf gestoßen. In der Polenfrage hat die Regierung ebenso wie in der Paßfrage in Elsaß-Lothringen Zugeständnisse gemacht, welche die Anhänger einer thatkräftigen, deutschen Ausbreitungspolitik im Osten und im Westen gleich sehr verstimmten. Während aber die Regierung die regierungsfreundlichen Parteien zur Opposition treibt, kann sie doch niemals hoffen, unversöhnliche Gegner in zuverlässige Stützen ihrer Politik umzuwandeln. Mit Freisinn und Centrum läßt sich Deutschland und Preußen nicht regieren: ein Reich wird nur erhalten durch die Kräfte, die es geschaffen haben. Bei uns bedarf es des Zusammenwirkens der Regierung mit den Gemäßigt-Liberalen und den Besonnen-Konservativen, um der Regierung denjenigen Rückhalt in der öffentlichen Meinung zu geben, der in einem Ver-

fassungsstaat unerläßlich ist. Auf dem Boden der starken Monarchie stehend, huldigen wir keineswegs dem

„Und der König absolüt,
Wenn er unsern Willen thut."

Seine Majestät hat zweifellos ein freies Recht, die Richtung zu bestimmen, in welcher die Regierungspolitik sich bewegen soll. Berechtigt aber sind wir, unseren Gesinnungen Ausdruck zu geben, daß nach unserer Überzeugung dem Wohle des Landes eine Regierung nicht frommen kann, welche ihre Stützpunkte bei Klerikalen, Polen und Freisinnigen sucht. Das jetzige Ministerium geht zwar nicht so weit, aber es versucht offenbar sich zwischen den Parteien hindurchzuwinden, und setzt sich dabei nicht zwischen zwei Stühle, sondern zwischen sämtliche Stühle, die überhaupt vorhanden sind. Wir wünschen keine Parteiregierung, aber wir wünschen eine Regierung mit klarem Programm in allen wichtigen Fragen. Die Zerfahrenheit und Unentschiedenheit, das Schwankende und Unstäte der Politik des Ministeriums Caprivi tragen die Mitschuld an der allgemeinen Unzufriedenheit; und diese muß bekämpft werden; denn sie ist eine Gefahr für Staat und Dynastie."

In seiner Rede vom 27. November 1891, dem ersten Tage der Etatsberatung im Reichstage, beklagte Herr von Caprivi den herrschenden Pessimismus und sprach ihm jede Berechtigung, den wirklichen Thatsachen und Verhältnissen gegenüber, ab. Nach seiner Meinung entspringt die verdrießliche Laune, die unbestimmte Sorge, aus Erfindungen, Übertreibungen,

Gehässigkeiten und Lügen; aus der Neigung der Menschen für das Sensationelle und Abenteuerliche, aus der Notwendigkeit der Zeitungsschreiber, ihre Leser unterhalten zu müssen. Insbesondere wandte er sich auch gegen das Bismarcklager, bestritt den Zusammenhang der englischen Politik und der russischen Verstimmung, zwischen dem deutsch-englischen Abkommen von 1890 und der Aufnahme unseres Kaisers in Narva u. s. w. Die Zustimmung, die die Rede bei den Parteien des Reichstages — im Lager des Dreibundes, aber auch ebenso sehr im russisch-französischen Lager — fand, mag als Beweis gelten, daß die Worte des Reichskanzlers ihren nächsten Zweck, die deutsche Regierung zu verteidigen und die Gemüter im In- und Auslande zu beruhigen, erreicht haben.

Die Handelsverträge sind mit imposanter Mehrheit im Reichstage angenommen. Aber der Bacillus, den Herr von Caprivi aus allen Schlupfwinkeln mit Worten zu vertreiben sucht, spottet aller scheinbaren Triumphe des Reichskanzlers. Wie sind jene Verträge im Parlament zu Stande gebracht? Durch einen beispiellosen Verrat der Konservativen. Als im Mai 1891 der deutsch-österreichische Vertrag in Wien unterzeichnet war, warnte der hochkonservative „Reichsbote“ die Regierung vor den liberalen Geheimräten. Wenn etwas Gescheidtes zustande kommen sollte, müßten diese erst ihre liberalen Vorurteile etwas beiseite legen. Bismarck habe sie dazu in der letzten Zeit in mancher Beziehung veranlaßt, und Herr von Caprivi werde auch noch die Erfahrung

machen, daß dazu ein kraftvolles Auftreten seinerseits nötig sei; denn nirgends spuke der längst veraltete Liberalismus mit seinen freihändlerischen Illusionen noch so sehr als in der Bureaukratie. „Sieht sich Herr von Caprivi nicht vor, dann wird ihn dieselbe unvermerkt immer mehr in die verhängnisvollen Bahnen der Freihandelspolitik hineintreiben. Aber seit zehn Jahren haben wir gesehen, daß die Bureaukratie mit sich reden läßt, wenn nur der, welcher mit ihr zu reden hat, mit der nötigen Festigkeit auftritt. Das hat Bismarck verstanden. Möchte Herr von Caprivi es lernen! Aber es wäre höchste Zeit dazu, daß er einen klaren, bestimmten Ton von sich gäbe, damit das Volk weiß, woran es ist."

Nachdem die Verträge als Produkt der liberalen Geheimräte vorlagen, schrieb derselbe „Reichsbote": „Jedenfalls hat die Regierung damit einen anerkennenswerten Akt voraussehender Regierungsweisheit geübt, für welchen ihr Dank gebührt. Wir sind überzeugt, daß der früheren Regierung ein solcher Dank auch im reichsten Maße ohne Weiteres zu Teil geworden wäre, weil sich viele damals gewöhnt hatten, unbesehen alles als groß und bedeutend zu loben; und wenn man es mit gewöhnlichem Verstande — wie z. B. die Karolinen-Frage — nicht begreifen konnte, dann bewunderte man desto mehr die geheime Staatsweisheit, die sich jedenfalls dahinter berge. Unsere jetzige Regierung macht auf solche Bedingungslosigkeit des Urteils keinen Anspruch, aber um so mehr darf sie ein gerechtes Urteil erwarten; und wir sind

überzeugt, wenn man alles objektiv erwägt und sich nicht auf einen engen Interessenstandpunkt kapriziert, dann muß das Urteil dahin lauten, daß diese Zollverträge als ein Akt vorausschauender Regierungsweisheit anzuerkennen sind, für welche der Regierung Dank gebührt."

Der Kaiser hat den Grafen Schulenburg, der im Herrenhause die Angriffe auf Minister als Angriffe auf die Krone bezeichnete, zum Oberst gemacht. Er hat in ähnlicher Weise den Reichskanzler wie andere Minister bei allen Gelegenheiten durch sein persönliches Einschreiten vertreten. Er hat ihn auch nach dem Zustandekommen der Handelsverträge gegen die erlittenen schweren Angriffe in Schutz genommen, nicht nur bei Eröffnung des Teltower Kreishauses, sondern auch bei dem Hoffeste im Neuen Palais eine Lobrede auf den leitenden Staatsmann gehalten; er brachte ihm bei beiden Gelegenheiten ein besonderes Hoch, und verkündete in unverkennbar freudiger Stimmung die Ernennung des Herrn von Caprivi zum Grafen. Die Befriedigung, welche aus den Worten des Kaisers sprach, galt in erster Reihe der Vollendung des ersten Abschnittes des handelspolitischen Werkes, welches die Reichsregierung unternommen hat. Sie galt aber zugleich dem Eifer, dem Fleiße und der Thatkraft, welche der Nachfolger des Fürsten Bismarck in dem schwierigen Amte bethätigt, bei dem er unter dem unvermeidlichen Vergleiche mit seinem Vorgänger und unter den Angriffen von Friedrichsruh zu leiden hat.

Die Reden des Herrschers richteten sich gegen jene Kreise, welche die neuen Handelsverträge, wie es die Herren Stöcker, von Kardorff, Kropatscheck und Genossen thaten, als eine schwere Schädigung der Landwirtschaft behandelten. Ihnen gegenüber wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Landwirte empfinden, es werde das „Suum cuique“ im höchsten Maße auch ihnen gegenüber zur Anwendung gebracht. Im Gegensatze zu der „Kreuzzeitung“ und zu dem Fürsten Bismarck nannte der Kaiser die Verträge geradezu „eine rettende That;“ er lobte auch die Mehrheit des Reichstages, — die Mehrheit, zu der beiläufig die Freisinnige Partei und die Sozialdemokratie gehörten. Während Fürst Bismarck jüngst sagte, die Handelsverträge seien von Geheimräten gemacht worden, „sie säen nicht, sie ernten nicht,“ so nahm der Kaiser seine Räte gegen Verdächtigungen in Schutz, denen sie ausgesetzt gewesen seien. Ein liberales Blatt bemerkte: „Die wärmste Anerkennung bringt der Herrscher dem Reichskanzler entgegen. Die liberale Presse hat Herrn von Caprivi von jeher mit Unbefangenheit und ohne jedwede politische oder persönliche Voreingenommenheit beurteilt. Sie ist weit entfernt gewesen, ihm grundsätzlichen Widerstand zu bereiten oder seine Lage zu erschweren. In das Lob des Kaisers kann sie willig einstimmen, daß Herr von Caprivi sich gewissenhaft in Materien einzuarbeiten gesucht hat, welche ihm fremd waren, und daß ihn gesundes Urteil häufig zu dem richtigen Ziele führte.“

Vermutlich wird nun die Erörterung über die Nachfolgerschaft des Herrn von Caprivi, welche in einflußreichen und dem Reichskanzler nahe stehenden Kreisen in letzter Zeit so lebhaft geführt wurde, ihr Ende finden. Nur sehr bestimmte Mitteilungen konnten Veranlassung geben, daran zu glauben, daß Herr von Caprivi von selbst von seinem Posten zurückzutreten wünschte, sobald die Frage seiner Nachfolgerschaft befriedigend gelöst wäre. Diejenigen, welche in solchen Ausführungen lediglich einen auf Sensation berechneten Versuchsball sahen, waren durchaus auf falscher Fährte. Der Zufall, daß ein gewisses Wochenblatt einige Nachrichten brachte, welche Aufsehen erregten, stempelte dasselbe noch nicht zum Sensationsblatt. — Die sehr bestimmten politischen Absichten, die dort mit solchen sensationellen Nachrichten verbunden sind, entziehen sich häufig der Erörterung des Tages, aber wir glauben kaum, daß Herr von Caprivi sich so eingehend mit jenen Ausführungen beschäftigt haben würde, wenn er nicht mit denselben in der Erwägung einig war, daß ein thatsächlicher Hintergrund und nicht Sensationsbedürfnis zu den Ausführungen Veranlassung gaben. Auch hat der Reichskanzler schwerlich, wie ein Teil der Presse annahm, das Wochenblatt nur als Coulisse benutzt, um einen anderen Zeitungsschreiber zu treffen; er hat vielmehr den Pessimismus, dessen Vorhandensein Herr von Caprivi ja selbst zugab, und die Mißstimmung und Un-

zufriedenheit, von der alle Welt sprachen, im allgemeinen bekämpfen wollen.

Fürst Bismarck hat vor kurzem zu einem Interviewer die Bemerkung gemacht: „Caprivi ist General, und das kommt ihm in heutiger Zeit zustatten“. Wir können daran einige Erinnerungen knüpfen, die den Anspruch auf Neuheit machen. An dem Sturze Bismarcks haben Kollegen, Untergebene, ultramontane und konservative Parteihäupter, fürstliche Personen, insbesondere auch Militärs, mitgewirkt. Die letztgenannten Personen haben ihre Ansichten u. a. in der bekannten Broschüre: „Videant consules“, die bald nach der Entlassung Bismarcks erschien, niedergelegt, indem sie darin zu dem Schlusse kamen: Bismarck habe durch seine Friedensliebe Deutschland sittlich, sozialpolitisch und militärisch an den Abgrund des Verderbens gebracht. „Ein deutscher Reichskanzler darf kein Civilist sein“, sagten sie in einem konservativen Blatte. „Der immer größer werdende Umfang und die innere Kompliziertheit der modernen Staatsmaschinen verlangen eine ebensolche Teilung der Arbeit wie sie sich in den meisten Fächern der Wissenschaft und Kunst, des Gewerbes und sogar des Handels mit notwendiger Logik Bahn gebrochen hat. Diese Teilung hat sich naturgemäß auch immer auf die Staatsleitung und Heeresführung ausgedehnt, obgleich beide sich auf dem Felde der äußern Politik wesentlich berühren. Aber eine strikte Durchführung der Teilung der Geschäfte auf diesem Gebiete kann nur von Leuten gefordert werden, welche sich nicht

die Mühe genommen zu haben scheinen, die Geschichte der Kriege, ja nicht einmal die der neuesten Zeit, zu studieren. Bis zum Kriege von 1870/71, — da klappte alles bei uns, da war auch Bismarck noch in vollster Manneskraft. Nun können aber politische Fehlgriffe gemacht werden, die sich durch die Strategie gar nicht wieder gutmachen lassen. Das hat auf Seiten Frankreichs der letzte Krieg gezeigt. Hier lehrt die Geschichte mit leuchtenden Lettern, daß der Krieg für Frankreich schon entschieden war noch ehe eine Patrouille einen Schuß verfeuert hatte. Die Fehler der Politik hatten den Feldzug bereits entschieden, und der größte Feldherr hätte dieselben nicht wieder gutmachen können. Welche Gefahr also für Deutschland mit dem alternden Bismarck am Ruder der auswärtigen Politik!" Acht Tage, nachdem die „N. Pr. Ztg." diese Argumentation gebracht, hatten wir Strategie und äußere Politik in einer Hand vereinigt. Ein General wurde Reichskanzler, leider mit der Losung: „Der Kurs bleibt der alte, auch der Friedenskurs."

Fürst Bismarck stand jenem Raisonnement in der Hauptsache keineswegs oppositionell gegenüber; er hatte daran nur auszusetzen, daß man ihn für einen Civilisten und bloßen Titulargeneral ansah und nicht für einen Militär mit strategischen Kenntnissen. Er beanspruchte beides zu sein. Der bekannte amerikanische General Sheridan, welcher 1870 das deutsche Hauptquartier begleitete, berichtete aus einer Unterhaltung mit dem Fürsten Bismarck, derselbe habe ihm vertraulich mitgeteilt, daß er die diplomatische Carriere

nur mit Widerwillen ergriffen hätte. Er träumte immer davon, Soldat zu werden. Aber auch darin mußte er dem Willen seiner Familie weichen. — Busch erwähnt in seinem bekannten Buche die Äußerung Bismarcks: „Wenn ich Offizier geworden wäre, — ich wollte, ich wäre es, — so hätte ich jetzt eine Armee, und da ständen wir nicht vor Paris.“ Fürst Bismarck glaubte sowohl 1866 als 1870 die deutsche Kriegführung bei verschiedenen Gelegenheiten scharf kritisieren zu dürfen. Er ist ja auch bekanntlich bei Wilhelm I. mit einzelnen strategischen Ratschlägen durchgedrungen. Jedenfalls hat er sich auch nach 1870 mit Moltke in einer solchen Fühlung erhalten, daß über der Teilung der Geschäfte die Einheit von Staatsleitung und Heeresführung nicht verloren ging. Wenn er daher von Herrn von Caprivi jetzt sagt: „Er ist General, und das kommt ihm in heutiger Zeit zu statten“, so hat er damit seine Kanzler-Wirksamkeit nicht als die eines bloßen Civilisten bezeichnen wollen. Ein wirklicher General als Reichskanzler ist, abgesehen von der Person des Herrn von Caprivi, heute allerdings gerade so an seinem Platz wie ein Garde-Major a. D. als Kultusminister. Ist der Kaiser sein eigner Reichskanzler, insbesondere auch sein eigner Minister des Äußeren, so muß ihm als der beste Vollstrecker seiner Befehle ein gut disziplinierter Militär erscheinen, der nur die Ausführung und die diplomatische Technik zu besorgen hat. Herr von Caprivi erklärte im Februar 1891 im Reichstage, mit der neuen Kolonialpolitik nur einem Befehle

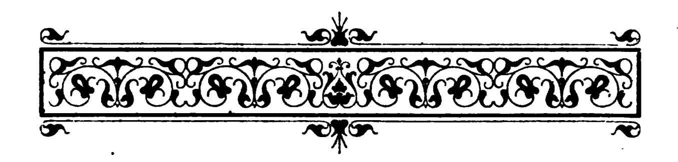
Sr. Majestät nachzukommen: „Am 2. Mai vorigen Jahres gab Se. Majestät der Kaiser vor Einleitung der Verhandlungen nach einem Immediatvortrag die Entscheidung, daß — erstens, die für Kolonialzwecke verfügbar zu machenden Gelder in erster Linie auf Ost-Afrika zu verwenden seien; — zweitens, daß durch die jetzt beginnenden Verhandlungen eine Regelung der Interessensphären, zunächst der nördlichen, dann der südlichen, bewirkt werde; daß im Notfalle die Aufgabe von Witu, vorbehaltlich der Befriedigung etwaiger deutscher Ansprüche, als Kompensation zulässig sei; — drittens, daß die Übernahme der Hoheitsrechte in dem innerhalb der deutschen Zone liegenden Küstenstrich auch das Deutsche Reich angestrebt werde; — viertens, daß die Umwandlung der Truppe des Reichskommissars von Wißmann in eine Kaiserlich Deutsche Schutztruppe zu bewirken sei; — fünftens, daß die Schaffung einer über dem Reichskommissar und den sonst beteiligten deutschen Behörden stehenden Centralstelle mit dem Sitze auf dem Festlande ins Auge zu fassen sei; und, — sechstens, daß überhaupt die Verwaltung des Küstenstriches und des sonstigen Schutzgebietes unmittelbar dem Reiche zu übertragen sei. Nach dieser allerhöchsten Direktive, die, wiederhole ich, am 2. Mai vorigen Jahres gegeben ist, ist die deutsche Regierung vorgegangen; sie ist davon auch keinen Schritt abgegangen. Noch heute steht die Kolonial-Regierung auf dem Boden dieser Direktive."

So spricht der gehorsame Soldat. Herr v. Caprivi beansprucht allerdings, wie u. a. aus seiner Rede vom

27. November 1891 sichtlich hervorging, nicht nur der Träger der Firma, sondern ihr wirklicher Geschäftsführer zu sein. Gleichwohl beschränkte er sich, dem Vorwurfe der Amtsmüdigkeit gegenüber, darauf, zu erklären, auf seinem Platze zu bleiben so lange es dem Kaiser gefalle. Er fügte nicht hinzu: „So lange es zugleich sein Gefühl der politischen und staatsrechtlichen Verantwortlichkeit gestatte.“ Dieser kommandierende General betrachtet die Reichskanzlerschaft eben auch als ein Kommando, für welches er nur dem obersten Kriegsherrn verantwortlich ist. Wie im Falle eines parlamentarischen Konflikts diese Stellungnahme wirken würde, kann man sich denken; und wie der Gedanke der Minister-Verantwortlichkeit da zu seinem Recht kommen sollte, das ist eine knifflliche Frage.

Fürst Bismarck hat Recht mit den Worten: „Caprivi ist General, und das kommt ihm in heutiger Zeit zu statten.“





Die Hof-Konservativen.

In den ersten Monaten des Jahres 1891 gab es viel Unruhe im Lager der alten Kartellparteien. Setzte die „Fronde" sich auch aus Elementen zusammen, die zum Teil von verschiedenen Seiten her ihre Angriffe gegen die Regierung richteten, so war man doch im allgemeinen darin einig, daß zu einer Zeit, wo der Ansturm der sozialen Revolution Staat und Thron in Frage zu stellen drohte, es die erste und vornehmste Aufgabe der Regierung sein müsse, die staatserhaltenden, königstreuen Parteien zu sammeln und widerstandsfähig zu halten; statt dessen scheine die Regierung mehr und mehr Anlehnung bei denjenigen Parteien zu suchen, die zuverlässige Stützen nicht zu bieten vermögen. Die Regierung sollte deutlich zeigen, mit wem und gegen wen sie Politik zu machen gesonnen sei. Nicht als ob man der Regierung zumutete, irgend eine Partei vor den Kopf zu stoßen; die Abschwächung der Gegensätze, welche sich in einer sach-

licheren, milderen, weniger verbitternden Methode des politischen Kampfes als die der letzten Jahre war, bekunden, müßte nur als ein Gewinn gelten. Aber er sei auch erreichbar, ohne daß Zweifel darüber zu entstehen brauchten, wo hinaus die Regierung wolle. Fürst Bismarck konnte eine Zeit lang die Parteien gegeneinander ausspielen; die jetzige Regierung werde nicht im Zweifel darüber sein, daß sie dies überhaupt nicht vermöge. Aber dann müsse auch alles vermieden werden, was die Herstellung der unerläßlichen Vorbedingungen für einen ruhigen und stetigen Gang der Staatsangelegenheiten stören könne. Wenn man nicht entschlossen sei, klerikale Politik zu treiben, dann dürfe man nicht eine Vorlage wie den neuen Sperrgelder-Gesetzentwurf einbringen. Und wenn die Regierung nicht die Politik der Deutsch-Freisinnigen sich aneignen wolle, dann dürfe man nicht mit völliger Passivität das die öffentliche Meinung verwirrende systematische Bestreben derselben hinnehmen, den falschen Schein zu erwecken, als ob im Grunde die deutsch-freisinnige Politik nach dem Herzen der Regierung wäre und diese nur zur Zeit aus Zweckmäßigkeits-Gründen noch nicht so weit gehen wolle.

Die Konservativen, die ohnehin durch die Entlassung Stöckers und des Grafen Walderfee verstimmt waren, murrten über die Verhandlungen mit Österreich wegen des Getreidezolles u. dgl. Das „Deutsche Tageblatt,“ das bis dahin tapfer mitgeholfen hatte, auf die Handelsverträge u. s. w. loszuschlagen, brachte plötzlich einen gegen die Fronde gerichteten Artikel.

„In der öffentlichen Meinung" — so hieß es daselbst — „tritt neuerdings eine starke Strömung einer verdrießlichen, und das Gefühl des Unbehagens weiterpflanzenden Stimmung zu Tage, und es läßt sich leider nicht leugnen, daß dieses Mißvergnügen hier und da auch in konservativen Kreisen in einer Form zum Ausdruck kommt, die sich von der seit Jahren und mit besonderem Nachdruck unter der Amtsführung des Fürsten Bismarck bekämpften nörgelnden Manier des Freisinns wenig oder garnicht unterscheidet. Nun nimmt die konservative Partei selbstverständlich das Recht einer sachlichen Kritik gegenüber den Regierungsvorlagen und Regierungs-Maßnahmen für sich in Anspruch; sie wird auch, wo Bedenken allgemeinerer Art gegenüber der von der Regierung auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet innegehaltenen Richtung bei ihr auftauchen, mit einem Wort der Warnung nicht zurückhalten. Ihre Kritik kann und darf aber aus dem Rahmen nicht heraustreten, kann nicht zu Übertreibungen und gehässigen Zuthaten persönlichen Charakters greifen und darf nicht zu einer tendenziösen Predigt des Mißmuts und der Voreingenommenheit ausarten. Die konservative Partei hat die Pflicht — und kann sich in keiner Lage und unter keinen Umständen von ihr abdrängen lassen — ihrer Gesammtstellung zur Regierung Seiner Majestät des Königs das Gepräge der Treue und der Loyalität zu erhalten, wie andererseits diese Regierung Seiner Majestät zwar keine Parteiregierung sein kann, aber sich naturgemäß mit denjenigen Parteien zusammenfinden und Verständigung mit ihnen

suchen muß, die den monarchischen Gedanken vertreten.

Beurteilt man von dieser Grundstellung aus das gegenwärtige Treiben in einem Teil der Presse, so ist der Eindruck einer bedauerlichen und ungehörigen, ja widerwärtigen Erscheinung unabweisbar. Man macht die Beobachtung, daß von bestimmten Centren aus in vollbewußter Weise das Ansehen der Regierung untergraben und vor allem versucht wird, die Vorstellung zu verbreiten, daß sie mit unzulänglichen Kräften ihrer Aufgabe gegenüberstehe, schwankend und haltlos, ohne festen Kurs sich von der öffentlichen Meinung hin- und hertreiben lasse und in ihren Verhandlungen mit dem Auslande durch ein zu weit gehendes Entgegenkommen das Ansehen und das Interesse Deutschlands schädige. Man beobachtet insbesondere, und das ist das Verletzendste und Unerträglichste für die konservative Empfindungsweise, daß vielfach auch die Person Seiner Majestät in mehr oder weniger versteckter Weise in diese Kritik hineingezogen und zur Zielscheibe ebenso unehrerbietiger und hämischer, wie sachlich unbegründeter Ausfälle gemacht wird. Wir erinnern in dieser Beziehung an den allenthalben wiedergegebenen Artikel der Münchener „Allgemeinen Zeitung," über dessen Ursprung und Kausalzusammenhang mit dem Verdruß über einen soeben vollzogenen Wechsel in der Besetzung eines hohen Militärpostens kein Zweifel bestehen kann, und der in der Ausstreuung boshafter Unterstellungen und tendenziöser Unwahrheiten, so der Mitteilung, daß Seine Majestät geäußert

haben solle, er wolle in Zukunft sein eigner Generalstabschef sein, wahrhaft Empörendes leistete. In dieselbe Kategorie gehört das Herumtragen von Gerüchten, die sich auf die Stellung des Herrn Finanzministers von Miquel beziehen, von angeblich bevorstehenden Teilungen der Ämter des Herrn Reichskanzlers von Caprivi, von Rivalitäten und Verstimmungen zwischen den Ministern 2c. fabeln und, wie bereits festgestellt, völlig aus der Luft gegriffen sind. In allen diesen Dingen tritt eine bestimmte Tendenz, die auf die Erzeugung einer Stimmung des Unbehagens hinarbeitet, die insbesondere auch unter den Konservativen immer aufs neue Mißtrauen wachzurufen sucht, die, mit einem Worte, aufwühlen will, unzweideutig zu Tage.

Gewiß wird kein patriotischer Deutscher dem Fürsten Bismarck den Dank vergessen, den wir ihm für seine an Mühen um das Vaterland so reiche und in ihren Erfolgen so unvergleichliche Wirksamkeit schuldig sind. Auch weitere sachliche Begutachtungen unseres alten Kanzlers über Fragen des öffentlichen Wohles sind einer respektvollen Aufnahme und gebührenden Beachtung selbstverständlich sicher. Für Preßtreibereien aber, welche die oben charakterisierten Züge an sich tragen, überdies auch noch die Stellung unserer Regierung in auswärtigen Fragen erschweren, giebt es keine Rechtfertigung, sie mag einen Titel für sich anführen, welchen sie will, und wir beklagen auf das Tiefste, daß Fürst Bismarck den Behauptungen, welche die beleuchteten Agitationen in eine Verbin-

dung mit seiner Person bringen und fast allgemein für begründet gelten, nicht in bestimmter und jeden Zweifel niederschlagender Form entgegentritt. Jedenfalls erklären wir unsererseits hiermit mit allem Nachdruck, daß für eine frondierende Richtung, die in der Weise der „Hamb. Nachr.“ und der „Münchener Allg. Ztg.“ gegen die Regierung agiert, auf konservativer Seite kein Verständnis besteht und die Möglichkeit sich mit ihr zu begegnen, ja auch nur sie noch länger ohne Protest schweigend gewähren zu lassen, ausgeschlossen ist. Eine solche Richtung und Thätigkeit entspricht nicht der Auffassung von Loyalität und patriotischer Pflicht, die wir von der konservativen Denkart unzertrennlich halten, und sie fällt unter eine doppelt scharfe Verurteilung in einer Zeit, in der wir mit der Möglichkeit von Stürmen vor Allem im Innern zu rechnen haben, und die Hochhaltung der Autorität auf allen Gebieten und die Sammlung aller wohlgesinnten Elemente hinter dem starken Königtum sich somit als Hauptaufgabe von selbst ergiebt.“

Diese Anklage gegen die angebliche Fronde, die im „Deutschen Tageblatt“ unter dem Titel „Ein ernstes Wort zur Lage“ erschien, hatte folgenden Ursprung. Der Verfasser des Artikels war Herr von Helldorff, welcher im königlichen Schlosse öfter empfangen wurde. Solche Audienzen scheinen in bestimmter Absicht geheim gehalten worden zu sein, obwohl für Eingeweihte bekannt war, daß genannter Herr dort als vornehmster leader seiner Partei be-

handelt wurde. Ihm gegenüber hatte der Kaiser, obwohl derselbe Zeitungen nur aus den Ausschnitten kennt, welche ihm das literarische Bureau und das Auswärtige Amt zustellen, sich wiederholt darüber beklagt, daß er von der konservativen Presse nicht die erhoffte Anerkennung finde. Daraufhin erbot sich Herr von Helldorff, Abhilfe zu schaffen. In einer vertraulichen Besprechung brachte er die Beschwerde des Monarchen bei seinen Parteigenossen zur Sprache, stieß jedoch dabei auf mannigfache Einwendungen. Unter anderem wurde bemerkt, eine Presse, die man täglich mit Fußtritten regaliere, könne unmöglich noch katzbuckeln. Der Niederschlag dieser unerquicklichen Auseinandersetzungen war schließlich jene lebhafte Gardinenpredigt im „Deutschen Tageblatt“, welche in der Kreuzzeitung“, welcher man den Mut der Überzeugung nicht absprechen kann, eine nicht minder lebhafte Erwiderung und Abfuhr fand. Daß jener Artikel, bevor er im „Deutschen Tageblatt“ das Licht der Welt erblickte, vom Kaiser gelesen, und der Form und dem Inhalt nach gebilligt worden, darf mit Sicherheit angenommen werden. Thatsache ist, daß der Kaiser von dem noch zu erwähnenden Diner des Brandenburgischen Provinziallandtages Herrn v. Manteuffel in sehr gnädiger Weise für die Entschiedenheit dankte, mit der er in Sachen des Artikels „Ein ernstes Wort zur Lage“ Schulter an Schulter mit Herrn von Helldorff die Aktion geführt hätte.

Dieser Artikel hatte keineswegs die gewünschte Wirkung. Die frondierenden Parteien wehrten sich

eine nach der andern. Das „Deutsche Wochenblatt" des Dr. Arendt brachte eine Replik, die in allen hervorragenden nationalliberalen Blättern, sowie in der „Kreuzzeitung" Aufnahme fand und das Folgende ausführte: „Das „Deutsche Tageblatt" hat einen Aufsatz veröffentlicht, der zweifellos von hervorragender Stelle ausgeht und vollste Beachtung verdient. In seltsamer Weise sind in diesen Ausführungen wahre und falsche, zutreffende und unhaltbare Behauptungen verbunden. Der Artikel geht von der allerdings nicht wegzuleugnenden, sehr schwerwiegenden Thatsache der wachsenden Unzufriedenheit, namentlich in konservativen Kreisen aus, aber er irrt, wenn er glaubt, daß diese Unzufriedenheit durch irgend welche Preßtreibereien künstlich geschürt ist. Ganz im Gegenteil. Die Unzufriedenheit ist viel stärker, viel allgemeiner als die Presse es zum Ausdruck bringt. Das zu vertuschen, müßte verhängnißvolle Folgen haben. Wir halten es für richtiger, die Thatsache offen zu bekennen, ihre Ursachen aufzudecken und dadurch Besserung anzustreben.

„Im „Deutschen Tageblatt" wird im Anschluß an die Zurückweisung der dem Fürsten Bismarck nahestehenden Preßorgane die Behauptung aufgestellt, „daß vielfach auch die Person Sr. Majestät des Kaisers in mehr oder weniger versteckter Weise in diese Kritik hineingezogen und zur Zielscheibe eben so unehrerbietiger und hämischer, wie sachlich unbegründeter Ausfälle gemacht wird." Wir haben hierzu eine sehr ernste Anmerkung zu machen. Wir stehen auf dem

Boden der starken Monarchie. Wir wünschen, daß der deutsche Kaiser und daß der König oon Preußen regiert — die Verfassung, auf deren Grundlage unser Staatswesen ruht, hat die starke Monarchie aufrecht erhalten. Diese starke Monarchie aber ist durch die Verfassung zugleich eine konstitutionelle geworden. Einen wesentlichen Vorzug des konstitutionellen Systems besteht darin, daß die Minister mit ihrer Verantwortung die Krone decken, und daß diese außerhalb der Erörterung bleibt. Unter diesen Umständen haben wir es beklagt, daß umgekehrt die Minister hinter dem Träger der Krone Deckung suchen. Es ist dies z. B. im Reichstage durch den Reichskanzler von Caprivi geschehen. Glaubt Herr von Caprivi, daß es dem Ansehen der Krone nutzt, wenn er kaiserliche Direktiven im Reichstag zur Verteidigung seiner Kolonialpolitik verliest, von denen er wissen mußte, daß sie Gegenstand kritischer Bemerkungen werden könnten?

„Dieses Hereinziehen der Person Sr. Majestät des Kaisers in den Streit der Parteien ist im äußersten Maße bedenklich, um so mehr sollte die Regierung selbst sich nach dieser Richtung Beschränkung auferlegen. . . . Gerade die königstreuen Parteien haben die stärkste Veranlassung, jede Politik zu bekämpfen, die Staat und Thron in Gefahr bringen könnte. Um persönliche Rücksichten, um Personenfrage kann es sich dabei nicht handeln. Wir sind dem Ministerium Caprivi in vollstem Vertrauen entgegengekommen; wir sehen lediglich auf Thatsachen,

die Thatsachen aber rechtfertigen das sich mehrende Mißtrauen und die gefährliche Unzufriedenheit in denjenigen Kreisen, welche gewohnt waren, für die Regierung einzutreten. Wir bleiben jederzeit bereit, jede Vorlage der Regierung mit demselben Wohlwollen zu prüfen, welches wir stets gemäß unseren politischen Überzeugungen Regierungsvorlagen gegenüber für richtig halten, aber wir können dem Ministerium Caprivi nicht folgen, wenn dasselbe Bahnen einschlägt, die wir für unheilvoll halten. Das ist in der Wirtschaftspolitik, in der Kolonialpolitik, in der Kirchenpolitik geschehen. Man verliert die Freunde, die treu und bewährt sind, und gewinnt dafür den Beifall von Elementen, auf die man sich nicht dauernd verlassen kann. Alle Maßregeln der Regierung wirken um so verwirrender, als man ihre Begründung nicht begreift. Warum die Zugeständnisse an England, an Rom, an Österreich-Ungarn, an Windthorst, Richter und Bebel? Das beunruhigende Gefühl der Schwäche und Unsicherheit verbreitet sich in der Nation, die eine starke zielbewußte Regierung wünscht. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, bisher ist noch nicht viel verloren, wenn rechtzeitig auf der abschüssigen Bahn halt gemacht wird. Wir hegen die Hoffnung, daß die steigende Zerfahrenheit und Verwirrung an höchster Stelle Beachtung findet und dies zu einer festeren und zielbewußteren Politik der Regierung führt. Hierfür aber ist vor allem die entschiedene Haltung der Regierungsparteien notwendig. Die Regierung muß erkennen, daß die rücksichtslose Behandlung

dieser Parteien ihr selbst den Boden unter den Füßen fortzieht. Es scheint, daß es dem Ministerium Caprivi an genügender Fühlung mit den parlamentarischen Kreisen fehlt, sonst wären die meisten Gesetzesvorlagen des letzten Jahres nicht zu erklären, so hätte vor allem das Zugeständnis einer Herabsetzung der Getreidezölle gegenüber Österreich-Ungarn nicht im Hinblick auf die Interessen der Landwirtschaft, sondern vor allem aus Gründen der inneren Politik unterbleiben müssen.

„Die Gegensätze, welche gegenwärtig zu Tage treten, lassen sich durch Ausführungen, wie diejenigen des „Deutschen Tageblattes“ nicht aus der Welt schaffen. Die Konservativen haben nur noch die Wahl abzudanken, oder für ihre Grundsätze mit aller Entschiedenheit einzutreten. Nur im letzteren Falle haben sie die Wähler hinter sich.“

Die „Kreuzzeitung“ bemerkte, daß, wenn das „Deutsche Tageblatt“ der konservativen Partei die Pflicht zuschreibe, unter allen Umständen „ihrer Gesamtstellung zur Regierung Seiner Majestät des Königs das Gepräge der Loyalität und Treue zu erhalten,“ so sei in dieser von ihr durchaus anerkannten Pflicht zugleich die andere mit eingeschlossen, in allen Fällen, wo nach der wohlerwogenen Überzeugung der konservativen Partei Se. Majestät schlecht beraten erscheine, dies mit vollem Freimut zum Ausdruck zu bringen. Daß zu einer solchen offenen Aussprache Vorgänge, wie sie namentlich bei der Landgemeinde-Ordnung, den deutsch-österreichischen Handelsvertrags-Verhandlungen und der Sperrgelder-Vorlage in die

Erscheinung getreten, neuerdings eine ebenso berechtigte wie dringende Veranlassung gegeben hätten, würde von der gesamten konservativen Partei zugestanden und daß Parteiführer wie Presse vor dieser Aufgabe nicht zurückgeschreckt seien, erkenne man im Lande dankbar an. Es scheine deshalb von zweifelhaftem Werte, wenn das „Deutsche Tageblatt" bei dieser Gelegenheit allgemeine und nicht belegte Vorwürfe mache, welche nur Wasser auf die Mühle der Gegner zu führen geeignet seien, wie die prompte Antwort des „Berl. Tageblatt" beweise: „Es muß weit gekommen sein im konservativen Lager, wenn aus seiner Mitte ein solcher Notschrei sich Luft macht, ein Notschrei, der alles bestätigt, was wir im Laufe der letzten Monate gerügt haben." So rufe das deutschfreisinnige Blatt aus. Und in der That, wenn das „Deutsche Tageblatt" im Zusammenhange seines Artikels keinen Anstand nehme, auch gegen konservative Kreise den versteckten Vorwurf zu richten, daß sie selbst die Person Sr. Majestät zur Zielscheibe unehrerbietiger und unbegründeter Angriffe machten, so könne man sich über die triumphierende Ausnutzung solcher Äußerungen nicht wundern.

Da nahm am 20. Februar der Kaiser selber das Wort gegen die Fronde, und zwar in einer Rede, die er auf dem Festmahle des brandenburger Provinziallandtags hielt, indem er u. a. bemerkte:

„Ich weiß sehr wohl, daß in der Jetztzeit es versucht wird, die Gemüter zu ängstigen. Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land; gehüllt

in schillernd verführerisches Gewand, versucht er die Gemüter Meines Volks und die Mir ergebenen Männer zu verwirren; eines Oceans von Druckerschwärze und Papier bedient er sich, um die Wege zu verschleiern, die klar zu Tage liegen und liegen müssen für jedermann, der Mich und Meine Prinzipien kennt. Ich lasse Mich dadurch nicht beirren. Aber wenn das Ganze gedeihen soll, so seien Sie sich dessen klar, müssen hier und da im Einzelinteresse Opfer gebracht werden. Unsere jetzigen Parteien sind gegründet auf Interessen und verfolgen dieselben oft zu sehr, eine jede für sich. Es ist ein hohes Verdienst Meiner Vorfahren, daß sie sich nie zu den Parteien gesellt, sondern daß sie stets darüber gestanden haben und daß es ihnen stets gelungen ist, die einzelnen Parteien zum Wohle des Ganzen zu vereinigen. . . . Sie wissen, daß Ich Meine ganze Stellung und Meine Aufgabe als eine Mir vom Himmel gesetzte auffasse, daß Ich im Auftrag eines Höheren handle, dem Ich später einmal Rechenschaft abzulegen, berufen bin. . . . Nun Brandenburger, Ihr Markgraf spricht zu Ihnen, folgen Sie ihm durch Dick und Dünn, auf allen Wegen, die Er Sie führen wird. Sie können versichert sein, es ist zum Heil und zur Größe Unseres Vaterlandes."

Im deutsch-freisinnigen Lager herrschte frohe Erregung. Wenn man bedenkt, wie der Artikel: „Ein ernstes Wort zur Lage" entstanden war, wie der Kaiser so eben erst die Opposition rheinischer Kreise gegen die Sozialpolitik der Regierung getadelt,

wie die Versetzung des Grafen Waldersee in militärischen und bürgerlichen Kreisen gewirkt hatte, so kann es gar keinem Zweifel unterliegen, gegen welche Parteien die Banketrede des Kaisers sich richtete. Wenn die Linksliberalen bei dieser Gelegenheit wiederum eine Sprache führten, als ob sie den Kaiser als den ihrigen zu reklamiren berechtigt wären, so durften sie allerdings mit vollem Rechte die kaiserliche Rede zu ihren Gunsten auslegen und den Unmut und die Verbitterung ihrer und der Regierung Gegner als den Ungehorsam bezeichnen, welchen die Worte des Kaisers so scharf verurteilen. Die Strafpredigt des Monarchen richtete ihre Spitze gegen die konservative Partei. Wenn der Kaiser eine Politik im einseitigen Parteiinteresse verwarf, und von den Opfern sprach, die im Interesse der Allgemeinheit von allen gebracht werden müßten, da lag die Deutung nahe, daß diese Opfer nur in einem Aufgeben des Schutzes der nationalen Arbeit und Produktion liegen könnten. Auch die kaiserliche Bezugnahme auf den „Ozean von Druckerschwärze und Papier", der aufgewendet werde, um des Kaisers Absichten zu verdunkeln, konnte nicht anders, als auf die Organe der Kartellparteien gedeutet werden unter der Beschuldigung, daß sie es seien, welche das Volk irre leiteten. Man konnte sich auch auf gewisse Äußerungen beziehen, welche der Kaiser auf dem Festmahl des Herrn von Caprivi gethan hatte, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Bankettrede nicht nur eine scharfe Verurteilung der Angriffe war, die von Friedrichs-

ruh und anderen Stellen gegen die Regierung gerichtet wurden, sondern auch eine Kriegserklärung gegen die „Interessenwirtschaft“ oder „Mißwirtschaft“ welche auf Deutschland seit 1879 laste, gegen die „Fronde“, welche nicht dulden wolle, daß mit der „Begünstigung und Bevorzugung einzelner Stände und Gewerbszweige“ gebrochen werde. Sie galt daher als ein klärendes Ereignis, welches die Hoffnung auf eine durchgreifende Wendung in der Wirtschaftspolitik befestigen müsse. In der That — schrieb die Freisinnige Zeitung — ist der Kaiser, welcher erklärt, sich nie zu den Parteien stellen, sondern stets darüber stehen zu wollen, um sich zu bemühen, die einzelnen Parteien zum Wohle des Ganzen zu vereinigen, das gerade Gegenteil von dem seitens der Kartellparteien gepflegten Phantom eines Kartellkaisers. Die Äußerungen des Kaisers gegen diejenigen, welche versuchen, die Gemüter seines Volkes und die ihm ergebenen Männer zu verwirren und sich hierzu eines „Ozeans von Druckerschwärze und Papier“ bedienen, sind gerichtet gegen diejenigen, welche noch den Spuren des Fürsten Bismarck folgen und im Fahrwasser der „Hamburger Nachrichten“ gleich der „Kreuz-Zeitung“, dem „Deutschen Wochenblatt“, der „Stöckerpresse“, der „Köln. Ztg.“ es jetzt unablässig so darzustellen suchen, als ob im Volke irgend welche Mißstimmung herrsche darüber, daß die Regierungspolitik hier und da einen anderen Kurs einschlägt, als denjenigen der Bismarck'schen Politik. Die Äußerung des Kaisers, daß nur das Gedeihen des Ganzen die Richtschnur

darstellen könne und daß die Einzelinteressen Opfer bringen müßten, kehrt sich besonders scharf gegen die Agrarier und deren Agitationen gegen den Handelsvertrag mit Österreich und die Ermäßigung der Getreidezölle. Nicht minder aber auch sind die Äußerungen berechnet auf jene schutzzöllnerischen Großindustriellen, deren selbstsüchtige, wirtschaftspolitische Bestrebungen der Kaiser bereits in den bekannten Äußerungen auf dem parlamentarischen Diner gegenüber dem freisinnigen Abgeordneten Schmit verurteilte. Die Rede des Kaisers ist nichts weniger als die Bestätigung des freisinnigen Parteiprogramms, aber sie muß in ihrer scharfen Betonung, daß der Kaiser kein Parteikaiser sein will, und daß dem Gedeihen des Ganzen alle Einzelinteressen sich unterordnen müssen, gerade auf die freisinnige Partei ermunternd wirken, für ihre Bestrebungen zum Wohl des Ganzen auch alle Kraft einsetzen."

Es mußte einen komischen Eindruck machen, wenn Herr von Helldorf den Versuch im „Deutschen Tageblatt" machte, die Rede des Kaisers gegen Freisinn und Sozialdemokratie gerichtet erscheinen zu lassen. Die Regierung sah sich zum Einlenken genötigt. Der Eindruck jener Rede sollte wieder verwischt werden. Es geschah das im Reichstag bei Gelegenheit der Beratung einer Vorlage betreffend die Gewährung einer bis auf 1000 Mark zu erhöhenden Prämie für Unteroffiziere. Dieser Vorschlag der Regierung war aus verschiedenen Gesichtspunkten reichlich und überzeugend begründet. Trotzdem hatte die Budgetkommission des

Reichstages denselben abgelehnt, und so war die Entscheidung über denselben in das Plenum verlegt. Der Kriegsminister, Herr von Kaltenborn-Stachau, führte zur dringenden Empfehlung des Regierungsantrages mehr nur die militärischen Gesichtspunkte der Frage hervor. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer Auseinandersetzung mit der deutsch-freisinnigen Partei. „Herr Richter“ — so bemerkte Herr von Caprivi — „hat gesagt, die Fortschrittspartei käme gern der Regierung entgegen und wäre auch jetzt gesonnen, mitzumachen, vorausgesetzt, daß das, was wir brächten, gut sei. Genau in demselben Verhältnis befinde ich mich zur Fortschrittspartei. (Heiterkeit rechts.) Ich kann aber nicht leugnen, daß ich das, was die Fortschrittspartei thut, meist nicht gut finde. Solange ich die Dinge beobachte, nehme ich an ihr nur eine negierende Haltung wahr. Das liegt in einer Zusammenstellung über die Gesetze vor, die seit 1866 eingebracht und zur Verabschiedung gekommen sind und denen die Fortschrittspartei Widerspruch entgegengesetzt hat. Es sind deren 61 und seit 1870 45 (hört! rechts), darunter zum Teil solche, die zu den grundlegenden Gesetzen für unser gegenwärtiges Verfassungsleben gehören. Solange also die Fortschrittspartei diesen negierenden Standpunkt inne hat, glaube ich, daß es für keine Regierung, es sei denn eine aus der Fortschrittspartei, möglich sein würde, mit ihr in eine engere Verbindung einzutreten.“ (Beifall, rechts.) Der Reichskanzler ging nun näher auf die militärische Seite der Vorlage ein und fuhr dann fort: „Der Abgeordnete Richter

hat dann angeführt, mein Amtsvorgänger hätte in seiner berühmten Rede davon gesprochen, daß wir nicht allein für Offiziere, sondern auch für Unteroffiziere das beste Material hätten, und er hat meinen Amtsvorgänger dabei in eine Art Gegensatz zu mir gebracht. Er stellt eine Art von Kampf zwischen uns beiden auch hier her. Ich kann sagen, es gereicht mir zur Befriedigung, daß er sich diesmal auf die Seite meines Amtsvorgängers gestellt hat. (Sehr gut! rechts.) Die Presse läßt in ihren Spalten einen solchen Kampf schon lange in bengalischem Feuer erscheinen. (Hört, hört!) Mir ist bei der Bundesgenossenschaft, die mir in dieser Beziehung in einem Kampfe, der thatsächlich nicht vorhanden ist (lebhafter Beifall), angeboten wird, allmählich unheimlich geworden. (Beifall, rechts.) Ich habe mich deshalb gefreut, daß der Abgeordnete auch einmal auf der anderen Seite stand."

Man sieht, die Absage des Reichskanzlers an die Freisinnigen ließ an Deutlichkeit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. Während die Rede auf einer Seite mit großem Beifall und mit freudiger Genugthuung aufgenommen wurde, da sie endlich das erlösende Wort ausgesprochen habe, auf das weite Kreise schon lange gehofft, erregte sie bei den Deutsch-Freisinnigen großen Verdruß. Ja, die freisinnige Presse sprach schon von einer förmlichen Kriegserklärung an ihre Partei. Während sie bisher den neuen Reichskanzler auf der Folie des verhaßten alten nicht genug loben konnte, stellte sie jetzt plötzlich bittere Klagen und Anschuldigungen über das „unglückliche, haltlose"

Auftreten Caprivis an. Der ganze „neue Kurs,“ den diese Presse mit so viel Jubel als Anbruch einer schöneren, freieren, hoffnungsvolleren Zeit angekündigt und begrüßt hatte, schien in nichts zurückgesunken. Das war vollständig „alter Kurs,“ vollständig „Bismarck'sche Anschauungs- und Sprechweise.“

Ganz so schlimm war es nun nicht. Die Freisinnige hat in der Hauptsache doch Ursache gehabt, sich des guten Einvernehmens mit dem neuen Reichskanzler zu erfreuen. Die Handelsverträge sind ihr in den Schoß geworfen, und Herr von Helldorf hat dabei geholfen. Tiefsinnig wie immer, schrieb sein Organ, die „Konserv. Korresp.“: „Die Sachlage für die Beurteilung der Handelsverträge seitens der konservativen Fraktion des Reichstages ist zweifellos in mehrfacher Hinsicht eine andere geworden. Sollten einzelne Mitglieder dieser Fraktion gleichwohl bei ihrer Ablehnung der Handelsverträge verharren, so werden wir selbstverständlich jeden Versuch, in Zweifel zu ziehen, daß auch diese Herren ihr Votum so abgeben, wie sie es ihrem Gewissen, ihrem Vaterlande und dem Interesse der Landwirtschaft schuldig zu sein glauben, energisch zurückweisen. Nur verüble man uns nicht den Ausdruck der banger Sorge, daß eine spätere Zeit ein Recht zu dem Urteil erhalten könnte, daß die konservativen Partei wenigstens in einem Teile, in zu starrer Hinlenkung des Blickes auf ein Sonderinteresse und auf Nebenpunkte — um von der Möglichkeit der Unterstellung noch anderer Motive zu schweigen — die Bedeutung eines weltgeschichtlichen

Augenblicks nicht erfaßt hätte und hinter ihrer großen Vergangenheit zurückgefallen wäre, wie den Rechtstitel auf eine gleichführende Rolle in der Zukunft aus der Hand gegeben hätte. Von solchen Maßlosigkeiten, wie der Behauptung, daß wir für die Landwirtschaft jetzt „gar keinen Schutzzoll mehr hätten", reden wir selbstverständlich überhaupt nicht; und ebenso wenig vermögen wir uns mit dem Ratschlage des Zorns, nun auch den alten Schutzzoll der Industrie zu zertrümmern, zu befreunden."

In derselben Weise schlugen auch andere gouvernemental-konservative Blätter an ihre Brust und suchten die „Bedeutung eines weltgeschichtlichen Augenblicks" in seiner ganzen Tiefe zu erfassen. Freiherr von Helldorf, der Führer des regierungsfreundlichen Flügels der konservativen Partei, wurde gleich nach Annahme jener Verträge vom Kaiser in Potsdam empfangen, zur Frühstückstafel gezogen und begleitete sodann den Monarchen auf der Fahrt im kaiserlichen Salonwagen nach Berlin.

Eine nicht üble Schilderung der Hofkonservativen gaben die „Hamburger Nachrichten" aus Anlaß der Zustimmung derselben Partei zum Volksschulgesetzentwurf: „Seit den Erfahrungen bei Beratung der preußischen Landgemeindeordnung konnte nicht mehr daran gezweifelt werden, daß die Konservativen als verantwortliche Partei von Selbstgefühl abdizirt und zu einer rein gouvernementalen Fraktion geworden sind, deren Entschließungen vorwiegend von dem Bestreben beherrscht werden, sich

nach oben hin gefällig zu erweisen. Der Eine will in seinem Amte befördert werden, der Andere faßt die Karriere seines Sohnes ins Auge, der Dritte wünscht dekoriert zu werden, der Vierte erstrebt für seine Familie Einladungen an den Hof und was dergleichen Motive mehr sind. Wir hegen die Befürchtung, daß die Sucht nach momentanen Vorteilen sich an der Partei in der Zukunft schwer rächen wird."





Geheime Räte.

Man hört oft die Ansicht aussprechen, daß das persönliche Hervortreten des Kaisers unter dem Rate von Personen erfolge, die hinter den Coulissen das Ohr des Monarchen haben, und deshalb die Minister sich, nötigenfalls unter Einsetzung ihres Portefeuilles, gegen die Konkurrenz derartiger unverantwortlicher Ratgeber verwahren müßten. Andere haben dagegen Widerspruch erhoben. Wenn der Herrscher — was doch unbestritten — eine eigene Meinung nicht nur haben darf, sondern haben soll, um auf Grund derselben mit seinen Ministern die Amtsgeschäfte zu leiten, so sei es ziemlich einerlei, auf welche Art er sich diese seine Meinung bilde: ob im Verkehr mit Personen, welche nicht Minister sind, ob durch Studien, durch die Lektüre der Zeitungen oder wie sonst. Die ganze Auffassung von der Gefährlichkeit „unverantwortlicher Ratgeber“ gehöre einer veralteten konstitutionellen Doktrin an, die sich selbst in dem parlamentarisch regierten England als

6*

undurchführbar erwiesen habe. Es wurde dort z. B. versucht, sie geltend zu machen, als die junge Königin Viktoria durch die Heirat mit dem Prinzen Albert einen beständigen „unverantwortlichen Ratgeber“ erhielt, aber die unhaltbare Theorie wurde sehr bald fallen gelassen. Wollte man sie ernstlich durchführen, so müßte es am Ende sogar für unkonstitutionell erklärt werden, daß der Herrscher Zeitungen zu Gesicht bekäme, in denen die Politik seiner jeweiligen Minister bekämpft würde.

Dasselbe Blatt, das sich vor einiger Zeit so ausdrückte, die „Nat.-Ztg.“, besprach gleich darauf unter der Überschrift „Hinter den Coulissen“ die Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals v. Gerlach, Generaladjutanten des Königs Friedrich Wilhelm IV. und schloß den Aufsatz folgendermaßen: „Das sind „alte Geschichten“. Aber der mit fast überraschender Ungeniertheit eröffnete Einblick in eine Regierungsmethode, bei welcher die Minister häufig nur halb eingeweihte Werkzeuge sind, während die maßgebenden Ratschläge hinter den Coulissen von Personen ohne Verantwortlichkeit erteilt, oder von solchen Personen die den Ministern unerwünschten Absichten des Königs durchgeführt werden — dieser Aufschluß über die Vergangenheit hat eine Bedeutung auch für andere Zeiten. . . . Aus Leopold von Gerlach's Tagebuch ist zu lernen, zu welcher unwürdigen und verderblichen Führung der Staatsangelegenheiten man gelangen kann, wenn die Einen den Einfluß und die Anderen die Verantwortlichkeit haben. Die Zeit, als der

General-Adjutant und der Kabinetsrat die einflußreichsten Persönlichkeiten waren, ist die Zeit des Niederganges Preußens, sowohl im Innern, als in der deutschen und der europäischen Politik gewesen."

Herr Ritter in seinem bekannten Vortrage über den Kaiser bestreitet das Vorhandensein von persönlichen, nicht berechtigten Einflüssen auf die Entschließungen der Krone. „Man hat wohl auch, sagte er, hierbei den Namen des kaiserlichen Erziehers, des Geheimen Regierungs-Rat Hinzpeter genannt, erst neuerdings ist dies wieder in recht unfreundlicher Weise z. B. im Berliner Fremdenblatt geschehen. Ich muß sagen, ich habe diesen Herrn hochschätzen gelernt und wundere mich gar nicht über das Vertrauen und die Gunst, mit welcher Se. Majestät ihn auszeichnet. Der Kaiser sprach zu Münster: „Ein Sohn dieser Provinz, war es, dem Ich meine Ausbildung verdanke; und der die Grundsätze in Mir befestigt hat, welche für Meine weitere Entwickelung bestimmend geworden sind." Nun, solche Werke ehren den Kaiser und den Erzieher. Sie zeugen von einer selten schönen persönlichen Beziehung, haben aber mit der Politik gar nichts zu thun. Zum Mindesten kann da von einer einseitigen präponderierenden Einwirkung bei der Schärfe des kaiserlichen Urteils keine Rede sein. Hinzpeter's Rath mag ja wohl auch hier und da einmal gehört worden sein, aber dann sicher nicht zum Nachtheile. Um dies so recht zu verstehen, muß man eben Dr. Hinzpeter's Broschüre über den Kaiser und seine klare, unabhängige Charakterfestigkeit

gelesen haben. Se. Majestät läßt sich einmal nur durch eigene Überzeugung leiten und diese ist gleich der Wahrheit in goldener Mitte; gleich der Diagonale im Parallelogramm der Kräfte, — das Facit verschiedener Ratschläge und eigener Beurteilung. Das hat die kaiserliche Leitung im Staatsrat recht klar vor Augen geführt. Nicht nur zuhörend, sondern täglich von Morgens 10 bis 7 Uhr Abends selbst präsidierend und wiederholt selbst in die Debatte eingreifend, haben Se. Majestät mit unerschütterlicher Objektivität alle Kontroversen geprüft und sine ira et studio erwogen mit herzgewinnender Freundlichkeit, auch den Vertretern derjenigen Auffassungen gegenüber, welche sich wohl mit den kaiserlichen nicht immer deckten. Meine Herren, Sie werden aus den Zeitungen entnommen haben, mit welchem Interesse selbst während der Frühstückspausen Se. Majestät den Gedankensprüngen eines zugezogenen Sachverständigen aus der Arbeiterwelt gefolgt ist. Ich muß aber hierbei bemerken, daß die Zeitungen da nicht genügend hervorgehoben haben, wie dies in der Sr. Majestät eigenen ehrfurchtgebietenden und doch so freundlich gewinnenden Reserve geschehen ist."

Eine andere Sprache hörte man im Sommer 1890 aus dem Munde der Großindustriellen Rheinlands und Westfalens. Sie beklagten, daß Herr Geheimrat Dr. Hinzpeter sich nicht in einer Stellung befinde, in der er für die von ihm abzustattenden Berichte u. s. w. dem Lande gegenüber eine Verantwortung habe, wie sie den Ministern, den Oberpräsidenten, den Re-

gierungspräsidenten u. s. w. zufällt. Seine Berichte kämen nicht einmal zur Kenntnis der Behörden der betreffenden Bezirke, über die er berichtet, und man wisse es ganz positiv, daß dieses Verhältnis auch in den Kreisen der betreffenden Behörden zum Teil auf das Tiefste beklagt werde. Angenommen, ein Regierungspräsident habe über einen Teil des ihm unterstehenden Bezirks an seine vorgesetzte Behörde berichtet. Wenige Tage darauf kommt Herr Dr. Hinzpeter, hält sich in demselben Teile des Bezirks einen halben Tag auf, verhört die ihm passend erscheinenden Leute und schreibt über seine Wahrnehmungen einen Bericht. Könne es da fehlen, daß sich die ärgsten Widersprüche herausstellen? Und wo liege die Korrektur? — Man traue den Fähigkeiten des ehemaligen Erziehers unseres Kaisers alles mögliche zu, daß er aber über Nacht einen so tiefen Einblick in die verschiedensten Branchen der Industrie gethan haben sollte, um ein sachgemäßes Urteil über die Bedürfnisse derselben abgeben zu können, erlaube man sich mit aller Bescheidenheit zu bezweifeln. „Würde man z. B. auf militärischem Gebiete Gutachten von dem genannten Herren einziehen? Warum auf industriellem Gebiete? Ist die Industrie derjenige Faktor unseres staatlichen Lebens, auf dem sich jeglicher Dilettantismus breit machen darf? Wir haben schon genug Assessoren, Referendare und andere Leute ähnlicher Berufsstellung, die über die „Pflichten der Arbeitgeber“ und was dergleichen zeitgemäße Themata mehr sind, eine Broschüre nach der andern schreiben, deren Wert

durchweg sehr zweifelhafter Natur ist, da liegt denn der Gedanke und Wunsch uns nahe, Herr Dr. Hinzpeter möge sich auf das Gebiet beschränken, auf dem er ohne Zweifel zu Hause ist, das Gebiet der Schule. Und mit dieser Meinung stehen wir, wie gesagt, mit Herrn Wilhelm Funcke nicht allein da, sondern es ist dies die Meinung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Industrie".

In der Schulreformfrage mögen verschiedene Geister den Kaiser berathen haben. Die Schulkonferenz war berufen, den Anhängern des klassischen Gymnasiums zu einem Siege ihrer Ideen und Traditionen zu verhelfen. Es war keine beneidenswerte Stellung, in welche die Berufenen anfangs gerieten, als sie durch die Kaiserrede belehrt wurden, sie sollten umgekehrt ihren Gegnern das Feld räumen, indessen ihre Elastizität erleichterte ihnen die löbliche Unterwerfung. Überrascht waren auch die Vertreter des Kriegsministeriums, die in der Meinung, den Anschauungen des Kaisers zu entsprechen, eine Denkschrift für die Konferenz vorbereitet hatten, die die Notwendigkeit, den Realgymnasien, deren Bildungsweg mit dem der Kadettenanstalten identisch ist, weitere Berechtigung zu erteilen, hervorhob. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit war bei dem Kriegsministerium die Folge nicht nur der Überzeugung von der Vortrefflichkeit dieser Anstalten, sondern auch des Interesses der Armeeverwaltung, die vielen wegen der erforderlichen Verjüngung der Armee frühzeitig den Dienst ver-

lassenden Offiziere ihrer Vorbildung wegen nicht von Verwendung in Stellen ausgeschlossen zu sehen, zu denen sie als befähigt erachtet werden müßten. Diese Thatsache liefert den unumstößlichen Beweis dafür, daß die ungünstige Meinung des Kaisers über die Realgymnasien ihm erst in letzter Stunde unterbreitet worden ist. Wer war dieser Inspirator, der, um den lateinlosen Realschulen zu Hülfe zu kommen, das Realgymnasium ausgerottet wissen wollte? Zur Zeit der Schulkonferenz wurde über Herrn Hinzpeter gesagt, es sei kaum zu sagen, welch bedeutende Stellung dieser bedeutende Mann in wenigen Tagen in diesem Kreise geistig hervorragender und ihm zumeist persönlich unbekannter Männer gewonnen, und wie er von dieser Stellung aus die Verhandlungen gefördert habe. Allen, die ihn in dieser Thätigkeit kennen gelernt — und nicht wenige unter ihnen werden ihm mit einer gewissen Voreingenommenheit entgegengekommen sein — hätte er den Eindruck eines Mannes gemacht, der eine geradezu unvergleichliche Position mit einer bewunderungswürdigen Uneigennützigkeit und mit dem absoluten Mangel jeglichen Strebertums einnimmt. Niemand, der ihn kennt, messe den Gerüchten von seiner Ambition nach dem Portefeuille des Kultusministers irgend welchen Glauben bei. Wenn Herr von Goßler sonst nichts in den Weg trete, so könne er sich getrost der Ausführung der Schulreform hingeben.

Als dann aber das Gerücht sich zu befestigen schien, daß Geheimrat Hinzpeter zum Nachfolger des wankenden Kultusministers von Goßler ausersehen sei,

hieß es: es wäre zu wünschen, wenn das sich bestätigte, denn es würde im öffentlichen Interesse liegen, wenn Herr Hinzpeter auf den Platz eines verantwortlichen Ministers heraussträte.

Gleichwohl gab es Widersprüche in dieser Angelegenheit. Der Kaiser sagte in seiner Eröffnungsrede: „Sie, Herr Geheimrat Hinzpeter, werden verzeihen, Sie sind ein begeisterter Philologe, aber nichtsdestoweniger, die Sache ist meiner Ansicht nach bis zu einer Höhe gekommen, daß es schließlich nicht weiter geht“ — nämlich mit dem klassischen Gymnasium. Und doch soll Herr Hinzpeter die Schulkonferenz, die der klassischen Bildung einen so schweren Stoß versetzte, beeinflußt haben.

Der Kaiser überhäufte das Kasseler Gymnasium, wo er seine Bildung empfangen, mit schweren Vorwürfen. Er begründete zu einem guten Teile seine scharfe Beurteilung der höheren Schulen auf die persönliche Erfahrung, die er als Besucher des Gymnasiums zu Kassel gemacht hat. Es war unzweifelhaft ein trostloses Bild, das aus den Einzelzügen, die unser kaiserlicher Herr anführte, von dieser Schule sich ergab. Wenn man es überhaupt für angezeigt hält, einen königlichen Prinzen einer öffentlichen Schule anzuvertrauen, so müßte doch das erste Erfordernis sein, eine nach allen Richtungen hin musterhafte Anstalt zu diesem Zwecke auszusuchen. In Kassel muß aber nach den Schilderungen des Kaisers der Schulbetrieb ein solcher gewesen sein, daß die aufsichtführende Behörde sehr entschieden dagegen hätte einschreiten müssen.

Man bedauerte es allgemein, daß Se. Majestät als Prinz Wilhelm das preußische Gymnasium in einem Exemplar kennen gelernt habe, welches sich von allen bekannten altpreußischen Schulen dieser Gattung auf das auffälligste unterschieden haben müsse. Schon die Mitteilung, daß auf dem Kasseler Gymnasium $5^1/_2$ bis 7 Stunden außer der Schulzeit mit den, dem häußlichen Fleiß gestellten Aufgaben in Anspruch genommen wurden, ließ erkennen, daß es auf dieser Anstalt endweder mit der Unterrichtsmethode in den höheren Klassen oder mit dem Fundament, welches in den unteren und mittleren gelegt wurde, sehr schlecht bestellt war. Noch haarsträubender war die Feststellung, daß der Kasseler Gymnasiast in seinem Geschichtsunterricht nichts von dem siebenjährigen Kriege, wenig oder nichts von der französischen Revolution und nichts von den Freiheitskriegen erfuhr. Das ist in der That unerhört und eine in ihrer Eigenmächtigkeit auffällige Abweichung von der Regel, denn es ist sonst die allgemeine Praxis, daß vaterländische Geschichte in den mittleren Klassen getrieben und in den oberen wiederholt werde. Nicht minder ungesunde und normale Verhältnisse müssen betreffs der Anfertigung des lateinischen Aufsatzes in Kassel geherrscht haben; denn wir müssen ehrlich gestehen, daß wir uns in unserer eigenen Erfahrung nicht einmal ein ganz klares Bild machen können, welche unerlaubten Hilfsmittel dort bei der Absolvierung dieser Aufgabe zur Anwendung gebracht wurden. Unsere eigenen Arbeiten dieser Art waren ausnahmslos das Produkt redlichen

Fleißes, und wir wissen auch nichts Anderes von unseren Mitschülern.

Nun blieben aber alle diese Schlüsse, die von den Berufungen des Kaisers auf seine eigenen Schulerfahrungen auf den Zustand des von ihm besuchten Gymnasiums gemacht wurden, nicht ohne Widerspruch, und Dr. Hinzpeter, der dem Kaiser in seiner Schulzeit als Leiter seiner Studien beigegeben war, hielt in der Schulkonferenz jene Rede, worin er sich als Ehrenretter des so scharf angegriffenen Gymnasiums aufwarf. „Als es sich, sagte er, in den sechziger Jahren darum handelte, den Weg vorzuzeichnen, den die Erziehung des damaligen jungen Prinzen Wilhelm zu nehmen hatte, da wurde als Prinzip aufgestellt, es solle die Erziehungsweise gewählt werden, die die sicherste Gewähr biete für eine harmonische Ausbildung der Geisteskräfte des jungen Knaben mit Beiseitesetzung jeder anderen Rücksicht, die früher hätte vorwalten dürfen. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß zur Erreichung eines solchen Zieles nur die altklassische Gymnasialbildung gewählt werden könne, die so vielen Generationen der herrschenden Klasse die höchste Bildung hatte gewähren können. Was nun der junge Prinz suchen sollte in Kassel, hieß ungefähr so — ich wiederhole ziemlich wörtlich, was sich in einer der zahlreichen damals verfaßten Denkschriften findet —: er solle dort suchen die strenge Disziplin des Geistes, die der altsprachliche Unterricht der Gymnasien allein zu gewähren im Stande schien, er sollte suchen eine gewisse Übung in der Lösung

geistiger Aufgaben und ein gewisses Streben nach wahrem Erkennen und Wissen. Daneben hoffte man auch, es solle sich in ihm dort eine historische Weltanschauung ausbilden mit einem gewissen Verständnis für die Verhältnisse seiner Zeit. Ich will nichts ändern, nichts hinzufügen, ich möchte nur erklären: Alle Beteiligten haben es seiner Zeit dankbar anerkannt und so weit sie noch leben, erkennen sie es noch heute dankbar an, daß das Gymnasium zu Kassel bei diesem doch sehr eigenartigen und sehr eigenthümlich gestellten Schüler seine Schuldigkeit redlich gethan hat und daß es die großen Hoffnungen, die auf dasselbe gesetzt worden sind, in hohem Maße erfüllt hat."

Die Verwirrung der Gemüther wurde nur um so größer. Woher stammten denn die Anklagen des Kaisers?

Im Übrigen ist längst bemerkt worden, daß unverantwortliche und untergeordnete Ratgeber mehr Gelegenheit haben, in zwanglos vertrautem Verkehr ihren Einfluß beim Kaiser einzusetzen, als Minister und Sachverständige. Man meint insbesondere die Stimmung gegenüber dem industriellen Westen auf derartige Hinzpetereien zurückführen zu dürfen.

Die „Düsseldorfer Zeitung" hat wiederholt Artikel veröffentlicht, die sehr bemerkt wurden und öftere Entgegnungen in den „Hamburger Nachrichten" zur Folge hatten. Über die Provenienz der Artikel dieses sonst politisch wenig bekannten Blattes er-

hielten im November 1891 die „Dresdener Nachrichten“ aus Berlin nachstehende Mitteilung:

„Die Nachrichten darüber, auf welche Autoritäten sich die „Düsseldorfer Zeitung“ stützt, sind geteilt. Die Einen meinen, daß der bekannte Geh. Rat Hinzpeter der Inspirator sei, Andere vermuten ihn in dem jetzigen Handelsminister. Letztere Vermutung knüpft sich an die Eigenschaft des Düsseldorfer Blattes als Organ für amtliche Anzeigen der dortigen Regierung an, deren Chef Herr von Berlepsch bis zu seiner Ernennung war.“

Bei der Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß das Blatt aus Anlaß der jüngsten Erörterungen über den in München eingezeichneten Spruch des Kaisers bemerkt habe: „wenn der Monarch den Absolutismus neu einführen wolle, so könne ihn schließlich Niemand daran hindern.“

Eine schnell improvisierte Gesellschaft fand sich am 23. Januar 1892 bei dem Kultusminister Graf Zedlitz zusammen. Der Kaiser hatte sich plötzlich zum Thee anmelden lassen. Das Volksschulgesetz hatte eine sehr unglimpfliche Aufnahme im Abgeordnetenhause gefunden und Minister Miquel sollte seinen Abschied gefordert haben. Der Kaiser begleitete seine Anmeldung beim Kultusminister mit dem Befehle, daß der Finanzminister zum Thee erschiene, daneben der Herr von Benda, verschiedene Hofkonservative, auch Graf Douglas, der nach der Thronbesteigung des Kaisers diesen in einer Brochure gegen jeden Verdacht von Muckerei und Stöckerei verteidigt hatte

und das neue Volksschulgesetz aus dem Hintergrund vertreten half gleich Herrn Hinzpeter.

Graf Douglas sagte in seiner Brochure über Stöcker:

„Sie wissen, wie eine Versammlung, welche bei dem jetzigen Chef des Generalstabes, Grafen Waldersee, abgehalten wurde und an der der damalige Prinz Wilhelm Teil nahm, ausgebeutet wurde, um den Prinzen in der öffentlichen Meinung zu verdächtigen und ihn mit den politischen Parteibestrebungen hochkirchlicher Kreise, insbesondere mit denen des Hofpredigers Stöcker zu identifizieren und, wie ich sehe, ist diese Legende auch zu Ihnen gedrungen. Alle diese Versuche, dem Kaiser eine persönliche Stellungnahme zu Gunsten bestimmter Parteianschauungen zuzuschreiben, beruhen auf positiver Entstellung der Wahrheit. Mein verehrter Freund, der nationalliberale Abgeordnete von Benda, welcher jener Versammlung beigewohnt hatte, hat sich unmittelbar nachher notiert, was ihm im Verlaufe derselben bemerkenswert erschien. In diesen Notizen heißt es wörtlich: „Der Prinz hob ausdrücklich hervor, daß es sich für ihn um Bestrebungen handele, welche jedem einseitigen kirchlichen Standpunkte fern liegen.“ Das ist die authentische, nicht zu mißdeutende Widerlegung aller jener thörichten oder böswilligen Gerüchte. Das offene Gerede ist dann auch verstummt, namentlich, nachdem Kaiserin Friedrich, die damalige Kronprinzessin, unsere erlauchte Kaiserin, durch eine besondere Kabinetsordre ermächtigt hatte, sich an die Spitze des

Mitteilungen des Grafen Douglas über ihn unrichtig seien. Er wiederholte diese Erklärung. Man weiß nicht, auf welche Stelle des obigen Citates aus der Schrift von Douglas sich das Dementi des Hofpredigers Stöcker bezog. Was Graf Douglas sagt, ist nicht so präzise, daß nicht eine verschiedene Auffassung möglich wäre. Der Ausdruck „nur sehr vorübergehende" ist z. B. gewiß einer verschiedenen Deutung fähig. Vielleicht hat sich das Dementi des Hofpredigers Stöcker auf diesen Ausdruck bezogen. Es ist anzunehmen, daß Stöcker verletzt war, als er sich gewissermaßen in einen Gegensatz zu Sr. Majestät dem Kaiser gebracht sah, von welchem Gegensatz ihm selber nichts bekannt war. Er nahm an, daß dies von unberufener Seite geschehen sei. So mag das vorschnelle Dementi entstanden sein.

Daß Stöcker bei Hofe nicht mehr persona grata sei, war seit dem Regierungsantritt Kaisers Wilhelm II. kein Geheimnis. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, deren Berührung sich von selbst verbietet, möchte man (schrieb ein Korrespondent der Grenzboten im November 1890) die Gründe am liebsten darin suchen, daß der Kaiser in seinem Bestreben nicht nur thatsächlich „über den Parteien" zu stehen, sondern dies auch von der öffentlichen Meinung anerkannt zu wissen, die Beziehungen zu der sogenannten äußersten Rechten, die ihm, während er noch Prinz Wilhelm war, zugeschrieben wurden, wohl unbequem empfunden haben mag. In ungezwungener Weise läßt sich hieraus erklären, daß und weshalb die „Extremen" als solche,

nicht blos Stöcker allein, von dem jungen Monarchen nicht nur keinerlei Zeichen der Gunst empfangen haben, sondern zum Teil sogar auffällig zurückgesetzt worden sind, wie es denn z. B. nicht unbemerkt geblieben ist, daß die Herren von Puttkamer und von Kleist-Retzow zu der im Frühling jenes Jahres auf der Pfaueninsel bei Potsdam veranstalteten Festlichkeit keine Einladung erhalten hatten, während der sogenannte Helldorff'sche Flügel der deutsch-konservativen Partei des Reichstages reichlich bedacht war. Wir beschränken uns darauf, diese Thatsache anzuführen, die an sich unbedeutend erscheinen mag, weil erst seit wenigen Monaten von einer kaiserlichen Politik im eigentlichen Sinne des Wortes die Rede sein konnte. Was vor der Entlassung des Fürsten Bismarck von unfreundlichen Kundgebungen gegen die „Kreuzzeitungs-Partei“ und insbesondere gegen Stöcker bekannt worden ist, wird wohl mit Recht auf die ausgesprochene Abneigung des Exkanzlers gegen die „äußerste Rechte“ zurückgeführt. Jedenfalls kann hier nicht so scharf geschieden werden, wie es für die Beurteilung der späteren Lage erforderlich wäre. Wir behaupten nicht, daß zu den eben erwähnten äußeren Gründen der Abkehr nicht nach und nach eine gewisse innere Erkaltung hinzugetreten sei; psychologisch ließe sich das wohl erklären, gewisses ist darüber indessen in den Kreisen der Unterrichteten nicht bekannt. Nur soviel scheint festzustehen, daß der Kaiser die kirchenpolitischen Anschauungen Stöckers und seiner Gesinnungsgenossen nicht teilt, wohl gar dagegen eingenommen ist, weil

er von ihrer Verwirklichung eine Minderung der geschichtlichen Stellung des obersten Bischofs der evangelischen Landeskirche erwartet. Auf eine Erörterung dieser Frage einzugehen, wäre jedoch nicht am Platze.

Der Verfasser glaubt nicht an die Gerüchte, daß Äußerungen der Großherzöge von Baden und Hessen zu dem Sturze Stöckers beigetragen haben. Daß sich Einflüsse der gedachten Art, vielleicht auch noch höher hinaufreichende, geregt haben mögen, soll nicht unbedingt bestritten werden, nur braucht man ihre Tragweite nicht eben hoch anzusetzen. Angesichts der außerordentlichen Selbständigkeit des Kaisers ist es fast unmöglich zu erkennen, was bei seinen Entschließungen den Ausschlag giebt. Nur Vermutungen dürften hier gestattet sein; diese aber gehen dahin, daß die „Staatsraison," die heute die „Zusammenfassung aller staatserhaltenden Elemente" erheischt, es vielleicht erfordert, die kalt zu behandeln, auf deren Unterstützung unter allen Umständen gerechnet werden kann, von denen man aber glaubt, daß ihre Grundsätze wie ihre Personen der Gewinnung anderer, an sich weniger zuverlässiger Elemente im Wege seien. Sonstige Gründe lassen sich um so weniger ausfindig machen, je mehr man in die Tiefe geht, ohne sich von dem Schein der Dinge beirren zu lassen.

Jedenfalls ist dem Kaiser über Stöcker viel ins Ohr geflüstert worden, namentlich auch vom Chef des Civilkabinetts, Herrn Dr. von Lucanus. Unter fünf Kultusministern hat Dr. Lucanus gedient, von Bethmann, von Mühler, Dr. Falk, von Puttkamer, von Goßler.

Er konnte das vermöge seiner ausgezeichneten Geschäftsroutine, der vollständigen Beherrschung des gesamten Aktenmaterials und seiner großen persönlichen Gewandtheit. Gelehrte, Künstler und andere, die amtlich oder gesellig mit ihm in Berührung kamen, rühmen seine Zuvorkommenheit und Liebenswürdigkeit. Sein Avancement war ein schnelles, er übersprang den Ministerialdirektor-Posten und wurde vom Wirkl. Geh. Rat direkt Unterstaatssekretär. Es ist kaum schon vorgekommen, daß in einem und demselben Ministerium jemand in höherer Stellung das 25jährige Dienstjubiläum feierte. Dr. Lucanus feierte es 1884. Die Auszeichnung, die ihm seitens des Kaiser Friedrich durch Erhebung in den Adelstand, sowie diejenige, die ihm seitens des Kaiser Wilhelm II. durch Berufung an die Spitze des Civilkabinetts zu teil wurde, wird auf den Einfluß des Fürsten Bismarck zurückgeführt.

Auf Herrn von Lucanus sind die Strenggläubigen in der evangelischen Kirche, die den Summepiscopat abschaffen möchten, schlecht zu sprechen. Im September 1891 sprachen die Kartellpolitiker in Staat und Kirche durch die „Post“ ihre Wünsche an die Generalsynode aus. Bekämpfung der Sozialdemokratie, Aufgeben der Selbständigkeits- und Organisationsbestrebungen, Ausbau des Gemeindelebens: das waren Vorschläge, bei deren Beachtung die Leitung der Mittelparteien ein gedeihliches Arbeiten der bevorstehenden Synode voraussagte. Es wurde dagegen mit Bestimmtheit erwidert, daß die Hintermänner der „Post“ sich irrten, wenn sie glaubten, daß ihre Anschauung der Lage die der

Mehrheit auf der Synode sein würde. Selbst Dr. Beischlag hätte in einem bemerkenswerten Vortrage vor Kurzem offen ausgesprochen, daß der Summepiscopat in Preußen nicht dauernd aufrecht zu erhalten sei, wenn nicht die politische Begünstigung des Katholizismus aufhöre und eine klare evangelische Kirchenpolitik an ihre Stelle träte. Daraus möchte die „Post“ ersehen, daß nicht einmal ihre nächsten Freunde auf ihrer Seite stehen. In der That wäre die Befolgung ihrer Ratschläge der Untergang der Kirche. Man sagte ferner: „In nicht gerader feiner Weise sucht das Blatt seine schwache Stellung zu verstärken, indem es des Königs Majestät zur Verstärkung derselben heranzieht.“ Unwidersprochen — heißt es — wurde nach dem Verlauf der letzten Provinzialsynoden eine gerade in diesem Punkte herbe Kritik seitens des landesherrlichen Oberstbischofs verbreitet. Wir haben von dieser Kritik auch gehört. Aber wir haben noch etwas mehr gehört. Bekanntlich brachte die „Post“ im Verlauf der Brandenburgischen Provinzialsynode an der Spitze einen Artikel, in welchem der unduldsame Geist der Synode gekennzeichnet und insbesondere ausgesprochen wurde, Hofprediger Stöcker habe Probst von der Goltz die Bekenntnistreue abgesprochen. Diese ganze Darstellung war eine dreiste Erfindung, von wem, wissen wir nicht. Vermutlich war sie gemacht, um bei Sr. Majestät dem König Mißstimmung gegen die Mehrheit der Synode zu ewecken. Wie man sagt, hat sie dem Könige vorgelegen und ihren Zweck erfüllt. Später hat die „Post“ jene Unrichtigkeit schüchtern

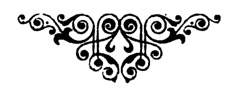
widerrufen. Ob dieser Widerruf gleichfalls zur Kenntnis des Oberstbischofs gebracht, ob überhaupt der Verlauf der Provinzialsynoden in sozial-politischer Beziehung demselben dargestellt ist, wissen wir nicht. Wir möchten es bezweifeln, wenigstens wäre dann jene Kritik, welche die „Post“ citierte, undenkbar. Gerade nach der sozialen Seite haben die letzten Provinzialsynoden alles gethan, was in ihrem Bereich und in ihren Kräften lag, um der starken Initiative Sr. Majestät mit der größten Bereitwilligkeit ihren Dienst anzubieten. Es war für dieselben sehr schmerzlich, daß jene Intrigue, zu deren Werkzeug sich die „Post“ gemacht hatte, die Anerkennung der synodalen Bestrebungen hintertrieb. Und in der Umgebung Sr. Majestät des Königs fand sich, wie es scheint, niemand, der über die Synoden die Wahrheit gesagt hätte. Bei der Wichtigkeit der Sache hätte man das wohl erwarten dürfen. Ein Mann, wie der Kabinetsrat v. Lucanus wäre ja klug genug, um die Sachlage zu erkennen. „Leider ist er so sehr ein Mann der Mittelparteien und so sehr ein Gegner aller streng konservativer und stark kirchlicher Bestrebungen, daß man von ihm eine gerechte Würdigung derselben nicht erwarten kann.“

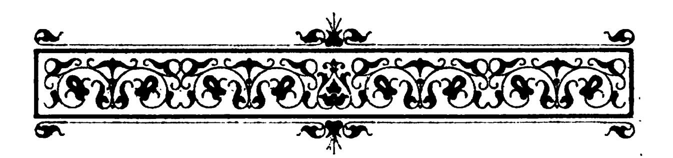
Die Nichtwahl von Stöcker durch die Generalsynode in deren Vorstand machte Aufsehen. Es wird versichert, der Hofprediger a. D. wäre wiedergewählt, wenn nicht unter dem Hochdruck, der vom Oberkirchenrat und einem b e k a n n t e n H o f b e d i e n s t e t e n geleitet wurde, den Gegnern Stöckers der Kamm ge-

schwollen, seinen halben Freunden der Mut gesunken wäre.

Stöckers Blatt, „Das Volk,“ stellte der Generalsynode das folgende Zeugnis aus: „Der Verlauf der Verhandlungen zeitigte manche erfreuliche Ergebnisse, und wenn der letzte Tag mit einem Mißklang schloß, so darf man nicht vergessen, daß alle Erscheinungen, die unsere Epoche des Übergangs hervorbringt, in irgend einer Weise, sei es auch nur an einem einzigen Punkte, den herrschenden Zug der Zeit an sich tragen, das heißt, das Gepräge der Charakterschwäche, der Leisetreterei und feigen Gesinnungslosigkeit. Wir würden in jedem anderen Falle über den kleinen häßlichen Fleck, der ein schönes Gesamtbild verunziert, mit einem mitleidigen Lächeln hinweggegangen sein, aber es handelt sich um einen typischen Vorgang und um eine christliche Körperschaft, der die Pflicht obliegt, in Bezug auf Charakterstärke und Gesinnungstüchtigkeit mit gutem Beispiele voranzugehen. Eine wichtige, auf positiven Grundsätzen fußende Gruppe der Synode beschließt, eines ihrer hervorragendsten und thätigsten Mitglieder in den Synodalrat zu wählen. Unmittelbar vor der Ausführung des Beschlusses verstehen es aber mehrere von der entnervenden Atmosphäre eines weitgehenden Servilismus angekränkelte Geister, ganz ungerechtfertigte und übertriebene Bedenken wegen des Eindruckes der Wahl eines ganzen Mannes auszustreuen, und thatsächlich gelingt es auch, Verwirrung und Schwanken in die eigenen Reihen zu bringen und einen Teil der Gruppe

zum Verrat an ihrem Beschlusse zu bewegen. Denn der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Wir leben unter einer Regierung, deren Leiter seinen Weg mit einem Empfehlungsbriefe des Herrn Dr. Windthorst angetreten hat, und es ist Sitte geworden, den Katholiken zu schmeicheln, die strammen Vertreter der Selbständigkeit der evangelischen Kirche wieder in Acht und Bann zu erklären."





Am Kastanienwäldchen.

Selten hat ein Herrscher einen Bürger in ähnlichem Maße gefeiert, selten ihm eine Huldigung dargebracht, wie Kaiser Wilhelm dem Oberbürgermeister von Frankfurt im Dezember 1889. Wilhelm II. hat erklärt, nächst den Hohenzollern habe Frankfurt seine Blüte Herrn Miquel zu verdanken, und der Kaiser trank nicht nur auf das Wohl der alten Reichsstadt, sondern auch auf Herrn Miquel persönlich.

Dieses Ereignis mußte einiges Aufsehen erregen, denn in denjenigen Kreisen, denen man einen besonderen Einfluß auf den Kaiser zuzuschreiben gewohnt war, genoß Herr Miquel nicht entfernt gleiches Ansehen. Sobald sein Name für einen Ministerkandidaten genannt wurde — und welches Portefeuille wäre ihm nicht schon zugesprochen worden! — erinnerte man in der konservativen Presse an die demokratische Vergangenheit des nationalliberalen Partei-

führers und noch geflissentlicher brachte man die angebliche Thatsache in Erinnerung, daß Kaiser Wilhelm I. eine ausgesprochene Abneigung gegen Herrn Miquel an den Tag gelegt habe, weil derselbe als Mitinhaber einer großen Bank mit dem Gründungswesen in allzu enge Berührung gekommen sei.

Von nun ab verstummten jene Anschuldigungen, denn Herr Miquel ist in der That der Mann des Kaisers. Er ist gewandt und klug, wie wenige seiner Genossen. Er kennt keine leidenschaftliche Erregung, die selbst Herrn von Bennigsen bisweilen übermannt, er weiß Zorn, Entrüstung, Verbitterung von sich fern zu halten. Wer ihn übervorteilen wollte, müßte sehr früh aufstehen, denn Herr Miquel steht überlegen so gut über der Schmeichelei, wie über der Grobheit. Wer ihn gefaßt zu haben glaubte, würde bald gewahr werden, daß sich Herr Miquel seinen Händen aalglatt zu entwinden weiß. Dabei handhabt er das Wort, wie der geschickte Fechter das Floret, er stößt nicht wild und blind zu; er wartet kühl die Gelegenheit ab und führt die Klinge just so tief ein, wie ihm nötig erscheint, mit Eleganz und mit Humor. „Herr Miquel ist ein großes Talent, schrieb damals ein Berliner Blatt, wenn auch nicht von jener Art, aus der man große Staatsmänner macht. Er ist ein feiner Diplomat, und wenn er auch nie ein weltbewegender Kanzler wäre, so kann doch seine Laufbahn noch nicht als abgeschlossen gelten, zumal er von dem kleinen und kleinlichen Ehrgeiz des Büreaukraten, es bis zum Minister zu

bringen, sicherlich frei ist. Herr Miquel ermangelt der Eitelkeit nicht, aber er ist selbstbewußt genug, um sich durch das Portefeuille nicht vergrößert zu erscheinen. Ihm fehlt der dämonische Trotz und die ursprüngliche Thatkraft des Fürsten Bismarck, und würde er heut Minister, er lächelte in graziöser Selbstironie über die Bedeutungslosigkeit des höchsten Amtes."

Daß ein Mann von derartiger Begabung, wenn er sein Licht mit der nötigen Brechung spielen läßt, große Wirkung üben kann und muß, wird keinem Menschenkenner entgehen. Es ist daher begreiflich genug, daß Herrn Miquel's Rede auch den Kaiser in Frankfurt mächtig ergriff. Und in der That, diese Rede war meisterhaft eingerichtet; sie feierte die Vorfahren des Kaisers, ihn selbst aber als den Erben ihres Ruhmes, ihrer Weisheit, ihrer Macht und Volkstümlichkeit. Sie verherrlichte den Herrscher wegen seiner Bemühungen für die Erhaltung des Friedens, betonte aber die vertrauensvolle Entschlossenheit des deutschen Volkes, dem erhabenen Führer und Lenker seiner Geschicke, wenn es sein muß, in Sturm und Wetter zu folgen. Herr Miquel ist kühl bis an's Herz hinan, aber er ist geschickt genug, an richtigem Platze ein eingreifendes Pathos zur Schau zu tragen. Und in Frankfurt hat er sich selbst übertroffen. Kein Wunder, daß die Antwort des Kaisers wirklich „aus tiefstem Herzen" kam und jene Wärme der Empfindung zeigte, welche sich zu einem bewundernden Hoch auf Frankfurts Oberbürgermeister steigerte.

Man soll im politischen Leben niemals sagen: „Niemals“! Herr Miquel hat nach diesem staatsmännischen Worte gehandelt, als er bald nach Bismarck's Entlassung in Frankfurt beteuerte, von seiner Berufung zum Finanzminister nichts zu wissen und am Liebsten sein Leben in der ehemals freien Stadt zu beschließen, obwohl „man nichts verschwören solle.“ Bald wurde Herr Miquel von aller Welt als Finanzminister bezeichnet, und man begriff es, daß der nationalliberale Parteiführer das rheinische Oberpräsidium, welches ihm ohne Anregung des Fürsten Bismarck unmittelbar vom Kaiser angeboten wurde, ausgeschlagen. Herr Miquel versteht sich auf das Warten; er vertraut auf seinen Stern, und sein Glaube hat ihn nicht betrogen. Zum großen Mißvergnügen der Konservativen zog ein Mann in den Palast am Kastanienwäldchen, der nicht nur einst ein roter Demokrat gewesen, der nicht nur der Vorkämpfer der „verwaschenen“ Mittelpartei ist, sondern der sogar an der Spitze eines großen Bankinstituts gestanden und unter dem Schatten des „Giftbaumes“ geweidet hat.

Zwar daß ihm persönlich aus seiner geschäftlichen Thätigkeit ein Makel anhafte, hat am 18. Oktober 1889 selbst Herr Adolf Wagner bestreiten müssen; aber in der Versammlung des „konservativen Gesamtvertretung“ sprach dieser Genosse des Herrn Stöcker doch: „Ich nenne Miquel einen Mann, von dem andere sagen, daß er einer großen modernen Erwerbsgesellschaft sein Vermögen verdanke“ und der

Redner erklärte, daß er ihn darum nicht für einen richtigen Volksvertreter ansehe, obwohl er wisse, daß Herr Miquel ein „persönlich integrer und eminent fähiger Mann" sei, der es entschieden noch weiter bringen werde als zum Oberbürgermeister. Herr Miquel ist nicht der Mann des Herrn Adolf Wagner. auch nicht des Antisemitismus; aber auf dem Festessen bei dem Kriegsminister (1889) redete der Kaiser den Oberbürgermeister mit den Worten an: „Sie sind mein Mann." Der Kaiser hatte erklärt, daß die Parteiformen für ihn keinerlei Bedeutung haben, daß ihm ein liberaler und ein konservativer Mann gleich wert seien, wenn sie nur für Kaiser und Reich einstehen. Und Herr Miquel redete am 22. September bei der Begrüßung des Schriftstellerverbandes in Frankfurt nicht nur von der Bedeutung der deutschen Presse, welche er als das „größte Bildungsmittel der Gegenwart" pries, sondern auch von seiner Ueberzeugung, „daß alle unsere politischen Parteien heute längst überholt, daß sie Produkte der Vergangenheit, aber nicht der lebendigen Gegenwart und der Zukunft sind und daß die Fragen der Zukunft, auf welche die gegenwärtigen Fraktionsprogramme gar nicht passen, eben diese Parteien zersetzen werden."

Miquel war als Parteimann stets der konträre Gegensatz zu jenen Politikern, welche, immer zufrieden, das Große gewollt zu haben, auch wenn durch sie die Gesetzgebung nicht vom Flecke kommt, oder aber in dem Bewußtsein, nützliche Reformen nicht zu hindern Dank der Bereitwilligkeit anderer, etwas zu Stande

zu bringen, sich gestatten dürfen, Unausführbares zu fordern, und durch die Kühnheit ihrer Ideen die anderen in den Schatten zu stellen, die die Verpflichtung fühlen, die allerdings sehr unbequeme, sehr lästige Verantwortlichkeit nicht nur des Redens und Abstimmens, sondern auch des Handelns zu übernehmen, Miquel war der vollendete Typus des „Ja — aber“, d. h. des praktischen Staatsmannes, das gerade Gegenteil des „Ja — also“.

Der Kaiser hat dagegen im November 1890 beim parlamentarischen Diner bei Herrn von Caprivi die Worte geäußert: „Die ältere Generation sagt immer ja — aber; die jüngere Generation ja — also, der Finanzminister Miquel ist von der jüngeren Generation.“ Danach hat Herr Miquel sich verjüngt. Er war es, der den „ersten Erfolg“ des neuen Kabinetts davontrug und dadurch dem neuen Kurse „Glanz verlieh“. Unter rascher und geschickter Benutzung der durch den Abgang Bismarcks geschaffenen Verwirrung wußte er sein Einkommensteuergesetz möglichst früh zur politischen Erörterung zu stellen. Freunde wie Gegner der alten Richtung in den hohen Regionen waren aus einer lähmenden Beklemmung erlöst, als sich ihnen ein Gegenstand bot, den man besprechen und den man fördern konnte, ohne der Vergangenheit etwas zu vergeben und ohne die Stellungnahme für die ungewisse Zukunft zu präjudizieren.

Dem Grundgedanken des Einkommensteuergesetzes hatte die Schulwissenschaft seit Jahren den Boden

derartig geebnet, daß die Ankündigung der Einbringung desselben auf der ganzen politischen Linie mit lautem Beifall begrüßt wurde. Herr Miquel wußte die Einzelheiten drs Gesetzes so streng geheim zu halten, daß so ziemlich alle Parteien ihre zustimmende Haltung unwiderruflich kundgethan und festgelegt hatten, bevor sie den Wortlaut des Gesetzentwurfes zu Gesicht bekamen. Mochten auch bei Bekanntwerden des letzteren einige konservative und nationalliberale Gesichter sich merklich verlängern; man wollte doch um Einzelheiten halber den neuen Männern keine Schwierigkeiten machen, und so erfocht Herr Miquel in dem preußischen Parlament einen Erfolg auf allen Seiten, wie er seit einem Jahrzehnt keinem Minister mehr beschieden gewesen war. Es scheint fast, als ob Herr Miquel für seine Leistung auf ein höheres Maß von Anerkennung gerechnet hatte, als ihm zu Teil geworden ist.

War der neue Finanzminister lange Zeit hindurch der begeisterungsvollste Lobredner des neuen Reichskanzlers und Ministerpräsidenten gewesen, so ist er heute mehr das geworden, was man einen stillen Verehrer nennt. Auch er fand bald, was Fürst Bismarck so oft beklagt hatte, daß die Kollegialität die lähmendste Fessel für schöpferische Geister sei. Je weniger nun das einzelne noch so bedeutende Mitglied eines Kollegiums gegen die plumpe kollegialische Mehrheitsmeinung ausrichten konnte, um so mehr mußte es eben wegen seiner Bedeutsamkeit erwarten, dort eine Stütze zu finden, wo allein ein wirksames

Gegengewicht gegen die maschinelle kollegialische Mehrheit geschaffen werden konnte: beim Präsidium. Ob nun letzteres die Wünsche des Finanzministers nicht in ihrem vollen Umfange und Ziel erfüllen mochte, steht dahin, genug: Herr Miquel sieht sich in seinen weitreichenden Reformplänen seit längerer Zeit gehemmt und er ist nicht der Mann, der dauernd das Gefühl des Beschränktseins ertrüge. Man darf zugestehen, daß Herr Miquel, als er sich entschloß, die Entscheidung, ob er sein Amt niederlegen oder weiter führen solle, davon abhängig machte, daß ihm ein starker uud sichtbarlicher Beweis der Fortdauer der allerhöchsten Gnade gegeben und dadurch eine gewisse Präponderanz im Kollegium zuerkannt wurde, den psychologischen Moment für die Anrufung der Entscheidung außerordentlich klug gewählt hat.

Zu der allgemeinen, das ganze Reich umfassenden Unzufriedenheit weitester Volksschichten tritt für Preußen und das Finanzministerium gerade in dieser Zeit eine merklich zunehmende Erregung, die ihre Ursache in der seit einigen Wochen begonnenen ersten Veranlagung zur Einkommensteuer auf Grund des Miquelschen Steuergesetzes vom 24. Juni und der Ausführungsanweisung vom 5. August 1891 hat. Es ist hier nicht der Ort, in eine fachwissenschaftliche Erörterung des preußischen Einkommensteuergesetzes einzugehen; es genügt, festzustellen, daß der Wortlaut des Gesetzes gegenüber dem bislang in Uebung gewesenen directen Steuerwesen ein beispiellos schroffer und unvermittelter Uebergang von einer ungemein

laxen zu einer rigoros fiskalischen Steuerveranlagung darstellte, daß aber vollends die Ausführungsanweisungen des Finanzministers, welche in wichtigen Punkten, wie gar nicht geleugnet werden kann, dem Gesetz widerstreiten, eine Verwirrung und eine Erregung hervorgebracht haben, die sich direkt gegen den Finanzminister wendet und, weil die Ausführung des Gesetzes vom Minister allein angeordnet und in letzter Instanz gehandhabt wird, das Mißvergnügen über das Gesetz vom Landtag abwendet und dem Minister allein aufbürdet. Das Gesetz ist bei der ersten Handhabung derartig mißliebig geworden, daß es bereits mehrfach vermögende Leute außer Landes getrieben hat und daß vorhergesagt wird, der erste Sturm gegen die neue Richtung in Preußen werde dieses Gesetz zum Ziele haben. Es ist erklärlich, daß Herr Miquel gerade unmittelbar vor Eröffnung des preußischen Landtages die Vertrauensfrage gestellt hat, und es ist angesichts der Gesamtlage, die es dem Ministerium Caprivi absolut verbietet, aus dem eignen Schoße heraus sein Ansehen erschüttern zu lassen, nicht unwahrscheinlich, daß Herr Miquel einstweilen — wir glauben das Wort betonen zu sollen — Recht behält. Gute politische Psychologen maßen sich dagegen an, zu behaupten, gerade weil Herr Miquel den Moment ausgesucht habe, in welchem das Gesamtministerium sich in kritischer Lage befindet, um seine besonderen Bedürfnisse innerhalb der Gesamtheit durchzusetzen, laufe er Gefahr, in minder kritischer Zeit gelegentlich den Kürzeren zu ziehen.

Es giebt am Ende noch manches Grafenkind in Preußen, das gern Minister wäre, ohne die Besorgnis zu bieten, daß es jemals „Schwierigkeiten" erheben würde.

So wurde in Friedrichsruh argumentiert, ohne viel Glauben im Lande zu finden, als plötzlich es sich bestätigte, daß Herr Miquel den Abschied gefordert habe — wegen des Volksschulgesetzes, er, der Vater des Sperrgeldgesetzes und der Gönner des Centrums.





Der selige Krückstock.

Gewisse Verhältnisse in Berlin sind schrecklich. Über das Zuhältertum ließe sich viel schreiben, wenn nicht der Gegenstand gar zu heikel für die Darstellung in diesem Buche wäre. Die Berliner Blätter sind jahrelang einer Erörterung aller mit der Prostitution zusammenhängenden Fragen möglichst weit aus dem Wege gewichen. Unter dem Drucke der jüngsten Vorkommnisse beschäftigen sich jetzt alle mit der Angelegenheit, und einige kommen sogar zu dem Schlusse, daß es notwendig sei, das Verbot der öffentlichen Häuser wieder aufzuheben, damit durch eine „Kasernierung" das Übel der vagierenden Lüderlichkeit möglichst eingeschränkt werde. Man erhofft davon eine größere öffentliche Sicherheit und einen Rückgang des gefährlichen Zuhälterwesens.

Der angenehme Aberglaube, daß Berlin ganz besonders sittlich sei, weil nur eine geringe Anzahl

Nacht-Cafés und armseliger Tingel-Tangels — letztere sind erst seit einigen Jahren unter der Polizeivorschrift erlaubt, bereits um 11 Uhr Abends zu schließen, geduldet — hat sich doch zu deutlich als eine grausame Täuschung erwiesen.

Man freut sich, daß der Kaiser die Schäden erkannt hat und ihre Besserung wünscht. Man freut sich aufrichtig, daß er ein offenes Auge und ein mutiges Herz zeigt, sich mit Dingen zu befassen, die, weit abseits vom Throne, sonst nicht als würdig gelten, daß sich ein mächtiger Herrscher persönlich darum kümmere. Aber man hat an der Form, wie es geschah, manches auszusetzen. Der Wortlaut des Erlasses über diese Angelegenheit hat verstimmt.

Der Kaiser feuert die Polizeiorgane an, rücksichtslos vorzugehen, sie würden dabei nicht nur seine Anerkennung, sondern auch seinen kaiserlichen Schutz finden. Man fragte sich erstaunt, welches besonderen kaiserlichen Schutzes ein Nachtwächter oder Schutzmann bedarf, der energisch seine Pflicht gegen Dirnen und Louis thut. Ferner befiehlt der Kaiser „darauf hinzuwirken“, daß die Gerichte auf ein möglichst hohes Strafmaß erkennen. Man wendet dagegen ein, daß nach bestehendem Gesetz jede Beeinflussung der Gerichtshöfe — gleichgültig woher sie kommen — ausdrücklich untersagt sei. Außerdem bemängelt man, daß der Kaiser das Verhalten gewisser Verteidiger scharf tadelte in einem Augenblick, da gegen die Verteidiger in dem Prozeß Heinze eine Disziplinaruntersuchung schwebte, die ermitteln sollte, ob sich die-

selben korrekt benommen hätten. Schließlich ist man nicht ganz damit einverstanden, daß der Kaiser eine Einschränkung des öffentlichen Gerichtsverfahrens in bestimmten schweren Sittlichkeitsfällen verlangt. Man meint, daß die Gerichte selbst bisher schon ganz gut wußten, wann die Öffentlichkeit auszuschließen war.

Kurzum, indem man den sittlichen Ernst und die edle Absicht des Kaisers auf das Höchste anerkennt, hegt man doch die stille Besorgnis, sein Auftreten sei allzu selbstherrlich und könne den Beamten- und Polizeistaat auf Kosten der bürgerlichen Freiheit stärken.

Zu allem übrigen, was an dem Erlasse bekrittelt wurde, kam der Mangel an einer ministeriellen Gegenzeichnung. Man bedauerte, daß das Staatsministerium diesen an dasselbe gerichteten Erlaß ohne Gegenzeichnung veröffentlicht hatte — wie dies in den letzten Jahren schon wiederholt bei ähnlichen Gelegenheiten geschehen war. Der Artikel 44 der preußischen Verfassung bestimmt: „Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“ Eine der praktischen Folgen der in dieser Verfassungsbestimmung vorgeschriebenen Gegenzeichnung ist, daß die etwaige öffentliche Kritik sich alsdann an den gegenzeichnenden Minister, nicht an den Monarchen richtet; und dies erscheint doch, gleichviel, ob im einzelnen Falle solche Kritik begründet oder nicht begründet ist, sehr wichtig. In den letzten Jahren ist schon allzu stark der Eindruck ent-

standen daß die Parteien und die Preßorgane mit dem Träger der Krone diskutieren — so gelegentlich der Erlasse in der Arbeiterfrage, der Konferenz über das höhere Schulwesen, verschiedener anderer Reden des Kaisers, ganz vor Kurzem noch anläßlich des Erlasses an Herrn von Helmholtz über die Verleihung der Würde eines Wirklichen Geh. Rats: die gesamte deutsch-freisinnige Presse ist da der Anspielung auf Herrn Virchow entgegengetreten, welche in dem Satze über Wissenschaft und Politik gefunden wurde. Wäre dieser Erlaß vom Unterrichtsminister gegengezeichnet gewesen, so hätten solche Erörterungen sich an den Grafen Zedlitz adressieren müssen. Und es scheint mehr im Interesse der Krone zu liegen, daß mit den Ministern, als daß mit dem Herrscher diskutiert wird, Was den Erlaß betrifft, so wird darin ausdrücklich anerkannt, daß „die großen Gefahren und Mißstände, welche der Prozeß (Heinze) blosgelegt hat, von allen Schichten der Bevölkerung in ihrer vollen Tragweite erkannt sind, und daß die öffentliche Meinung einmütig die Notwendigkeit wirksamer Abwehr hervorhebt." So ist es in der That, und es kommt daher jetzt nur auf die praktischen Mittel der Abhilfe an, welche ergriffen werden sollen. Polizeiliches Einschreiten gegen den Zuhälter, energische Anwendung des Strafgesetzes gegen sie, wenn nötig, Verschärfung derselben; das ist bereits von allen Seiten gefordert worden. Die in dem Erlaß enthaltene Mißbilligung des Auftretens der Verteidiger im Prozeß Heinze ist ebenfalls eine fast allgemeine;

dies hat bekanntlich zur Einleitung eines jetzt entschiedenen Disziplinarverfahrens geführt. Aber diese Bewegung der öffentlichen Meinung, welche den Kaiser hoffen läßt, daß die erforderlichen Maßnahmen die kräftige Unterstützung der gesitteten Volkskreise finden werden, wäre unmöglich gewesen, ohne die Öffentlichkeit der Verhandlung im Prozeß Heinze. Deshalb müssen sich entschiedene Zweifel dagegen erheben, daß, wie es in dem Erlasse heißt, es geboten sei, „daß in Fällen, in welchen die schwersten sittlichen Schäden den Gegenstand der Verhandlung bilden, die Öffentlichkeit des Verfahrens ausgeschlossen werde.“ Die Aufdeckung von Schäden, wie die in dem Prozeß Heinze blosgelegten, erweckt Abscheu und bringt insofern keinen Nachteil; sie ist aber andererseits das einzige Mittel, wirksame Abhilfe herbeizuführen.

Es weht etwas von der zornmütigen Krückstockpolitik der Hohenzollern in des Kaisers Erlasse, bemerkt die „N. Zür. Z.“. Da war vor hundert Jahren der geniale Friedrich II., der Große, der bei aller Geistesfeinheit es liebte, im persönlichen Verkehr mit seinen Landeskindern die väterliche Politik des Krückstocks anzuwenden. Er hatte es von seinem seligen Vater geerbt, jenem harten Friedrich Wilhelm I., der bei seiner eisernen Schroffheit ein tüchtiger und pflichttreuer Regent war, welcher in stiller Arbeit sehr Großes für den preußischen Staat und das Haus Hohenzollern geleistet hat und viel mehr zu bedeuten hat, als der „König Gamaschenknopf,“ als welcher er im Munde des

Volkes lebt. Aber er hatte ebenfalls die Angewohnheit, den geliebten Bürgern Berlins höchst eigenhändig mit seinem Spazierstock den Rücken zu zerbläuen, wenn er mit ihnen verschiedener Meinung war, oder wenn er sie von seinem landesväterlichen Wohlwollen recht eindringlich überzeugen wollte. Die Zeiten sind milder, die Sitten freundlicher geworden, und die Regierungsformen haben sich geändert. Der alte hohenzollernsche Krückstock als Regierungsmittel hat sich demgemäß zu einer historischen Erinnerung an die Vorfahren verklärt. Von dem Geiste, der ihn seiner Zeit schwang, spürt man noch jetzt vom Throne herab zeitweilig einen mehr oder minder starken Hauch.

Die Erlasse und Reden des Kaisers in der Arbeiterfrage und in der Schulreform, sein Brief an Professor Helmholtz, mit dem Seitenhieb auf Virchow, zahlreiche andere Kundgebungen und eben auch der jüngste kaiserliche Erlaß über das Zuhältertum in Berlin athmen diesen Geist temperamentvollsten Dreinfahrens.

Wie schon gesagt, in der Sache selbst ist alle Welt mit diesem kaiserlichen Erlaß im Großen und Ganzen einverstanden. Gewisse Verhältnisse in Berlin sind schrecklich. Daß aber der Kaiser persönlich diese Kriegserklärung gegen die Berliner Louis erließ und die Form, in welcher es geschah, hat Kopfschütteln und teilweise sogar offene Mißbilligung erregt. Vor allen Dingen hat man im Volk den gesteigerten Eindruck, daß der Kaiser alles selbst machen und alle

Welt wissen lassen will, daß er es thut. Das hat sein Gutes und sein Schlimmes.

Im Magistrat zu München machte im November 1891 ein Magistratsmitglied in einer geheimen Sitzung des Magistrats an den Oberbürgermeister eine Anfrage, ob es wahr sei, daß Kaiser Wilhelm bei seiner letzten Anwesenheit in München im September einen gewissen Ausspruch in das Gedenkbuch der Stadt eingetragen habe. Der Oberbürgermeister bestätigte darauf diese Thatsache, indem er folgendes mitteilte: Gelegentlich des Besuches Kaiser Wilhelms im Rathause zu München wurde demselben das Gedenkbuch der Stadt zur Einzeichnung vorgelegt, später sandte dann Bürgermeister Dr. von Wiedenmeyer dasselbe Gedenkbuch in das Residenzschloß, um auch dem Reichskanzler von Caprivi und dem Gefolge des Kaisers Veranlassung zu geben, ihre Namen einzutragen. Für Kaiser Wilhelm wurde ein Blatt aus dem sogenannten goldenen Buch eingereicht, um hierfür des Kaisers Eintrag ebenfalls zu erbitten. Dieses Blatt kam nicht zurück, dagegen setzte Se. Majestät über seine im Rathause gegebene Unterschrift die Worte: Suprema lex regis voluntas. (Höchstes Gesetz ist des Königs Wille!)

Die vorstehende Äußerung giebt einer allgemeinen Anschauungsweise Ausdruck, die in den Reden des Kaisers häufig wiederkehrt. In ähnlicher Weise forderte der Kaiser auch am 21. Februar 1891 auf dem Bankett des brandenburgischen Provinziallandtages die Anwesenden auf, ihrem Markgrafen durch Dick und

Dünn zu folgen. Es ist dieselbe Denkungsart, welche auch wieder zum Ausdruck gelangt in der bekannten Unterschrift auf dem Bilde im Kultusministerium: Sic volo sic jubeo. Auch bei dem Bankett des brandenburgischen Provinziallandtages, am 5. März 1890, äußerte der Kaiser: „Diejenigen, welche sich Mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere Ich.“ Damals wurde die Äußerung allerdings auf die Opposition des Fürsten Bismarck bezogen, und wenige Tage darauf folgte ja auch die Entlassung des Fürsten. Am 4. Mai 1891 äußerte der Kaiser in einem Trinkspruch auf dem Bankett des rheinischen Provinziallandtages: „Einer nur ist Herr im Lande, und das bin Ich. Keinen Andern werde Ich neben Mir dulden!“ Auch diese Äußerung wurde in Verbindung mit der Erwähnung des östreichischen Handelsvertrages auf den Fürsten Bismarck und dessen Opposition gegen den Vertrag in der Presse bezogen.

Auf wen sich die Inschrift im Münchener Gedenkbuch beziehen soll, vermögen wir absolut nicht anzugeben. Da in München der König von Bayern regiert, so könnte unter der regis voluntas ebenso der Wille des Königs von Bayern verstanden sein. Oder wollte Kaiser Wilhelm damit dem König von Bayern kundgeben, daß über seinem Willen der Wille des Kaisers steht? Oder sollte nur eine allgemeine rechtsphilosophische Kundgebung zu Gunsten aller Monarchen gegenüber allen Volksvertretungen beabsichtigt sein? Historisch erinnern solche Äußerungen in etwas an

König Friedrich Wilhelm I. Als sich die Magdeburger Ritterschaft 1722 der Einführung von Lehnpferdegeldern widersetzte, forderte der König die Regierungen auf, gegen solch gottloses Beginnen einzuschreiten. In der gedachten Instruktion heißt es dann wörtlich: „Wir sind doch Herr und König und können thun, was wir wollen.“

Heute freilich sind die Könige nicht mehr absolut, sondern an die Verfassung gebunden und dadurch an die Mitwirkung der Volksvertretung. Im deutschen Reich ist die Gesetzgebung nicht einmal an die Mitwirkung des Kaisers gebunden. Denn nach der Reichsverfassung können auch Gesetze zu Stande kommen gegen den Willen des Kaisers. Nach Artikel 5 wird die Reichsgesetzgebung ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag. Innerhalb des Bundesrats führt der Kaiser nur 17 unter 58 Stimmen. Bei dem Gesetz über die Verlegung des obersten Reichsgerichts nach Leipzig wurde bekanntlich der Kaiser von der Mehrheit des Bundesrats überstimmt. Dieses Gesetz kam also zu Stande durch die übereinstimmenden Mehrheiten des Bundesrats und des Reichstags im Gegensatz zu dem Willen des Kaisers Wilhelm I.

Das verhängnißvolle Wort hat der Kaiser auch einem konservativen Abgeordneten gegenüber bei der Manöverfestlichkeit in Erfurt geäußert, nämlich dem Herrn von Rauchhaupt, dem Führer der konservativen Opposition gegen die Landgemeindeordnung.

Salus publica suprema lex esto! Auf diese ursprüngliche Fassung des lateinischen Spruches machte

das Organ des Fürsten Bismarck, die „Hamburger Nachrichten,“ noch ganz besonders aufmerksam. Durch die Münchener Variante würde an Stelle der Staatswohlfahrt der Wille des Königs als höchstes Gesetz proklamiert werden. Dadurch wäre das Prinzip des Absolutismus ausgesprochen.

Im Jahre 1792, bald nachdem Ansbach und Baireuth an die Krone Preußens gefallen waren, besuchten König Friedrich Wilhelm II. und der preußische Kronprinz die Stadt Ansbach. Bei dieser Gelegenheit wurde im dortigen Rathause eine Gedenktafel angebracht, die in goldenen Buchstaben die Worte enthält: „Civium Salus Summa Lex Esto“ d. i.: Der Bürger Wohl sei das oberste Gesetz. Im Rathaussaale zu Nürnberg findet sich der Spruch in ähnlicher Fassung.

Den Spruch, den Kaiser Wilhelm II. bei seinem Aufenthalt in München in das Fremdenbuch des Münchener Magistrats geschrieben hat, erinnert lebhaft an einen Satz Friedrichs des Großen, in dessen Testament politique von 1752; er lautet: Les lois doivent parler et le souverain doit se taire. Das Wort des Kaisers „voluntas regis suprema lex esto“ hat eine Aufregung hervorgerufen und eine Stimmung, wir können nicht sagen erzeugt, sondern zu Tage gebracht, die die schwersten Besorgnisse erweckt. „Wir haben“, schrieb das „D. V.“, „oft ausgeführt, daß es im Wesen einer starken Monarchie, wie wir sie in Deutschland haben und haben wollen, liegt, daß auch die Subjektivität des Monarchen mit all’ ihren Auf-

fälligkeiten stark zur Geltung kommt. Wer die Anregung, die von einer solchen Persönlichkeit auf dem Thron auf das ganze Staatsleben ausgeübt wird, dankbar empfindet, muß es auch in Kauf nehmen, wo sie eine Tendenz einschlägt, die ihm nicht zusagt. Jeder subjektive Wille aber erweckt Widerspruch und wer die Augen offen hat, kann nicht verkennen, daß dieser Widerspruch im deutschen Volke stärker und stärker wird. Die Behandlung der Schulfrage, die Unterschrift „sic volo, sic jubeo," die Rede in Düsseldorf, die Ansprache an die Korpsstudenten in Bonn, das Telegramm von Herrn von Helmholtz haben viel Murren und Kopfschütteln hervorgerufen. Das voluntas regis suprema lex aber hat gewirkt wie eine Kriegserklärung. Es ist ja ganz klar, daß eine Kundgebung damit nicht beabsichtigt war. Absolutismus oder auch nur Verstärkung der monarchischen Gewalt sind in Deutschland so schlechterdings unmöglich, daß niemand hier auch nur an eine Gefahr glaubt, geschweige, daß sie wirklich bestände oder an allerhöchster Stelle der leiseste Schimmer einer solchen Absicht vorläge. Man braucht sich dafür auf jene schönen, feierlichen Worte der ersten Thronrede des Kaisers gar nicht zu berufen. Dennoch hat jenes Wort einen wahren Sturm erregt. Die Presse ruft die Verfassung an, fragt: wo sind die konstitutionellen Minister, und wettert gegen den Byzantinismus. Die Beamten raunen sich mit finsteren Mienen scharfe Bemerkungen zu. Die Professoren flechten in ihre Vorlesungen historische und staatsrechtliche Betrach-

tungen ein, daß von je der Germane ein Königtum, aber kein unumschränktes gehabt habe. Die Geistlichen haben die Gelegenheit wahrgenommen, am Sonntag darauf zu predigen über den Spruch, daß das höchste Gesetz der Wille Gottes sei. Selbst die Offiziösen haben in ihrem verlegenen Ausreden gezeigt, daß sie im Grunde dasselbe denken. Warum der Sturm, da es sich doch thatsächlich doch nur um ein Wort, um durchaus nichts Konkretes, keine Absicht, keinen Plan, kein Symptom handelt, daß irgend etwas Neues ahnen ließe? Wir wollen uns nicht scheuen, es auszusprechen: Die Aufregung ist deshalb so groß, weil damit eine bereits vorhandene Stimmung zum Ausbruch gebracht worden ist. Man hat das zufällige Wort nur als den Exponenten des subjektiven monarchischen Willens aufgefaßt, dem man sich rüstet, Widerstand zu leisten. Hier liegt für die Zukunft eine Gefahr, die gar nicht ernst genug genommen werden kann. Zunächst muß diese Stimmung den spezifisch monarchisch gesinnten Parteien zum Verderben gereichen. Ihnen traut man nicht zu, daß sie willkürlichen Unternehmungen und Forderungen genügenden Widerstand entgegensetzen und wendet sich lieber den Parteien zu, deren Kraft in der Opposition liegt. Jener ganze gebildete Mittelstand, der sich in den siebziger und achtziger Jahren um Kaiser Wilhelm den Alten und den Fürsten Bismarck geschaart, die konservativen Parteien verstärkt, in zahlreichen Wahlkreisen den Ausschlag gegeben hat, wird sich aus dem politischen Leben zurückziehen oder zur Opposition

übergehen. Die radikalen Elemente auf der Linken können die Oberhand gewinnen und dann steht der Verfassungskonflikt vor der Thür. Nicht die sachlichen Streitpunkte, man kann es nicht oft genug wiederholen, sondern allein die Wiederbelebung des konstitutionellen Machtstreites birgt die Gefahr der Zukunft. Das Aufkommen einer dem Monarchen persönlich widerstrebenden Stimmung muß unser politisches Leben im innersten vergiften. Es ist ein höchst merkwürdiger Seelenzustand, in dem sich unser Volk befindet. Die thatsächliche Überlieferung wie die konstitutionelle Doktrin stimmen darin überein, daß die Opposition sich nicht gegen den Monarchen, sondern gegen die Minister richten soll. Es ist in diesem Augenblick geradezu umgekehrt. Die Minister sind anerkannt vorzügliche Männer, die kaum hier und da eine Anfechtung erleiden. Dennoch ist das Volk in einer nicht blos mißmutigen, sondern geradezu aufgeregt oppositionellen Haltung. Die Konservativen, weil der Kaiser zu liberal ist, die Liberalen, weil sie ein konstitutionelles und kein persönliches Regiment wollen. Was der Kaiser will, und was den eigentlichen Inhalt der gegenwärtigen Regierung bildet, darf man vielleicht als aufgeklärten Konservativismus bezeichnen. Was das Volk argwohnt, und wogegen es im Begriff ist, Front zu machen, dürfte man mit jenem Ausdruck des vorigen Jahrhunderts den aufgeklärten Despotismus nennen. Welcher von beiden Begriffen die Oberhand behält, davon wird das Schicksal Deutschlands in der nächsten Epoche wesent-

lich abhängen. Von den gegenwärtigen Ministern ist der Kultusminister derjenige, der mit einigem Mißtrauen betrachtet werden muß. Nicht als ob Graf Zedlitz zu solchem Mißtrauen eine persönliche Veranlassung gegeben hätte, aber die Art, wie sein Vorgänger aus dem Amt geschieden ist, wenn auch nicht völlig aufgeklärt, steht doch unter dem starken Verdacht einer Konzession an den Ultramontanismus und dieser Verdacht muß daher seinem Nachfolger gegenüber nachbleiben, bis er ihn durch positive Thaten genügend widerlegt hat."

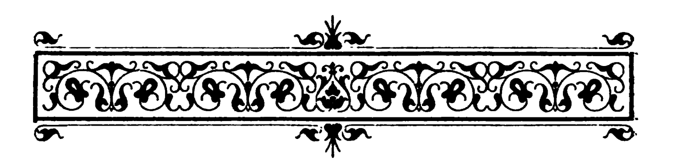
Mehrere Zeitungen haben Zweifel an der Richtigkeit des Textes ausgesprochen, den ein oberschlesisches Blatt von der Rede des Kaisers bei der Vereidigung der Rekruten in Potsdam im November 1891 gab. Die „Kreuzztg.", welche ihrerseits glaubte, daß die berichteten Worte so bei dieser Gelegenheit nicht gesprochen worden, daß vielmehr eine Verwechselung vorliege, war doch über die von anderen bekundeten Zweifel verwundert; sie erklärte, nicht zu begreifen, warum man über eine etwaige derartige Aeußerung des Kaisers erstaunt sein könnte und bemerkte: Wir können ja von gewissen „bösen" und „guten Revolutionären" die in den Erinnerungen an die „große französische Revolution schwelgen, es begreifen, daß ihnen das Heer auch nur ein Faktor ist, mit dem das „souveräne Volk" als mit dem „seinen" rechnet. Es ist uns aber völlig unfaßbar, wie irgend jemand, dem es mit der Sicherheit des monarchischen Staates Ernst ist, daran zweifeln will, daß es innere Lagen geben kann,

in denen das Heer rücksichtslos die beschworene Pflicht seinem kaiserlichen Herrn zu erfüllen hat. Wie kann man sich dann aber darüber wundern, daß in heutiger Zeit der oberste Kriegsherr seinen Soldaten diese einfache Thatsache in ihre unter dem frischen Eindrucke des eben geleisteten Eidschwurs empfänglichen Herzen mit ernsten Worten einprägt?

Wenn der Kaiser sich nicht so geäußert hat, wie berichtet worden, so scheint uns die Darlegung von Gründen, aus denen er so gesprochen haben könnte, sehr überflüssig. Gegenüber der Insinuation von „bösen" und „guten Revolutionären" wollen wir der „Kreuzzeitung" aber sagen, warum wir an die Richtigkeit jenes Referats anfangs nicht glaubten. Kann auch nicht behauptet werden, daß für alle absehbare Zeit bei uns Zustände undenkbar seien, in denen ein Einschreiten der Truppen bei inneren Unruhen erforderlich würde, so fehlt es doch gegenwärtig an jedem Anzeichen, das solche Wirkung in nahe Aussicht stellt. Während Erörterungen darüber also nicht notwendig sind, können sie nur im Innern die „Reinkultur des Beunruhigungs-Bazillus" befördern und im Auslande falsche Vorstellungen von den politischen Zuständen des Deutschen Reiches hervorrufen. Käme es einmal zu dem Unglück eines Straßenkampfes, so könnte dabei allerdings auch der tragische Umstand eintreten, daß Söhne auf die Väter oder Brüder auf einander schießen müßten; aber sie würden es sogar im Augenblicke des Kampfes schwerlich wissen, und es ist nicht abzusehen, welchen

nützlichen Zweck es haben könnte, junge Soldaten im Voraus in den mit dem Gedanken an eine derartige furchtbare Möglichkeit leicht verbundenen Gewissenskonflikt zu stürzen, wenn nichts darauf hindeutet, daß sie eintreten werde. Es könnten dadurch möglicherweise erst bedenkliche Erwägungen, auf welche die jungen Soldaten sonst nicht verfallen würden, hervorgerufen werden. Es genügt für alle Fälle, sie in der Treue für den Kaiser und in der militärischen Disziplin zu erziehen; dann werden sie schießen, wenn „Feuer“ kommandiert wird. Was darüber ist, das ist vom Übel.





Ein päpstlicher Nuntius in Berlin.

Herr von Bismarck hatte schon 1867 bei seinem Monarchen den Gedanken zur Sprache gebracht: ob es nicht nützlich sei, einen päpstlichen Nuntius nach Berlin zu ziehen. Er war der Meinung, daß eine solche Vertretung des päpstlichen Stuhles in der preußischen Hauptstadt den Frieden mit der katholischen Kirche sicherer befestigen könnte, alsdann ohne dieselbe möglich sei.

Es ist interessant, die Gesichtspunkte zu erfahren, welche sich damals beim Könige geltend machten und dem Gedanken Bismarcks das Widerspiel hielten. Zumal gab der Kultusminister von Mühler sein Gutachten im entgegengesetzten Sinnne ab. Er berief sich darauf, daß selbst die „katholische Abteilung“ seines Ministeriums gegen die Zulassung eines Nuntius war, und führte dies als einen Beweis an, wie wenig diese Abteilung den Vorwurf verdiene, von Bismarck als eine Behörde zur Wahrnehmung der

Interessen der Kirche gegenüber den Rechten des Königs bezeichnet zu werden. Darauf konnte allerdings Bismarck antworten, die „Warnung" der katholischen Abteilung sei nicht mißzuverstehen, dieselbe wolle nicht abdanken, denn sie wäre die päpstliche Nuntiatur in Berlin, Herr Krätzig der Nuntius, der obenein noch den Kultusminister in der Hand habe. Der Zulassung eines Nuntius in hergebrachten diplomatischen Formen und mit den völkerrechtlicheu Kautelen sei unfraglich der Vorzug einzuräumen vor dieser als Ministerialabteilung verkleideten und mit staatsamtlichen Befugnissen bekleideten Vertretung der Kurie innerhalb des preußischen Ministeriums, der die intime Kenntnis der nach außen geheim gehaltenen Geschäfte und der Kultusmister selbst für die Zwecke der vatikanischen Politik zur jederzeitigen Verfügung ständen.

Die Gründe, die gleichwohl beim Monarchen gegen die Nuntiatur durchschlugen, beruhten auf den folgenden, in der Presse und vom Kultusminister vertretenen Gesichtspunkten:

Der Nuntius in Berlin wird notwendig ein Geistlicher höchsten Ranges, ein Erzbischof, zuweilen ein Kardinal sein. Man wird römischerseits nicht verfehlen, eine gewinnende Persönlichkeit, mit blendendem Pomp ausgestattet, an diesen Ort zu stellen. Denn man lernt in Rom wenig, aber das Theatralische versteht man. Um den vornehmen und interessanten Herrn wird sich bald ein glänzender Zirkel sammeln. Katholische und katholisierende Aristokratie

wird mit ihm ein natürliches Bündnis eingehen und die katholischen Tendenzen werden ein sicheres Fundament in einer geschlossenen Hofpartei gewinnen. Wenn diese, an der Spitze der katholischen Bevölkerung Preußens, ihre Forderungen stellt, wird es für die Staatsregierung nicht immer leicht sein, sie abzuweisen, zumal sich nicht voraussagen läßt, ob sie nicht unter gewinnenden Gesichtspunkten an höchster Stelle befürwortet werden. Es muß der Punkt kommen, wo für diese Partei der Weg der Kirche und des Patriotismus sich scheidet, und derjenige würde das Gewicht der kirchlichen Motive verkennen, welcher zweifelt, daß die Partei im Großen und Ganzen sich zu einer katholischen und unpreußischen Politik halten werde. Sie wird den geeigneten Boden für die geheimen Einflüsse der fremden katholischen Mächte, und wenn es den römischen Zwecken dient, auch der nichtkatholischen abgeben. So wird sie der Sammelplatz alles zugleich unprotestantischen und unpatriotischen Getriebes sein. Die Anfänge werden wahrscheinlich leise, die ersten Schritte vorsichtig sein; aber die Entwickelungen werden mit der Gewalt des Naturgesetzes zu der verderblichen Höhe getrieben werden, auf welcher uns die früheren Jahrhunderte ausnahmslos die Thätigkeit der Nuntien gezeigt haben. Dies Feuer anzuzünden dürfte nicht so schwer sein, aber auch die Geschicklichkeit unserer größten Staatsmänner möchte nicht hinreichen, die Flammen zu löschen.

Wie anders also, als mit gesteigertem Argwohn

und Zorn sollte der Teil unserer Nation, welcher noch treu am Protestantismus hängt, dem Wachsen dieser Partei und ihres Einflusses zusehen? Einmal von diesem Mißtrauen erfüllt, würde das Volk viele an sich unverfängliche Maßregeln zu denselben Zwecken und zu demselben Ursprung in Beziehung setzen. Unter allen den Gährungen wäre das eine Resultat das Gewisse, daß die religiöse Spannung zwischen Katholischen und Protestanten zu einer Höhe auflodern würde, wie sie seit dem 17. Jahrhundert nicht erreicht worden ist. Auf die gründlichste Abscheidung — Pius IX. sagte: wie zwischen Christus und Belial — auf die tiefste Vergiftung des Wechselverhältnisses zwischen katholischen und evangelischen Christen arbeitet heute, wie immer, die ultramontane Partei hin und giebt sich kaum noch die Mühe, dies Bestreben zu verbergen. Da sie schon den Krieg von 1866 zu einem Religionskrieg zu stempeln suchte, so ist nicht zu bezweifeln, daß sie vor einem deutschen Bürgerkriege nicht zurückbeben würde, sofern sie nur die Macht und die Hoffnung hätte, den verhaßten Ketzerstaat zu vernichten. Wir sind sicher, daß es dahin nicht kommen wird, indes, wenn auch nur der Unwille des evangelischen Volkes über alle dahin zielenden Umtriebe eines Nuntius endlich die Staatsregierung nötigte, sich seiner wiederum zu entledigen, wie viel wäre dann verloren, mit welcher Verletzung der Protestanten, der Katholischen und des Staates würde es geschehen.

Die päpstliche Nuntiatur, die damels scheiterte,

dürfte heute auf weniger Schwierigkeiten treffen. Sie würde vielmehr der neuen Stellung des preußischen Staates zur römischen Kirche entsprechen, d. h. der politischen Macht, die jene Kirche unter dem neuen Regime gewonnen hat. Die Gegengründe, die Herr von Mühler in seiner protestantischen Engherzigkeit noch geltend machte, und die sogar von dem „blendenden Pomp," mit dem der Nuntius in Berlin auftreten und die Augen der Bevölkerung blenden würde, sowie von dem „glänzenden Zirkel," der den katholischen Tendenzen ein sicheres Fundament in einer geschlossenen Hofpartei geben würde, hergenommen wurden, sind nicht mehr zutreffend. Herr von Caprivi muß heute Abstecher nach München machen, um mit Msgr. Agliardi zu konferieren und „verworrene und verfahrene Angelegenheiten" zu klären. Msgr. Agliardi gilt als Diplomat von großer Befähigung und nicht gewöhnlicher Kenntnis der deutschen Verhältnisse. Es wurde im Herbst 1891 gesagt, ihm könne der schwere Schaden nicht entgangen sein, welchen die Treibereien des „Osservatore" und verwandter Blätter gegen den Dreibund auf die Dauer stiften würden. Sicherlich würde Msgr. Agliardi in Berlin noch besser an seinem Platze sein, als in München, und unsere Regierung zu einem weiteren Entgegenkommen gegen Rom Mühe und Zeit ersparen. Wir haben den „glänzenden Zirkel" und den „blendenden Pomp" nicht mehr zu fürchten. Die deutschen Centrumsabgeordneten sind längst im Staate Preußen wie im Reiche eine Macht geworden, und dem entsprechend längst am Hofe beliebte Erscheinungen.

Das Centrum ist heute Regierungspartei par excellence, es nimmt die beherrschende Stellung in unserem Parlamentarismus ein. In dem Chor, welcher mit tiefen Referenzen und reichen Gaben um die Gunst des Centrums wirbt, hat die Regierung die Führung übernommen, so daß die „Kreuzzeitung" kürzlich unumwunden es ausgesprochen hat, man wisse jetzt, wie man es anzufangen habe, um sich bei der Regierung in Respekt zu setzen.

Der Kaiser hatte schon zu Zeiten Bismarcks angefangen, die Führer des Centrums auszuzeichnen und ihnen nationale Gesinnung zuzuerkennen. Er sah im Februar 1889 Herr von Schorlemer bei sich, überraschte Herrn von Huene mit dem roten Adlerorden zweiter Klasse, telegraphierte im Januar 1890 an das Präsidium des Reichstages, um diesem sein Beileid anläßlich des Todes des Herrn von Frankenstein auszusprechen. Als Dr. Windthorst an der Lungenentzündung im Frühjahr 1891 erkrankt war, sah man die kaiserliche Equipage vor Windthorsts Wohnung, Alte Jakobsstraße 172, vorfahren. Der Kaiser sandte seinen Adjutanten, Major von Hülsen, während er selbst im Wagen verweilte, hinauf, um Erkundigungen einzuziehen. Er ließ fragen, ob Blumen im Krankenzimmer erlaubt seien, und sandte eine Stunde später einen prachtvollen Strauß. Die Erkundigungen der Majestäten wiederholten sich täglich. Nachdem Windthorst verschieden war, sandte der Kaiser zum Schmuck ein reiches Blumenarrangement mit drei hervorstehenden, prächtigen Palmen. Die Kaiserin

schickte einen Veilchenkranz. Die weißseidene Schleife trug in Gold den Namenszug des Kaisers und die Kaiserkrone. Bei Überführung der Leiche nach Hannover wurde der Sarg auf Befehl des Kaisers auf dem Bahnhofe in das Fürstenzimmer gebracht. Bei der Beisetzung in der Marienkirche ließ der Kaiser sich durch den Grafen Wedel und Herrn von Bülow vertreten. Ersterer war auch bei der vorangegangenen Trauerfeier in der Hedwigskirche in Berlin Vertreter des Kaisers, und ein reicher Kranz von Sr. Majestät schmückte den Sarg.

„Die kaiserliche Ehrenbezeugung für Windthorst wird — so schrieb ein publizistisch sehr thätiger Centrumsabgeordneter, der zu den Führern des „linken Flügels“ der Partei gerechnet zu werden pflegt — mit Recht von manchen Blättern als kennzeichnend für den Wandel der Dinge betrachtet, welcher seit dem Regierungsantritte Kaiser Wilhelm II. sich vollzogen hat. So lange der Einfluß des Fürsten Bismarck allein entscheidend war, galt jeder Gegner der Bismarck'schen Politik gewissermaßen als Feind des Staates und des Monarchen, und wurde so behandelt. Das ist niemals deutlicher und peinlicher zu Tage getreten, als beim Tode des Abgeordneten von Gerlach. Der ehemalige Führer der großen konservativen Partei und der politische Lehrer des Fürsten Bismarck hatte sich am Abend seines Lebens dem Centrum als Hospitant angeschlossen. Als der durch und durch preußisch-konservative Mann, welcher drei Königen gedient hatte, von der kleinen Kirche in der

Mauerstraße zu Grabe getragen wurde, fehlte die ganze offizielle Welt, weil sie nicht den Zorn des allmächtigen Ministers herausfordern mochte; von den ehemaligen Freunden in hohen Staatsämtern schritt nur der Feldmarschall von Manteuffel hinter der Bahre her. Der politische Gegner war damals verfehmt. Seit dem Regierungsantritte unseres Kaisers ist das anders geworden; das kaiserliche Regiment zeigt sich duldsamer und weitherziger als die kanzlerische Diktatur. Unser junger kaiserlicher Herr hat die Stellung über den Parteien nicht nur als die dem Träger der Krone geziemende bezeichnet, sondern auch thatsächlich eingenommen. Verdiente und hervorragende Männer aller Richtungen haben seine Beachtung gefunden; er möchte Alle in den Dienst des Ganzen gestellt sehen. Das ist eine Wandlung der Dinge, welche sich nur als segensreich für unser öffentliches Leben erweisen kann. Das widerwärtige Schlagwort von der „Reichsfeindschaft aller“, welche nicht in allem dem leitenden Minister zu Willen waren, hatte unsere politischen Verhältnisse fast unheilbar vergiftet. Es war eine befreiende, wahrhaft kaiserliche That, als mit diesem System gebrochen wurde. Wenn wir heute auf die Dinge erneut hinweisen, so geschieht es keineswegs, weil wir das Bedürfnis empfinden, an dem früheren Reichskanzler uns zu reiben — wir gönnen ihm gern das otium in Friedrichsruh, so weit er es cum dignitate übt — sondern weil wir zum Ausdruck bringen möchten, daß die Erfahrung, welche der Landesherr dem Abgeord-

neten Windthorst in seiner letzten Krankheit und nach seinem Tode hat zu Teil werden lassen, von den preußischen Katholiken dankbar vermerkt und empfunden worden ist. Das Volk hat für solche Thatsachen ein feines Gefühl. Die Anerkennung der ehrlichen Überzeugung, welche in dem Kranze sich bekundet, den der Kaiser auf den Sarg Windthorst's hat niederlegen lassen, hilft über manche bittere Erfahrungen vergangener Tage leichter hinweg — den Gewinn davon werden Land und Herrscherhaus in gleicher Weise davontragen".

Der Kaiser ist persönlich über das konfessionelle Moment erhaben, Er hat sich darüber wiederholentlich ausgesprochen: „Dogmatische Zänkereien sind mir zuwider." „Wir dürfen Niemand den wahren Glauben absprechen, weil er sich zu einem andern Dogma bekennt." „Der Glaube thut's nicht, sondern das sittliche Verhalten." „In dem Religionsunterricht ist die ethische Seite hervorzuheben." „Die Glaubenslehre darf die praktischen Aufgaben nicht überwuchern." „Um den Religionsunterricht fruchtbarer zu machen, wird es erforderlich sein, die ethische Seite desselben — die Tugendlehre — mehr in den Vordergrund treten zu lassen." Dem Kaiser schwebt demnach die konfessionslose Schule als sein Ideal vor. Die Konversionen der Großfürstin Sergei und der Kronprinzessin von Griechenland hatten den Segen nicht blos von London, sondern auch von Berlin. Die hochselige Kaiserin Augusta wandte sich von jenen Anschauungen aus gegen den Kulturkampf, wie die

Kaiserin Friedrich. Kaiser Wilhelm II. hat Herrn von Goßler der ultramontanen Politik, wozu dann noch die Reform des höheren Schulwesens kam, geopfert. In früheren Jahren war es in Preußen Sitte, daß die Kultusminister in ihrer äußeren Erscheinung den geistlichen Herren nachahmten. Haartracht, Bart und Kravatte hatten bei den Herren von Mühler, von Bethmann-Holweg, von Raumer und von Ladenberg (weiter geht unser Gedächtnis nicht zurück) etwas Pastorales. Als Dr. Falk zum ersten Male in der Ministeruniform bei Hofe erschien, wurde erzählt, daß die Lakaien einander gefragt hätten, ob es in Preußen je zuvor einen Kultusminister gegeben, der einen Schnurrbart getragen habe? Falk's Nachfolger war bekanntlich Herr von Puttkamer. Von diesem sagten nicht die Lakaien, sondern die Abgeordneten, nämlich die Liberalen: „Herr von Mühler ist wieder da, aber mit einem Vollbart.“ War es ein liberaler Kultusminister, der zuerst dem Rasiermesser trotzte, so blieben seine konservativen Nachfolger ihm darin treu. Das Kultusministerium hat sich bei uns mehr und mehr verweltlicht. Mit Graf Zedlitz ist es noch einen Schritt weiter gegangen. Seine Vorgänger hatten eine akademische Laufbahn und große Staatsprüfungen hinter sich; Graf Zedlitz ist ursprünglich Offizier gewesen. Geht heute der Zug gegen das humanistische Gymnasium, selbst gegen das noch für zu ideal angesehene Realgymnasium, und gilt es, in diesem Sinne unser höheres Schulwesen zu reformieren, so wird ein

Kultusminister um so mehr an seinem Platze sein, je weniger er von einem klassischen Bildungsgange her von vorn herein Eingenommenheit und Vorurteil mit sich bringt. Wozu Dr. von Goßler trotz aller Elastizität sich schließlich doch nicht bestimmen ließ, konnte Graf Zedlitz leichten Herzens übernehmen, — den Triumph der latainlosen Realschule, und den Bruch mit dem alten humanistischen Gymnasium.

Wie der junge Kaiser sein eigener Kanzler sein wollte, so hatte er auch als König schon früh bekundet, daß er ganz besonders sein eigener Kultusminister sei. Darum hat es nicht überrascht, daß, wie ein General den ersten Reichskanzler ersetzt hatte, ein gräflicher Garde-Kavallerie-Major der Nachfolger des Herrn von Goßler wurde. Der Major a. D. hat insbesondere die kaiserliche Politik gegenüber den Ultramontanen zu vertreten. Die Einigkeit zwischen Regierung und Centrum ist seit Jahrzehnten nicht so stark gewesen, als gegenwärtig. Auf beiden Seiten scheint man zu fühlen, daß es Zeit ist, das Kriegsbeil zu begraben und einen Frieden zu schließen, der für beide Teile vorteilhaft ist. Ein deutliches Zeichen dafür war der letzte Austausch der Neujahrswünsche zwischen Kaiser und Papst. Der Kaiser sprach den Wunsch aus, der Ewige möge ein für die religiösen Interessen, wie für die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen mit dem Reiche so wichtiges Leben erhalten; und der Papst drückte die Hoffnung aus, daß der Vatikan stets gute Beziehungen mit Deutschland aufrecht erhalten möge, und wünschte dem

Kaiser Erfolg in seinem Kampfe mit dem Sozialismus. „dem Feinde der Religion und des Reiches.“ Hier ist auch zugleich der gemeinsame Boden bezeichnet, auf dem sich Reich und Kirche treffen wollen, der Kampf gegen den Sozialismus. Das Centrum hat denn auch nicht gesäumt, zu zeigen, wie wertvoll seine Bundesgenossenschaft der Regierung sein kann. Es hat die Aufnahme der Handelsverträge gesichert, es hat einmütig die Regierung gegen die Angriffe aus Friedrichsruh verteidigt und es wird allen Anzeichen nach die Mehrforderungen für militärische Zwecke anstandslos bewilligen. Die ultramontanen Blätter singen, wie auf höhere Weisung, das Lob der Regierung und wo sich ein Redakteur sträubt, diese Schwenkung mitzumachen, wie beispielsweise bei den „Wupperthaler Volksblättern“, da muß er regierungsfreundlicheren Persönlichkeiten weichen. Vorläufig ist es die Regierung gewesen, die den Vorteil von der neuen Waffenbrüderschaft gezogen hat. Aber man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß das Centrum nur nach dem Grundsatze handelt: Ich gebe, damit du giebst. Die Regierung hat das auch begriffen und ein Schulgesetz eingebracht, das den ultramontanen Ansprüchen weiter entgegenkommt, als man unter dem Fürsten Bismarck für möglich gehalten hatte, ja das selbst unter Herrn von Goßler unmöglich war. Sie wird vermutlich auch den Wünschen auf dem Gebiete des Ordenswesens nachgeben, vielleicht auch in eine Rückberufung der Jesuiten willigen. Weitere Ansprüche werden sich

dann schon einstellen, denn es ist im ganzen Laufe der Geschichte noch niemals der Augenblick dagewesen, wo der Papst und seine Heerscharen ganz zufrieden und wunschlos gewesen wären. Der verstorbene Abgeordnete Windthorst hatte richttg vorausgesagt, als er nach der Abschaffung der Maigesetze den Kampf um die Schule in Aussicht stellte. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, in dieser Sache von vornherein nachzugeben.

Was Bismarck in zwei Dezennien trotz aller Mühe, aller Anschläge nicht erreichen konnte: das Centrum gefügig zu machen — Herrn von Caprivi ist es in einem Jahre gelungen. Man sage nicht, das mache allein der „neue Kurs". Die Abtragung der Maigesetze war Bismarcks Werk, Bismarck hat auch die Franziskaner, Dominikaner nnd Kapuziner wieder zurückgerufen. Auch die Regulierung der Sperrgelderfrage war bereits vom Fürsten Bismarck geplant. Hier allein kann also die Ursache nicht liegen, weshalb das früher so bockbeinige Centrum jetzt so entgegenkommend ist. Wir wollen uns aber nicht in Kombinationen über diese Erscheinung verlieren, denn wir wissen den wahren Grund und wollen ihn nennen, weil keine Ursache mehr vorliegt, ihn zu verschweigen.

Man wird sich oft gefragt haben, wie es kam, daß das Centrum noch in seiner Oppositionsstellung verharrte, nachdem Fürst Bismarck dem Kulturkampfe den Abschied gab. Die Hauptursache war die leidenschaftliche Feindschaft zwischen Bismarck und Windthorst. Sie konnten einander nicht leiden, hatten

förmlich eine Idiosinkrasie gegen einander. Wie Bismarck Windthorst für den „Vater aller Hindernisse“ hielt, so erachtete dieser ihn für den „Vater alles Uebels“. Selbst das „Gute“, was Bismarck that, schrieb Windthorst anderen Einflüssen, nicht dem eigenen Triebe des Kanzlers zu. Ebenso war Bismarck bis zum letzten Tage bestrebt, Windthorst aus dem „Bau zu räuchern“, und mehr als einmal hatte er sogar im Vatikan das Ziel der Mattsetzung des Centrumführers nahezu erreicht. Aber es blieb immer bei dem nahezu, denn mit unglaublicher Gewandtheit, die in der politischen Geschichte der Neuzeit wohl ohne Beispiel ist, hat Windthorst selbst im letzten Augenblicke verstanden, die Bismarck'schen Fallen abklappen zu lassen, nachdem er den Finger herausausgezogen hatte. Daß alle derartigen Manöver die Kluft zwischen beiden Männern vertiefte, bedarf keines weiteren Beweises.

Ein näheres Eingehen auf diese Dinge müssen wir uns ersparen, denn abgesehen von Windthorst leben noch alle Teilhaber dieser diplomatischen Kämpfe und wenn diese jene Vorkommnisse erörtert wissen wollen, ist es zunächst ihre Sache. Im nächsten Dezennium, also im nächsten Jahrhundert, wird wohl diese interessante Periode deutscher Geschichte von mehreren Seiten hell beleuchtet werden. Die ganze Wahrheit erfährt man erst immer, wenn die Akteurs von der Bühne geschieden sind,

Herr von Caprivi und die gegenwärtigen Centrumsführer stehen ganz anders zueinander. Herr von Huene

setzt von seinem alten militärischen Vorgesetzten unter allen Umständen das Beste voraus, und dieser vergilt ihm mit gleichem Vertrauen. Bei solcher Disposition der Gemüter verständigt man sich natürlich viel leichter.

Fürst Bismarck hat allerdings selbst mitgeholfen die Maigesetze abzutragen, aber das Zentrum war sich trotzdem keinen Augenblick darüber im Unklaren, daß die Nachgiebigkeit der Regierung unter dem Fürsten Bismarck eine ganz bestimmte Grenze nicht überschreiten würde. Heute hat die Regierung diese Grenze überschritten. Sie hat Herrn von Goßler verabschiedet, trotzdem er selbst die Sperrgelder auslieferte, weil sein Schulgesetzentwurf dem Centrum nicht genügte. Sie hat ihre Polenpolitik vollständig im Sinne des Centrums umgeändert, und sie hat Versprechungen gegeben, die eine viel weitergehende Berücksichtigung der Wünsche des Zentrums in Aussicht stellen. Und Herr von Huene wird seiner Zeit trotz allen Vertrauens „seinem alten militärischen Vorgesetzten" seinen Wechsel überreichen und Graf von Caprivi wird ihn honorieren müssen, wenn er nicht ebenso wie sein Vorgänger in einen neuen Zwiespalt mit dem Centrum kommen will.

Die Haltung des Centrums ist zweifellos beeinflußt durch die Hoffnung auf weitgehende kirchenpolitische Zugeständnisse, aber sie wird auch dadurch nicht ganz erklärt. Versprechungen, auch wenn sie, was man nicht bezweifeln darf, in bündigster Form gemacht sein sollen, sind immer noch keine Thaten,

und unter Windthorst wenigstens war es beim Centrum nicht üblich, sich der Regierung anders als Zug um Zug gefällig zu erweisen. Vollends die freisinnige Partei aber darf sich nicht einer Errungenschaft rühmen — es sei denn der Rücktritt des Fürsten Bismarck — mit welcher sie die durchgreifende Änderung ihrer Taktik begründen könnte. Wie sehr sie auch bestrebt sein mag, die Handelsverträge in ihrem Sinne auszubeuten, als eine Konzession der Regierung von ihrem Parteistandpunkt kann sie dieselben im Ernst nicht darstellen.

Hat nun etwa die bloße Autorität der Regierung die Zähmung der alten Oppositionsparteien bewirkt? Im Gegenteil, was dieselbe treibt, die gegenwärtige Regierung um jeden Preis zu unterstützen ist — man darf dessen überzeugt sein — nichts anderes, als die Besorgnis vor der Rückkehr des Fürsten Bismarck. So unwahrscheinlich diese Rückkehr auch sein mag, der bloße Gedanke an die Möglichkeit elektrisiert jene, alles aufzubieten, um dem Grafen Caprivi Verlegenheiten zu ersparen. Sogar von dem Erscheinen des alten Reichskanzlers im Reichstage fürchtet man sich. All der prahlerische Hohn, mit welchem man ihn ab und zu auffordert, seinen Parlamentssitz einzunehmen, wird nur aufgewandt, um diese Furcht zu verdecken. Unter diesen Umständen kann es denn auch nicht Wunder nehmen, daß aus der Mitte der in Rede stehenden Parteien der ungeheuerliche Gedanke aufgestiegen ist, das ganze Bündel Handelsverträge in einer einzigen Woche durch sämtliche Lesungen zu

peitschen, damit der Einsiedler von Friedrichsruh seinen Widerspruch möglichst nur noch gegen eine vollendete Thatsache erheben könnte. Und so wird es in allen Fragen gehen, in welchen etwa ein Gegensatz zwischen dem Fürsten Bismarck und der gegenwärtigen Regierung bemerkbar werden wird: jedesmal werden Centrum und Freisinnige zu einer demonstrativen Parteinahme für die Regierung geneigt sein.





Aus der polnischen Gesellschaft.

Man konnte es unter Wilhelm I. und zumal zur Zeit des Kulturkampfes eine eigentümliche Erscheinnng nennen, daß ein Pole und ein Ultramontaner in der Hofgesellschaft von Berlin einen hervorragenden Platz einnahm. Er hielt ein überaus gastliches liches Haus, und war überall selber als Gast willkommen, im königlichen Hause, bei den Hofstaaten, bei den Botschaftern, bei der höchsten Aristokratie. Er war ein Verwandter des königlichen Hauses, demselben treu ergeben, wie durch seine persönlichen Eigenschaften mit der er am Hofe vorherrschenden liberalen Gesellschaft befreundet. Er war das Muster eines loyalen Polen und Ultramontanen.

Fürst Anton Radziwill, General und Flügel-Adjutant des Kaisers, war Mitglied des Herrenhauses, wo er stets an der Seite seiner engeren Landsleute, den Skorzewski, Slaski, Sulkowski, Koscielski, Zychlinski 2c. stimmte, ebenso wie der Graf Maxmilian

Nesselrode, Kammerherr und Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta.

Von dem Vatersbruder des Fürsten Anton, Boguslaw Radziwill, stammt Fürst Ferdinand, der ebenfalls dem Herrenhause angehört. Er hat als Pole und strenger Katholik in der Landtagssession von 1886 gegenüber den Polenvorlagen seine gewohnte entschiedene Stellung behauptet und selber in die Debatte energisch eingegriffen. Diese Politik hinderte ihn nicht, in der Gesellschaft ebenfalls eine Rolle zu spielen. Ein jüngerer Bruder desselben ist der ehemalige Kaplan von Ostrowo und Reichstagsabgeordnete Edmund Radziwill. Ferdinand ist 1834 geboren, Edmund 1842. Wegen seines Anteils an der Grafschaft Przygodzice bei Ostrowo war Boguslaw Radziwill Herrenhausmitglied mit erblichem Rechte ebenso wie sein Bruder Anton. Prinz Edmund Radziwill ist eine hohe, schlanke Gestalt, ein wenig vorgebückt. Sein Benehmen hat etwas durchaus Vornehmes; der Eindruck der Geistesüberlegenheit, den er wohl auch auf jeden machen würde, dem seine hohe Stellung unbekannt wäre, wird durch das melodische, milde Organ des Prinzen verstärkt. Die feinen Züge des länglich ovalen Gesichts, der frische Teint des bartlosen Aristokratenkopfes, die stark ergrauten Haare des noch immerhin jungen Mannes — dies alles macht den Prinzen Edmund zu einer höchst anziehenden, interessanten Erscheinung. Man wird durch ihn unwillkürlich an jene Charakteristik erinnert, die der Shakespearische Julius Cäsar von

Cassius giebt; auch ist wohl Prinz Edmund ein scharfer Denker!

Prinz Edmund hat sich als ein besonders eifriger Centrumsmann bekannt gemacht. Im Jahre 1875 wurde in Dublin der hundertjährige Geburtstag des großen irischen „Befreiers“ Daniel O'Connell zur Entfaltung der katholischen Streitkräfte Englands benützt. Vier Erzbischöfe, 40 Bischöfe, gegen 50 Priester wohnten am 5. August dem Hochamt in der Kathedrale zu Dublin bei. Auch das Ausland war durch Deputationen vertreten. Fürst Edmund Radziwill und einige andere Herren erschienen aus Preußen. Der Fürst that sich durch Reden hervor, die selbst für Herrn Windthorst des Guten zu viel geleistet haben sollen. In seiner Schrift: „Canossa oder Damaskus“ nahm er für das Centrum eine sehr selbständige Haltung in Anspruch und wollte keine friedlichen Weisungen von Rom, wie sie damals in den ersten Monaten der Regierungszeit Leo XIII. an das Centrum ergangen sein sollen, annehmen. Im Mai 1880 reiste Prinz Edmund mit seinem Freunde Majunke und anderen nach Rom. Es kam in dem Augenblicke, wo sehr lebhafte Unterhandlungen zwischen Berlin und Rom im Gange waren, und das erste Friedensgesetz in Aussicht stand, dem Centrum darauf an, seine Taktik zu erläutern, sie zu verteidigen und sich die Erlaubnis zu erwirken, dieselbe fortzusetzen. Fürst Edmund war stets in hohem Grade Vertrauensmann in Rom und hielt sich daselbst häufiger auf. Er zeigte sich als ein ebenso intimer Freund und

Verehrer des Kardinals Graf Ledochowski, wie ein erbitterter Gegner des Fürsten Bismarck.

Im Herbst 1881 wurde seitens der Presse auf Prinz Radziwill mit einem Male eine Fülle hoher Kirchenämter gehäuft. Den Vortritt hatte dabei die „Post", die aus „höheren Gesellschaftskreisen" zu erzählen wußte, daß dieser polnische Centrumsmann der dem Kaiser genehmste Kandidat für den fürstbischöflichen Stuhl in Breslau sein würde. Ein wuchtiger Fußtritt aus den Spalten der „Nordd. Allg. Ztg." belohnte sie für diese Enthüllung. Die „Post" registrierte die „Belehrung", indem sie den Artikel abdruckte und nun zufügte:

„Auch wir hören, daß man in polnischen Kreisen die Besetzung eines preußischen bischöflichen Stuhles durch den Prinzen Radziwill für eine Unmöglichkeit hält. Die höheren gesellschaftlichen Kreise, als deren Echo wir jene Mitteilung bezeichneten, mögen sich wohl von einer gewissen tendenziösen Auffassung haben leiten lassen."

Die „Germania" äußerte wiederholt die Vermutung, daß der erste Artikel von der „Post" gebracht werden mußte, nur damit er in der „Nordd. Allg. Ztg." abgefertigt werden könne. Das ultramontane Blatt war natürlich von dem Vorgange wenig erbaut, namentlich, da auch die „Neue Preuß. Ztg." in die Kontroverse eintrat und meinte, die Versöhnung mit Rom müßte sich jedenfalls schon in einem viel weiteren Stadium befinden, wenn Prinz Radziwill, welcher an dem Kampfe einen sehr hervorragenden

Anteil genommen, den Staatsbehörden eine persona grata sein sollte. Außerdem habe derselbe neben den geistlichen Forderungen speziell polnische Gesichtspunkte stets mit besonderer Energie vertreten.

Die „Germania“ ihrerseits schrieb:

„In politischer Richtung liege doch zur Zeit kaum ein Anlaß vor, einer „defensiven Vorstoß“ gegen die polnischen Staatsbürger vorzunehmen, und wenn ein Anlaß vorliegen sollte, so sehe man wiederum nicht ein, warum ein Geistlicher in diese Angelegenheit gezogen wird, der durch seine politische Haltung und seine Familienbeziehungen den gewöhnlichen Verdächtigungen enthoben sein sollte.“

Diese Bemerkung der „Germania“ zielte in ihrem ersten Teil wohl auf die Thatsache, daß das Reichstagspräsidium durch die ausschlaggebenden Stimmen der Polen gewählt worden war; der Dank dafür könnte wohl kein geringerer sein, als daß ein politischer Eiferer auf den Stuhl Diepenbrock's oder Förster's gesetzt werde. Übrigens hatte auch der Reichskanzler wohl auf den Fall Radziwill hingewiesen, indem er bemerkte, er werde in Polen eher mit dem Fortschritt, als mit dem Centrum gehen.

Die Auseinandersetzungen über den Beruf des Prinzen Radziwill zum preußischen Bischof dauerten noch einige Zeit. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wendete sich gegen die Stimmführerin der Ultramontanen in folgender Weise:

„Wenn die „Germania“ die politische Haltung des fraglichen Geistlichen in Schutz nimmt, so ist

daran zu erinnern, in welcher Weise Prinz Radziwill als Redner aufgetreten ist, obwohl er durch seine Jugend sowohl als durch seine nahe Stellung zur königlichen Familie davon dispensiert war. Noch kürzlich hat er in Oberschlesien gesprochen und dabei den Beweis geliefert, daß er nicht nur auf kirchlichem Gebiete sich mit der Regierung im Kampfe befindet. Die Bemerkung der „Germania", daß „polnische Gesichtspunkte" ein ungemein vager Begriff sei, kann jedenfalls auf diese Rede keine Anwendung finden, denn in derselben sind polnische Gesichtspunkte in konkretester und bestimmtester Weise zum Ausdruck gebracht. Wir müssen die „Germania" schließlich darauf aufmerksam machen, daß unsere Erörterungen bezüglich des Prinzen Radziwill sehr wohl substantiiert sind, und zwar durch die Bestrebungen, diesen polonisierenden Klerikalen sowohl in Breslau, als auch in Pelplin, also in Bistümern mit Millionen polnisch sprechender Einwohner, als Kandidaten in den Vordergrund zu schieben. Wir wären auf die in Rede stehende Angelegenheit nicht wieder zurückgekommen, wenn nicht die „Germania" an eine einfache Berichtigung eines unrichtigen Zeitungsartikels Entstellungen des Sachverhalts geknüpft hätte.

Diese Affaire Radziwill war für die augenblickliche Lage ungemein charakteristisch, sie hing in erster Linie mit der Wiederbesetzung des Breslauer Stuhles zusammen. Die Nachrichten über die Vorschläge des Breslauer Kapitels waren vielleicht nicht ganz korrekt, Thatsache war nur, daß der Name des polnischen

Centrumsmannes sich auf der Liste befand und der an maßgebendster Stelle erwünschteste Name nicht. Die „Post“ hatte sich zur Mystifikation gebrauchen lassen, den Prinzen Radziwill als den dem Kaiser genehmsten Kandidaten zu bezeichnen; die Wahrheit war indessen die, daß, wo man den Namen des Kardinals Fürsten Hohenlohe erwartete, auf der Breslauer Liste jener polnische Prinz figurierte, der die Erfahrungen, welche Preußen mit Ledochowski gemacht hatte, wohl für Schlesien erneuern sollte.

Prinz Edmund hat sich in ein Kloster begraben, sonst säße er heute auf dem erzbischöflichen Stuhle von Gnesen. Die polnischen Fürsten sind am Berliner Hofe nicht mehr bloß gesellschaftliche Zierden, sondern eine politische Macht. Sie haben Herrn von Stablewski zum Nachfolger eines deutschen Erzbischofs gemacht.

Vor fünf Jahren sagte Fürst Bismarck bei der Motivierung der gegen die polnischen Bestrebungen gerichteten Gesetze im preußischen Abgeordnetenhause: „Erklären Sie, meine Herren, daß Sie nicht an eine Wiederherstellung Polens auf Kosten des territorialen Bestandes der preußischen Monarchie denken, und die Gesetze gegen Sie werden in demselben Augenblick überflüssig.“ Mit der Starrheit der Männer von Kapernaum und Bethsaida antwortete im Namen der Polen der Abgeordnete Szuman: „Wir werden uns verteidigen usque ad finem — bis zum Ende.“ „Deus mirabilis fortuna variabilis — Gott ist reich an Wundern, wechselvoll das Glück!“ so rief Herr

von Stablewski damals dem Kanzler und dem Minister für Kultus zu. Heute ist Bismarck verbannt, Goßler beseitigt und Stablewski Erzbischof von Posen. Es sind Vorgänge von harter, dramatischer Art, die hier in wenigen Sätzen skizziert sind. Sie bedürfen zu voller Wirkung kaum noch eines Kommentars.

Der Vorgänger des neu ernannten Erzbischofs von Posen war ein deutscher Prälat von versöhnlicher Haltung; noch in der letzten Wahlkampagne hatte er den ihm unterstellten Stablewski die Annahme eines Mandats untersagt, weil er augenscheinlich von ihm schwere Gefahren für das Einvernehmen seiner deutschen und polnischen Diözesanen befürchtete. Seitdem jedoch Herr von Koscielski die Ära der Versöhnungspolitik eröffnet und Herr von Kamierowski in Folge dessen für die Marinevorlage gestimmt hat, ist die vorsichtige Auffassung des Erzbischofs Dinder verworfen worden und derselbe Mann, dessen Anwesenheit im Reichstage er für friedenstörend hielt, wird sein Nachfolger in der höchsten Würde der polnischen Christenheit.

Es müssen merkwürdige Dinge inzwischen vorgegangen sein, daß sich sogar die „Magdeb. Ztg.“ zu dem Wunsche versteigt, die „Geheimgeschichte dieser Wahl“ kennen zu lernen. Und die „National-Ztg.“ schreibt: „Die Regierung hat den kühnen Entschluß gefaßt, die Garantien für eine die Interessen des preußischen Staates respektierende Amtführung als Erzbischof sogar bei einem Prälaten vorauszusetzen,

welcher als Mitglied der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses alle nationalpolnischen Forderungen, z. B. auf dem Gebiete des Schulwesens, vertreten hat. Die Folgen bleiben abzuwarten.“ Ganz richtig, die Folgen bleiben sogar sehr abzuwarten . . .

Noch auf dem letzten preußischen Landtage sprach ein polnischer Prälat, Herr von Jagdzewski, von der „Unverletzbarkeit der nationalen Hoffnungen der Polen“. Es ist ohne weiteres einzuräumen, daß er hiermit den Haupt- und Grundgedanken nicht nur seiner geistlichen Amtsgenossen, sondern seiner sämtlichen Landsleute aussprach, einen Gedanken, den man wohl jetzt aus Staatsklugheit und in schlauer Benutzung der in Berlin herrschenden Strömungen für eine Zeit lang verbergen, aber niemals aufgeben will. (Man betrachte die Ähnlichkeit der polnischen mit der sozialdemokratischen Taktik! — bemerkten die „Hamb. Nachrichten“.) „Dafür spricht schon der Umstand, daß die „loyalen“ Herren um Komierowski mit ihrem Gedanken, nach der bekannten Erklärung in der Marine-Beratung große Volksversammlungen zu veranstalten, vollständiges Fiasko erlitten. Zur politischen Heuchelei können sich einzelne verstehen, aber niemals ganze Völker. In richtiger Erkenntnis dieser Thatsache, in vollster Würdigung vor allem auch der intriganten Manier des von der Geistlichkeit flankierten national-polnischen Adels hat Fürst Bismarck eine Reihe von Maßregeln getroffen, deren Wirkung nunmehr durchschnitten wird. Namentlich die Ansiedlung von Landleuten aus urdeutschen Bezirken wirkte

fruchtbringend im Sinne einer deutschen Politik, daß mit diesem Schritt (der Ernennung Stablewski's) das mühsame Gebäude, welches vom Fürsten Bismarck zur Germanisirung der Polen errichtet wurde, zusammengepulvert wird, liegt um so mehr auf der Hand, als auch die Zugeständnisse auf dem Gebiete des polnischen Sprachunterrichts die Perspektive auf ein vollständiges Nachgeben des Staates zu Gunsten des Polentums und zu Ungunsten des Deutschtums eröffnen."

Die „Hamb. Nachrichten" schrieben neulich — und folglich hat es Fürst Bismarck inspiriert — daß ein Volk und Staatswesen nur im Kampfe sich entwickeln und vollkommener Friede, wäre er möglich, Stagnation bedeuten würde. Welche Thorheit! Wie häßlich ist der Krieg! Man denke an den „Kampf ums Dasein", an die „guerre à outrance" oder an den Friedenskongreß in Rom! Das ist ja eben das schon jetzt feststehende Verdikt der Geschichte über die Bismarck'sche Aera, daß sie eine Kampfes- und Kriegsepoche gewesen ist. Mit

Dänen, Oesterreichern, Franzosen,
Polen, Welfen, Elsässern,
Freisinnigen, Sozialdemokraten, Ultramontanen

hat der „große Kanzler" sich zeitlebens herumgeschlagen; und dadurch ist das hohe Ansehen und die glänzende Machtstellung, welche der deutsche Name zur Zeit von Olmütz in aller Welt genoß, so heruntergekommen.

Es war die höchste Zeit, daß eingeschwenkt

wurde. Die Weisheit zeigt sich in dem Erkennen und Benutzen des rechten Augenblicks. Wir dürfen uns beglückwünschen, denn diese Weisheit geht bei uns im Schwange. Das Alte stürzt — neues Leben beginnt aus den Ruinen zu erblühen — lauter Friedenspsalmen und Bescheidenheitsveilchen.

Als der „Petitionssturm" zur Rückberufung der Jesuiten ausbrach, da war der Augenblick gekommen, den 16 Millionen-Raub, diese empörende Verletzung des 7. Gebots lutherischer Zählung, bar und richtig herauszugeben. Und die Gesinnungsgröße, mit welcher das geschah, wird so recht dadurch beleuchtet, daß man ein Jahr vorher eine solche Selbstverleugnung ehrenhalber für unmöglich erklärt hatte. — Seit in letzter Zeit zwischen Rußland und Deutschland allerlei Verstimmungen eingerissen sind, war der rechte Augenblick gekommen, durch den Erzstuhl von Gnesen-Posen einen Polen, einen notorisch friedliebenden Mann zu erhöhen. Und die Hingabe an das Gesamtwohl, welche hierzu trieb, springt um so deutlicher in die Augen, je schlechter der verstorbene deutsche Erzbischof von den „geliebten Diözesanen" polnischer Zunge behandelt worden war.

Hoffen wir, daß der Staatsregierung auf dem so rühmlich eingeschlagenen Wege des Friedens, des Ausgleichs der Gegensätze, der Versöhnung der Parteien unentwegt weitergehen und durch die „Nörgeleien" eines „polternd hinter dem Reichswagen herlaufenden Alten" sich nicht beirren lassen werde. Sie wird

auch für die Zukunft noch manche böse Scharte des früheren Systems auszuwetzen Veranlassung haben.

Bereits haben sich in Süddeutschland gewisse partikularistische Aspirationen bemerklich gemacht, welche der Reichseinheit nicht eben günstig waren. Sollten sie sich in verstärktem Maße wiederholen, so wird der Augenblick gekommen sein, die Aussperrung des Herzogs von Cumberland, diesen Schlag ins Gesicht aller Legitimität von Gottes Gnaden, alsbald aufzuheben und den wohlgesinnten Ehrenmann in die so schön wiedererstandene Burg Dankwarderode zu Braunschweig mit allem Pompe einzuführen. — Die unfreundlichen Expektorationen von Kronstadt und Bussang, die Marseiller Rede des Bürgermeisters Buls u. a. hätten schon die Erwägung nahe legen sollen, ob es nicht im Interesse des europäischen Gleichgewichts geboten sein dürfte, über eine neue, den Lauf des Rheins zur Basis nehmende Grenzregulierung mit der französischen Republik in diplomatische Beziehungen zu treten. — Bei dem allbekannten berechtigten Verlangen britischer Gebietsarrondierung kann es nach dem Ausscheiden von Wißmann aus dem Reichskolonialdienste kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß Bagamoyo und Dar-es-Salaam in die englische Interessensphäre gehören; und es wäre im Sinne des Friedens dringend zu wünschen, daß man alle entgegenstehenden Bedenken baldigst fahren ließe, — Sobald weiterhin, weil man an den maßgebenden Stellen nicht mehr gewillt ist, Oel ins Feuer zu gießen, die 100 Millionen für die

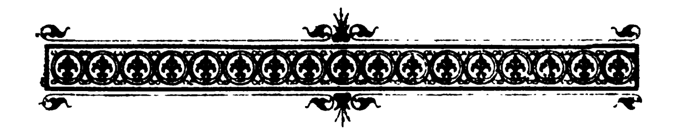
Germanisierung Posens und Westpreußens fruchtlos werden aufgebracht sein, wird es sich darum handeln müssen, an die Wiederaufrichtung Großpolens zu denken und mit den Nachbarstaaten in einen friedlichen Austausch zu treten, damit Rußland Warschau und Oesterreich Lemberg und Krakau zu dem Ende herausgebe. — Bis dahin wird es geschehen, daß man, gleichsam aus einem langen Traume erwachend, nicht begreift, warum man eigentlich vormals vor der Sozialdemokratie so große Furcht gehegt hat, daß man dadurch von manchem edlen Friedenswerke sich zurückhalten ließ. Man wird inzwischen die Überzeugung gewonnen haben, daß es auch mit diesen Volksgenossen sich recht gut leben lasse, und daß die Partei mindestens nicht weniger regierungsfähig sei, als die liebsten Freisinnigen. Die versöhnende Folge wird sein, daß Eugen Richter zum Finanzminister und Singer zum Minister des Innern ernannt wird.

Auf kirchenpolitischem Gebiete wird die natürliche Entwickelung der Dinge den friedlichen Tendenzen einer weitsichtigen Regierung entgegenkommen. Der Staat thut das durch andauernden Mißbrauch stumpf gewordene Werkzeug „evangelische Kirche“ in die kulturhistorische Rumpelkammer; der Evangelische Bund kehrt mit Mann und Maus in den Mutterschoß der allein seligmachenden Kirche zurück; der nicht mehr bloß unfehlbare, sondern auch unsterbliche Papst breitet segnend seine Hände über Nord, Süd, West und Ost; und wo etwa noch ein versprengter Ketzer, ein unverständlicher Rest einer untergesunkenen

Periode, notwendigerweise verbrannt werden muß, da geschieht es unter Zuhilfenahme von Cocaïn.

Die „Hamburger Nachrichten" werden aus Vorstehendem den Beweis entnehmen, wie falsch und irreführend es ist zu behaupten: bei vollem Frieden gebe es keine Entwickelung. Sie mögen ihren aus Friedrichsruh importierten Darwinismus nur getrost aufgeben und sich nicht fürder vermessen, mit beschränktem Unterthanenverstande in die Speichen des Weltrades einzugreifen.





Graf Hohenthal und Graf Schulenburg.

Der Kaiser hatte schon an seinem Geburtstage 1891 den Minister Herrfurth mit einer hohen Dekoration überrascht, und zwar gerade der des Hohenzollernschen Hausordens. Vorausgegangen waren bereits heftige Kämpfe um die Landgemeinde-Ordnung im Abgeordnetenhause. Als dann im April desselben Jahres auf Grund eines Kompromisses die amendierte Vorlage von dem Hohen Hause mit großer Majorität in zweiter Lesung angenommen wurde, von einem Teile desselben freilich nur in der Hoffnung, daß das Herrenhaus den Entwurf wesentlich verbessern würde, telegraphierte der Kaiser von Eisenach her dem Minister seinen Glückwunsch. Nachdem der Entwurf von beiden Häusern des Landtags definitiv angenommen, bereitete der Monarch demselben Minister eine neue ehrende Überraschung. Nur als in der Frage der Landgemeindereform neutraler Beobachter

nehmen wir von einem „Eingesandt“ der „Neuen Pr. Ztg.“ Notiz, in dem von jener Reform es hieß, sie drängen weite Kreise der Landbevölkerung in eine antimonarchische Gesinnung. Das Herrenhaus und die konservative Partei des anderen Hauses sind darüber auseinandergegangen, ein Beweis, daß dort die gouvernementalen Einflüsse stärker sind. Es muß ferner konstatiert werden, daß der Minister Herrfurth noch im Februar 1890 seine Geneigtheit, eine Landgemeinde-Ordnung in absehbarer Zeit vorzulegen, so ungewiß ließ, daß im Oktober, als die Vorlage dennoch erfolgte, auf deutsch-freisinniger Seite dem Minister ausdrücklich — durch Herrn Rickert — der Dank für diese Sinnesänderung ausgesprochen wurde. Es müssen also bald nach dem Monate Februar Einwirkungen sich geltend gemacht haben, die vorher nicht vorhanden waren. Herr Herrfurth ist ein energischer Mann, wie das ja auch die Verhandlungen im Abgeordnetenhause bewiesen haben. Wir sind im Stande, seinen Wahlspruch zu verraten, zu dem er sich schon in früheren Jahren bekannte. Als er noch Regierungsrat in Arnsberg war, gab er eine Schrift heraus: „Die Ausführung des Artikels 17 der Verfassung.“ Dieser Artikel betrifft das Kirchenpatronat. Herr Herrfurth wandte sich energisch gegen den früheren Minister von Mühler, welcher von der Aufhebung des Kirchenpatronats gesagt hatte: „Die Aufhebung bietet Schwierigkeiten, zu deren Überwindung ich keinen rechten Weg sehe.“ Herr Herrfurth antwortete ihm: „Im Gegensatze zu dieser Erklärung,

welche ein Gesetz zur Ausführung der Verfassung als unmöglich bezeichnet, erinnere ich an das amerikanische Sprüchwort: „where is a will, there is a way." Nachdem Herr Herrfurth im Jahre 1890 — nach Bismarck's Rücktritt und Miquel's Eintritt — den „Willen" hatte, die Landgemeinde-Ordnung gründlich zu reformieren, hat er auch den „Weg" gefunden. Wir haben alle gesehen, wie rauh dieser Weg war, welche Schwierigkeiten sich auftürmten, wie nahe fast das Scheitern war — Herr Herrfurth ist mit seinem amerikanischen Wahlspruch darüber hinweggekommen. Wie sehr die nichtpreußischen Staaten im Deutschen Reiche sich für die neue Umwälzung interessierten, mag man aus dem Artikel eines konservativen sächsischen Blattes sehen, welcher im April 1891 als in zweiter Lesung die Landgemeinde-Ordnung im Abgeordnetenhause angenommen war, geschrieben wurde. Es hieß daselbst: „Gerade wenn man mit Herrn von Caprivi den Kampf der Sozialdemokratie als Leitmotiv für alle gesetzgeberischen Maßnahmen ansieht, wird man den Kopf bedenklich zu der Vorlage schütteln müssen, denn dieselbe ist in den letzten Konsequenzen revolutionär, wie dies von den Abgeordneten nur Herr von Kröcher hervorzuheben den Mut fand. Graf Hohenthal andererseits, ein Vetter unseres Gesandten am Berliner Hofe, das Mitglied einer Familie, die im sächsischen, wie im preußischen Staatsdienst das Ihrige unentwegt gethan hat, gab seinen Besorgnissen in den Worten Ausdruck, es sei „das dunkle Gefühl vorhanden, daß die Be-

drohung der Lebensinteressen der ländlichen Bevölkerung, des konservativen und des mit ihm zusammenfallenden Staatsinteresses nicht von der berufensten Seite die planmäßige Abwehr gefunden hat, welche zu erwarten war.“ Graf Hohenthal wurde anderthalb Tage, nachdem er seinen durchaus ablehnenden Standpunkt in der „Kreuz-Ztg.“ vertreten, nachdem er vor allen mit einem deutlichen Seitenhiebe auf die konservativen Landtagsabgeordneten erklärt hatte, er könne aus Gefälligkeit seine Überzeugung nicht aufgeben, nachdem er sich genau auf den in den „Hamburger Nachr.“ vertretenen Standpunkt gestellt hatte, vom Kaiser zu Tisch geladen, und es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß die dort stattgehabte Unterredung für die Auffassung des Monarchen und somit für das Schicksal der Landgemeinde-Ordnung trotz der getroffenen Vereinbarungen von höchster Bedeutung sein wird. Wenn man erwägt, daß durch die neue Vorlage thatsächlich eine Depossedierung der angesessenen Bauern herbeigeführt, den fluktuierenden ländlichen Elementen in Gemeinde-Angelegenheiten Sitz und Stimme gewährt wird, so kann man sich schwer der Einsicht verschließen, daß eine derartige, in dem größten der Bundesstaaten durchgeführte Maßregel auch ihren Einfluß auf die kleinen Bundesstaaten in einer keineswegs erfreulichen Richtung geltend machen dürfte.“ Die Erwartung des sächsischen Blattes in Bezug auf eine Wirkung der Unterredung des Grafen Hohenthal mit dem Kaiser war wohl etwas zu naiv. Wenn dieses Mitglied des preußi-

schen Herrenhauses wirklich in der angegebenen Weise mit dem Kaiser gesprochen, dann sollte es sehr bald über die Wirkung seiner Äußerungen eine schwere Enttäuschung erfahren.

Graf Hohenthal hatte sich im Herrenhause bereits am 7. Mai 1890 bemerkbar gemacht. Als das hohe Haus in die Beratung des Etats eintrat, bemerkte der Referent von Pfuel: „Da ich die Ehre habe, als erster das Wort zu erhalten nach den eben gehörten Worten des Herrn Reichskanzlers und Ministerpräsidenten, so kann ich nur gewiß in Aller Namen dem Gefühl Ausdruck geben, daß er unsere Stimmung, unseren patriotischen Sinn, unsere Liebe zu Kaiser und Reich richtig erkannt hat, und daß diese Worte wieder ein Antrieb sein werden, daß wir in derselben Richtung und demselben Patriotismus wie bisher, weiter arbeiten und ihn unterstützen werden.“ Redner schilderte hierauf die preußische Finanzlage als eine besonders günstige, was der vom Fürsten Bismarck inaugurierten Wirtschaftspolitik zu verdanken sei und fuhr dann fort: „Fürst Bismarck ist aus seinem Amte geschieden: wir danken ihm für alles, was er in seinem mühevollen Leben für unser geliebtes Preußen in aufopfernder Arbeit, treuer Vaterlandsliebe für Kaiser und Reich gethan hat. (Beifall.) Wer könnte sich, trotz widersprechender Ansichten, trotz der erregten Parteileidenschaften, der Ueberzeugung verschließen, daß wir die jetzige Machtstellung Deutschlands und in demselben Preußens, des größten und wichtigsten Reiches in demselben, zunächst dem hoch-

seligen, unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I. verdanken, dann aber in hervorragendster Weise seinem ersten langjährigen Kanzler und Minister. Worte, so knapp bemessen, wie sie hier sein müssen, können nicht die Tragweite seiner Thaten schildern, die Thaten reden für sich selbst. (Beifall.) Fand nicht in den letzten Tagen des Hierseins des Fürsten Bismarck die volkstümliche Kundgebung der Dankbarkeit und Bewunderung statt, und da sollten wir schweigen, wir, die wir die Ueberzeugung und den Vorzug haben, ihn hier zu den Unseren zu rechnen? (Beifall.) Nein, meine Herren. lassen Sie mich hier in Ihrer aller Sinn es aussprechen, daß hier die Bewunderung und Dankbarkeit unter den Lebenden nur mit unserem Scheiden enden, in diesem hohen Hause nie aufhören wird. (Beifall.) Möchte es uns vergönnt sein, hier sein Bild in irgend einer Weise zu haben, uns ein Vorbild von Patriotismus, Treue und Arbeitsamkeit, das würde uns aufmuntern, in gleicher Weise in seinem Sinne fortzuarbeiten. Und doch, meine Herren, wenn die ermüdete Hand das Steuerruder nach fast dreißigjähriger treuer Arbeit hat niederlegen müssen, so ist das Staatsschiff, dessen sicherer Kurs von unserem jungen erhabenen Kaiser geleitet wird, doch wieder in eine jüngere, aber ebenso kräftige Hand gelegt worden. Vertrauen wir, daß die Zukunft unseres geliebten Preußens eine gesegnete und ruhmreiche unter dieser Führung bleiben wird."

Graf Hohenthal sprach über diese Anerkennung des großen Staatsmannes seine Freude und Genug-

thuung aus. Dadurch habe das Herrenhaus einen Vorsprung vor dem Abgeordnetenhause gewonnen. Die Worte des Referenten hätten seinem Herzen wohlgethan und er glaube im Sinne Aller zu sprechen, wenn er das hier konstatiere und die Hoffnung ausspreche, daß hier sein Bild aufgehängt werde. Sein Vorbild in Patriotismus und Arbeitsamkeit werde das Haus ermuntern, in gleichem Sinne fortzufahren. Eine neue Aera habe jetzt begonnen, daran sei kein Zweifel und da müsse auch das Herrenhaus seine Kräfte anspannen, indem es auch seinerseits eine freimütige Kritik an die Ereignisse lege.

Es war das dieselbe Sitzung, in der Herr von Caprivi sich zum ersten Male dem Herrenhause vorstellte. Das hohe Haus empfing ihn auf seine Ansprache mit einer Huldigung für den Fürsten Bismarck, nach welcher Herr von Caprivi sich sofort wieder entfernte. Der Graf Hohenthal mochte schon damals des Kanzlers Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben.

Am 18. Juni 1891 hat das Herrenhaus eine Sitzung gehabt, die zu der denkwürdigsten in seiner Geschichte zählen wird. In dieser hielt Graf Hohenthal bei der Beratung eines Etats eine Rede, in der vom monarchischen wie vom konstitutionellen Standpunkt aus jedes Wort zutreffend erschien. Er sprach gegenüber dem Reformeifer der Regierung, dem die Landgemeindeordnung, das Einkommensteuergesetz, der Entwurf eines Unterrichtsgesetzes u. s. w. entsprungen war, von der namentlich dem Minister des Innern obliegenden Aufgabe über die Stabilität der

preußischen Politik zu machen. Er warnte vor dem Scheinkonstitutionalismus, der dadurch begründet würde, daß der Name des Monarchen als Druckmittel vom Ministertische oder sonstwie in die Debatte gezogen würde. Er beklagte sich ferner in folgender Weise:

„Wir stehen seit einiger Zeit vor einem Novum in unserem Staatsleben; eine ganz neue Erscheinung hat sich seit einiger Zeit eingeschlichen, eine Erscheinung, welche lebhaft die preußische Justizverwaltung tangiert. Ich meine nämlich seitens der Presse das Hineinziehen der Allerhöchsten Person in die öffentliche Diskussion, welche vielfach geschieht in unehrerbietiger, majestätsbeleidigender und in einer Weise, welche sogar manchmal hochverräterische Andeutungen enthält, ohne daß irgendwie eine Kognition genommen wurde seitens der Justizverwaltung und der Staatsanwälte. Bei der Neuheit dieser Erscheinung, die sich aber nicht bestreiten läßt, will ich aber doch einige wenige Beispiele und Beweise herausgreifen. Es war im Anfange dieses Jahres, als bereits die „National-Zeitung" die „Vossische Zeitung", also hier das große Fortschrittsorgan, bezeichnete als dasjenige Blatt, welches es als durchaus konstitutionell bezeichnete, die Krone in die Tagespolitik hineinzuziehen. Ferner erschien dann — es war wohl im März — in der „Kölnischen Zeitung" unmittelbar unter einer Allerhöchsten Kundgebung ein Leitartikel, der überschrieben war: „Druckerschwärze und Papier", der meines Erachtens geradezu Majestätsbeleidigungen enthielt und auf den seitens der Justiz nicht reagiert worden ist. Noch mehr war

das aber der Fall bei einem anderen Artikel, der in den „Neuesten Münchener Nachrichten“ gestanden hat, auf den ich aufmerksam gemacht wurde, bei dem allerdings, wie ich gehört habe, davon gesprochen worden ist, ob er der Staatsanwaltschaft übergeben werden sollte oder nicht; er hat nachher auch Eingang gefunden in ein großes konservatives Organ.

Meine Herren, das sind doch ganz bedenkliche Symptome, und die Bevölkerung und auch im Lande die führenden und gebildeten Kreise der Nation, welche diese Artikel lesen, werden doch natürlich davon induziert und es scheint mir, als wenn es doch hohe Zeit wäre, diesem Treiben ein Ende zu machen.“

Was geschah auf diese Rede des Grafen Hohenthal vom preußischen Herrenhause? Zunächst machte sich der Ministerpräsident unter dem lauten Beifall des hohen Hauses darüber lustig. Er fertigte des Herrn Grafen Skrupel in Bezug auf Scheinkonstitutionalismus, über Mißbrauch der Berufung auf die Krone in Parlament und Presse, über Stabilität der Gesetzgebung mit allerlei Späßen ab. Das geschah im preußischen Herrenhause am 18. Juni 1891. Herr von Caprivi sagte: „Ich verzichte darauf, den staatsrechtlichen Erörterungen des Herrn Grafen von Hohenthal zu folgen, ebenso wie ich darauf verzichte, mich auf eine nähere Erörterung über die freundlichen Ratschläge, die er der Staatsregierung über die Art ihrer Amtsführung gegeben hat, einzulassen. (Sehr gut! Bravo!)

Ich habe die Überzeugung, daß er mit dem, was er hier gesagt hat, doch ziemlich vereinzelt in diesem Hause steht,

(sehr richtig!)

und will mich darauf beschränken, einige wenige Irrthümer, die er in Bezug auf thatsächliche Verhältnisse vorgebracht hat, klar zu legen. Er sagt: es wären bei Beginn der jetzigen Session Zwangsmittel unter Berufung auf den königlichen Namen angewandt worden, und schien anzudeuten, daß dieser Zwang von der Staatsregierung ausgegangen wäre. Ich kann diese Erklärung abgeben, daß weder ich, noch einer meiner Kollegen aus dem Staatsministerium jemals, so lange diese Sitzung dauert, solche Zwangsmittel ernstlich erwogen, noch viel weniger je darüber gesprochen, oder gar den Versuch gemacht haben, sie zur Anwendung zu bringen. Der Herr Graf hat daraus, daß der Herr Minister Herrfurth einmal gesagt haben soll, er stehe oder falle mit diesem Gesetze, den Schluß gezogen, der Minister habe Politik auf eigene Faust gemacht und angeführt, ein Minister dürfe das nicht. Ich kann anführen, daß der Herr Minister Herrfurth während der ganzen Session keine Politik auf eigene Faust gemacht hat, sondern daß die Vorlegung des Gesetzes, welches er eingebracht hat, im Ganzen durch das Staatsministerium geschehen ist, daß das Staatsministerium die Verantwortlichkeit dafür auf sich genommen hat und daß bei jeder ernsteren, wichtigeren auftauchenden neuen Frage allemal wieder das Staatsministerium zusammengetreten

ist und sich schlüssig gemacht hat. Ich kann den Herrn Grafen Hohenthal dann noch weiter beruhigen, daß, wenn es aus diesem Anlasse zu einem Falle des Ministers des Innern gekommen wäre, die Konsequenz gewesen wäre, daß der Fall noch auf weitere Mitglieder des Staatsministeriums sich erstreckt hätte.

Der Herr Graf Hohenthal hat dann gesagt, es wäre eine der ersten Pflichten eines Ministers des Innern, über die Stabilität der Politik im Ganzen zu wachen. Er wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich die Ausübung dieser Pflicht für mich in Anspruch nehme.

(Heiterkeit. Bravo!)

Der Herr Graf hat endlich der Justizverwaltung den Vorwurf gemacht, daß sie entweder nicht mit der nötigen Energie oder Einsicht gegen diejenigen Preßausschreitungen vorgehe, über die er sich beklagte. Ich gebe dem Herrn Grafen vollkommen zu, daß die Presse täglich eine Menge Dinge zu Tage fördert, die viel besser ungedruckt blieben. Ich beziehe das nicht allein auf die Presse, die er citiert hat, sondern auch auf einen Teil derjenigen Presse, die von weiterher inspiriert wird, von einer Gegend, zu der er vielleicht nähere Beziehungen hat, als ich sie habe.

(Heiterkeit. Sehr gut!)

Die Justizverwaltung thut durchaus ihre Schuldigkeit und führt die bestehenden Gesetze aus. Wir bedauern oft sehr, daß diese bestehenden Gesetze nicht genügen, einzuschreiten, und ich möchte dem Herrn Grafen

Hohenthal anheimstellen, sich mit einer Novelle zum Preßgesetz zu beschäftigen,

(Heiterkeit.)

wenn er glaubt, daß auf diesem Wege eine Änderung der Zustände herbeizuführen ist.

(Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Herr Freiherr von Manteuffel-Krossen hat das Wort.

Freiherr von Manteuffel-Krossen: Meine Herren, ich habe nur eine ganz kurze Erklärung namens meiner politischen Freunde abzugeben, nämlich eine Erklärung dahin, daß Herr Graf Hohenthal in seinem eigenen Namen und nicht im Namen der konservativen Partei dieses Hauses gesprochen hat.

(Bravo!)

Präsident: Herr Graf von der Schulenburg-Beetzendorf hat das Wort.

Graf von der Schulenburg-Beetzendorf: Meine Herren, ich glaube, ich habe noch niemals in der Generaldiskussion zum Etat das Wort ergriffen und zwar deshalb nicht, weil sich bestimmte Anträge an eine hier zum Etat gehaltene Rede nicht knüpfen lassen und weil ich mir bewußt bin, die Materie nicht vollkommen zu beherrschen. Im vorliegenden Falle nötigen mich die Äußerungen des Herrn Grafen von Hohenthal einige Worte zu sagen. Herr Graf von Hohenthal hat einen so großen Wechsel auf die Urbanität des Hauses gezogen, daß ich fürchte, ihm mitteilen zu müssen, daß derselbe ein anderes Mal nicht würde honoriert werden können. (Bravo!)

Herr Graf Hohenthal scheint mir Unabhängigkeit mit Überhebung zu verwechseln, denn sonst würde er nicht dazu gelangen können, eine solche Kritik an einer ganzen Reihe von Staatsministern vorzunehmen. Er hat davon gesprochen, daß man die Ehrfurcht gegen die Allerhöchste Person, gegen Se. Majestät den König, nicht außer Acht lassen dürfe — er sollte sich doch vor allem daran erinnern, daß die Ehrfurcht vor dem Thron auch sich dahin erstreckt, daß man den höchsten Dienern, welche Se. Majestät aus eigner Entschließung auf diesen hohen Posten gestellt hat, mit der nötigen Ehrfurcht entgegenkommt. Im Übrigen aber muß ich ein solches Verfahren um so mehr verurteilen, als wir von den anderen oppositionellen Parteien ein derartiges Thun und derartige Angriffe gewohnt sind, stets so stark zurückzuweisen, und ich kann, so lange Herr Graf Hohenthal ein Glied unserer Partei ist, dies nicht ungesagt lassen, und ich will es hiermit gethan haben.

(Lebhaftes Bravo!)

Graf Hohenthal mag sich in Bezug auf einige thatsächliche Vorgänge geirrt haben. Wenn der Glaube in weiten Kreisen hat entstehen können, daß der Minister des Innern auf eigene Faust Politik getrieben habe, so führen wir dafür die „Post“ an, welche zu der Debatte vom 18. Juni bemerkte, es sei die Erklärung des Ministerpräsidenten von weittragender Bedeutung, daß er es für eine besondere Aufgabe ansehe, die Einheit und Stetigkeit der politischen Richtung der Regierung zu wahren. Es sei dies in

der That bei der kollegialen Organisation des preußischen Staatsministeriums und der selbständigen Verantwortlichkeit der einzelnen Minister für ihr Ressort eine der Hauptaufgaben des Ministerpräsidenten. Es wäre nach der Antrittsrede des Herrn von Caprivi im Abgeordnetenhause mehrfach die Auffassung hervorgetreten, als ob er sich mit einer mehr formalen Leitung des Staatsministeriums begnüge und den einzelnen Ressortchefs eine mit der politischen Einheitlichkeit der Staatsregierung nicht wohl vereinbare Bewegungsfreiheit lassen wolle. Hier wurde also die Annahme, daß Herr von Caprivi sich mit der formalen Leitung des Staatsministeriums begnüge, als eine allgemeine bezeichnet, und Graf Hohenthal vollauf wegen seines Irrthums entschuldigt. Die „Post“ sagte ausdrücklich, daß bis in die letzten Tage in weiten Kreisen Anschauungen, wie sie Graf Hohenthal aussprach, verbreitet waren.

Graf Hohenthal hat aber ein größeres Vergehen begangen. Er hat im preußischen Herrenhause es gewagt, von Stabilität der Gesetzgebung zu sprechen, und das hat ihm vom Ministertische eine ironische Replik zugezogen. Die schlimmste Abfertigung aber brachte ihm das Eintreten für den Schutz der Krone gegen das persönliche Hineinzerren seitens der Presse in die Debatte ein. Denn Graf Hohenthal, der gut royalistisch den Justizminister auf die Gefahr solches Preßtreibens aufmerksam machte, stellte der Ministerpräsident die Beschäftigung mit einer Novelle zum Preßgesetz gegen die behaupteten Ausschreitungen,

welche der Staatsanwalt nicht fassen könne, anheim, wies aber dann seinerseits darauf hin, daß in der Presse andere Dinge vorkämen, die besser unterblieben, in einem Theile derjenigen Presse, die von weiter her inspiriert wird, von einer Gegend, zu der Graf Hohenthal vielleicht nähere Beziehungen habe, als der Ministerpräsident. Wie Graf Hohenthal diese Bemerkung aufgefaßt, ergab sich aus seiner Erwiderung: „Wenn er den Muth der Dankbarkeit und Verehrung auch äußerlich bekunde, so könne ihm dies nur zur Ehre gereichen."

Herr Richter und seine Partei hatten von ihrem Standpunkte aus Recht, als sie die Ausfälle des Grafen Hohenthal gegen die Preßfreiheit als denunziatorisch, als reaktionswüthig bekämpften oder sich darüber lustig machten, wenn sie auch dabei ihren alten Grundsatz „der König gehört nicht in die Debatte," Preis gaben. Die Konservativen des Herrenhauses aber konnten allenfalls das enfant terrible ihrer Partei des Hyperroyalismus, d. h. einer zu großen Skrupulosität in Bezug auf den Schutz der Krone gegen Preßtreibereien bezichtigen. Aber diesen Schutz ironisch zu behandeln, wie sie es thaten, das war eine Verleugnung und Preisgabe der konservativen Sache, wie sie im Herrenhause noch nicht dagewesen ist.

Durch die Erklärung des Grafen von Schulenburg ist ein ganz neuer Begriff in unser Verfassungsleben eingeführt worden. Die Minister haben, als die ausgewählten Werkzeuge des Königs denselben

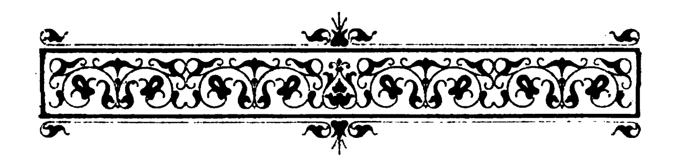
Anspruch auf Ehrfurcht, wie der Monarch, sie sind gleich ihm unverletzlich, und ein Angriff auf sie ist ein Angriff auf die Krone. „Ehrfurcht“ wird in der Ethik definirt als der höchste Grad der Achtung, verbunden mit dem Gefühle der eigenen Kleinheit und Gewichtigkeit. Durch die neue konstitutionelle Doktrin des Grafen Schulenburg-Beetzendorff, die, wie die sofort im Herrenhause erfolgenden Zustimmungen und die feierlichen Lossagungen vom Grafen von Hohenthal bewiesen, in den modernen Kanon des Staatsrechts aufgenommen worden, ist den Herren Parlamentariern ihre künftige Rolle in Preußen und Deutschland ein für alle Male vorgezeichnet, sie haben sich im Gefühle ihrer „Kleinheit und Unwichtigkeit“ den Ministern gegenüber jeder Kritik zu begeben, wie sie der Graf von Hohenthal, in alten Anschauungen befangen, sich erlauben zu dürfen glaubte. Wir haben große Personenwechsel in der neuen Aera erfahren, aber noch größere Begriffswechsel.

Eine interessante Episode vollzog sich bei dem Schlusse der Landtagssession im Weißen Saale. Vor Beginn der Feierlichkeit ersuchte der Staatsminister von Bötticher das Mitglied des Herrenhauses, Grafen Schulenburg-Beetzendorff, der vor Jahren als Major aus der Armee ausgeschieden ist, sich so zu plazieren, daß der König bei Verlassen des Weißen Saales Gelegenheit habe, ihn anreden zu können. Graf Schulenburg kam dieser Aufforderung nach und wurde thatsächlich, als die Feierlichkeit beendet war und der König sich anschickte, den Weißen Saal zu

verlassen, von Sr. Majestät angesprochen. Der Monarch beglückwünschte ihn zu seiner Rede im Herrenhause und sagte, der Graf habe „wie ein echter pommerscher Edelmann gesprochen"; gleichzeitig eröffnete er dem Grafen Schulenburg, daß er ihn zum Oberstlieutenant ernannt habe.

Was der huldvollen Auszeichnung, welche dem Grafen Schulenburg zu Teil geworden, eine besondere Bedeutung verleiht, sind die Umstände, unter denen sie erfolgt ist. Für parlamentarische Aktionen sind bisher wohl noch nie militärische Auszeichnungen verliehen worden. Die Rede des Grafen Schulenburg, die, wie der Kaiser betonte, klärend gewirkt habe, war gegen den Grafen Hohenthal gerichtet. Sie hatte diesen daran erinnert, daß die Ehrerbietung vor dem Monarchen sich auch darin äußern müsse, daß man den von ihm bestellten höchsten Dienern mit der gehörigen Achtung entgegenkomme. Graf Hohenthal schien in der That auf die Erfüllung dieser Pflicht nicht so viel Gewicht zu legen, wie auf die Erfüllung der Pflicht der Dankbarkeit gegen den früheren leitenden Staatsmann.

Herr Graf Hohenthal machte mit einiger Beschämung des Tages gedenken, wo er den unglücklichen Versuch gemacht hatte, den Kaiser gegen die Landgemeindeordnung umzustimmen. Er war jetzt um eine wichtige Wahrheit reicher: „Opposition ist Ungehorsam", oder auf lateinisch: „suprema lex regis voluntas".



Aus militärischen Kreisen.

Der Berliner Gesellschaft ist durch die Entfernung des Grafen Waldersee von seinem Platze als Chef des Großen Generalstabes einer ihrer glänzendsten Sterne entzogen worden.

Unstreitig ging aus der kaiserlichen Ordre vom 2. Februar 1891 hervor, daß die Entbindung des Generalstabschefs von seinem Amte gegen seinen Wunsch erfolgt war. Ebenso unzweifelhaft war, daß Graf Waldersee seine Ernennung zum kommandierenden General nicht als eine Beförderung ansehen konnte, daß er gerade nach der Heimatprovinz der Kaiserin versetzt werden sollte, so wäre es ihm selbst vielleicht angenehmer gewesen, — sollte er überhaupt Korpsführer werden — in Berlin zu bleiben und sobald der Platz frei würde, die Stelle eines kommandierenden Generals des Gardekorps zu erhalten.

Graf Waldersee hat eine außerordentlich gute Laufbahn gemacht. Ursprünglich gehörte er der

Artillerie an. Mit 18 Jahren trat er aus dem Kadettenkorps als Sekondeleutnant am 7. September 1850 in das Garde-Artillerie-Regiment; in ihm verblieb er, vielfach als Adjutant verwendet, bis zum Jahre 1860, wo er als Major in den Generalstab versetzt wurde, dem er seither mit nur sehr kurzen Unterbrechungen angehört hat. Den Feldzug 1866 machte Graf Waldersee im Hauptquartier mit; nach demselben wurde er Militär-Attaché in Paris. Bei Ausbruch des französischen Krieges begleitete er König Wilhelm als Flügeladjutant, wurde dann Chef des Generalstabs der Armeeabteilung des Großherzogs von Mecklenburg - Schwerin, welche an der Loire operierte, endlich nach dem Friedensschluß deutscher Geschäftsträger in Paris.

Ende 1871 wurde er als Oberst Kommandeur des jetzigen Königs-Ulanen-Regiments in Hannover, dessen Uniform er mit Vorliebe trägt, seit er vom gegenwärtigen Kaiser in besonderer Anerkennung seiner militärischen Verdienste 1888 à la suite des Regiments gestellt worden ist. 1873 wurde er Chef des Generalstabs des 10. Korps, als Nachfolger des jetzigen Reichskanzlers, 1881 General-Quartiermeister und Vertreter des Chefs des Generalstabs der Armee, Feldmarschalls Grafen Moltke, und nach dessen Rücktritt am 10. August 1888 sein Nachfolger, nachdem er einige Monate zuvor zum General der Kavallerie ernannt worden war. Zum Mitglied des Herrenhauses aus besonderem königlichen Vertrauen wurde er an Kaisersgeburtstag vor drei Jahren ernannt.

Der Kaiser trat bereits als Prinz zu ihm in freundschaftliche Beziehungen. Graf Waldersee hat die verwitwete Fürstin von Noer, die Gemahlin des Großoheims der regierenden Kaiserin geheiratet. Diese Vertrauensstellung brachte es auch von selbst mit sich, daß Graf Waldersee in den letzten Jahren Gegenstand mannigfachster Ausstreuungen und Vermutungen in der Presse geworden ist. Jetzt genügt es, daran zu erinnern, wie er wiederholt in der Presse bald als vermutlicher Nachfolger des Fürsten Bismarck als Reichskanzler, dann wieder als Nachfolger des Fürsten Hohenlohe, als Statthalter, dann wieder als Botschafter genannt worden ist.

Ueber die Amtsführung des Grafen Waldersee als Generalstabschef läßt sich selbstredend ein Urteil nicht fällen; der General hat zu wenig Gelegenheit gehabt, zu zeigen, ob er nach großen Gesichtspunkten zu handeln der Mann wäre. Es ist aber gänzlich falsch, daß Graf Waldersee auf Empfehlung Moltke's Generalstabschef geworden wäre. Bei den Manövern in Hannover, Anfang der achtziger Jahre, hat allerdings Graf Moltke auf Befragung, als er empfand, daß er wegen seines hohen Alters den praktischen Dingen nicht mehr mit der von ihm erforderlich erachteten Beweglichkeit folgen könne, den Grafen Waldersee gewissermaßen als Gehilfen auf diesem Gebiete genannt, weiter nichts. Hieraus entstand die Stellung des Generalquartiermeisters. In dieselbe Zeit fiel die Einführung des Prinzen Wilhelm in die Strategie durch den General-Quartiermeister, womit

einige Jahre gemeinsames Arbeiten zusammenhingen. Die Ernennung zum Generalstabschef ist nicht auf irgend eine Empfehlung hin erfolgt, sondern dem freien Entschluß des Monarchen zuzuschreiben. Seit einigen Jahren hat der Monarch sich im steigenden Grade mit der Armeeführung, wenn man das Wort im Frieden anwenden darf, selbst befaßt.

In der Kabinetsordre an den General von Leszczynski wurde gesagt, derselbe habe schon im Dezember den Wunsch zu erkennen gegeben, sich in den Ruhestand zurückzuziehen und dann am 31. Januar sein Abschiedsgesuch eingereicht. Daraus erklärt sich, daß der Kaiser schon am 27. Januar dem Grafen Waldersee das Kommando des 9. Korps anbieten konnte, obgleich das definitive Abschiedsgesuch des Generals von Leszczynski erst am 31. desselben Monats datirt ist.

Es soll keineswegs an der Thatsache, daß General von Leszczynski den Generalobersten und früheren Reichskanzler Fürsten Bismarck als Gast bei sich sah, Anstoß genommen worden sein, sondern vielmehr daran, daß der General in großer Uniform den Fürsten vom Bahnhof abholte. Der kommandierende General ist bekanntlich als Vertreter des Kaisers in der Provinz anzusehen und die „Demonstration" würde also in der feierlichen Abholung eines „Privatmannes" bestanden haben. Er war auch nicht ein kleines Mahl, sondern eine Soirée, die Herr von Leszczynski in seiner Eigenschaft als kommandirender General gab. In Cuxhaven soll dann hier-

über eine Bemerkung gegen den zum Empfange anwesenden General gefallen sein, die diesen veranlaßte, sein Abschiedsgesuch zu beschleunigen.

Graf Waldersee verabschiedete sich im Generalstabe ganz kurz, etwa mit folgenden Worten: „Se. Majestät der Kaiser und König hat anders über mich verfügt und mich an eine andere Stelle gesetzt; dem Soldaten geziemt es nicht, nach den Gründen zu forschen.“ Er dankte darauf mit bewegten Worten allen Offizieren für ihre Unterstützung und schloß mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Graf Schlieffen richtete dann einige Worte an den scheidenden Chef, welchem er Namens der Offiziere des Generalstabes den Dank derselben für erwiesenes Wohlwollen und Nachsicht aussprach und schloß mit dem Satze: „Feldmarschall Moltke hat dem Generalstabe den Nimbus, Graf Waldersee hat ihm seine jetzige Stellung gegeben!“ Hierauf übergab Graf Waldersee die Geschäfte den Händen „des im Kriege wie im Frieden bewährten Oberquartiermeisters Grafen Schlieffen II.“, womit die Abschiedsfeier ihr Ende erreicht hatte. Unterm 7. Februar wurde Graf Schlieffen vom Kaiser sodann als Nachfolger Waldersee's förmlich zum Chef des Großen Generalstabes ernannt. Der neue Chef des Generalstabes, General-Leutnant Graf Alfred von Schlieffen, hat die Geschäfte in der denkbar einfachsten Weise übernommen. Am Tage nach seiner Ernennung erschien Graf Schlieffen im Generalstabsgebäude, und die Vorträge der einzelnen Ressortchefs

begannen ganz, als wenn der neue Chef bereits seit Jahren an der Spitze des Generalstabs gestanden hätte. Eine einzige Unterbrechung, welche sich auf die Ernennung des Grafen bezog, wurde durch den Adjutanten des letzteren veranlaßt, welcher seine Glückwünsche aussprach. Graf Schlieffen dankte kurz, und damit war die Sache erledigt. Der neue Chef des Generalstabes ist ein Mann von außerordentlich wenig Worten und ähnelt wenigstens darin seinem großen Vorgänger, dem Grafen Moltke. Er ist jetzt 59 Jahre alt, ein geborener Schlesier und war während des deutsch-französischen Krieges im Generalstab des Großherzogs von Mecklenburg. Im Jahre 1889 wurde er zu einem der drei Generalquartiermeister des großen Generalstabes ernannt.

Außer der Ernennung des Grafen Schlieffen II. zum Chef des Generalstabes der Armee veröffentlichte die Nummer des „Militär-Wochenblattes" vom 11. Februar noch die „Versetzung" des ersten Adjutanten des früheren Generalstabschefs, Major Zahn, nach Mainz, sowie die „Versetzung" des Majors Liebert vom Großen Generalstab zum Generalstab des X. Armeekorps. Beide Generalstabs-Offiziere tauschten die Stellungen, der erstere mit dem Major von Rosenberg vom Generalstab des Gouvernement von Mainz, der letztere mit dem Major von Flotow, vom Generalstab des X. Armeekorps.

Man erzählte damals, daß der Wechsel des Dienstes bei den beiden „Versetzungen" im Großen Generalstabe entscheidend gewesen sei. Dieser Umstand,

verbunden mit der Bemerkung der „Hamb. Nachr.", daß die betreffende Nummer des „Militär-Wochenbl." dem Kundigen einen vollgiltigen Beweis für die seiner Zeit geschilderten militärischen „Unterströmungen" liefere, muß zu dem Schluß führen, daß der seitherige erste Adjutant des Grafen Waldersee, Major Zahn, und neben ihm besonders in kolonialpolitischer Richtung vielleicht auch Major Liebert mit jenen „Unterströmungen" in enge Verbindung gebracht werden. Da nach der Bedeutung des Hamburger Blattes seit vielen Jahren eine „bestimmte Persönlichkeit" angeblich als die Seele des militärischen Preßbureaus genannt wurde, so würde man sich Major Liebert immerhin nur in einer Nebenrolle zu denken haben. Wer sich der Rede desselben nach seiner Rückkehr aus Sansibar bei der vorjährigen Kolonialdebatte in dem Reichstage erinnert, wird es begreiflich finden, daß Herr Liebert als kolonialpolitischer Vertrauensmann der Regierung unter dem jetzigen Verhältnissen seine Rolle ausgespielt hatte und mit seinen Anschauungen — nach denen es u. a. unsere Aufgabe sein sollte, das Geschlecht „Buschiris", d. h. das Arabertum vom afrikanischen Boden gänzlich zu vertilgen — auf den weiteren Gang der Dinge und deren ruhige Fortentwickelung nur störend einwirken konnte. Aus seiner amtlichen Stellung des Berliner Vertreters des Reichskommissars von Wißmann war Major Liebert übrigens seit längerer Zeit schon geschieden. Die in derselben gemachten Wahrnehmungen und angeknüpften Ver-

bindungen setzten ihn aber in den Stand, seine kolonialen Ideen auch außeramtlich weiter zu verfolgen, wozu ihm am Mittelpunkt der Kolonialverwaltung selbst die Gelegenheit natürlich am günstigsten war. Die anscheinend auf den Major von Zahn bezüglichen Bemerkungen des Hamburger Blattes leiteten vornehmlich auf die bekannten „Kriegstreibereien“ vom Jahre 1887 zurück, die unmittelbar an die Boulangerschen Barackenbauten anknüpften. Man erinnert sich, daß es die „Kreuzzeitung“ damals war, in welcher die Ansicht, daß Deutschland seinen Nachbarn die Wahl des günstigsten Augenblicks zum Kriege nicht überlassen dürfe mit großer Entschiedenheit vertreten wurde, ebenso wie es die „Kreuzzeitung“ war, die sich im vorigen Jahre rückhaltlos auf den bekannten Standpunkt der Broschüre „Videant consules“ stellte, in der es der Regierung offen zum Vorwurf gemacht wurde, im Jahre 1887 den für Deutschland günstigen Augenblick zum Kriege versäumt zu haben. Durch eine „marklose Politik“, so wurde ausgeführt, habe sie die „seltene Gunst der Umstände unbenutzt gelassen und den Gegnern nur Veranlassung, ihre Rüstungen zu beschleunigen und zu verstärken.“ Der Verfasser jener Brochüre ist nie bekannt geworden. Im Zusammenhange mit den Andeutungen der „Hamburger Nachrichten“ über die Bekanntmachungen des „Militär-Wochenblatt“ war in einzelnen Blättern als der militärische Gewährsmann der „Kreuzzeitung“ Major Scheibert genannt worden. Nunmehr veröffentlichte die „Kreuzzeitung“ folgende, einen gewissen Zusammen-

hang ihrer Artikel mit dem Generalstabe immerhin bestätigende Erklärung:

„Bei Gelegenheit der Wiederaufwärmung des Klatsches über militärische „Unterströmungen“, ist auch meine Person mit Namen genannt worden; ich halte mich deshalb für verpflichtet, zu bestätigen, daß ich in der That die militärischen Artikel, auch solche über „Befestigungsweisen“ u. s. w. für die „Kreuzzeitung“ geschrieben habe, welche größere, hier und da aber auch geringere Zustimmung in der Armee fanden. Nur den einen Grundsatz habe ich als Mitarbeiter an einem konservativen Blatte, welches die Erhaltung der deutschen Wehrkraft erstrebt, festgehalten, nichts zu veröffentlichen, was dem Auslande nutzen, oder der eigenen Armee schaden könnte. Ich habe es deshalb für Pflicht gehalten, bei zweifelhaften Fällen mir an den betreffenden Stellen stets das „non nocet“ zu erbitten, welches nicht nur mir gewährt wurde, und sicher auch fernerhin allen loyalen Anfragen bereitwilligst gewährt werden wird, da der Privatmann die Tragweite militärischer Artikel nicht immer zu übersehen vermag. Berlin, den 14. Februar 1891. Scheibert, Major z. D.“

Der häufigen Wiederholung, mit der der Reichskanzler auf seine Abneigung gegen die nichtoffiziösen Zeitungsschreiber zurückkömmt, läßt übrigens die Vermutung berechtigt erscheinen, daß er selbst an die Bedeutungslosigkeit der „Druckerschwärze“ nicht recht glaubt. Wäre das dennoch der Fall, so würde eine Probe auf das Exempel ohne Schwierigkeit Klarheit über

diese Frage bringen. Herr von Caprivi brauchte nur den Befehl zu erteilen, daß von seinen Untergebenen nur die Notenschreiber noch in Thätigkeit bleiben, die Zeitungsschreiber aber zur Ruhe verwiesen und daß im Auswärtigen Amte Zeitungen nicht mehr gelesen werden sollten, man würde dann ja bald sehen, wie lange die auswärtige Politik des deutschen Reiches ohne Zeitungsschreiber überhaupt noch weiter geführt werden könnte.

Nur zwei Beispiele aus jüngster Zeit: Wenn das neueste Weißbuch die wirksame Vertretung der deutschen Interessen in Chile durch das deutsche Geschwader in glänzendem Lichte erscheinen läßt, so darf daran erinnert werden, daß der Befehl an das Geschwader, nach Chile zu gehen, erst in Folge des energischen Dafüreintretens der Zeitungsschreiber erfolgte. Und wenn jetzt das deutsche Publikum dankbar dafür ist, daß es vor der Beteiligung an der neuesten verkrachten russischen Anleihe bewahrt geblieben, so haben die Zeitungsschreiber auf diesen Dank sicher einen größeren Anspruch, wie das Auswärtige Amt.

Der Reichskanzler hat in seiner Verteidigungsrede gegen die unruhige, pessimistische Stimmung auch der Beunruhigung durch die Militärschriftstellerei Erwähnung gethan. Man wird nach mancher Seite hin ihm die bei dieser Gelegenheit gemachten Bemerkungen nicht verdenken können, indem diese oder jene Broschüre, vielleicht auch dieser oder jener Artikel der Heeresleitung unbequem gewesen sein mag; allein wir wissen einerseits in der That nicht, wie die Sache abge-

ändert werden könnte, und vermöge nach langjähriger Beobachtung der Presse und der Verhandlungen im Reichstage, andererseits nur die eine Wahrheit auszusprechen, daß der Ton in den Verhandlungen, in den Kammern und in der Presse in Bezug auf die Armeeangelegenheiten eine wesentliche Hebung erfahren haben. Wer sich der Vorgänge in der Konfliktszeit, der damals gehaltenen Reden und der Artikel erinnert, wird zugestehen müssen, daß selbst die ärgsten Oppositionsblätter in militaribus einen Ton anschlagen, welcher damals noch als hochpatriotisch gegolten haben würde. Neben den Siegen der Armee haben die Bemühungen der Presse, sich sachkundiger Federn zu versichern, wesentlich dazu beigetragen, die Diskussion auf ein viel sachlicheres Gebiet zu beschränken. Wenn hier und da Irrtümer oder vorgefaßte Meinungen mit unterlaufen, so ist dies wohl kaum tragisch zu nehmen.

Aber noch eins. Wenn die Regierung wie in der Zeit des Absolutismus die Heeresausgaben ohne weiteres dekretieren und veranlassen könnte, so ließe sich vielleicht darüber reden, wenn außer den amtlichen Mitteilungen die Militärartikel gänzlich aus den Spalten der Zeitungen verschwänden. Nun ist aber die Reichsregierung mit ihren Heeresausgaben abhängig vom Reichstage, abhängig von der Stimmung des Landes. und um diese zu beeinflussen durch Aufklärung, durch Darlegung der drohenden Gefahren, die doch trotz aller beschwichtigenden Reden klar vor den Augen der ganzen Mitwelt liegen, giebt es kein anderes Mittel, als die Presse.

Daher haben die staatserhaltenden Blätter die Presse, Pflicht und Schuldigkeit, für geeignete Kräfte zu sorgen, welche, so weit es in ihrer Macht steht, das Lesepublikum aufzuklären suchen.

Eine weitere Folge des Konstitutionalismus ist das doch höchst patriotische Verlangen der Leser — und zwar ist dieses Bedürfnis international — über die Heeresverwaltung orientiert zu sein und bald würde ein Blatt, besonders ein patriotisches seinen Leserkreis einbüßen, wenn es ihn nicht des breitesten über die Militärangelegenheit orientierte, besonders in solchen Fragen, in welchen die Leser wissen, daß mit den Heeresfragen tiefe politische Fragen im engsten Zusammenhange stehen.

Wie gesagt, dem Wunsche der Reichsregierung nach Abschaffung der Militär-Schriftstellerei werden auch die loyalsten Blätter im Interesse der Armee selbst nicht nachkommen können, ja, wir halten dieselbe gerade der Reichsregierung gegenüber für eine Notwendigkeit und haben überdies den Eindruck, daß mit wenigen Ausnahmen die heutige Militär-Schriftstellerei sich eines Tones befleißigt, den der Reichskanzler selbst mit „patriotisch“ bezeichnet hat. Wenn hier und da die Herren nicht orientiert sind, so würde eine Aufklärung seitens der Reichsregierung das einfachste Mittel sein, Mißgriffen ein Ende zu machen, statt, wie häufig geschehen, selbst loyale Anfragen mit der in diesem Falle wenig treffenden Bemerkung, die Armee habe mit der Presse nichts zu thun, abzuweisen.

(N. Pr. Ztg.)



Aus der diplomatischen Welt.

In den früheren Jahren waren die Empfangs-räume der russischen Botschaft nur erleuchtet wenn ein Mitglied des kaiserlichen Hauses dort sein Absteigequartier genommen hatte. Kaiser Nikolaus war Ehrenbürger Berlins und wollte für sich und seine Familie hier ein Haus besitzen. So baute er das Palais, das selbst unter den modernen Prachtbauten Berlins durch die Vornehmheit seines Stils sich im ersten Rang erhalten hat. Durch den Wechsel in den Chefs der Botschaft wären die Räume der ersten Etage für die Berliner Hofgesellschaft lange verschlossen, während sie einst der Mittelpunkt der glänzendsten Geselligkeit außerhalb des Hofes gewesen waren. Als der Kaiser von Rußland den bisherigen kommandierenden General des Gardekorps Grafen Paul Schuwaloff zu seinem Botschafter bei dem Kaiser von Deutschland und Könige von Preußen ernannte, kehrte mit dem neuen Botschafter, seiner

Gemahlin und Tochter das frühere glänzende Gesellschaftsleben wieder in diese Räume ein. Persönlichkeiten, die sich so sympathisch geben, wie Graf Schuwaloff und seine Gemahlin, brauchten nicht erst um die Gunst der Gesellschaft zu ringen. Sie war ihnen beim ersten Zusammensein gewiß. Der Botschafter mag heut in der Mitte der fünfziger Jahre stehen. Auf der nicht sehr großen aber kräftigen Gestalt sitzt ein Kopf voll Intelligenz, mit dem Ausdruck von Willensenergie, aber auch von einnehmender Herzensfreundlichkeit. Die Gräfin Schuwaloff ist noch in der Lichtseite jener Jahre, wo man eine erwachsene Tochter für einen Anachronismus hält. Die Gestalt ist von zarter, graziöser Form, das Antlitz mit dem dunklen Haar und dem edlen Schnitt zeugt von geistiger Lebendigkeit im Verein mit einer gewinnenden Liebenswürdigkeit, die den Eindruck macht, daß sie aus dem Herzen kommt und nicht aus gebotener Rücksicht.

Die russische Botschaft hatte im Monat November 1887 den Besuch des Zaren und seiner Familie. Sie kamen von Kopenhagen. Der Zar — das war ersichtlich geworden — hatte Kaiser Wilhelm nicht besuchen wollen, aber er konnte seinem Schicksale nicht entgehen. Infolge der Krankheit seiner Kinder zog sich die Abreise von Kopenhagen bis in die Mitte November hinaus, da die Schifffahrt bereits gehemmt war. Es stand dem Zaren noch frei, über Stettin mit der Bahn nach Rußland zurückzukehren. Die Höflichkeit erforderte die Berührung

von Berlin. Er traf am 18. November Vormittags dort ein. Prinz Wilhelm war ihm bis Wittenberge entgegen gefahren. Der Zar nahm in dem russischen Botschaftsgebäude sein Absteigequartier. Dort begrüßte ihn Kaiser Wilhelm und hatte eine längere Unterredung mit ihm.

Im Laufe des Nachmittags empfingen die hohen Gäste Besuche — so der Zar auch den des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, welcher über eine Stunde bei ihm verweilte. Dabei kam bekanntlich die Fälschung gewisser Aktenstücke an den Tag. Gegen fünf Uhr erfolgte sodann die Fahrt zum kaiserlichen Palais, dessen unmittelbare Umgebung sorgfältig abgesperrt war. Es waren gegen neunzig Personen geladen, außer den in Berlin anwesenden Prinzen und Prinzessinnen, sowie das Gefolge der kaiserlichen Gäste hatten die hervorragenden Mitglieder der russischen Botschaft Einladungen erhalten; ferner, aus Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen ihrer Herrscherhäuser, der dänische und mecklenburgische Gesandte; der Reichskanzler Fürst Bismarck, der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck, Minister von Puttkamer, Feldmarschall Graf von Moltke, die Generalität und andere mehr. Selbstverständlich trugen die Inhaber russischer Regimenter deren Uniform, und ebenso war die Anlegung russischer Orden befohlen worden. Kaiser Wilhelm hatte die Uniform seines russischen Infanterieregiments Kaluga angelegt, an dessen Spitze er bekanntlich seine erste kühne Waffenthat vollbracht hat, als er 1814 eine französische

Batterie stürmte. Während er darüber das breite Band des Georgsordens trug, hatten die Prinzen u. s. w. zu ihren russischen Uniformen das große Band des Andreasordens angelegt, welches auch Fürst Bismarck über seiner Generalsuniform trug. Den Katharinenorden trug die Prinzessin Wilhelm, welche in einer ebenso geschmackvollen wie kostbaren Zusammenstellung von hellblau und rosa mit Brillantschmuck erschien. Von den hohen Gästen hatte der Zar über seiner preußischen Uniform das Band des Schwarzen Adlerordens, welches auch die Großfürsten trugen, während die Zarewna über ihrem Kleide von dunkelroter Seide, das kostbare Spitzen schmückten, das Band des Andreasordens befestigt hatte, die herrlichsten Diamanten funkelten an ihrem Haupte, an Hals und Brust. Um fünf Uhr begab man sich unter großem Vortritt in den runden Saal, wo die auf das kostbarste geschmückte Tafel gedeckt war; Kaiser Wilhelm führte die Zarewna, Kaiser Alexander die Prinzessin Wilhelm, und ihnen folgten in langem Zuge die hohen und höchsten Herrschaften, von denen Prinz Wilhelm die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, der Großfürst-Thronfolger die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin und der Großherzog die Prinzessin Albrecht führten. Die beiden Kaiser saßen neben einander; ihnen gegenüber befand sich der stellvertretende Minister des königlichen Hauses, Graf zu Stolberg-Wernigerode, zwischen der Fürstin Bismarck und der Gräfin Schuwaloff. Etwas seitwärts von dieser saß der sehr wohl aussehende Reichs-

kanzler Fürst Bismarck, welchem Kaiser Alexander, sein Glas erhebend, während des Mahles zutrank. Die Unterhaltung wurde sehr lebhaft geführt, und kurz vor Schluß der Tafel trank Kaiser Wilhelm, zu dem Zaren und der Zarewna sich wendend, auf deren Gesundheit, worauf er beiden die Hand drückte, während die von dem Kaiser Alexanderregiment gestellte Musik die russische Nationalhymne spielte. Gleich darauf wurde die Tafel aufgehoben und man begab sich in die Gemächer der Kaiserin, wo der Kaffee eingenommen wurde. Dort überreichte Kaiser Wilhelm persönlich dem russischen Botschafter Grafen Schuwaloff unter den schmeichelhaften Ausdrücken seines Wohlwollens den Schwarzen Adlerorden. (Den Roten Adlerorden besaß Graf Schuwaloff schon seit längerer Zeit). Der Generaladjutant und Chef der Leibgarde des Zaren, Tscherewin, empfing die Brillanten zum Roten Adlerorden. Beiden Herren wurde die Erlaubnis zur sofortigen Anlegung der ihnen verliehenen Auszeichnung erteilt.

Der Platz, den bei jenem Diner der Reichskanzler für sich angewiesen fand, mochte wohl dem Hofceremoniell entsprechen, war aber bei der Distanz vom Zaren ein so unangemessener, daß sich daraus ein heftiger Etiquettenstreit entwickelte. Das Arrangement der Galatafel ressortierte vom Oberhofmarschall Graf Perponcher. Das Resultat war, daß eine Anordnung getroffen wurde, welche einen derartigen Vorgang für die Zukunft ausschließt. Die mehrfachen Audienzen hoher Hofbeamten, die der Kaiser in den

nächsten Tagen erteilte, wurden damit in Zusammenhang gebracht.

Wir haben oben gesagt: Der Zar hätte Kaiser Wilhelm I. nicht besuchen wollen. Es bestand damals in der That eine Entfremdung zwischen den beiden Höfen, wenn auch keine persönliche zwischen den Monarchen, so doch Mißtrauen des Zaren gegen die Berliner Politik. Ein kecker Franzose, ein Betrüger, hatte diese Disharmonie zu Stande gebracht, und gerade der unfreiwillige Besuch des Zaren in Berlin entlarvte ihn.

In der schon erwähnten Unterhaltung des Zaren mit Bismarck kam eine der großartigsten Aktenfälschungen der diplomatischen Welt an das Tageslicht und zwar begangen von einem Agenten, der sich stolz den ‚Knotenpunkt des russisch-französischen Bündnisses' nannte und sein unehrliches Gewerbe im Dienste der Revanche und nicht ohne Unterstützung seiner Regierung Jahre lang unentdeckt zu betreiben verstand.

Vor sieben Jahren erschien zuerst in der Revue der Frau Juliette Adam, dann als selbständiges Buch: „La société de Berlin", angeblich von einem Grafen Vassili verfaßt. Von welcher Beschaffenheit das in diesem Buche enthaltene Gift war, bewies die Entrüstung, welche die Franzosen selber darüber ausdrückten, zumal diejenigen, die unschuldiger Weise in den Verdacht kamen, Handlangerdienste bei dem Buche geleistet zu haben. Dahin gehörten der frühere erste Botschaftsrat bei der berliner-französischen Botschaft, Graf d'Aubigny und seine Gattin. Ersterer schrieb: „Die Unterstellung, daß Gräfin d'Aubigny die Ver-

fasserin des Buches sei, ist eine niederträchtige Verleumdung, über die wir beide empört sind. Ich bin im Begriff, gegen den Urheber und ersten Verbreiter der Verleumdung klagend einzuschreiten und habe mich deshalb bereits an die maßgebenden Behörden gewandt. Es ist unumgänglich notwendig, daß wir von dem Verdachte, diese schmutzigen Beleidigungen geschrieben zu haben, entlastet seien. Ich zweifle nicht, daß die Gerichte uns werden Gerechtigkeit widerfahren lassen; soweit ich überdies in der Lage bin, mich an eine einzelne Persönlichkeit zu halten, von der ich weiß, daß sie aus Rache darüber, von mir einmal aus dem Botschaftshotel gewiesen worden zu sein, mit zur Verbreitung der Verleumdung beigetragen hat, will ich nicht eher ruhen, bis zum Nutzen und Frommen für andere anständige Menschen eine exemplarische Züchtigung stattgefunden haben wird."

Später erfuhren wir bei Gelegenheit des Boulanger-Prozesses, daß der Verfasser des Buches ein Mann ist, der, wie er selber versichert, „seit sechs Jahren Frankreich mit einer Aufopferung gedient habe, welche von allen Ministerien anerkannt worden sei; er habe den Friedensvertrag zwischen Frankreich und China vermittelt und das Bündnis Frankreichs mit Rußland vorbereitet." Dieser Mann nennt sich de Mondion, heißt eigentlich Foucault und ist ein verkrachter Geschäftsmann, dessen Frau wegen Kuppelei zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. In der Potsdamer Straße in Berlin hat er eine Zeit lang eine Weinstube gehalten, um unter diesem Deckmantel

Spionage zu treiben und ist dann mit der Miete durchgegangen.

Was nun das Buch „La societé de Berlin" betrifft, so wissen wir von anderer Seite, daß das Material zu der ganzen ersten Hälfte des Buches aus vertraulichen Briefen des bekannten ehemaligen Vorlesers der Kaiserin Augusta Gérard an den verstorbenen Staatsmann Léon Gambetta stammt, welche die Erbin des literarischen Nachlasses Gambetta's, Madame Adam, in dessen Schreibtisch vorfand. Die Charakterschilderungen in dem Buche hat die Feder eines elsässischen Hauslehrers in einer russischen Familie, Namens Weiß, gezeichnet. Mit der Übermittelung der Weiß'schen Aufzeichnungen an Madame Adam befaßte sich die bekannte Frau von Nowikow, indem sie dieselben jener Dame nach Paris überbrachte. Madame Adam ihrerseits ließ sich unter Beihülfe des ehemaligen Legationssekretärs Otto von Loë die Vervollständigung des Materials angelegen sein.

Herr de Mondion, oder Herr Foucault, hat also an dem Buche nur einen Anteil, der sich darauf beschränkt, dem Stoffe das noch fehlende Quantum Gift zugesetzt und denselben dann in die äußere Form gebracht zu haben, in welcher das Pamphlet vor der Öffentlichkeit erschien.

Herr de Mondion machte aber bald in der Rangordnung der literarischen Gauner den ihm leicht werdenden Sprung von der Fälschung von Thatsachen zu der von Dokumenten. Er erzählt heute,

daß er die „bulgarischen Aktenstücke" für den Zaren geliefert habe, deren Fälschung bei dem erwähnten Besuche Alexanders III. in Berlin in der Unterredung mit Fürst Bismarck von diesem nachgewiesen werden konnte. Man sollte glauben, es existiere heute kein Mensch mehr in Europa, bei dem der damalige Nachweis der Fälschung dieser Aktenstücke nicht den Eindruck gemacht habe, als ob der Fälscher sich in seine Nichts durchbohrenden Gefühle zurückziehen und über den plumpen Betrug möglichst den Schleier der Vergessenheit auszubreiten sich bemühen müßte. Aber nein, Herr Foucault hat ein dickes Buch geschrieben, splendid, fast verschwenderisch auf Velinpapier gedruckt, 365 Seiten stark, Preis 5 Mark; man fand es lange in allen Schaufenstern der Buchhändler in der Leipziger Straße. Herr Foucault nennt sich auf dem Titel Charles de Maurel und widmet die 365 Seiten seines Buches dem strikten Nachweise, daß jene bulgarischen Dokumente nicht gefälscht, vielmehr von einer goldenen Ächtheit sind, direkt den Adressaten gestohlen. Wir erfahren, daß Fürst Bismarck, gerade wie er 1870 den Prinzen von Hohenzollern den Spaniern aufdrängte, um den Krieg mit Frankreich anzuzetteln, so den Bulgaren zum Koburger verholfen habe, um Rußland zum Kriege zu reizen. Das Buch liest sich wie ein Roman, enthält auch nichts als Roman, nicht eine Seite Realität und Wahrheit. Es erklärt sich, daß es ein Publikum fand, dem der böse Wille über alle historische Kritik und über jeden logischen Skrupel hin-

weghilft. Man staunt insbesondere auch über die unverwüstliche Natur des Verfassers, der stets unterwegs ist, zwischen Paris, Berlin, Sofia, Petersburg, Brüssel atemlos hin und her reist, um die Spuren der „verbrecherischen," „verräterischen" Politik Bismarck's zu entdecken und alsdann seine angeblichen Enthüllungen an Frau Juliette Adam für einen Preis zu verkaufen, bei dem nicht blos die Reisekosten reichlich wieder herauskommen.

Im Sommer 1889 veröffentlichte Mondion-Foucault, um sich an der damaligen französischen Regierung, die ihn verleugnet hatte, zu rächen, eine Reihe von Mitteilungen, deren Glaubwürdigkeit zwar wie jeder sich selbst überzeugen kann, den stärksten Zweifeln unterliegt, die aber doch genug Aufsehen erregten, um beachtet zu werden.

Foucault berichtete im Jahre 1887, wie er zwei Jahre später mitteilte, folgendes an seine Regierung: „Die neue Bewaffnung, die nunmehr für Deutschland als unerläßlich erachtet wird, ist Gegenstand eines Konfliktes zwischen dem Fürsten Bismarck und der Militärbehörde gewesen. Der Kanzler hat in seinen Unterredungen mit dem Kaiser und in mehreren offiziellen Berichten der Militärbehörde zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht wisse, was sie thue, und daß sie Deutschland in Folge der Umformung der alten Waffe in Repetiergewehre, die heute wieder durch Repetiergewehre anderen Kalibers ersetzt werden müssen, in große Unkosten gestürzt habe. Fürst Bismarck hat erklärt, daß unter solchen Verhältnissen

eine geregelte Finanzwirtschaft des deutschen Reiches nicht möglich sei, und daß er 20 Monopole einführen müßte, um dergleichen gut zu machen. Der Kanzler hat verlangt, bevor man sich auf dergleichen Ausgaben einlasse, daß man noch einige Zeit, wenigstens bis zu den ersten Monaten des nächsten Jahres warten solle, um sicher zu sein, daß bis dahin nicht eine noch mehr vervollkommnete Erfindung gemacht worden sei. Er hat darauf hingewiesen, daß dieser Aufschub mit verschiedenen vorauszusehenden Einnahme-Erhöhungen im Budget zusammenfiel und daß die große Ausgabe weniger empfindlich sein würde. Auf diese Bemerkungen, welche der Kaiser den. Fürsten Bismarck ersucht hatte, schriftlich abzugeben, ist ein „Feldmarschall Moltke" gezeichneter Bericht dem Kaiser vorgelegt worden, in dem es heißt: Die Umwandlung der früheren Gewehre in Repetiergewehre ist eine schleunigst getroffene Maßregel gewesen, zu der geschritten wurde, weil im Anfange des Jahres 1887 fast außer Zweifel stand, daß ein Krieg mit Frankreich ausbrechen werde. Die Reichskanzlei hat zu jeder Zeit mit Rücksicht auf diese vorauszusehende Eventualität, auf welche sie immer wieder zurückkam, das Kriegsministerium ersucht, die Umwandlung der Infanteriebewaffnung in kürzester Zeit vorzunehmen. Heute ist durch die Erfahrung und unsere Studien vollständig nachgewiesen, daß die französische Armee ein Gewehr besitzt, durch welches in einem Kriegsfall die deutsche Armee im Nachteil sein würde. Der Winter beginnt und die Kriegsaussichten sind null,

wenigstens für mehrere Monate. Wenn die Arsenale sofort ihre Aufträge erhalten und wenn vor allem bedeutende Kredite und sofort disponible Summen gestatten, die Angelegenheit zu betreiben, so könne man darauf rechnen, daß die Armee im Anfang des Jahres 1888, also gegen den Monat Mai, ihre frühere Superiorität wieder erlangt habe. Derselbe Bericht, so erzählt Foucault, erbat vom Kaiser sofort die Ermächtigung zur Entnahme von 20 Millionen aus dem Kriegsschatze, bis die Kredite bewilligt seien. Der Kaiser genehmigte den Bericht Moltke's und teilte in einer Ordre an den Fürsten Bismarck diesem seine Gründe hierfür mit, stellte aber der Militärbehörde nur 12 Millionen zur Verfügung."

Über seine Thätigkeit als Geheim-Agent gab Foucault folgende Aufschlüsse, in welchem er nach Art solcher Leute seine Bedeutung hervorhob und den Mund sehr voll nahm:

„Ich war mit dem General Boulanger zur Zeit seiner Dienstführung in Verbindung getreten. Der General wünschte im Auslande einen permanenten Kundschafterdienst einzurichten, der nichts mit den Zeitungsredaktionen zu thun hatte, sondern direkt in den Ministerien und Kanzeleien betrieben wurde. Er sagte mir: „Warum soll uns bei den Ausländern nicht möglich sein, was diesen bei uns möglich ist?" Der Minister fragte mich, ob ich geneigt sei, mich der Organisation eines solchen Dienstes zu unterziehen. Ich nahm das an. Die Aufgabe war selbstverständlich nicht leicht. Der Minister hatte mir freie Hand

für die Ausführung gelassen, mir aber ein sehr ausgedehntes Programm aufgegeben. Nach seiner Ansicht handle es sich nicht allein darum, die Verteidigungsmaßnahmen Deutschlands kennen zu lernen, sondern auch diplomatische Nachrichten einzuziehen. „Die Diplomatie bereitet den Krieg vor", sagte Boulanger mir. „Wir müssen die geheimen Triebfedern der Diplomatie dort aus sicherster Quelle erfahren." Ich mußte mir daher in sämmtlichen europäischen Ministerien Vertrauenspersonen verschaffen. Diesen Plan habe ich unter der thätigen Mitwirkung des Generals, der mich mit verhältnismäßig viel bedeutenderen Mitteln, als die durch die vielbesprochene Quittung über 32,000 Franks bekannt gewordenen unterstützt hat, vollständig ausgeführt. Es ist mir gelungen von Berlin, Wien, Rom, Mitteilungen von dem größten Interesse zu erhalten, die in ihrer Bedeutung von den späteren Ministern vollständig gewürdigt worden sind. Bezüglich Belgiens hatte ich sehr genaue Instruktionen erhalten. General Boulanger war überzeugt, daß Deutschland in diesem Lande eine vollständig organisierte Spionage besaß, und daß die Rolle Belgiens in den Ereignissen, die sich in Berlin vorbereiteten, von besonderer Bedeutung sein würde. Ich wurde beauftragt, die Organisation des deutschen Kundschafterdienstes zu entdecken und die Thätigkeit der deutschen Militär-Attachés in Brüssel zu überwachen.

Verschiedene Fragen lenkten meine Aufmerksamkeit auf sich. Von Berlin aus wurde ich über die

Fragen, die zwischen dem auswärtigen Amte und Belgien verhandelt wurden, auf dem Laufenden erhalten. Ich hatte einen vortrefflichen Anhalt und erhielt auf diese Weise Nachricht von den Dingen, die für unsere Politik und unsere Mobilisation von höchster Wichtigkeit waren. Ich war es, der das Vorhandensein eines geheimen, zwischen Deutschland und Belgien für gewisse Eventualitäten geschlossenen Vertrages, dessen wichtigste und gefährlichste Folge die Anlage der belgischen Maasbefestigung war, zuerst signalisierte. Ich bin es gewesen, der, nachdem ich meine Ermittelungen in allen Punkten als zutreffend erkannt, sie zum Gegenstande einer Veröffentlichung gemacht habe, die Sensation in der diplomatischen Welt hervorrief. Ich bin es gewesen, der diese diplomatischen Arbeiten zu einer rapiden Mobilisation der deutschen Truppen an der Ostgrenze Belgiens aufgedeckt hat. Ich habe den strategischen Wert der in der Gegend von Eupen nach Montjoie gebauten, nach Luxemburg abgehenden Zweiglinien nachgewiesen. Es gab keine Projekte und keine Vorbereitungen in Deutschland, die ich nicht gekannt und studiert habe, ein Studium, das ich nach dem Rücktritt des Generals Boulangers fortgesetzt habe; denn der Dienst, den ich beauftragt wurde einzurichten, war vollständig im Gange und er würde noch jetzt funktionieren, wenn Spuller nicht am Quai d'Orsay (Auswärtiges Amt) an's Ruder gekommen wäre." Ferner erzählt Foucault, daß er die berühmt gewordenen bulgarischen Dokumente, deren vielbestrittene

Echtheit aufrecht erhält, mit Geld erworben habe, welches Boulanger ihm zur Verfügung gestellt.

Im Juli und August des Jahres 1889 wurde in dem boulangistischen Blatte „Petit National“ und in der „Nouvelle Revue“ der Madame Adam eine Reihe diplomatischer Aktenstücke eröffnet, die wiederum Aufsehen machten. Als Herausgeber der Dokumente nannte sich ziemlich ungeniert Alexander de Mondion, auf den eben erst vorher die öffentliche Aufmerksamkeit dadurch gelenkt worden war, daß Boulanger auf den Vorwurf, Summen aus dem Geheimfonds des französischen Kriegsministeriums unterschlagen zu haben, jene Quittung veröffentlichte, in welcher „Alexander de Mondion“ den Empfang einer erheblichen Summe für in Deutschland geleistete Spionagedienste bekannte. Mehr als durch seine oben erwähnten romanhaft erfundenen Selbstbekenntnisse einer verkommenen Seele ward das allgemeine Interesse in Anspruch genommen durch die von Foucault de Mondion veröffentlichten Belgischen Aktenstücke. Mochten einige derselben auch den Eindruck mehr oder weniger geschickter Fälschungen machen, andere waren zweifellos echt, so echt, daß ihre Echtheit nicht abgeleugnet werden konnte, und daß die belgische Regierung sich schließlich zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung herbeilassen mußte. Diese gestohlenen Dokumente betrafen nämlich in der Hauptsache belgische Angelegenheiten. Da war z. B. der Bericht eines deutschen Militärbevollmächtigten in Brüssel über die Maasbefestigungen; der Bericht enthielt den Inhalt

einer Unterredung zwischen dem Militärbevollmächtigten und einem belgischen Minister. Da war ferner ein Ende Juli 1888 abgefaßter Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg an den belgischen Minister des Auswärtigen, Fürsten von Chimay, und ein vom Fürsten Bismarck an Herrn von Giers gerichteter, in jenem Bericht erwähnter Brief. Beide Aktenstücke paßten vollkommen zur damaligen Sachlage und machten um so mehr den Eindruck vollkommener Echtheit, als sie keinerlei chauvinistischen Tendenzen Vorschub leisteten, vielmehr den Beweis erbrachten, daß ein in der französischen Einbildung existierender geheimer Vertrag zwischen Deutschland und Belgien nie vorhanden war. Der Dieb hatte diese ihm eigentlich wider den Strich gehenden Dokumente offenbar nur veröffentlicht, weil er seinen Raub nicht unverwertet lassen wollte.

Als man sich noch den Kopf darüber zerbrach, wie Foucault-Mondion in den Besitz der Aktenstücke gekommen war, wurde plötzlich die Thatsache bekannt, daß dieser dunkle Ehrenmann volle zehn Jahre lang Erzieher der Kinder des belgischen Ministers des Auswärtigen, Prinzen de Caraman-Chimay gewesen sei und dessen ganzes Vertrauen besessen habe. Diese Enthüllung rief den Verdacht wach, daß de Mondion, den man bisher nur für den Verarbeiter der Dokumente gehalten hatte, auch der Dieb selbst sei. Es wurde weiter festgestellt, daß Foucault, als er 1876 seine Stellung im Hause des Prinzen Chimay aufgab, nach London ging. Was

er dort getrieben, weiß man nicht. Beinahe zehn Jahre später tauchte Foucault, der sich inzwischen den Namen „de Mondion“ zugelegt hatte, wieder in Brüssel auf und appellirte in tiefstem Elend an die Wohlthätigkeit des Prinzen Chimay, der ihn dem ministeriellen „Journal de Bruxelles“ empfahl. Der Chefredakteur dieses Blattes, Herr de Haulleville, schickte Mondion als Korrespondenten nach Berlin und gab ihm Empfehlungsbriefe an den bekannten Ultramontanen Dr. Majunke und eine Frau Baronin von Zedlitz, geb. von Nothomb, mit. Herr Mondion ward darin „ein ausgezeichneter Mann“ genannt.

Nachdem Mondion aus Berlin mit Hinterlassung nicht unbedeutender Schulden sich ziemlich plötzlich nach Brüssel zurückbegeben hatte, ward er dort in hohen Cirkeln eingeführt, so daß er sich späterhin rühmen konnte, in leitenden Kreisen Belgiens zahlreiche Freunde zu haben. Endlich verließ er Brüssel, ging nach Paris und veröffentlichte dort eine Menge diplomatischer Aktenstücke, die er in der belgischen Hauptstadt gestohlen.

Die Disharmonie, die der französische Gauner in der That zwischen dem Zaren und dem Berliner Hof zustande gebracht, löste sich wie bemerkt beim Besuche des ersteren in Berlin durch die Aufdeckung der Fälschung der bulgarischen Aktenstücke in die schönste Harmonie auf. Jedenfalls ist es Thatsache, daß noch zur Zeit der letzten Begegnung des Zaren mit dem Fürsten Bismarck in Berlin im Oktober 1889 die Beziehungen zwischen den beiden so gute waren, wie nur irgend zu

wünschen stand. Die große Summe persönlichen Vertrauens, deren Fürst Bismarck bei Alexander II. genoß, läßt sich allerdings nicht ohne Weiteres vererben und übertragen.

Als unmittelbar nach den Besprechungen des deutschen Kaisers mit dem Prinzen von Wales und dem Marquis von Salisbury auf der zweiten Reise nach England im August 1890 und nach den Ordensauszeichnungen des Reichskanzlers von Caprivi und des deutschen Botschafters in London, Graf von Hatzfeldt, Kaiser Wilhelm II. wieder den Zaren aufsuchte, da hätte er „ein Gott sein können, ohne darum in Rußland noch etwas anderes zu erzielen, als höfliche persönliche Gastfreundschaft und kühle politische Ablehnung."

Bismarck's Sturz ist im letzten Grunde auf den Widerspruch zurückzuführen, den er der zweiten Kaiserreise nach Rußland entgegensetzte. Er hatte davor gewarnt, das hochmütige Russentum zu verwöhnen. Der Erfolg zeigte, wie richtig der Fürst geurteilt hatte, die Aufnahme entsprach den Erwartungen nicht. Die Truppenschau war eine nichtssagende Parade, und verstimmt und unbefriedigt kehrten die preußischen Herrschaften nach Berlin zurück. Ein neuer feierlicher Besuch in England sollte nun die Scharte wieder auswetzen. England, das seinen Vorteil versteht, versäumte nicht, die deutschen Gäste mit unerhörtem Jubel, mit nie dagewesener Pracht zu empfangen. Vertiefte man doch so den Gegensatz zwischen Berlin und Petersburg und gewann eine Deckung gegen den Moskowiter, der Englands ver-

haßtester Rivale ist. Die Antwort auf diesen demonstrativen Empfang blieb nicht aus. Die französische Flotte erschien in Kronstadt. Der Zar hörte stehend die Marseillaise an, Bruderküsse wurden ausgetauscht, anzügliche Reden in Menge gehalten.

Die Art, wie der deutsch-englische Vertrag von 1890 und die zweite Reise des Kaisers nach England in Deutschland glorifiziert wurden, hat in Petersburg, die unglückliche Mission der Kaiserin Friedrich nach Paris dort in den Gemütern den Gedanken eines französisch-russischen Bündnisses zur vollen Reife gebracht.

In seiner ersten Thronrede, in der vom 25. Juni 1888, gedachte Kaiser Wilhelm II. zwar der Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Italien mit großer Wärme, erwähnte auch der persönlichen Freundschaft des Herrschers zu dem Zaren, schwieg dagegen von England absolut. Es ist später behauptet worden, daß dieses Schweigen auf einen persönlichen Befehl des Kaisers zurückzuführen sei. Es lag dem ein Familienzwist zu Grunde, während die Beziehungen der beiderseitigen Regierungen nichts zu wünschen übrig ließen, wie das später Lord Salisbury — nach der Entlassung Bismarck's gegenüber verläumderischen Behauptungen der „Kreuz-Ztg." — mit den Worten bekräftigte: „Ich stelle in absoluter Weise in Abrede, daß irgend eine Entfremdung in den Beziehungen zwischen England und Deutschland, als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg, geherrscht hat." Im Jahre darauf machte der deutsche Kaiser den Ver-

söhnungsversuch in Osborne. Aber erst nach der Entlassung Bismarck's zeichnete sich die deutsch-englische Intimität mit einer Schärfe am politischen Horizont ab, die in Petersburg und Paris überaus schnell den Gedanken an das Gegengewicht aufkommen ließ, das Herr von Caprivi in Osnabrück glaubte, als ein Gleichgewicht bezeichnen zu dürfen.

Der Zar hat seitdem Berlin nicht wieder besucht, und die russische Ambassade dort ist, wenn auch ohne Kriegserklärung, „Feindes Land“ geworden, wo nur noch die Höflichkeit und das Völkerrecht den Zusammenhang mit dem preußischen Hofe unterhält. Es hat einmal einen Zeitraum gegeben, in welchem in der Hauptstadt eine russische und eine englische Partei sich wie die Montechi und die Capuletti gegenüber standen und einander bekämpften. Das war zur Zeit des Krimkrieges. Damals ließ der westmächtlich gesinnte Polizeipräsident von Hinckeldey wiederholentlich die russenfreundliche „Kreuz-Ztg.“ konfiszieren, weil diese die mit Preußen befreundeten Westmächte beschimpfte, so daß Herr von Gerlach sich über diese Maßregeln und über die Verkümmerung der Preßfreiheit in der zweiten Kammer beklagte. Preußen suchte es zu jener Zeit bekanntlich zugleich mit Rußland und mit den Westmächten zu halten, aber in der Berliner Gesellschaft trennten sich die Russenfreunde und ihre Gegner sehr scharf. Königin Elisabeth und die Prinzessin Wilhelmine waren Antipoden in dieser politischen Frage. Wir haben darüber interessante Aufschlüsse in den Memoiren der Lady Bloomfield er-

halten, deren Gatte als Botschafter Englands in jener aufgeregten Zeit in Berlin war. Prinz Wilhelm (später Kaiser Wilhelm I.) und seine Gemahlin residierten in Koblenz wie in einer Art Verbannung, kamen aber gelegentlich nach Berlin. Bei einer solchen Gelegenheit sagte einmal die Prinzessin Augusta (spätere Kaiserin): „Wir sehen uns so selten, liebe Lady Bloomfield, aber Sie kennen alle meine Gefühle und werden sie verstehen.“ Die Lady erwiderte, daß es bei der peinlichen und schwierigen Stellung ihres Mannes in Berlin diesem und ihr ein großer Trost sei, zu wissen, daß sie eine so gütige und treue Freundin, wie Ihre Königliche Hoheit besäßen, daß doch wenigstens eine Persönlichkeit England verstehe. Prinzessin Augusta antwortete: „Sagen Sie nicht eine Person, sondern lieber zwei, denn, seien Sie überzeugt, daß mein Gatte alle meine Empfindungen für Sie und England teilt.“ In dieser Weise übertrug sich der politische Gegensatz auf die Berliner Gesellschaft.

Es ist bekannt, wie heftig sich derselbe Gegensatz in Berlin kund gab, als der Kronprinz Friedrich Wilhelm seine Gattin von jenseit des Kanals von dem in Deutschland vielfach unbeliebten englischen Hofe holte. Die russische Gesellschaft von 1854 hat sich heute in eine antirussische umgewandelt, deren Organ wiederum die „N. Pr. Z.“ ist. Sie macht im Haß gegen Rußland gemeinsame Sache mit der englischen Gesellschaft, wenn sie auch von derselben sich einmal (1889) mit den Worten abwendete: „In ihrer servilen

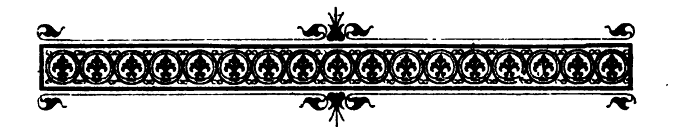
Vergötterung alles Englischen, hat die freisinnige Presse natürlich von Anfang an auch für Sir Robert Morier blind Partei genommen. Die groben Ausfälle der englischen Blätter gegen Deutschland und alles Deutsche lassen dieselbe nicht nur vollständig kühl, diese Ausfälle werden sogar triumphierend mitgeteilt, gerade wie man es zu Mackenzie's Zeiten machte; man ist auf die Fußtritte förmlich stolz, die man von jenseits des Kanals erhält. Unter diesen Umständen ist es in der That nicht zu verwundern, daß Blätter, wie „Times", „Daily-News" u. s. w. sich so wegwerfend und verächtlich äußern, was sie immer thun, wenn sich zwischen uns und ihnen ein Konflikt erhebt. Für dieses bedientenhafte Preisgeben der eigenen Sache giebt es auswärts noch kein Vorbild, wenn Gladstone auch drauf und dran ist, den alten Nationalstolz der Briten zu ruinieren, wie alles andere, was unter seine Finger kommt."

Dem russischen Botschafter wurde am 23. Febr. 1889 zum ersten Male die Ehre zu Teil, Kaiser Wilhelm II. und seine erlauchte Gemahlin als Gäste bei sich zu sehen. Die Festräume der Botschaft im ersten Stocke erstrahlten im Glanze von 1600 Lichtkerzen. Der Rococosaal, in welchem die Tafel hergerichtet war, war in einen wahren Palmengarten umgewandelt. Die Tafel war zu 37 Gedecken hergerichtet. An der breiten Marmortreppe erwartete der russische Botschafter Graf Paul Schuwaloff mit den Herren der Botschaft das Eintreffen des Kaiserpaares. Der Botschafter trug die Galauniform eines

russischen kommandierenden Generals mit den Abzeichen eines Generaladjutanten des Zaren, während die Gräfin Schuwaloff der Kaiserin entgegenging und, sich tief verneigend, die dargebotene Hand der Kaiserin küßte. Der Botschafter reichte der Kaiserin den Arm und führte dieselbe die Treppe hinauf, wobei sich die Kaiserin über das herrliche Treppenbild, eine Landschaft aus der Krim darstellend, sichtlich freute. Der Kaiser trug die Uniform seines russischen Regiments mit dem breiten Bande des Andreasordens und reichte nach herzlicher Begrüßung der Gräfin Schuwaloff den Arm, sie nach dem blauen Salon geleitend, wo die Allerhöchsten Herrschaften erwartet wurden. An der Fensterseite hatte in der Mitte der Kaiser seinen Platz zwischen der Frau Gräfin Schuwaloff zur Rechten und der Frau Gräfin Waldersee zur Linken, gegenüber saß die Kaiserin zwischen dem Grafen Paul Schuwaloff zur Rechten und dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg zur Linken; es folgten dann der Herzog Ernst Günther, Frau Gräfin Brockdorff, Graf von Waldersee u. s. w.

Zwei Jahre später gab es wiederum Kaiserbesuch in der russischen Botschaft. Das elektrische Licht versagte dabei seinen Dienst. Tiefe Dunkelheit überraschte die Gäste. Ein böses Omen.





Aus der haute finance.

Die oberen Zehntausend nennt man gern die durch äußeres Ansehen und größeres Vermögen sich von der übrigen Bevölkerung abhebenden Bevorzugten. Unter ihnen machen sich in Berlin die durch rasch und leicht erworbenen Reichtum Begünstigten besonders bemerkbar durch Werke des Wohlthuns, in der Mehrzahl aber durch prunkvolles und verschwenderisches Auftreten. Wie herausfordernd dies wirkt, ergiebt sich daraus, daß ein Dichter die protzenhafte und üppige, auch alle Schranken der guten Gesellschaft mißachtende Treiben an das Licht der Lampen zu ziehen, sich veranlaßt gefunden hat. Dem Stück hat er den bezeichnenden Titel: „Sodoms Ende“ gegeben und er hat die Anerkennung geerntet, daß er darin Scenen aus der Wirklichkeit gezeigt hat, daß in der That das Leben, welches gewisse „im Gold schwimmende“ Kreise in Berlin führen, ein als ein modernes Sodom zu bezeichnendes Bild abgiebt.

„Der Herr Kommerzienrat mit seinem Anhang und die Frau Kommerzienrätin mit ihrem Anhang und ihren freien Anschauungen, welche dem Wort: „Nach Wahrheit strebt der Mann, das Weib nach Sitte", offen Hohn sprechen, spielen darin die führende Rolle.

Als ein Kapitel in diesem modernen Sodom war der Prozeß Manché zu bezeichnen, in dem die Wege, auf denen derartige Millionäre die Dekoration ihres Reichtums durch den Kommerzienratstitel erstreben, so grell beleuchtet wurden. Den Anlaß zur Aufdeckung der Angelegenheit bildete ja die bezeichnende Thatsache, daß der Kandidat für den Kommerzienrattitel die Million, welche er an der Börse gewonnen, inzwischen wieder verloren hatte und daß nun die unter besseren Verhältnissen gern dargebotene reiche Spende an die Vermittler, in den inzwischen hereingebrochenen mageren Jahren für ihn einen sehr schätzbaren Wert gewann.

Zu den angesehensten Personen der sogenannten Berliner Finanzaristokratie gehörte seither der Kommerzienrat Anton Wolff, gegenwärtig alleiniger Inhaber der Firma Hirschfeld u. Wolff. Dafür spricht schon, daß er Ehrenpräsident der „Ressource von 1794," des Sammelpunktes der Millionäre und sogar Mitglied des Kommissariats der Berliner Fondsbörse war. Umgekehrt wirkten die ihm damit gewordenen Ehrenbeweise mit zur Erhöhung seines geschäftlichen Kredits. Derselbe war bereits ein großer; war doch schon der Vater Wolff's ein sehr

reicher Mann gewesen, der allerdings sein Vermögen nicht angestrengter kaufmännischer Thätigkeit, sondern überwiegend durch die Gunst des Spiels — er hatte zweimal den höchsten Gewinn in auswärtigen Prämienanleihen eingeheimst — erlangt hatte.

Auch der Teilhaber des Vaters, Kommerzienrat Hirschfeld, hatte außer seinem Anteil an dem Vermögen der Firma ein großes persönliches Vermögen. Das gestattete seinem Sohn James Hirschfeld, sich geradezu zu einem „Musterexemplar" der Liederlichkeit und der sittlichen Verlumptheit herauszubilden. Er wurde schließlich unter Vormundschaft gestellt und hätte sicherlich zu den verachtetsten Figuren des Berliner Straßenmobs gehört, wenn er eben nicht — immer noch einiges Geld übrig gehabt hätte.

Den Spuren des Herrn James Hirschfeld ist Herr Kommerzienrat Anton Wolff gefolgt, aber auch nur den Spuren. Wie hätte er auch sonst seine hohen Stellungen in der „Gesellschaft von Berlin" erhalten können?

Er machte das ihm hinterlassene Vermögen klein, ohne die Aufmerksamkeit von außen her in unliebsamer Weise auf sich zu ziehen.

Hinter verschlossenen Thüren, in vornehmen Klubs, bei den Vergnügungen der Sportswelt, am mitternächtlichen Spieltisch huldigte er seinen Leidenschaften. Als bezeichnender Zug für sein vornehmes Auftreten wird erzählt, daß einstmals beim Spiel ihm „einiges Geld" unter den Tisch gefallen sei. Ein Dabeistehender machte ihn darauf aufmerksam. „Herr

Kommerzienrat, da unten liegen zwei Tausendmarkscheine!" — „Ach Gott, lassen Sie sie liegen!"

Der Verhängung der Vormundschaft entging der Lebemann mit Sicherheit, denn als das Geld und Gut des Vaters in die Brüche gegangen, da lebte der Vielgewandte einfach von den ihm anvertrauten Geldern der Kunden seines Bankgeschäfts, also, um uns der Worte des Strafgesetzes zu bedienen, von der Untreue, der Unterschlagung und dem Betruge. Er hat „nicht schlecht" davon gelebt. Nebenher ging er gründen. Wahrscheinlich ist auch bei jeder Gründung „ordentlich etwas kleben geblieben". Aber der Herr Kommerzienrat ließ sich auch dann immer in den Aufsichtsrat der von ihm gegründeten und sonstiger anderer Aktiengesellschaften wählen. Selbstverständlich war es dann, daß auch die flüssigen Gelder dieser Aktiengesellschaften bei dem Herrn Kommerzienrat, nämlich bei der Firma Hirschfeld u. Wolff hinterlegt wurden.

Der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht. Im November v. J. ist der Zusammenbruch der Firma Hirschfeld u. Wolff erfolgt. Es wollte jemand ein bei dem Bankhause hinterlegtes Depot zurück haben. Es war nicht da. Es wurde Skandal geschlagen. Die Freunde und Bekannten aus den Millionenkreisen versammelten sich zur Beratung darüber, ob die unliebsame Zahlungseinstellung vermieden werden könne. Aber der Liebe Mühe scheiterte an dem enormen Betrag der vorhandenen Zahlungsverpflichtungen. Sie stellten sich auf ungefähr

8 Millionen Mark. Da das Geld nicht auf geschäftlichem Wege, sondern überwiegend für die Genußzwecke des Herrn Kommerzienrats und seiner Familienmitglieder verwandt worden ist, so ist auch die Börse von dem Zusammenbruch nicht direkt berührt. Aber beraubt, geplündert, bestohlen sind alle die großen und kleinen Leute, welche außerhalb der Börse dem Herrn Kommerzienrat und der alten bewährten Firma Vertrauen geschenkt. Einige dieser Vertrauensvollen werden überhaupt alles verloren haben, was sie besaßen.

Zu 8 Millionen gehören wahrscheinlich eine recht große Anzahl von Vermögensinhabern. Die vorhandenen Wertstücke sollen kaum in Betracht kommen. Man kann hier wohl von einer förmlichen Verheerung sprechen, und geschädigt, ganz unübersehbar geschädigt ist das allgemeine geschäftliche Vertrauen, ja sogar die wirtschaftliche Sicherheit überhaupt.

Wir denken nicht daran, uns in dieser dunkeln Region, wie sie damals die „Kath. V.“ schilderte, weiter aufzuhalten und die anderen skandalösen Krachs aus jenen Tagen zu erwähnen. Zu derselben Zeit spielte vor dem Berliner Gericht ein recht sensationeller Prozeß. Vor einiger Zeit erschien eine antisemitische Broschüre des ehemaligen Berliner Rektors Ahlwardt, worin behauptet wurde, der Geheime Hofrath Manché, der beinahe vierzig Jahre beim alten Kaiser Wilhelm diente und dessen großes Vertrauen genoß, habe sich in seiner Stellung als Bureauchef im Civilkabinet des verstorbenen greisen Herrschers in schnödester

Weise von solchen Leuten bestechen lassen, welche Orden, Titel und Auszeichnungen erlangen wollten.

Die im Oktober verhandelte Anklage bezog sich auf einen besonders markanten Fall. Ein reicher Berliner Fabrikant Thomas wollte Kommerzienrat werden. Er gab dafür 5000 Mark Kommissionsgebühr an einen Unterhändler Aron Meier, welcher als Komplize Manché's heute auch auf der Anklagebank saß. Ferner zahlte Thomas 30,000 Mark für „wohlthätige Stiftungen" an Manché. Als trotzdem keine kaiserliche Auszeichnung erfolgte, forderte Thomas energisch sein Geld zurück und bekam dasselbe auch in zwei Raten von Manché wieder.

Aus den Zeugenaussagen gewann der Gerichtschef die Ueberzeugung, daß beide Angeklagte, der Hofrat Manché und dessen Vertrauter Aron Meier sich „einer Unterschlagung" schuldig machten.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Manché drei Jahre und gegen Meier sechs Monate Gefängnis, Das Gericht verurteilte dagegen Manché zu neun Monaten, Meier zu vier Monaten Gefängnis. Beide Verurteitte behaupteten, der Ansicht gewesen zu sein, daß jene, von Thomas erlegten Summen für wohlthätige Spenden der verstorbenen Kaiserin Augusta zur Verfügung gestellt werden sollten. Der mehr als sechszigjährige Herr Manché hat sich bereits vor längerer Zeit, als der Skandal leise begann, pensioniren lassen.

In den Zeugenaussagen wurde ferner gesagt, daß Ahlwardt, der die ganze Sache mit seiner

Broschüre aufrührte, selbst 2000 Mark Kommissionsgebühr für sich beansprucht hätte, weil er seinerzeit den millionenreichen Thomas zu Meier-Manché heranschleppte.

Verschiedene sehr bekannte Industrielle, welche als Zeugen über den Erwerb ihres Kommerzienrat-Titels aussagen sollten, zogen es vor, nicht persönlich vor Gericht zu erscheinen und sich lieber wegen ihres Ausbleibens in eine Geldstrafe nehmen zu lassen.

Herr Ahlwardt, der während der Prozeßverhandlungen auf einem antisemitischen Redefeldzug in Baden weilte, hat bei seiner Rückkunft nach Berlin alsbald auf's schärffste bestritten, daß er bei dem obigen Titelhandel für seine Person Geld beansprucht oder erworben habe. Da der Prozeß voraussichtlich noch eine weitere Instanz durchlaufen und von neuem verhandelt werden wird, so werden noch mancherlei Richtigstellungen und Entschleierungen erwartet.

In dem Sensationsprozeß nannte einer der Zeugen, ein Agent für Geldsachen und alles Mögliche, namens Louis Cohen, auch den früheren Finanzminister Bitter als einen Mann, der, nachdem er aus dem Amt geschieden war, sich mit der Vermittelung von Titeln und Orden befaßte. Bitter sei stark verschuldet und hart von Wucherern gepreßt gewesen. Jener Agent Cohen habe für ihn gegen die Wucherer gekämpft und Titelsuchende herangeschleppt, welche für „mildthätige Stiftungen“ größere Summen zu opfern geneigt waren. Nach den Andeutungen des Zeugen — vorausgesetzt, daß die Preßberichte korrekt sind —

wäre bei den Titelvermittelungen einiges Geld dann auch wohlthätigerweise in der Hand Bitters kleben geblieben. Zur Ehrenrettung des verstorbenen Exministers Bitter wird nun von anderer Seite geltend gemacht, erstens, daß es leicht sei, einen Toten durch halbe Andeutungen zu verleumden, daß Bitter notorisch ebenso arm aus seinem Amte herausging, wie er hineinkam. Unter Bitters Regime sei aber gerade zum großen Teil die nach Milliarden von Wert zählende große Eisenbahn-Verstaatlichung in Preußen vor sich gegangen, wo es für den Finanzminister ein Leichtes gewesen wäre, durch seine Kenntnis der Sachen an der Börse in aller Stille durch die Kursänderungen der Bahnpapiere ein glänzendes Vermögen zusammenzuraffen. Obgleich Bitter zu jener Zeit schon im Vermögensverfall, geschah dies nicht, und das spricht allerdings viel gewichtiger für seine Ehrlichkeit, als die jetzt gegen ihn erhobenen Beschuldigungen wegen Titel- und Ordensschacher.

Nach zwei sehr verschiedenen Seiten hin beschäftigte die haute finance in der letzten Zeit die öffentliche Meinung — auf der einen Seite die Depot-Diebstähle, auf der anderen der Landesverrat durch die Beteiligung an der russischen Anleihe für Eisenbahnbauten und öffentliche Arbeiten. Im September 1891 wurde der Vertrag unterzeichnet, nach welchem die Emission durch die aus circa 20 Bankinstituten bestehende Gruppe des crédit foncier in Paris erfolgen sollte. Dabei beteiligt waren aus Deutschland die Bankhäuser Mendelsohn und Warschauer in

Berlin. Darüber entstand großer Lärm in Deutschland. Die in Börsenkreisen verbreitete Nachricht, daß die deutsche Regierung zur Auflegung der Anleihe in Berlin ihre Zustimmung gegeben oder gar einen diesbezüglichen Wunsch ausgesprochen habe, war allerdings unbegründet. Richtig war lediglich die Thatsache, daß einem Berliner Bankhause, welches sich vertraulich beim Auswärtigen Amte über die Stellung der Regierung zu der projektirten Anleihe erkundigte, die Antwort erteilt wurde, die gegenwärtige politische Lage biete keinen Anlaß, um regierungsseitig in irgend einer Form nach der einen oder anderen Richtung hin in die Angelegenheit einzugreifen. Diese Antwort entsprang der Auffassung, daß für die Regierung vom Standpunkte der auswärtigen Politik kein Bedürfnis besteht, zu ausländischen Anleihen jedesmal bestimmt Stellung für oder gegen die Beteiligung der deutschen Kapitalisten zu nehmen, die letzteren vielmehr selbst in der Lage sein müßten, die in Betracht kommenden Verhältnisse zu überschauen und danach zu handeln. Die „Kreuzzeitung“ bemerkte triumphirend: „Herr Mendelsohn, an den von Petersburg aus die Aufforderung herantrat, die Anleihe in Berlin auszulegen, muß offenbar doch ein Gefühl dafür gehabt haben, daß es ein wenig sauberes Geschäft sei, in das er sich zu vertiefen im Begriff war. In der Suche nach moralischer Deckung begab er sich zum preußischen Finanzminister und erhielt von diesem, wie uns erzählt wird, den Bescheid, daß die Frage eine politische sei, vom Standpunkte des

Finanzministeriums betrachtet, könne die Heranziehung deutschen Kapitals für russische Zwecke natürlich nicht erwünscht sein. Herr Mendelsohn hat darauf das Auswärtige Amt bestürmt, auch schließlich, wie wir hören, Zutritt beim Reichskanzler Caprivi gefunden, der ihm auf seine Anfrage, wie verlautet, den Bescheid gab, er möge thun, was er nicht lassen könne, die Reichsregierung werde sich neutral verhalten.

„Wir wollen über diesen Bescheid nicht rechten. Bei den bekannten Beziehungen der Firmen Mendelsohn und Warschauer zum russischen Finanzministerium hätte eine andere Antwort vielleicht die Folge gehabt, daß sich in russischen Regierungskreisen die Ansicht verbreitete, die Reichsregierung habe die Beteiligung an der Anleihe verboten. Es mögen Gründe vorgelegen haben, die es nicht wünschenswert erscheinen ließen, daß eine solche Vorstellung Platz griff. Der russische Finanzminister freilich ist bei Erlaß des Ausfuhrverbotes weniger rücksichtsvoll gewesen! Auch mag der Reichskanzler Herrn Mendelsohn für weniger harthörig gehalten haben, als er es offenbar ist.

„Der in seinen Gedanken von dem großen Geschäft gefangene Bankier hörte aus den Worten ein „ja“ heraus und zog daraus den Schluß, daß er auf den Namen des Reichskanzlers sein Geschäft zur Ausführung bringen könne. Nun wäre es unserer Meinung nach viel richtiger gewesen, wenn Herr Mendelsohn überhaupt nicht empfangen worden wäre — es ist diesen Herren nur zuträglich, wenn sie dazwischen auch verschlossene Thüren finden — nimmer-

mehr aber geben wir zu, daß aus der kühlen Antwort die Schlüsse folgten, die an der Börse auf Antrieb des Herrn Mendelsohn oder seiner Hintermänner daraus gezogen worden sind. Ein Trost bleibt uns, und der liegt darin, daß unsere gesammte Presse das Vorgehen der Herren Mendelsohn und Warschauer mit aller Entschiedenheit verurteilt hat. Deutschland weiß, was es von Rußland zu erwarten hat, und wird die Jagd nach russischen Rubeln nicht mitmachen."

In der That, voll Erregung diskutierte die gesammte deutsche und insbesondere die Berliner Presse die Nachricht, daß die neue russische Anleihe auch an dem Berliner Platze zur Auflegung gelangen solle. Bemerkenswerter Weise spielten in den bezüglichen Preßerörterungrn wirtschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte nur eine untergeordnete Rolle; desto eifriger wurde die politische Seite der Angelegenheit besprochen, indem die Blätter es gewissermaßen als Vaterlandsverrat qualifizierten, daß ein Paar Berliner Bankinstitute die Einführung der russischen Anleihe in der Reichshauptstadt übernommen hatten. Anstatt Alles aufzubieten, was zur Beruhigung der nachgerade genug geängstigten Kreise des heimischen Erwerbslebens beitragen konnte, gefiel sich ein großer Teil der hauptstädtischen Presse — und nicht zum wenigsten gerade der, welcher selbst für die bedenklichsten exotischen Papiere und zweifelhaftesten heimischen Gründungen die zarteste Nachsicht zu üben pflegt — in einer an die Pariser Boulevardblätter gemahnen-

den wilden Sprache, als lebten wir nicht in amtlich durchweg befriedigenden Beziehungen zu Rußland, sondern als stände der Krieg vor der Thür.

Die finanzielle Lage Rußlands ist, abgesehen von der vorjährigen Mißernte, eine gute und prosperierende, sie hat den Staat bisher noch nicht ein einziges Mal im Stiche gelassen, wo es sich darum handelte, seinen Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber nachzukommen.

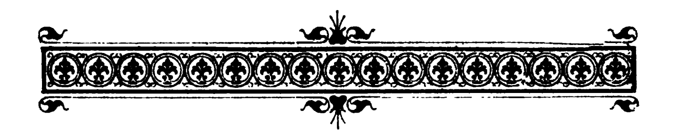
Was die politische Seite der Angelegenheit betrifft, so ist schon seit den Kronstädter Kundgebungen in der Presse hüben und drüben allerdings eine merklich verschärfte Sprache geführt worden. Ginge es nach den Geistern, die im Gebiete des Zeitungspapieres und der Druckerschwärze den Ton angeben, so würde es um unsere internationalen Beziehungen in der That übel bestellt sein. Zum Glück holen sich die Regierungen ihre Direktiven noch nicht aus der Fülle der „minder haltbaren Tagesleistungen" einzelner Journalisten, sie regeln ihre Beziehungen auf anderer Basis, als in den Kreisen des Preßdilettantentums geglaubt zu werden pflegt. Gerade in der Thatsache, daß eine Anleihe Rußlands in Berlin zur Zeichnung aufgelegt wurde, lag ein beruhigendes Symptom, dessen Tragweite Niemandem entgehen konnte, der weiß, das in der Politik nicht wechselnde Stimmungen und Verstimmungen, sondern dauernde Interessen das regulierende Moment bilden. Man könnte in der Einführung der russischen Anleihe am Berliner Platze das Spiegelbild einer Entwickelung

begrüßen, deren friedensgünstige Tendenz auf der Hand lag.

Herr von Wyschnegradski ist ein zu gewiegter Financier und Politiker, als daß er nicht längst erkannt haben sollte, daß Rußlands Interesse es erheischt, für eine Anleihe, die in mehreren europäischen Hauptplätzen zur Auflegung gelangt, sich auch den Berliner Platz zu sichern. In diesem Umstande liegt einerseits das Zugeständnis, daß es nicht nur für die russischen Finanzen, sondern auch für andere Dinge ratsam und wünschenswert erscheint, nicht ausschließlich auf Paris oder London angewiesen zu sein. Demgemäß hat Herr von Wyschnegradski keine Neigung gezeigt, nm des Pariser Platzes willen, der, so lange der Chauvinismus an der Seine regiert, den Russen sicher sein mag, die alten überlieferten Beziehungen zum deutschen Markt zu opfern.

So raisonnirt man in Friedrichsruh.





Das rote Schloß.

Kurz vor dem städtischen Anerbieten des Monumentalbrunnens im Jahre 1888 hatte die „Nordd. Allg. Ztg.“ diesen Gedanken als einen hochpatriotischen gefeiert. Dieses Blatt schrieb unmittelbar vor der Rückkehr des Kaisers von seiner damaligen großen Reise durch Deutschland, Oesterreich, Italien:

„Mit jedem Tage tritt die hohe Bedeutung, welche dem Besuche unseres Kaisers in den Hauptplätzen des europäischen Lebens innewohnt, in vollere Erscheinung und prägt sich in allen den Kundgebungen aus, mit welchen unser Herrscher von Fürsten und Völkern begrüßt wird. Es ist selbstverständlich, daß bei uns im Heimatlande alle die Huldigungen, die unserem Kaiser in der Fremde dargebracht werden, den mächtigsten Wiederhall finden; als hocherfreuliches Zeichen der in ganz Deutschland emporflammenden patriotischen Begeisterung begrüßen wir einen Antrag des Berliner Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung, welche eine großartige Huldigung der

Hauptstadt des deutschen Reiches für ihren aus der Fremde heimkehrenden Kaiser vorbereitet."

Der Antrag lautete:

„Im Laufe dieses Monats wird Se. Majestät der Kaiser und König von den Besuchen, welche Allerhöchstderselbe den befreundeten Souveränen gemacht hat, heimkehren. Fester sind durch diese Besuche die Bande geschlungen, welche die den Frieden schützenden Mächte verbinden. Verständnißvoll haben die Völker die Bedeutung dieser Reise erkannt. Jubelnd haben sie diesseits und jenseits der Alpen unseren Kaiser begrüßt. Dem heimkehrenden Herrscher unsere Freude über diese Erfolge auszudrücken, wird den Stadtverordneten wie uns ein Herzensbedürfnis sein. Mit solcher Begrüßung beabsichtigen wir die Darbringung eines Huldigungsgeschenkes zu verbinden. Bei der Wahl desselben war für uns ein Wunsch Se. Majestät des Kaisers maßgebend, der dahin geht, den monumentalen Brunnen, für welchen der Professor Reinhold Begas im Auftrage des Staates das Modell gefertigt hat, zur Ausführung gebracht zu sehen. Mit Rücksicht auf diesen allerhöchsten Wunsch und, da der Staat bereit ist, jenes Modell der Stadt zur Ausführung zu überlassen, beantragen wir, zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ist damit einverstanden, Se. Majestät dem Kaiser und König nach der Rückkehr durch eine Deputation in der zu überreichenden Adresse die Bereitwilligkeit der Stadt auszusprechen, einen monumentalen Brunnen

nach dem von dem Professor Begas entworfenen Modell zu errichten und zu unterhalten.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkte dazu:

„Jubelnder Zustimmung der Bevölkerung Berlins kann dieser ebenso vom wärmsten Patriotismus als verständnißvoller Kunstliebe zeugende Beschluß der Vertreter unseres Gemeinwesens, das sich mit Stolz das Herz Deutschlands nennt, sicher sein.“

Man weiß, wie wenig diesen begeisterten Worten des offiziösen Organs und ganz Berlins der Empfang der Deputation entsprach.

Auf große Dinge schien ein Artikel der demokratischen „Berliner Zeitung“ vorzubereiten:

Es wurde in demselben gesagt:

„Von verschiedenen Seiten werden in offenbar tendenziöser Absicht Gerüchte verbreitet, denen zufolge Herr von Forckenbeck sein Amt als Oberbürgermeister von Berlin niederzulegen gedenke. Es darf wohl nicht erst versichert werden, daß keine Silbe daran wahr ist. Herr von Forckenbeck ist nur der Bürgerschaft verantwortlich, und den Offiziösen, die gern einen Kartellbruder sans phrase an seiner Stelle sehen möchten, wird es weder gelingen, ihn fortzulügen, noch ihn fortzuärgern.

Im Übrigen wäre es im allgemeinen sachlichen Interesse, wie im Interesse des Ansehens der städtischen Verwaltungs- und Vertretungskörper lebhaft zu wünschen, daß der Magistrat und die Stadtverordneten einmal recht sorgfältig Umschau in der Bürgerschaft hielten. Sie würden in diesem Falle zur

klaren Erkenntnis der ebenso großen und tiefen, als nachhaltigen Erregung der Bürgerschaft über die letzten Vorgänge gelangen und dann vielleicht etwas weniger zögernd und diplomatisirend verfahren, als dies jetzt zum Staunen Berlins geschieht. Wir begreifen dieses Verhalten um so weniger, als dasselbe nicht ohne die übelsten Folgen für die Stellung der Liberalen in und zu der Stadtverordnetenversammlung bleiben kann. Gehen doch schon Gerüchte um über eine bevorstehende Spaltung der Fraktion der Linken, die eintreten würde, falls die Fraktion dem Antrage einer Anzahl ihrer Mitglieder auf Veranstaltung einer Kundgebung der städtischen Behörden gegenüber der Erklärung im „Reichsanzeiger“ sich nicht anschließen sollte. Wir sind in der Lage zu bestätigen, daß in der That für die gestrige Fraktionssitzung der Linken schwerwiegende Entscheidungen in Aussicht gestellt waren, sind jedoch zur Stunde außer Stande, diese Entscheidungen zu übersehen, da die Herren das Verhandeln hinter verschlossenen Thüren als besonders sachdienlich zu betrachten scheinen. Immerhin kann schon die Thatsache, daß für diese Woche die Stadtverordnetensitzung ausfallen soll, als ein weiteres Anzeichen der eben gekennzeichneten Politik des Ausweichens und Abwiegelns angesehen werden.

Daß innerhalb des Magistrats mit seiner starken Zahl von Kartellfreunden eine angemessene Stellungnahme zu der Kundgebung des „Reichsanzeigers“ besonders schwierig ist, wissen wir. Die Stadtverordneten

aber haben einfach die Pflicht der Bürgerschaft gegenüber, mit einem offenen Wort der Antwort auf die Beschwerde des Landesherrn herauszutreten, und sie haben zweifellos auch die Macht, den Magistrat zu gleichem Vorgehen zu bestimmen. Ein Weg der Abwehr wäre die Benutzung des einzigen zur Verfügung der Stadtbehörden stehenden Blattes, des „Kommunalblattes", zu einer Erklärung, welche den Landesherrn aufklärt und den Bürgern den Beweis giebt, daß wir Männer im Rathe der Stadt besitzen, die den Nacken steif zu halten wissen."

In dem vom „Berliner Tageblatt" gebrachten Leitartikel: „Der Kaiser und die freisinnige Presse" behauptete das Blatt unter Bezugnahme auf die bekannte, im „Staatsanzeiger" auf Allerhöchsten Befehl erschienene Notiz, die freisinnige Presse betreffend, jene Veröffentlichung könne nur dadurch erklärt werden, daß Kaiser Wilhelm falsch informiert worden sei, denn der Artikel des „Staatsanzeigers" enthalte den Hinweis, der Kaiser habe angenommen, daß enge Beziehungen zwischen den Berliner Stadtbehörden und der freisinnigen Presse beständen. Dies, so versuchte das „Berliner Tageblatt" auszuführen, treffe nicht zu; die städtischen Behörden besäßen im Gegenteil keinen wie immer gearteten Einfluß auf die hauptstädtische Presse. Hierauf erwiderte die „Nordd. Allgem. Ztg.":

„Bisher wurde allgemein angenommen, daß die angesehenen Parteihäupter des Freisinns, welche dem Berliner Magistrat und der Stadtverwaltung ange-

hören, hinter der freisinnigen Presse ständen und einen bedeutenden erklärlichen, ja vom Parteistandpunkte aus ganz gerechtfertigten Einfluß auf die freisinnige Presse ausübten. — Trifft dies nicht zu, sind die Häupter des Berliner Freisinns überhaupt nicht in der Lage, das „Berliner Tageblatt" und dessen publizistischen Troß zu beeinflussen, so verliert die demokratische hauptstädtische Presse alle Bedeutung; sie hat dann keine Berechtigung, sich als Vertreterin einer großen Partei zu geriren, sondern vertritt nur die Ansichten einzelner Personen, nämlich der betreffenden Redakteure. Wir haben nicht mit den fortschrittlichen Blättern zu rechten, wenn sie sich auf diese Weise vermindern wollen. Der Vorwurf, den das „Berliner Tageblatt" daraus herzuleiten versucht, daß „bei Lebzeiten Kaiser Wilhelms I. dessen persönliche Überzeugungen zu Gunsten der Regierungsmaßnahmen öffentlich geltend gemacht worden seien," beweist nur die Unkenntnis des genannten Blattes mit unserem Verfassungsrecht. Der Verfasser des fraglichen Artikels im „Berliner Tageblatt" scheint sich in seinem Kopfe eine ideale Verfassung konstruiert zu haben, in der der Monarch nur die Rolle der Wetterfahne spielt, welche die jedesmalige Windrichtung anzeigt. In der preußischen Verfassung aber, welche das bei uns gültige Recht enthält, hat der Inhaber der Krone eine sehr reale Macht, die unter Anderem darin besteht, daß ohne seine Zustimmung kein Gesetz zu Stande kommen kann. Ein preußischer König muß seine persönlichen Überzeugungen haben und die-

selben müssen öffentlich geltend gemacht werden. Das galt nicht nur für die Regierungszeit Kaiser Wilhelms I., es galt auch für die Kaiser Friedrichs und gilt für den Kaiser Wilhelm II. Es ist bekannt, daß Kaiser Friedrich zunächst nicht gesonnen war, dem von dem Abgeordneten- und dem Herrenhause angenommenen Gesetzentwurf wegen Verlängerung der Legislaturperioden seine Zustimmung zu ertheilen. Dem Staatsministerium fiel es damals nicht ein, deshalb zurückzutreten. Die Allerhöchste „Überzeugung", welche nicht nur den Ministern, sondern auch öffentlich geltend gemacht wurde, war — wie dies unserem Verfassungsrecht entspricht — entscheidend. Das öffentliche Geltendmachen der Allerhöchsten Ueberzeugung des Monarchen war daher keine Eigentümlichkeit der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II.; dasselbe liegt in unserer Verfassung und ist aus derselben nicht herauszubringen."

Der Kaiser glaubte, seine Anklagen gegen die Berliner Presse an die städtischen Behörden adressieren zu dürfen. Diese haben nun allerdings mit der Presse der Hauptstadt, auch mit der freisinnigen, so wenig zu thun, als die Regierung mit der unabhängigen konservativen oder nationalliberalen Presse, vielleicht noch weniger. Sie haben als Behörden, wenn auch ihre Mitglieder meist der freisinnigen Partei angehören, keinen Einfluß auf deren Presse und daher auch keine Verantwortung für dieselbe. Es liegt hier eine irrtümliche Auffassung des Monarchen zu Grunde, der wir auch noch bei einer

anderen Gelegenheit begegnet sind. Im Mai 1890 empfing der Kaiser das Reichstagspräsidium. Indem er in seiner Unterredung mit demselben der Hoffnung auf einen guten Verlauf der Reichstagssession Ausdruck gab, sprach er sein Bedauern darüber aus, daß ein Teil der Presse der Militärvorlage, noch bevor dieselbe genügend bekannt geworden, kritisirt habe. Die Vorlage sei das Ergebnis sorgfältigster Vorarbeiten, zu denen auch die Generäle und die deutschen Militärbevollmächtigten im Auslande herangezogen worden seien. Er (der Kaiser) habe selbst das Referat über einige Teile der Vorlage gehabt. Die Annahme derselben sei zur Erhaltung des Friedens notwendig. Der Kaiser fügte noch hinzu: Bis jetzt habe er die Offiziere an Gegenartikeln verhindert. Doch werde dies länger kaum angehen, wenn die Reichstagspräsidenten nicht ihren Einfluß geltend machten, um die weitere Kritik der Militärvorlage in der Presse zu verhindern. Die Reichstagspräsidenten haben keinerlei Macht, die Presse in ihrer Kritik zu beeinflussen oder zu hindern, so wenig als der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin.

Den üblen Empfang, den die Brunnendeputation beim Monarchen im Oktober 1888 gefunden, hat derselbe bald wieder gut gemacht, namentlich durch die Danksagung an die städtischen Behörden vom 1. Juli 1889. Mit dem Oberbürgermeister war der Kaiser anfangs gespannt, so daß man im Herbst 1890 die Nichtbestätigung der Wiederwahl fürchtete. In der Praxis der preußischen Regierung gegenüber der Wahl freisinnig-oppositioneller

Männer zu Bürgermeistern großer Gemeinwesen ist deutlich der Grundsatz zu erkennen, die Genehmigung der Wahl, abgesehen natürlich von etwaigem sachlichen Einwendungen nur dann zu versagen, wenn der Gewählte in scharfer Agitation gegen die Staatsleitung aufgetreten ist. Dies trifft im Allgemeinen auf Forckenbeck nicht zu. Seit er vor 12 Jahren bei einem Antikornzollbankett im Zoologischen Garten alle Liberalen „auf die Schanzen" gerufen hatte, ist er immer weniger öffentlich agitatorisch hervorgetreten und auch im Parlament hat er nur hin und wieder, wenn Berliner Gemeindeverhältnisse zur Sprache kamen, das Wort ergriffen und sich sonst darauf beschränkt, mit seiner Partei zu stimmen. Und doch giebt es einen wunden Punkt, der im Kreise seiner Freunde wohl bekannt ist. Auf einer Wahlreise bei den Septennatswahlen 1887 hatte er auf einem Bahnhofe eine Ansprache an eine Gruppe von Verehrern gehalten, in der sich eine zweifellos unbedachte Anspielung auf das Alter des Kaisers Wilhelm I. und die nahenden besseren Zeiten befunden haben soll. Durch zwei hohe Beamte, welche unfreiwillig Zeugen des Auftritts waren, kam die Sache vor den Kaiser, der es von jetzt ab thunlichst vermied, den Anblick seiner Person und seines Hofes dem Oberbürgermeister seiner Hauptstadt zu gewähren. Bekannt ist, daß ein Konflikt mit dem Ministerium Bismarck entstand, als später Kaiser Friedrich den Herrn von Forckenbeck durch einen hohen Orden auszuzeichnen wünschte und daß der Ausgleich auf dem ungewöhnlichen Wege

jener motivierten Ordensverleihung erfolgte. Die amtliche Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ führte nämlich als Grund für die Dekoration die Verdienste Forckenbecks als Vorsitzenden des Komitee's für die Ueberschwemmten im Weichsel-, Oder- und Elbgebiete an. Auf der Kenntnis der Ursache der hier und da beobachteten Zurücksetzung des Herrn Forckenbeck durfte also die in deutsch-freisinnigen Kreisen sich bemerklich machende Befürchtung beruhen, daß Schwierigkeiten bei der Bestätigung der Wiederwahl entstehen könnten. Man konnte oder wollte nicht bestreiten, daß Herr von Forckenbeck als Politiker die Rücksichten nicht außer Acht lassen dürfe, welche das Haupt der Residenzstadt dem preußischen Könige zu nehmen schuldig ist und hoffte, daß Kaiser Wilhelm II. vor Jahren in einer aufgeregten Zeit gesprochene, kränkende Worte, die der Redner genugsam selber bedauert habe und deren notwendige Folgen er bitter empfunden haben mag, durch die Bestätigung der Vergessenheit übergeben werde.

Auch erfolgte schließlich die etwas lange hingehaltene Bestätigung. Die Errichtung eines Monuments des in Berlin so hochverehrten und geliebten Vaters des Kaisers seitens der Stadt hat dieser verboten. Das Verbot erfolgte in einer Zeit, wo Berlin — nach der Entlassung Bismarcks — in Enthusiasmus für den Monarchen schwelgte. So wurde denn die Pille mit verhältnismäßig ruhiger Resignation verschluckt. Das Verbot ließ erkennen, wie ein Berliner Blatt sich ausdrückte, daß über manche Stimmungen,

wie sie die Zeit des letzten Thronfolgers beherrschten, das Gras nur schwer zu wachsen vermöchte.

Der monumentale Brunnen, welcher auf dem Schloßplatz errichtet worden ist und der, bis er seinen offiziellen Namen erhielt, kurzweg der Begasbrunnen hieß, wurde am 1. November 1891 Nachmittag in Gegenwart des Kaisers enthüllt. Das Publikum war auf den Platz an der Kurfürstenbrücke und am roten Schloß angewiesen. Unter Führung des Oberbürgermeisters hatte ein aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehendes Komitee den Kaiser am Hauptportale des Schlosses erwartet. Um 3 Uhr trat der Kaiser aus dem Portal heraus. Am Arm führte er die Frau Erbprinzessin von Meiningen. Es folgten der Kronprinz von Schweden, der Erbprinz von Meiningen und das kaiserliche Hauptquartier. Der Kaiser schritt sofort auf den Oberbürgermeister von Forckenbeck zu, reichte ihm huldvoll die Hand und sagte mit herzlichen Worten: „Ich gratuliere Ihnen noch nachträglich zu Ihrem 70. Geburtstag und freue mich, daß Sie so frisch und munter aussehen."

Der Oberbürgermeister dankte hocherfreut. Er bat sodann, den Kaiser nach dem Brunnen geleiten zu dürfen. Dann trat der Oberbürgermeister vor und sagte nach der üblichen Anrede: „Vor drei Jahren, als Ew. kaiserliche und königliche Majestät von einem Friedenszuge durch den Weltteil in die Heimat zurückkehrten, geruhten Ew. Majestät zu gestatten: daß die Stadt Berlin in tief dankbarer Huldigung einen von

einem Berliner Meister, den wir mit Stolz unseren Mitbürger nennen, entworfenen monumentalen Brunnen in Erz und Stein hier an dieser Stelle vor dem Königsschloß aufstelle. Künstler und Werkleute haben seitdem in rastloser Arbeit diesen Brunnen fertiggestellt und im Anschluß an die städtischen Wasserwerke aufgestellt. Gestatten Ew. Majestät: daß der Brunnen, nunmehr ein dauerndes Zeichen der tiefen Dankbarkeit der Hauptstadt und ihrer unerschütterlichen Treue und Hingebung für Ew. Majestät, enthüllt werde!"

Der Kaiser antwortete sofort, indem er sich dankend verneigte:

„Ich freue mich, es ist wieder eins von den Werken, welche unter der langdauernden Wirksamkeit, die Sie in der Stelle als Oberbürgermeister von Berlin so erfolgreich betrieben, entstanden sind, es ist ein Markstein in der Entwickelung der Stadt, und Ich als geborener Berliner bin Ihnen besonders dankbar, daß Sie mit diesem Brunnen der Stadt einen neuen Schmuck verliehen haben. Ich hoffe, daß es Ihnen noch recht lange vergönnt sein möge, diese Residenz in ihren Grenzen auszubreiten und in ihrem Innern auszubauen."

Auf Befehl des Kaisers fiel nunmehr die Hülle, während gleichzeitig Oberbürgermeister von Forckenbeck dem Kaiser ein dreifaches Hoch ausbrachte. Nunmehr begannen auch die Wasser zu spielen. Der Kaiser sagte dann noch zum Oberbürgermeister:

„Wir wollen dem Brunnen nun aber auch gleich

einen Namen geben, denn meine hochverehrten Herren, Berliner sind etwas boshaft und machen gern Witze. Ich denke, wir nennen den Brunnen Schloßbrunnen."

Der Kaiser begrüßte sodann den Professor Begas mit herzlichen Worten der Befriedigung: „Ich kann Ihnen nicht sagen, ruhen Sie auf Ihren Lorbeeren aus, denn Ich würde Sie dadurch der Kunst entziehen, Ich möchte Ihnen aber auch nicht raten, auf diesem Brunnen auszuruhen, es dürfte etwas kalt werden."

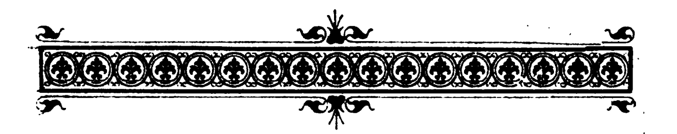
Die Presse kam bei dieser Gelegenheit wieder schlecht weg, sie war ausgeschlossen wie das ganze profanum vulgus. Es gab ärgerliche Auftritte zwischen Zuschauern und Schutzleuten. Der Kaiser hat bei dem Feste lächelnd erwähnt, daß seine Berliner etwas boshaft seien und gerne Witze machen. Auch für die Art der Trennung des Herrschers von dem Volke, wenn sie selbst in der besten Absicht erfolgt, haben die Berliner wenig Sinn, und daß es an Witzen nicht fehlt, unterliegt keinem Zweifel. Zuweilen können diese Witze, wenn geradezu nicht boshaft, so doch bitter werden. Denn schließlich steigt in dem Kopfe des Zuschauers, der soeben von dem Hinterteil des Schutzmannspferdes unsanft berührt wird, der Gedanke auf, daß eigentlich die Bürgerschaft auch einen gewissen Anteil an dem Feste haben sollte, da nicht nur die Stadtväter, welche goldene Ketten tragen, den kostspieligen Schloßbrunnen geschenkt haben, sondern die große Masse der Steuerzahler die Kosten dieser Gabe aufzubringen hat. Und daß eine

vertrauensvollere Zulassung des Volkes zu der Person des Monarchen angenehmere Gefühle erzeuge, als die schneidige Zurückweisung jedes Vordringlings, das hat man in den Tagen von Kaiser Friedrich erfahren, als die Polizei bei seinen Fahrten durch die Linden außer Thätigkeit gesetzt wurde und nicht die geringste Störung der Ordnung vorfiel. Von Begeisterung war am 1. November 1891 auf dem Schloßplatze nichts zu spüren. Die Sonne schien freundlich hernieder; doch die große Masse der Zuschauer blieb kühl. Herr von Forckenbeck hat aber bei dieser Gelegenheit einen nachträglichen Glückwunsch zum siebzigsten Geburtstag vom Kaiser erhalten.

Die heutige Berliner Polizei zeigte sich in ihrer ganzen Größe bei der Durchreise Bismarcks durch Berlin im November 1891. Mehr noch als auf dem Stettiner Bahnhofe, wo der Fürst anlangte, hatte die Polizei auf dem Lehrter Bahnhofe umfassendere Maßregeln getroffen, die nicht nur allgemeines Staunen, sondern sogar laute Entrüstung zur Folge hatten. Es waren sämtliche Zugänge zum Bahnsteige geschlossen, selbst die Personen, welche den Schnellzug benutzen wollten, in dem der Fürst fuhr, mußten in den Wartesälen verharren. Als dann endlich verkündigt wurde, daß die Fahrgäste herauskommen dürften, da war die Not groß. Sich windend und krümmend, ihre Taschen und Handgepäck krampfhaft nach sich ziehend, mußten die armen Fahrgäste durch die Menge und die nur einteilig geöffneten schmalen Thüren. Dies war selbstverständlich unmöglich, und die um

die Abfahrt besorgten Leute jammerten laut und schrieen. Es wurde gefragt, ob es denn ein Verbrechen sei, dem Fürsten zuzujubeln und ob das vor drei Jahren denkbar gewesen sei. Aus den offenen Fenstern der Wartesäle schrie man: „Wenn wir auch nicht kommen dürfen, wir bringen doch ein Hoch!“ Man sah, wie ein Mann, dem es gelungen war, die verschiedenen Mauern zu durchbrechen, unbekümmert um die übrige Gesellschaft am Wagen die Hand des Fürsten ergriff und heiser rief: „Großer Kanzler, edler Fürst!“ So hingerissen war die ganze Menge und unwiderstehlich war die Begeisterung. Dieses Gefühl schien man auch in des Fürsten Umgebung zu haben, denn Professor Schweninger riet ihm einmal auszusteigen und den Bahnsteig auf- und abzugehen, um dem Publikum seine geliebte Gestalt zu zeigen. Der Fürst zauderte ein wenig, indem er sagte, es sähe das so aus, „als ob er etwas wollte.“ Vielleicht hätte er es noch gethan, aber der Zug fuhr wenige Augenblicke darauf ab.





Korpsstudenten am Hofe.

Der Kaiser ist am Hofe dicht von alten Korpsstudenten umgeben. Der Chef des Civilkabinets, Dr. von Lucanus, war in Heidelberg ein flotter Vandale, der mit dem gold-rot-goldenen Bande viel auf der Mensur stand. Der Vandalia gehörte, nebenbei gesagt, auch der Oberpräsident der Provinz Hannover, Herr von Bennigsen an, der zwar älter als Lucanus ist, aber häufig Heidelberg besuchte, als letzterer noch studierte. Jünger wiederum ist ein dritter Vandale, nämlich der Reichsfinanzminister Herr von Maltzahn, der 1840 geboren ist. Die Heidelberger Korpsstudenten sind unter Wilhelm II. ganz besonders poussiert worden. Im Ministerium des Innern gehörten außer dem Unterstaatssekretär Herrn Braunbehrens, dessen Vorgänger Herr von Zastrow, so wie Herr von Wedell-Piesdorff, der neue Hausminister, der Heidelberger Saxo-Borussia an.

Der Kaiser selber ist Korpsstudent gewesen. Er

bezog als Prinz die Universität Bonn im Herbst 1877. Er hat dieser Zeit ein so freundliches Andenken bewahrt, wie seiner Schulzeit in Kassel. Er sucht noch heute gern Studentenkreise auf und schwelgt in der Erinnerung an Bonn. An dem alljährlichen Feste der „Borussia“ im Kaiserhof in Berlin nahm er wiederholt teil und wohnte auch dem Stiftungsfeste desselben Korps im Juli 1887 in Bonn bei. Als Kaiser beteiligte er sich im Monat Mai 1891 an dem Kommers der Korpsstudenten ebendaselbst.

Am 7. Mai 1891 um halb neun Uhr Abends war der Antrittskommers für das laufende Semester von den Bonner Korps im „Kölner Hof“ angesagt. Punkt halb 9 Uhr betrat der Kaiser zur Seite des Prinzen Schaumburg, seines Schwagers, den Festsaal. Der Kaiser nahm seinen Platz nicht am Tische seines eigenen Korps, der „Borussia“, sondern begab sich zu dem Tische des nach der herkömmlichen Ordnung gerade präsidierenden Korps „Rhenania“ und ließ durch dessen Ersten mitteilen, daß er selbst das Präsidium beim Kommerse führen wolle. Mit dem Stürmer und in der Kneipjacke der Borussen eröffnete der Kaiser sofort den Kommers mit dem üblichen Salamander auf einen fröhlichen Verlauf desselben. Der letztere war verbürgt zuerst und zumeist durch die Person des Leiters, sodann durch die außergewöhnlich zahlreich erschienenen alten Herren und zum Kösener S. C. gehörigen Gäste der Bonner Korps. Der riesige Saal war herrlich geschmückt und bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Galerie hielt ein reicher

Kranz schöner Frauen und Mädchen besetzt. Die Musik stellte das Königs-Husaren-Regiment.

Der Kaiser, so oft ein Lied beendet war, verkündete mit seiner schmetternden und doch so freundlich wohlklingenden Stimme: „Silentium, Lied ex! Schmollis den Sängern!“ — ein „Fiducit“ brauste durch die Räume.

Den Kaiser zu begrüßen hatte kommentmäßig ein Mitglied des präsidierenden Korps. Es war Herr Oberlehrer F. Moldenhauer aus Köln, auf dessen Rede Kaiser Wilhelm u. a. mit folgenden Worten erwiderte:

.... Was der Herr Vorredner über die Wichtigkeit des Korpslebens, über die erzieherische Bedeutsamkeit desselben für das spätere Leben gesagt hat, das unterschreibe ich Wort für Wort. Ich erkenne darin die mir bekannten, bewährten, alten Gesinnungen des Bonner S. C. wie sie immer waren und wie sie noch jetzt in ihren Herzen bestehen und sehe, daß noch jetzt ebenso wie bisher über die Wichtigkeit, die Zwecke und Ziele der deutschen Korps gedacht wird.

Es ist meine feste Überzeugung, daß jeder junge Mann, der in ein Korps eintritt, durch den Geist, welcher in demselben herrscht, und mit diesem Geist seine wahre Richtung für das Leben erhält. Denn es ist die beste Erziehung, die ein junger Mann für sein späteres Leben bekommt. Und wer über die deutschen Korps spottet, der kennt ihre wahre Tendenz nicht.

Ich hoffe, daß, so lange es deutsche Korps-

studenten giebt, der Geist, wie er im Korps gepflegt wird, durch Kraft und Mut gestählt wird, erhalten bleibt und daß Sie zu allen Zeiten freudig den Schläger führen werden. Unsere Mensuren werden im Publikum vielfach nicht verstanden. Das soll uns aber nicht irre machen. Wir, die wir Korpsstudenten gewesen sind, wie ich, wir wissen das besser. Wie im Mittelalter durch die Turniere der Mut und die Kraft des Mannes gestählt wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Korps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nötig ist, und der bestehen wird, so lange es deutsche Universitäten giebt.

Sie haben auch meines Sohnes heute gedacht; dafür danke ich Ihnen noch ganz besonders von Herzen. Ich hoffe, daß der Junge, wenn er so weit gediehen ist, bei dem hiesigen S. C. eintreten und daß er dann dieselben freundlichen Gesinnungen wieder finden wird, wie ich sie hier gefunden habe.

Und nun, meine Herren, noch ein Wort besonders den jüngeren, die im ersten Semester zum ersten Male sich anschicken, den Geist des Korps zu pflegen. Stählen Sie Ihren Mut und Ihre Disziplin, den Gehorsam, ohne den unser Staatsleben nicht bestehen kann. Ich hoffe, daß dereinst viele Beamte und Offiziere aus Ihrem Kreise hervorgehen. Wie viele bedeutende Herren haben wir hier unter uns sitzen: Gelehrte, Beamte, Offiziere und Kaufleute! Ich hoffe, daß der Geist der Einheit des Kösener S. C. im Bonner S. C. weiter leben wird und daß dies auch

an allen anderen Universitäten der Fall sein wird. Und daß der Bonner S. C. wie bisher seinen Rang an der ersten Stelle im Kösener S. C. behaupten werde, darauf erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl des Bonner S. C. und der gesamten Korps. Sie leben hoch, hoch, hoch!

Der Kaiser kommandierte selber den Salamander, der sich an dies begeistert aufgenommene Hoch anschloß. Auch die Begrüßung der alten Herren vollzog der Kaiser persönlich in einer Ansprache, worin er seiner besonderen Freude darüber Ausdruck verlieh, daß so viele in Würden und unter Bürden grau gewordene Diener des Staates und der Gesellschaft sich zum Festkommerse eingefunden hätten.

Das Universitätsreiben nnd das Semesterreiben boten reiche Abwechselung. Die zaghafteren jüngeren Semester kamen mit ihrer Individualität wenig hervor; die älteren erwiesen sich, wie immer, selbständiger. Auf den Kaiser oder Mitglieder des Kaiserhauses ausgebrachte Trinksprüche erwiderte der Kaiser mit herzlich munterem Prost. So wenn auf's „Präsidium“ oder die Kaiserin oder „den nächsten Fuchs aus dem Hohenzollernhause“ (den Kronprinzen) getrunken wurde. Damit die Feier in diesem Teile nicht eintönig offiziell werde, sorgten immer wieder einige Semester, die auf die Braut oder die Gattin oder die Ideale und alles mögliche Schöne zu trinken wußten. Das machte dem Kaiser besondere Freude, wie er denn auch die launige Rede des „alten Rat“ über die Glatze der alten Herren und auf die Füchse

als „die Hoffnung des Vaterlandes und die Freude der jungen Mädchen“, mit lachender Fröhlichkeit anhörte.

Den Landesvater stach der Kaiser mit seinem Schwager, dem Prinzen von Schaumburg-Lippe. Jeder Teilnehmer wird es als eine ganz besondere Weihe empfunden haben, daß er in Gegenwart und zugleich mit seinem Kaiser seinen Hut, als Zeichen der Ehre, auf den scharfen Schläger steckte, und gelobte:

Ich durchbohr den Hut und schwöre:
Halten will ich stets auf Ehre,
Stets ein braver Bursche sein.

Und mehr, weit mehr klang aus den vielen Hunderten von Kehlen begeisterter Korpsburschen, die, als der Kaiser zugleich mit seinem Widerpart sich die durchbohrte Mütze von der Spitze des Schlägers wiedernahm und auf's Haupt setzte, den alten, unverfälscht deutschen Vers sangen:

So lange wir ihn kennen,
Woll'n wir ihn Bruder nennen,
Es leb' auch dieser Bruder hoch —

und wie dann die ausdrucksvolle Schlußzeile heißt. Das hatte eine Bedeutung weit, weit über die Säle des Bonner Freihauses hinweg.

Es war kurz nach Mitternacht, als der Kaiser mit lauter Stimme verkündete: „Silentium! Landesvater ex, offizieller Teil des Kommerses ex, Beginn der Fidelität!“ — den Vorsitz an das präsidierende Korps gab, sich von diesem, sowie von seinen engeren

Korpsbrüdern und dann von den übrigen Festteilnehmern durch kurze Verbeugung verabschiedete und mit seinem Schwager den Saal verließ.

Der Kaiser erörterte auf dem S. C. Antrittskommers mit seiner Tischnachbarschaft die Frage der schweren Mensuren, der eigentlichen Duelle. Mit großer Befriedigung sprach er sich darüber aus, daß von den Korps auf Anregung von Alten-Herrn-Kreisen erfolgreiche Bestrebungen geltend gemacht worden sind und geltend gemacht werden, die Pistolenmensuren noch mehr einzuschränken und soweit möglich außerhalb des eigentlichen Komments zu bringen. Der Wunsch des Kaisers wäre es, wenn allein die blanke Waffe, die leichte wie die schwere, die kommentmäßige Satisfaktion zu liefern hätte. Der Kaiser ermunterte den S. C., dem genannten Ziel auch ferner zuzustreben.

Um der Gemeinde Godesberg, wo er als Student manche frohe Stunden verlebt hat, eine dauernde Erinnerung an seine erste Rheinreise zu stiften, hat er ihr die Ruine samt zugehörigem Grund und Boden, die bislang königliches Eigentum waren, zum Geschenk gemacht.

Um urteilen zu wollen, welche von beiden Verbindungsformen (Korps und Burschenschaft) dem Leben im Reich und Staate die größere Zahl tüchtiger und hervorragender Männer geliefert, müßte man im Besitze eines thatsächlichen Materials von außerordentlichem Umfange sein, über welches niemand verfügt, und welches zu sammeln auch noch niemand

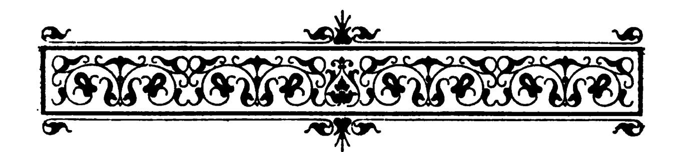
versucht hat. Die Korps können, obgleich bei ihnen früher fast ausschließlich der Schwerpunkt auf die ritterliche Übung und den Lebensgenuß gelegt wurde, auf Männer, wie Bismarck und Bennigsen, ebenso auf den Mann von „Blut und Eisen," wie auf den Präsidenten des Nationalvereins hinweisen, die Burschenschaften, von hervorragenden Persönlichkeiten abgesehen, auf die Thatsache, daß Fürst Bismarck's Weltruhm darin besteht, ihre Ideen sich angeeignet und verwirklicht zu haben. Beide haben in der Gegenwart vor allen Dingen sich von einer Neigung zu verflachender Hervorkehrung der Äußerlichkeiten und von steigendem Aufwande im Dienste der letzteren zu wahren, besonders aber die Korps. Aus verschiedenen Universitäten sind bei den Korps gemietete „Kneiplokale" längst ein überwundener Standpunkt; eigene, schön ausgestattete Korpshäuser in schöner, d. h. teurer Lage, mit Kneip- und Festräumen wurden gebaut, und den Häusern entsprechend, hat sich das Leben im Innern geändert, nicht immer nur verfeinert, sondern vielfach vor Allem verteuert, namentlich was den germanischen „Zug" des Trinkens anbelangt. Auch das Mensurenwesen scheint dem älteren Beobachter wenigstens, in einer Entwickelung angelangt, welche seine eigentliche frühere Bedeutung fast verschwinden läßt. Die Mensuren sind teilweise gefahrloser geworden — was sehr zu billigen ist — ihr Zweck aber weniger das „Abführen" des Gegners als vielmehr die Einheimsung möglichst zahlreicher „Schmisse". So zerhackte, oft

abstoßende Gesichter wie neuerdings, hat man früher selten gesehen. Burschenschaften und Korps stellen aber zusammen nur den kleineren, vor Allem den wohlhabenderen Teil der studentischen Jugend dar. Neben ihnen haben sich viele Verbindungen mit und ohne Farben, mit und ohne „Satisfactionsparagraphen," sowie eine wachsende Zahl akademischer Vereinigungen zu den verschiedensten Einzelzwecken gebildet. Die große Masse der Studentenschaft gehört wohl keiner Farbenverbindung an. Keinesfalls darf sich innerhalb oder außerhalb des engen Geheges der einzelnen Universität, der Gedanke herausbilden, daß, wer im Leben ein rechter Mann werden wolle, einer Verbindung, oder gar speziell einem Korps angehört haben müsse. Nichts, glauben wir, könnte eine schädlichere Wirkung üben, als eine solche Vorstellung. Eltern und Söhne würden dadurch auf Irrwege geleitet werden, welche — wir haben die Gründe berührt — für Viele u. A. zu schweren materiellen Schädigungen, ja zum Ruin führen könnten. „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen", dieser Satz gilt auch von der studierenden Jugend. Diese Früchte aber können auf sehr verschiedene Art zeitigen. Der Boden, welcher der einen zuträglich, ist der anderen schädlich.

Die im Schwarzburgbund vereinigten Studenten-Verbindungen Uttenruthia in Erlangen, Tuisconia (Halle), Nordalbingia (Leipzig) und Sedinia (Greifswald) haben bei ihren Konventionen in Schwarzburg während der Pfingstwoche 1891 eine Erklärung

beschlossen, in welcher sie sich 1) gegen die Scheidung zwischen Korpsstudententum und Nichtkorpsstudententum aussprechen und zwar unter Ablehnung der Annahme, als ob im Korps in höherem Maße als in den übrigen studentischen Korporationen die rechte Erziehung für das spätere Leben im Staate garantiert sei. Wäre dem so, so würde die weitaus größere Majorität der deutschen Studentenschaft, zumal die weniger mit Glücksgütern gesegnete, der ein großer Aufwand für studentisches Gemeinschaftsleben unmöglich ist, zu minderwertigen Studenten herabgedrückt. Sie sind 2) der Ueberzeugung, daß der Gehorsam, ohne den unser Staatsleben nicht bestehen kann, auch von den Studenten Unterwerfung unter die öffentlichen Gesetze verlangt, in denen nicht nur das Duell, sondern auch die Mensuren verboten und mit Strafe belegt sind. Den künftigen Trägern der staatlichen Ordnung dürfte es nicht gestattet sein, sich über diese Gesetze hinwegzusetzen, wenn nicht die öffentliche Meinung verwirrt werden soll. 3) erklären sie: „Getreu unseren nun seit mehr als fünfzig Jahren bewährten Grundsätzen erkennen wir in der Durchdringung studentischer Gemeinschaften mit christlich-sittlichem Geiste die beste Gewähr dafür, daß ihre Mitglieder zu Männern herangereift, im öffentlichen Leben unentwegt nach dem Worte handeln, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“





Zwei Gelehrte.

Nicht geringes Aufsehen erregte in politischen Kreisen die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem Kaiser und Helmholtz. Der Kaiserliche Hieb auf Virchow, der eben noch durch ein herzliches Handschreiben der Kaiserin Friedrich ausgezeichnet wurde, war deutlich und auffallend. Es fehlte auch nicht an solchen, die ihn mit Schadenfreude begrüßten, unbekümmert darum, daß hier ein Prinzip zu wahren war, auf welches ein gut Teil unseres Staatslebens, seiner Entwickelung und seiner Höhe sich gründet.

Seine Majestät der Kaiser und König richtete folgendes Telegramm an den Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Professor Dr. von Helmholtz:

„Es gereicht Mir zu großer Freude, Ihnen einen besonderen Beweis Meiner aufrichtigen Verehrung und Bewunderung zu teil werden zu lassen, indem Ich Sie zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem

Prädikat Exzellenz ernenne. Sie haben Ihr ganzes Leben zum Wohle der Menschheit einsetzend, eine reiche Anzahl von herrlichen Entdeckungen für deren Nutzen vollbracht. Ihr stets den reinsten und höchsten Idealen nachstrebender Geist ließ in seinem hohen Fluge alles Getriebe von Politik und der damit verbundenen Parteiungen weit hinter sich zurück. Ich und Mein Volk sind stolz darauf, einen solch bedeutenden Mann unser nennen zu können. Ich habe den Geburtstag Meines heißgeliebten und unvergeßlichen Vaters zu dieser Anerkennung gewählt, wohl wissend, wie hoch Er Sie schätzte, und ein wie treu ergebener Freund und Unterthan Sie ihm waren. Möge Gott uns Ihr teures Leben noch lange zum Wohle Deuschlands und der gesamten Welt erhalten.

Ihr wohlaffektionierter König

Wilhelm R.

Hierauf ist folgende Antwort ergangen:

Sr. Majestät dem Kaiser und König,

Neues Palais.

Euer Majestät huldvolle Worte, womit ich im Augenblick der Abreise nach Frankfurt a. Main die Allergnädigste Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat am heutigen Gedenktage unseres unvergeßlichen Kaisers und Königs Friedrich erhalten habe, sind mir tief ergreifend und beglückend. Gestatten Euere Majestät, daß ich diese hohe Auszeichnung als nicht nur meiner Person, sondern der Wissenschaft im Allgemeinen verliehen ansehen darf. Wenn es mir vergönnt war, etwas, soweit meine Kräfte reichten, zum

großen Bau der Wissenschaft beizutragen, so geschah dies, gefördert durch den hohen Schutz, den diese und ich mit ihr durch drei Generationen unseres hohen Herrscherhauses erfahren haben. Gestatten Eure Majestät, meinen allerunterthänigsten Dank zu Füßen zu legen.

H. von Helmholtz.

Die politischen Gegner Virchow's feierten einen Triumph. Sie feierten das Wort des Kaisers in Bezug auf denselben, indem sie bemerkten, der Satz in dem Kaiserlichen Erlasse an Excellenz von Helmholtz, welcher von dessen Nichtbeteiligung an der Politik spricht, fordere angesichts der Versuche, anläßlich der Virchowfeier die wissenschaftlichen Verdienste des Gefeierten im Parteiinteresse und zur Selbstberäucherung zu verwerten, naturgemäß zum Vergleiche auf. Daß derselbe nicht zum Vorteile Professor Virchow's und der Art, wie jene Beräucherung auf Gegenseitigkeit betrieben wurde, ausfallen könne, sei selbstverständlich. Professor Virchow's politische Thätigkeit, welche nur zu oft von einem starken Mangel an politischen Blick und Urteil zeugte, welcher von dem damit gepaarten starken Unfehlbarkeitsgefühl seltsam abstach, könne in der That nur als Ballast, als totes Gewicht auf seiner wissenschaftlichen Bedeutung betrachtet werden. Im Interesse der letzteren könne man nur bedauern, daß Professor Virchow seine Kraft auf ein Gebiet zersplittert, für welche seine Veranlagung ihn nicht befähigt und auf dem sein Können weit hinter den Leistungen von Männern zurückbleibe,

welche ihm auf anderen Gebieten das Wasser nicht reichen können. Wenn die freisinnige Presse sich jetzt über die Anstellung dieses natürlichen und durch die Vorgänge bei der Virchowfeier geradezu herausgeforderten Vergleichs ergrimme, so sei das eben ein untrügliches Zeichen des Schuldbewußtseins bezüglich dieser Feier. In dem Gefühle, mit der Anerkennung der wissenschaftlichen Verdienste und Größe Virchow's planmäßig einen Humbug zur Glorifizierung der freisinnigen Partei getrieben zu haben, welchen die „Nationalliberale Korrespondenz“ mit Recht als geschmacklosen Unfug bezeichne, fühle sie sich eben von jenem Satze in dem Kaiserlichen Erlaß nur zu sehr getroffen und durch die daran sich knüpfenden Betrachtungen um so empfindlicher berührt, je weniger sie deren Berechtigung ernstlich im Zweifel zu ziehen vermöge. Ob sie die Lehren beherzigen werde, obwohl sie einsehen dürfte, daß der Mißbrauch der Virchowfeier schließlich am wenigsten im Interesse des Gefeierten liege, müsse bei ihrer Natur mehr als fraglich erscheinen.

Anders dachte man in Friedrichsruh. Aus den „Hamburger Nachrichten“ lernten wir den folgenden Artikel kennen, den sie, um seinen Ursprung recht deutlich zu kennzeichnen, an die zweite Stelle, nämlich, unmittelbar hinter ihren eigenen oder auch nicht eigenen ersten Artikel setzten.

Der Artikel trug die Überschrift: „Die Politik in Ungnade“, entstammte den „Augsburger Neuesten

Nachrichten" und lautete in seinen hervorragendsten Sätzen:

„Was heißt es, wenn von der höchsten Stelle so verächtlich über Politik und politische Parteien gesprochen wird, von der höchsten Stelle, die ihrer Natur nach selbst mit Politik nicht wenig zu thun hat? Nach unserer unmaßgeblichen Meinung ist die Politik, wenn nicht die würdigste, so doch eine sehr würdige Beschäftigung für Erwachsene, giebt sie selbst dem wissenschaftlichen Streben und dem hohen Fluge eines dem Idealen zugewendeten Geistes, der übrigens auch in ihr, wenn wir uns der Jahre 1813 und 1870 recht erinnern, zuweilen eine Rolle gespielt haben soll, an Bedeutung für die Menschheit und deren Aufwärtsbewegung nichts nach. Ohne die Politik, wo wären heute Kaiser und Reich? Und auch „das Getriebe der Parteiungen" dürfte nicht ohne jedes Verdienst an beiden, an der Schaffung und dem Ausbau des Reiches, an seiner Sicherung nach außen und innen sein. Ja, wir könnten uns eine Möglichkeit denken, wo unter unseren staatlichen Faktoren den Parteien ein sehr großes Verdienst in dieser Hinsicht zukommen könnte, z. B. wenn sie es in ihren nationalen Bestandteilen mit ihrer Aufgabe, an den Maßnahmen der Regierung eine offene, unter Umständen auch eine scharfe Kritik zu üben, etwas ernster nähmen, als das seit der Entlassung des Fürsten Bismarck leider der Fall war. Gerade der nationalen Parteien Pflicht wäre es schon öfter gewesen, sei es im Parlament, sei es in der Presse, warnend und protestierend ihre

Stimme zu erheben, insbesondere auch gegen gewisse entscheidende, aber nicht gerade wohl überlegte Wendungen, die von unserer auswärtigen Politik eingeschlagen worden sind, und die ebenso natürlicher wie bedauerlicher Weise zu einer empfindlichen Verschlechterung unsrer auswärtigen Lage und Machtstellung, wie der Gewährleistung des Friedens geführt haben."

Die Berliner Regierung hat gerade heute nichts nötiger als Kritik und Wahrheit. Beide sind ihr schon zu lange Zeit in höchst ungenügenden Dosen verabreicht worden. Zu lange hat in einflußreichen politischen Kreisen und Parteien das Schranzentum über die Politik geherrscht. Politik, Parteiungen, Presse sind heute in Ungnade. Die Zeitungsschreiber sind selten von berufener Stelle so oft und nachdrücklich in's Gebet genommen worden, wie in den letzten Jahren. In der That, schlagen wir an die sündige Brust und bekennen wir unsere Schuld. Die Zeitungsschreiber haben das deutsche Volk so nervös, so unstet, so fahrig gemacht, daß es heute nicht weiß, welche unangenehme Überraschung ihm das Morgen bringen wird, daß es im Zweifel darüber ist, ob es den Fürsten Bismarck trotz aller Absperrungsmaßregeln ehren darf, oder ob es sich entschließen muß, den Reichsfeind Windthorst unter die Nationalheiligen aufzunehmen. Wenn die Vorgänge auf der politischen Bühne des sensationellen, des ungewöhnlichen Zuschnitts entbehren, so werden die Zeitungsschreiber aus purem Neuigkeitshunger unwirsch, und wenn der Strom des deutschen Lebens ruhig und gleichmäßig seine Wogen dem ewigen

Meere zuwälzt, so laufen die Zeitungsschreiber aufgeregt am Ufer auf und ab und bedrohen alle Welt mit dem groben und feinen Geschosse ihrer Wort-Artillerie, falls man nicht das bewährte Wirtschaftssystem alsbald aufgebe, oder schleunigst einen Cultusminister berufe, der seinen Stützpunkt bei Polen und Ultramontanen sucht. Besonders die angesehene Presse, die sich besonders national dünkt, hat sich durch diese Neuerungssucht hervorgethan, und die ultramontanen und radikalen Blätter, deren Wiege höchst unterthänig in Byzanz stand, können mit ihrem Gewisper, an das sie selbst nicht glauben, dagegen gar nicht aufkommen.

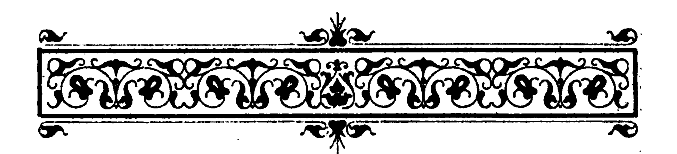
Die Zeitungsschreiber für die politische Beunruhigung verantwortlich machen, das hat ungefähr den Sinn, wie dem Barometer die Schuld für schlechtes Wetter aufbürden. Sind die thatsächlichen Verhältnisse befriedigend, so sind die Versuche der Presse, die öffentliche Meinung zu beunruhigen, vergeblich und jedenfalls nicht auf lange Monate hinaus wirksam. Die Zeitungen erzeugen nicht die Unruhe, sondern spiegeln sie nur wieder, bisweilen in geringerem Maße, als unterrichteten Staatsmännern berechtigt erscheint. Vielleicht erinnert sich Herr von Caprivi des Festmahles, welches am 5. August 1891 von dem Staatssekretär von Boetticher zu Ehren der Chicagoer Weltausstellungs-Kommission veranstaltet wurde. Der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen, der Finanzminister und andere Würdenträger wohnten dem Essen im Festsaale des Reichsamtes des Innern bei und es ist begreiflich, daß die Vorgänge von Kronstadt den bevor-

zugten Gegenstand der Unterhaltung bildeten. Admiral Gervais war an jenem Tage in Moskau eingetroffen, und, wie aus Paris gemeldet wurde, mit einem „Freudendelirium“ empfangen worden. Die deutsche Presse aber stand jenen Ereignissen sehr kühl gegenüber und dachte vielleicht wie Herr von Caprivi im Monat November 1891 sich äußerte: „Beunruhigen können wir uns auch später noch!“ Selbst die Mitteilungen der „Times“ über einen Bündnisvertrag zwischen Rußland und Frankreich wurden entweder ungläubig oder gleichgiltig aufgenommen. Da waren es Minister, die sich weidlich wunderten, daß die „Zeitungsschreiber“ sich nicht zu beruhigen vermochten und die Bedeutung der Kronstädter Vorgänge, wie sie meinten, unterschätzten. Daß derartige Auffassungen hervorragender Persönlichkeiten durch bestimmte Kanäle an einzelne „Zeitungsschreiber“ gelangen würden, konnte füglich vorausgesetzt werden und war auch wohl vorausgesetzt worden. Ging dann der „Beunruhigungsbacillus“ um und wurden förmliche „Reinkulturen“ gezüchtet, so soll man doch jetzt nicht thun, als handle es sich dabei nicht um Ansteckung, sondern um Urzeugung. Ein gut Teil der Zeitungsschreiber wußte vor dem Festmahl des Herrn von Boetticher nicht weniger als nachher, was von den Kronstädter Ereignissen zu halten sei, nur daß die Presse so wenig wie Herr von Caprivi für nützlich hielt, die letzten Gedanken „immer auf dem Präsentierteller“ zu zeigen. Dasselbe gilt von manchen Zwischenfällen auf innerem Gebiete, bei denen es die Presse geflissent-

lich unterlassen hat, auch nur vorhandener Beunruhigung einen annähernd zureichenden Ausdruck zu geben. Daher sollte Herr von Caprivi mehr Grund haben, das verständnisvolle Entgegenkommen der Presse anzuerkennen, als vom hohen Roß herab über die „Zeitungsschreiber" zu reden. Die „Zeitungsschreiber" haben auch die Ansprache des Kaisers Franz Joseph und ähnliche Kundgebungen nicht veranlaßt. Kann es aber eine bedenklichere Art der „Beruhigung" geben, als daß ein leitender Staatsmann offen sagt, wenn er die Truppen morgen zur Schlacht führen müßte, würde er sie heute Nacht noch ruhig schlafen lassen? Ist das nicht der fruchtbarste Nährboden für den „Beunruhigungs-Bacillus"? Diplomaten können bei ihren Reden verschiedene Zwecke verfolgen, sie wenden sie vielleicht auch bisweilen gegen „Zeitungsschreiber", wenn sie ganz andere Personen im Auge haben. Allein die Presse hat so viel Selbstachtung, sich nicht zum Prügelknaben machen zu lassen, und sie kann daher Herrn von Caprivi nur anheimgeben, wenn er wieder Sündenböcke braucht, sie an anderen Stellen zu suchen, als unter den „Zeitungsschreibern". So die „V. Z."

Der Kaiser selber hat die Herren von der Presse Hungerkandidaten und verkommene Gymnasiasten genannt. Sie sollten sehr bald zu Ehren kommen. In der Schlußsitzung der Schulkonferenz vom 18. Dezember sah der Kaiser, um seinen Plan vor Mißverständnissen zu schützen, sich genötigt, einen Journalisten als Autorität anzurufen. Er citierte eine Berliner Korrespondenz des „Hannöverschen Couriers".

Für die Journalisten hat es unbedingt einen gewissen angenehmen Reiz, zu sehen, wie viel Journalistenblut in Kaiser Wilhelm II. selber steckt. Dieser ausgesprochene Sinn für aktuelle Ereignisse nebst der blendenden Fähigkeit, sie in eine besonders sensationelle Beleuchtung zu rücken! Dieser Drang, mit Wort und Schrift vor der weitesten Oeffentlichkeit für seine Gedanken kräftig und schnell Propaganda zu machen! Die Schlagfertigkeit des Stiles und jenes unbeschreibliche Talent, gelegentlich selbst eine nicht ausgereifte Idee mit Eleganz in die allgemeine Diskussion zu werfen! Alles erinnert an jene Rasse feuriger Publizisten, welche ein Hindernis lieber zu überspringen trachten, das kalt gewordene Staatsmänner zu umschreiten suchen. Uebrigens war auch der jetzt so häufig als Vorbild zitierte Urahn, Friedrich der Große, hin und wieder Zeitungsschreiber. Er veröffentlichte seine Artikel in den damaligen Berliner Zeitungen anonym; doch hätte es keinem andern Journalisten einfallen dürfen, den königlichen Herrn Kollegen abfällig zu kritisieren. Darin sind die heutigen Redaktionen jetzt glücklicher Weise anders daran. Kundgebungen im „Reichsanzeiger“, selbst, wenn sie die Unterschrift des Kaisers tragen, finden ihre journalistischen Entgegnungen, die zwar sehr höflich und vorsichtig in der Form, jedoch manchmal recht scharf in der Sache und heute nicht vor gerichtlicher Verfolgung sicher sind.



Die Kunst am Hofe.

Der Plan zur Errichtung eines National-denkmals für Kaiser Wilhelm I. ist aus einer Anregung des Reichstags hervorgegangen. Dieser forderte den Kanzler zur Einbringung einer Vorlage auf. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Die Reichsregierung kam der Aufforderung am 5. Dezember 1888 nach, indem sie in einem Gesetzentwurfe 100,000 Mk. zu Vorarbeiten und zur Veranstaltung eines Preisausschreibens verlangte. Den Künstlern war die Wahl des Platzes für das Denkmal überlassen, mit der Einschränkung, daß er auf der Strecke zwischen der Schloßfreiheit und dem großen Stern gelegen sein müsse. Gerade die künstlerisch hervorragendsten Entwürfe waren für die Gegend vor dem Brandenburger Thore. Erst nach ihrer Einlieferung und Ausstellung erklärte der Kaiser plötzlich in einer Unterredung mit dem Bildhauer Hoffmeister, daß das Denkmal dem großen Westportal des Schlosses gegenüber auf

dem gegenwärtig noch von den Häusern der Schloß-freiheit eingenommenen Platz zu errichten — dieselbe also einzureißen sei. Die prämiierten Entwürfe wurden vom Kaiser samt und sonders abfällig beurteilt, nur ein Entwurf, der von Begas, der nicht prämiert war, fand seinen Beifall. Natürlich großes Staunen in der Künstlerwelt, aber auch im großen Publikum. Die Sache kam im Reichstage in folgender Weise zur Sprache. Der Abgeordnete Richter sagte:

„Unmittelbar nach dem Tode des Kaisers vereinigten sich die größeren Parteien dieses Hauses — ich gehörte auch zu den Antragstellern — zu einem schleunigen Antrag:

> Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in dessen nächster Session eine Vorlage behufs Errichtung eines Denkmals für den hochseligen Kaiser Wilhelm, den Gründer des deutschen Reichs, zu machen.

Dieser Antrag wurde damals im Reichstag ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Es ging schon daraus hervor, daß es sich bei diesem Denkmal handelt nicht um ein Denkmal, welches ein Fürst dem anderen, ein nachfolgender Herrscher einem Vorgänger, sondern, daß es sich handelt um einen Akt der Dankbarkeit, der aus der eigensten Initiative des Volkes hervorgegangen ist. Das wird dem Denkmal einen erhöhten Wert und eine erhöhte Bedeutsamkeit verleihen. Daraus folgt aber auch meines Erachtens, daß bei der Frage, in welcher Art und Weise das Denkmal am angemessensten zu errichten

ist, dem Volke oder denjenigen seiner Organe, in denen die öffentliche Meinung in einer solchen Frage in sachverständiger Weise zum Ausdruck gelangt, die erste Stimme der Entscheidung gebührt. Die Regierung hat sich beeilt, dem Antrage des Reichstags folgend, unter dem 5. Dezember 1888 einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, betreffend die Vorarbeiten für das National-denkmal Kaiser Wilhelms, und es wurde in diesem Gesetzentwurfe eine Summe von 100,000 Mark verlangt zu Vorarbeiten und zu einer Preisausschreibung. Diesem Gesetzentwurfe war eine Denkschrift beigefügt; es war ausdrücklich in dem Begleitschreiben, mit dem uns dieser Entwurf vorgelegt wurde, erwähnt, daß im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers dieser Entwurf und die Denkschrift an uns gelangt sei. Die Denkschrift stellte es mit Recht als die Aufgabe hin, eine nähere Fühlung mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen — so lautete der Ausdruck — in Bezug auf die Art der Ausführung des Antrags des Reichstags. Zu diesem Zwecke — so wurde uns mitgeteilt — seien 20 Männer von künstlerischem Verständnis auserlesen worden, und diese habe man mit Genehmigung des Kaisers vertraulich gehört über die Art, wie diesem Plane Fortgang zu geben sei. Als Ergebnis dieser vertraulichen Besprechung wurde nun in der Denkschrift hingestellt wesentlich zweierlei: einmal, daß die Gesamtkraft der deutschen Kunst aufzubieten sei, und daß den künstlerischen Gestaltungen Raum zu geben sei, welche sich nicht blos innerhalb der Bildhauerei, sondern auch zu baulichen Anlagen übergehen. Der

zweite Punkt, der in der Denkschrift hervorgehoben wurde, war, daß man sich in Bezug auf die Platzfrage nicht etwa beschränken sollte auf einen einzelnen Platz, wie die Schloßfreiheit, sondern, daß der gesamte Straßenzug vom königlichen Schlosse an bis in den Tiergarten hinein für die Platzfrage zur Erörterung zu stellen sei. Die Vorlage der Regierung wurde hier im Reichstag auch wieder einstimmig und ohne irgend eine nennenswerte Debatte erledigt.

Es erfolgte alsdann das Preisausschreiben der Regierung im Januar dieses Jahres. Dieses Preisausschreiben wurde uns mitgeteilt mit der Aufforderung, 4 Mitglieder des Reichstags zu delegieren, um an der Preisjury teilzunehmen. In dem uns mitgeteilten Preisausschreiben hieß es ausdrücklich:

> Das Ausschreiben, welches für diese Preisbewerbung hiermit ergeht u. s. w., hat den Zweck, diejenigen Anforderungen an das Denkmal so weit festzustellen, daß auf Grund der Ergebnisse zum mindesten über den Platz des Denkmals Entscheidung getroffen werden soll.

Und dann heißt es:

> über die Gestaltung des Denkmals selbst aber werde noch eine weitere Bewerbung auszuschreiben sein, zu der ein kleiner Kreis von Künstlern einzuladen wäre, zu welchen aber jedenfalls die Sieger in der gegenwärtigen Bewerbung gehören sollten —

wie es am Schlusse dieser Denkschrift ausdrücklich heißt. Zugleich waren entsprechend einer früheren

Mitteilung des Herrn Ministers von Boetticher, 7 Plätze angeführt, welche in Frage kommen konnten für die Errichtung dieses Denkmals. Darunter befand sich allerdings auch die „Schloßfreiheit“; es befanden sich aber auch andere Plätze darunter bis zum Königsplatze hinaus. Das Preisausschreiben wurde veröffentlicht, die Beteiligung der Künstlerkreise Deutschlands war eine außerordentlich lebhafte, von künstlerischer Seite hat man Aufwendungen gemacht für Modelle, Entwürfe, Skizzen, deren Wert und Kosten weit hinausgehen über die Summe, die als Preise hier in Frage kommen. Offenbar hat man sich in künstlerischen Kreisen der ganz bestimmten Erwartung hingegeben, daß dieses Preisausschreiben nicht blos der Form wegen erfolgt sei, und daß die Entscheidungen der Preisjury nicht nachträglich wieder beliebig bei Seite geschoben werden könnten, sondern man hat sich der vollen Zuversicht hingegeben, daß, gemäß der Erklärung in dem Preisausschreiben, das Ergebnis zum mindesten über den Platz des Denkmals eine Entscheidung herbeiführen würde.

Nun, meine Herren, sind im September die Urteile der Preisjury bekannt geworden. Bekanntlich sind der erste und zweite Preis erteilt worden für architektonische Entwürfe; der erste Entwurf hatte den Königsplatz gewählt als Platz für das Denkmal, der Entwurf des zweiten Preises den Platz dort, wo die Charlottenburger Chaussee sich mit der Siegesallee kreuzt. Diejenigen Entwürfe, denen zweite Preise zugedacht waren, hatten Plätze vor dem Brandenburger

Thor und dem Opernplatz in Aussicht genommen. Nun wird es immer der Fall sein, wie die Entscheidung der Jury auch falle, daß einzelne ihre Meinung darin nicht getroffen finden; aber meine Herren, ich glaube, den allgemeinen Eindruck in der öffentlichen Meinung konstatieren zu können, daß man in dieser Entscheidung der Jury eine vorläufige Klärung der Sache, eine feste Grundlage erblickte, auf der weiter bei den vorausgesehenen engeren Bewerbern über die Gestaltung des Denkmals zu bauen sei.

Vor allem hat es nach meiner Auffassung eine große Befriedigung erweckt, daß diese Entscheidung der Jury mit allen jenen phantastischen Projekten, die durch Niederreißung ganzer Straßenzüge und selbst von Kunstwerken einen freien Platz für dieses Denkmal schaffen wollten, aufräumte; insbesondere hat es auch Befriedigung erregt, daß in den prämiierten Entwürfen nicht in Betracht gezogen war die Niederreißung der „Schloßfreiheit“, wodurch ein Aufwand von 10—12 Millionen entstehen müßte, um erst Platz zu schaffen für ein verhältnismäßig kleines Denkmal, das allerdings in einem Entwurfe, demjenigen des Herrn Begas, vorgesehen war, — aber einem Entwurfe, der in der öffentlichen Wertschätzung sehr zurückgeschoben ist. Ich gewann den Eindruck damals, daß auch die Regierung dieser allgemeinen Auffassung der Sache im Sinne der Jury beitrat. Unmittelbar nach der Publikation der Preise erschien ein Artikel, der in mehr als hundert der

Regierung und dem Preßbureau zugänglichen Zeitungen veröffentlicht wurde, in dem es heißt:

> Aus dem Spruche der Richter ergiebt sich im Allgemeinen für die Platzfrage, daß das Denkmal nicht im Innern der Stadt, sondern vor dem Brandenburger Thor auf dem Königsplatz, oder im Tiergarten in monumentaler Größe seinen Platz finden soll.

Alle die phantastischen Entwürfe, welche mit ganzen Stadtvierteln aufräumten, seien beseitigt. — Weiter heißt es dann:

> Allseitig wird anerkannt, daß die Konkurrenz eine vorläufige Klärung gebracht, und daß damit ein wirklicher Schritt zur würdigen Versinnbildlichung des Dankgefühls des deutschen Volkes für seinen großen Kaiser geschehe.

Das ist auch ganz meine Meinung, und die Sache schien hiermit in gute Wege geleitet, so daß wir auf einen ruhigen, weiteren Fortgang hoffen konnten. Da fiel von maßgebender Stelle eine Aeußerung, welche sich iu ganz entgegengesetzter Richtung bewegt als diejenige, die die Regierung in Uebereinstimmung mit dem Reichstag bisher einschlug; in dieser Aeußerung wurden die prämiierten Entwürfe samt und sonders sehr abfällig beurteilt. Es hieß, der einzige Entwurf, der irgendwie beachtenswert erscheine, sei der von Begas, ein Entwurf, der gar nicht prämiiert worden war, der einzige Platz, der in Betracht kommen könne, sei die Schloßfreiheit; und endlich war hervorgehoben — ganz im Gegensatz zur

amtlichen Ankündigung —, daß an der engeren Konkurrenz zur Bestellung des Denkmals nur Bildhauer teilhaben sollten; die Sieger der ersten Konkurrenz, die beiden Architekten, würden also demnach ausgeschlossen sein.

Ich erlaube mir nun, an den Herrn Staatssekretär von Boetticher, als Vertreter des Reichskanzlers, die Anfrage zu richten, wie die Regierung sich gegenüber dieser von mir skizzierten Aeußerung Seiner Majestät des Kaisers stellt, und welcher Fortgang der Denkmalsfrage nun weiter gegeben werden wird."

Der Staatssekretär von Boetticher erklärte noch am 12. November 1889 im Reichstage, die Denkmalsfrage werde in dem ursprünglichen Rahmen weiter gefördert werden. Die Entscheidung über die Platzfrage könne „selbstverständlich niemand anders überlassen werden, als den Faktoren im Reiche, welche die Errichtung eines Denkmals für den hochseligen Kaiser beschlossen haben und welche demnach auch darüber zu bestimmen haben, wo und wie dieses Denkmal errichtet werden soll." Herr von Boetticher teilte mit, daß ein Mitglied der Jury, welchem ein hervorragendes Verständnis für die Frage beiwohnt, ersucht wurde, seine Auffassung über die Platzfrage in einer Denkschrift niederzulegen. Das war offenbar Geheimrat Jordan, der sich dann gegen die Schloßfreiheit ausgesprochen hat. Der Staatssekretär fuhr wörtlich fort: „Irgend welche maßgebende Entscheidung ist bisher noch nicht getroffen und kann

selbstverständlich noch nicht getroffen sein; denn es ist klar, daß der Bundesrat und der Reichstag sich darüber schlüssig zu machen haben, wie das Denkmal zu errichten ist. Es werde eine Vorlage an Reichstag und Bundesrat gelangen, „welche darauf abzielt, die Platzfrage und die näheren Bestimmungen über die engere Konkurrenz zur Entscheidung zu bringen.“

Das war noch unter Bismarck. Was geschah? Am 12. Juni 1890 wurde von Herrn v. Caprivi dem Reichstage ein Antrag vorgelegt, derselbe wolle beschließen: das National-Denkmal für Kaiser Wilhelm I. wird auf dem durch Niederlegung der Gebäude an der Schloßfreiheit entstehenden Platze errichtet und dasselbe erhält die Gestalt eines Reiterstandbildes. Der Reichstag beschloß, die Entscheidung des Platzes, die Gestaltung des Standbildes, sowie die Art, in welcher ein engerer Wettbewerb über den Entwurf auszuschreiben sei, kurz, alles der alleinigen Entschließung des Kaisers zu überlassen. Es haben sich denn auch drei oder vier Künstler gefunden, die aus den begreiflichen Gründen, welche Andere von diesem Wettbewerbe abhielten, auf eine Teilnahme daran nicht verzichtet haben.

Im Lichthofe des Zeughauses sind nunmehr die Zeichnungen und Modelle zu den Wettbewerbs-Entwürfen für das Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal mit Ausnahme jener zum Reiterstandbilde entfernt worden. Bei dem gewählten Aufstellungsort an der Schloßfreiheit in der Axe des Hauptportals des Königlichen Schlosses wird es sein Bewenden haben. Hiermit

treten auch sämtliche anderen neuerdings aufgetauchten Vorschläge zurück, unter ihnen jener in Architektenkreisen mit großem Interesse aufgenommene eines Hamburger Baukünstlers, welcher das Denkmal nach Niederlegung des Roten Schlosses südlich der Schleusenbrücke zwischen Schleuse und Graben vor einer halbkreisförmigen Arkadenhalle als Seitenstück zum Denkmal des Großen Kurfürsten errichten wollte. Wenn übrigens die Entscheidung bezüglich des Denkmals fällt, so dürfte bis zu dessen völliger Vollendung immerhin ein Jahrzehnt vergehen; hat doch z. B. Professor Siemering für das Washington-Denkmal in Philadelphia schon etwa 8 Jahre bedurft, ohne daß es bis jetzt vollendet wäre. So wird also ein Jahrzehnt für das Nationaldenkmal noch ein verhältnismäßig kurzer Zeitraum sein, der überhaupt nur ausreicht, wenn mit allen Kräften an der Herstellung der Modelle und an den Güssen gearbeitet wird. Es ist gut, das zu betonen, um nicht die Hoffnung zu erwecken, als ob die ganze Denkmalsanlage in wenigen Jahren fix und fertig dastehen könnte.

In gewissem Sinne erinnert die Vollmacht des Kaisers an die Thätigkeit der fürstlichen Bauherrn früherer Jahrhunderte; der Kaiser nimmt dabei die Lasten, aber auch die Würden der künstlerischen Repräsentation in einer Weise auf sich, wie sie seit Friedrich Wilhelm IV. nicht bekannt gewesen sind. Die Erwartung ist unter diesen Umständen berechtigt, daß wir unter dem jungen Kaiser etwas wie einen Stil Wilhelm II. bekommen werden. Die Ansätze zu

einer solchen allmähligen Umbiegung der herrschenden Stilformen in die individuelle Nuance hinein, wie sie Wesen und Wollen eines mächtigen Monarchen geben kann, sind schon jetzt zu beobachten. Der leidige, höchst ehrbare, aber auch höchst langweilige preußische Bürokratenstil, für den die Rundbogenfenster in den glatten Ziegelmauern typisch sind, beginnt allmählich zu verschwinden. Wie der Kaiser über das Nationaldenkmal auf der Schloßfreiheit selbständig verfügt, so hat er auch in mehreren wichtigen Kirchenbauangelegenheiten schon aus eigner Machtvollkommenheit die letzte Entscheidung getroffen und die beiden Gedächtniskirchen für den alten Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Augusta werden nach den persönlichen Wünschen des Herrschers erbaut. Es sind das höchst stattliche Architekturen, die in die Physiognomie, nicht blos der betreffenden Stadteile, sondern auch von ganz Berlin einen beherrschenden Zug bringen werden. Die Wahl nun, die der Kaiser unter den eingesandten Entwürfen getroffen hat, ist in beiden Fällen für seinen Geschmack und für seine Anschauungsweise characteristisch. Es ist der spätromanische Stil der Rheinlande, zu dem er sich hier bekennt und auch in der Wahl des Baumaterials soll dieser Stil festgehalten werden; für die Fronten ist nämlich der rheinische Tuffstein auserſehen.

Die Deutsche Architektenschaft fühlte sich durch den Ausgang der Kaiser-Wilhelm I.-Denkmalsgeschichte tief verletzt. Die „Deutsche Bauzeitung“ bemerkte aber: „Wir glauben versichern zu können, daß die Deutsche

Architektenschaft trotz der ihr zu Teil gewordenen Enttäuschung unbefangen genug sein wird, sich die Freude an einem auf der Schloßfreiheit zu errichtenden rein bildnerischen Kaiser-Wilhelm-Denkmal nicht verderben zu lassen, falls es in der That gelingt, eine Schöpfung hervorzubringen, welche dem Schlüter'schen Denkmal des Großen Kurfürsten oder auch nur dem Rauch'schen Friedrichs-Denkmal ebenbürtig ist. Sollte jedoch nicht mehr herauskommen, als der von der öffentlichen Meinung nahezu einstimmig verurteilte Entwurf darbot, mit welchem Herr Prof. R. Begas an dem vorjährigen Wettbewerbe sich beteiligt hatte, so würde die Enttäuschung allerdings eine dauernde sein."

Mit den Malern hat es Wilhelm II. auch verdorben. Das Bildnis des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke von Frau Vilma Parlaghi, das, wie alle im Besitze S. Majestät des Kaisers befindlichen Gemälde, im Ehrensaale der internationalen Kunstausstellung von 1891 einen Platz fand, hat durch die Zurückweisung von Seiten der Annahme-Commission und die bekannten Folgen die öffentliche Meinung in einem Maße beschäftigt, das durch die künstlerischen Eigenschaften des Bildes nicht gerechtfertigt war. Es stellt den Grafen in der von ihm zumeist getragenen Interims-Uniform, die vorn aufgeknöpft ist, in ganzer Figur auf einem Lehnstuhle sitzend, dar. Der Oberkörper, der im Verhältnis zum Unterkörper zu lang geraten, ist etwas nach vorn geneigt, so daß der Kopf im vollen Lichte aus dem Dunkel des Hintergrundes heraustritt. Es ist der Künstlerin ebensowenig gelungen, das geistige Wesen dieses großen

Genius und Denkers auch nur zum oberflächlichen Ausdruck zu bringen, wie sie es vermocht hat, den Kommentar zum Antlitz, die Hände zu individualisieren. Wie Moltke's rechte Hand ausgesehen hat, wissen wir ganz genau durch den von dem verstorbenen Bildhauer Professor Julius Franz gemachten und in den Handel gebrachten Gipsabguß. Auf dem Bilde der Frau Parlaghi kommt die rechte Hand nur zu geringer Geltung, und die linke ist so steif und leblos modelliert, wie die Beine. Der Profilkopf Moltke's von A. von Werner, welcher auf der internationalen Ausstellung gegenüber sich befand, giebt dagegen ein das geistige Wesen des Helden viel besser veranschaulichendes, bei weitem mehr in die Tiefe dringendes Abbild. Wir glauben, daß die Künstlerin besser daran gethan hätte, das Bild in allen seinen Teilen gleichmäßig durchzuarbeiten, bevor sie es dem Urteil der Jury unterbreitete. Die Zurückweisung des Bildes aus „rein künstlerischen Gründen" erschien danach durchaus gerechtfertigt, um so mehr, wenn man es mit den früheren Bildnissen der Künstlerin vergleicht, insbesondere mit denen Kossuth's und Windthorst's, die, trotz mancher Mängel im einzelnen, dem Moltkeporträt weit überlegen sind.

Wie auf dem Gebiete der Politik, so finden sich auch auf dem der Kunst selbständige und gouvernementale Parteien. So konnte man über jene Affaire in dem Feuilleton einer Provinzialzeitung lesen:

„Es scheinen sich da hinter den Coulissen allerhand Dinge abgespielt zu haben und noch abzuspielen,

die über kurz oder lang vielleicht doch die Oeffentlichkeit beschäftigen werden — in welcher Weise und wem zu Nutzen oder Schaden, muß abgewartet werden. Die eigentliche Veranlassung liegt in einem Fehler der Jury unserer internationalen Kunstausstellung, die ein Moltkebild der seit einigen Jahren in Berlin lebenden hochbegabten ungarischen Malerin Vilma Parlaghi zurückgewiesen hatte; sicher mit Unrecht, denn das Porträt — wenn es auch nicht so gut ist, wie das auf der letzten Ausstellung mit der kleinen goldenen Medaille gekrönte Windthorst-Bildnis derselben Künstlerin — ist durchaus nicht schlecht und hätte sehr wohl einen Platz zu beanspruchen gehabt. Die Zurückweisung war für die Künstlerin um so empfindlicher, als sich schon ein Käufer gefunden hatte, der nun nach dem abschlägigen Jurybescheide zurücktrat, und ferner für das Gemälde in sonst bei uns nicht gewohnter Art die Reklame-Trommel in Privatkreisen und den Zeitungen gerührt und das Bild als größtes Meisterwerk und die erste Zierde der Ausstellung hingestellt worden war. Damit war es nun nichts! Die heißblütige ungarische Künstlerin beruhigte sich bei dem Urteil der Jury nicht, auch einige Zeitungen spektakelten weiter, privatim wurde ferner „Stimmung" gemacht und die Angelegenheit aus einer künstlerischen leider zu einer persönlichen gedrechselt, das Gemälde ward dann im Schulte'schen Kunstsalon ausgestellt, vom Kaiser — wie man sagt, für die „Nationalgalerie" — angekauft und auf seinen Befehl vor einigen Tagen im Ehrensaal der Kunst-

ausstellung untergebracht. Dort, auf einer Staffelei stehend, erregt das Bild natürlich das Hauptinteresse der Besucher und giebt zu vielen Debatten Veranlassung. So verschiedenartig und manchmal recht gewagt aber auch die Meinungen sein mögen, darin stimmen fast alle überein, daß die Jury mit der Abweisung Unrecht hatte. Der greise Feldmarschall sitzt auf einem bequemen Sessel, den hageren Oberkörper, der in die aufgeknöpfte Interims-Uniform gehüllt ist, ein wenig vorgebeugt, die Mienen ernst, mit einem etwas lauschenden Ausdruck, als ob er einen Vortrag vernimmt und denselben beantworten will, aus dem ganzen Bildnis, dessen Form uns nur zu unförmlich erscheint, zeigt sich die ganze Größe und Bedeutung, aber auch die ganze Schlichtheit und Einfachheit des einzigen Mannes sprechend.

Es ist natürlich, daß jetzt stets eine Anzahl Aufträge guter Darstellungen des kaiserlichen Herrn vorliegt, und ebenso natürlich, daß die Künstler, Maler wie Bildhauer „nach der Natur schaffen" möchten; an derartigen Aufträgen jeder Art fehlt es daher beim Oberhofmarschallamt nie, und wenn allen diesen Bitten gewillfahrt werden sollte, so würde dem Monarchen kaum Zeit für die allerdringendsten Regierungsgeschäfte übrig bleiben. Der Kaiser weiß jedoch selbst zu gut, wie wichtig für den Künstler das Schaffen nach der Natur ist, und wenn es irgend mit Zeit und Örtlichkeit zu vereinen geht, kommt er den Herren von der Palette und dem Meißel auf das bereitwilligste entgegen. In einer Woche ereignet es sich oft

mehrmals, daß der Herrscher die verschiedenen Ateliers besucht, und da zumal die Maler stets die engste Fühlung mit dem Himmel haben und meistens „hoch hinaus“ wohnen, kann der Kaiser auf das eingehendste die Höhe der Berliner Mietshäuser und die Beschaffenheit steiler, schier unendlicher Vorder- und Hintertreppen studieren. Jede diesbezügliche Entschuldigung weist er mit bester Laune ab: „Das weiß ich längst“, erwiderte er lächelnd einem Maler, der ihn kürzlich vor dem Hausthor empfing und etwas verlegen bemerkte, daß sein Atelier „im Hinterhause vier Treppen hoch“ läge, „daß Mir das Klettern bei Ihnen nicht erspart bleibt. Ich habe aber schon Übung darin, also — frisch los!“

Alle Künstler, welche bisher den Vorzug hatten, den Kaiser, welchen häufig seine Gemahlin begleitet, in ihren Ateliers zu sehen, sind entzückt von seiner Freundlichkeit, seinem offen-männlichen Wesen, seiner Bereitwilligkeit ihren Wünschen nach einer „guten Pose“ sofort zu entsprechen, seiner Ausdauer in der einmal gegebenen Stellung zu verharren. Sie rühmen überstimmend des Kaisers künstlerisches Verständnis, welches sich in vielen Bemerkungen und Beurteilungen deutlich zeigt; mit Künstleraugen betrachtet er die einzelnen Werke und wiederholt ist es vorgekommen, daß er in seiner Lebhaftigkeit Kohle und Pinsel oder Reißschiene ergriff, um seine mündlichen Ausführungen praktisch zu verdeutlichen. Das gleiche Interesse widmet er der übrigen Thätigkeit der betreffenden Künstler; eingehends beschäftigt er sich mit ihren Studien, blättert

die Skizzenmappe durch, läßt sich von ihren weiteren Entwürfen erzählen und ergänzt gern irgendwelche historische Darstellungen, wobei er die trefflichsten geschichtlichen Kenntnisse und eine umfangreiche Kostümkunde entwickelt. — Die Anmeldung des Kaiserlichen Atelierbesuches geschieht häufig nur ganz kurze Zeit — oft eine halbe oder eine Stunde — vorher und so manchesmal mag der Monarch vergeblich bei einem Künstler vorgefahren sein. Die frühe Morgenstunde bevorzugt er bei seinen Besuchen, so klopfte er einmal Anton von Werner in seiner Villa am Wannsee um die fünfte Morgenstunde aus den Federn, und Meister Angeli erging es bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin ähnlich, er wurde zwei Stunden früher, wie verabredet, durch eine Ordonnanz nach dem Schloß befohlen, und als er dort atemlos ankam, wartete der Kaiser schon auf ihn und empfing ihn lachend mit den Worten: „In Wien können Sie ruhig lange schlafen, lieber Angeli, bei uns steht man früher auf!“

In den vielfachen Bildnissen, in denen der Kaiser sich der Welt schon hat vorführen lassen, ist das Ringen nach immer neuen Attitüden und Situationen erkennbar, die geeignet sein könnten, seine untersetzte Gestalt zu heben und seiner Stellung möglichst entsprechend erscheinen zu lassen. Er hat es bekanntlich auch schon mit einem Vollbart versucht, aber einen solchen bald wieder als unvorteilhaft verschwinden lassen. Franz von Lenbach's großes Bildnis des Kaisers, ein Werk, dessen Ausstellung die Kunstwelt schon seit langer Zeit mit Spannung er-

wartete, war in der Kunsthandlung von Schulte, Unter den Linden, ausgestellt. Der Kaiser ist dargestellt im langen, über die Uniform des Garde du Korps-Regiments geworfenen dunklen Pelzmantel in einer einsamen Landschaft in dem Zwielicht eines von düsteren Wolken verhangenen Himmels. Der ruhige Ernst in den Zügen des Kaisers ist gut getroffen, wahrer und zugleich schöner als von jedem anderen Maler, der bisher den Kaiser dargestellt hat, und trotz der ruhigen Haltung hoheitsvoller als in den absichtsvoll gewählten Stellungen manches anderen Kaiser-Bildnisses, das wir in den letzten Jahren gesehen haben. Außerordentlich wirkungsvoll ist die Beleuchtung, die Gewitterstimmung, aus der die weiße Uniform und das von dem silbernen Adlerhelm überragte Haupt des Kaisers hervorschimmern. Der Historiker mag mit dem Maler darüber richten, ob dieser düstere Himmel der rechte Ausdruck für den Sonnenschein ist, der auf die Pfade unseres jugendlichen Kaisers leuchtet. Der Kunsthistoriker, welcher Lenbach's übrige Werke kennt, wird in dieser Beleuchtung keine besondere Absicht des Künstlers vermuten, weil dieselbe dem Maler in fast allen seinen Gemälden längst zur künstlerischen Gewohnheit geworden ist. Sie ist eine Eigentümlichkeit seines Stils, und ob Lenbach die Jugend oder das Alter, den Ernst oder die lachende Lebenslust malt, das schwere, ernste Zwielicht der Umgebung seiner Personen hat in der Hauptsache immer denselben Charakter.



Hofdichter.

Ein merkwürdiger Vorgang hat sich um die Mitte des November 1891 abgespielt. Es wurde ein Stück von Hugo Lubliner gegeben: „Der kommende Tag" eines jener Stücke, in denen die soziale Frage sich wiederspiegelt. Der Kaiser hatte bereits der Einstudierung des Dramas seine Aufmerksamkeit zugewandt, ganz wie es bei Wildenbruch's „Neuem Herrn" geschehen war. Während der Aufführung nun wurde der Verfasser in die kaiserliche Loge beschieden und hier begann der Kaiser in Gegenwart seiner Gemahlin und seiner Schwester, der Erbprinzessin von Meiningen, ein angeregtes Gespräch mit Herrn Lubliner über sozialpolitische Fragen. Die Pause mußte verlängert werden, bis der Kaiser den Verfasser entlassen hatte, von dem er sich mit einem kräftigen Händedruck verabschiedete. Nach den übereinstimmenden Berichten der Berliner Blätter hat man es mit einer gutgemeinten, aber künstlerisch unzulänglichen Arbeit zu

thun, die wieder einmal wie Wildenbruch's „Haubenlerche" und wie Fulda's „Verlorenes Paradies" den Versuch unternimmt, den Weg zu zeigen, auf dem wenigstens ein Teil des ersehnten Friedens verwirklicht werden könnte. Es ist eine ganz specielle Forderung, die Lubliner in seinem Drama formuliert. Er will zeigen, wie viel kostbare Kräfte des Volkslebens ungenutzt verloren gehen, weil das gewerbliche Unterrichtswesen nicht so ausgebildet ist, wie es sein könnte. Er will eine Individualisierung dieses Unterrichts derart, daß jedem lernbegierigen Arbeiter die Möglichkeit gegeben werde, sich entsprechend seinen Fähigkeiten auszubilden. Vielleicht war die Aufgabe dramatisch überhaupt nicht zu lösen, vielleicht mißlang sie gerade nur der geringeren Kraft Lubliners. Es hat seinen großen Reiz, auch in diesem Falle zu beobachten, wie impulsiv der Kaiser die Arbeiterfrage als Gesamtheit auf sich wirken läßt und seinerseits auf sie zu wirken bestrebt ist. Als charakteristischer Beitrag zur Erkenntnis der Wesenseigentümlichkeit des Kaisers hat diese Episode aus dem Berliner Schauspielhause einen nicht geringen Wert. Eine Fülle von Ideen strömt auf ihn ein und von ihm aus, und mit überraschend schneller Verarbeitung des aufgenommenen Stoffes befruchtet der Kaiser die Welt seiner Pflichten und Rechte, wie er sie auffaßt.

„Es soll der Sänger mit dem König geh'n,
Denn beide stehen auf der Menschheit Höh'n."

Die Erfüllung dieses Ausspruches unseres großen Dichters zeigt sich in dem Verhältnis Kaiser Wilhelms II.

zu Ernst von Wildenbruch, dem Schöpfer so herrlicher lyrischer und dramatischer Dichtungen, deren Wert für uns Deutsche durch die hohe patriotische Begeisterung, welche dieselben durchweht, gekrönt wird. Ernst von Wildenbruch ist als Sohn eines preußischen Generalkonsuls am 9. Februar 1845 geboren und zwar zu Bairut in Syrien. Später kehrte der Vater nach Deutschland zurück und brachte seinen Sohn in das Potsdamer Kadettenkorps. Wildenbruch machte den Krieg von 1866 mit, nahm dann seinen Abschied und studierte die Rechte in Berlin. Er widmete sich der diplomatischen Laufbahn, arbeitete seit 1877 im Auswärtigen Amte und ist seit 1889 Legationsrat. Früh machte sich sein poetisches Talent bemerkbar. Schon aus den siebziger Jahren stammen viele dichterische Gaben von ihm, die seinen Ruf weit verbreiteten, bis derselbe in seinen vaterländischen Dramen die schönste Krönung fand.

Ein wunderbarer Zusammenklang der Ideen und Anschauungen begegnet sich beim Kaiser und dem Dichter. Was Kaiser Wilhelm als höchste Aufgabe des ihm von Gott gegebenen Berufes ansieht, was ihn wie im Adlerfluge hoch über Meinungen und Parteileidenschaften hinwegführt, das tönt als Resonnanz in der klangvollen Sprache der Wildenbruch'schen Dichtungen wider. Der Kaiser und der Dichter, beide sind von denselben Idealen beseelt und es kann daher nicht Wunder nehmen, daß sie sich gefunden und der Dichter sich der höchsten kaiserlichen Anerkennung erfreut.

Dies ist bei verschiedenen Gelegenheiten auch in die Öffentlichkeit getreten. So ordnete Kaiser Wilhelm an, daß an seinem Geburtstage, dem 27. Januar 1889, dem ersten, welchen er als Herrscher auf dem Throne beging, das Schauspiel „Die Quitzows“ im Opernhause zur Darstellung kommen sollte und zwar für die Schuljugend Berlins. Wir haben von dieser denkwürdigen Aufführung in den verschiedensten Blättern Darstellungen erhalten, deren übereinstimmendes Urteil dahin geht, daß es ein wirklich denkwürdiges Schauspiel im Schauspiele gewesen ist, und von unverlöschlichem Eindruck für Alle, jung und alt, die dabei anwesend gewesen sind. Wohl an 1300 Kinder füllten alle Zuschauerräume des herrlichen Opernhauses. Viele, ja die meisten sahen diese Prachträume zum ersten Male, die Kinder, Knaben und Mädchen, waren allen Schulen Berlins, den Gemeinde- und höheren Töchterschulen, den Realschulen wie den Gymnasien, entnommen.

Vornan im Parquet die kleinen Mädchen, im ersten Range die „Höheren Töchter“, die Knaben in den Logenreihen, die Größeren immer höher hinauf, ganz oben die Sekundaner und Primaner. Höchste Spannung auf allen Gesichtern. Die Lehrer und Lehrerinnen in den Schulen hatten dafür gesorgt, daß auch den jüngeren Schülern das historische Verständnis des Schauspiels nicht abgehe, sie wußten alle, wie in den früheren Jahrhunderten die Mark Brandenburg ein öder sandiger Fleck Landes gewesen ist, von dem raubsüchtigen Adel verwüstet und aus-

gesogen und wie da gleich einem Blitzstrahl der erste Hohenzoller dazwischen gefahren, der Raubritter Quitzow gedemütigt, die „Faule Grete", die große dicke Kanone, vor seiner Burg aufgefahren wurde und die Mauern zerstörte. Und das alles spielt sich nun vor ihren erstaunten Augen und entzückten Blicken dort auf der Bühne ab, sie hören Ernst von Wildenbruchs herrliche Sprache und verstehen sie. Hat er es doch sogar fertig gebracht, den eigentümlichen Berliner Jargon in der Figur des köstlichen „Köhne Finke" einen beredten Ausdruck zu verleihen, so daß alles dadurch dem Verständnis noch viel näher gerückt erscheint. In den Herzen der Jugend, die die Quitzows im Opernhause an jenem Kaisergeburtstage aufgeführt sah, wird die Liebe zum Hohenzollernstamme, zum großen deutschen Vaterlande und Kaiserhause sicherlich feste Wurzel gefaßt haben und zu einem schönen, fruchttragenden Baume emporwachsen. Auch die prächtigen äußeren Eindrücke trugen nicht wenig dazu bei, die glänzenden Bilder für immerdar in den Seelen zu befestigen. Da sah man in einer Proscenium-loge die beiden Söhne des Prinz-Regenten von Braunschweig, Prinz Albrechts, blühende Knaben in der Gardeuniform, wie sie mit leuchtenden Augen den Bühnenvorgängen folgten. Da stand zwischen vielen anderen distinguierten, ordengeschmückten Herren der Minister von Goßler mit dem breiten gelben Bande des hohen Adlerordens geschmückt, der Schutzherr der Schulen und der Künste, da saß in einer Loge der Dichter selbst, der das herrliche Stück geschrieben,

neben ihm seine Gemahlin, eine Enkelin Karl Maria v. Webers, des Freischütz-Schöpfers. Wer wird je diese Bilder vergessen. Und nun, nachdem die erste Schüchternheit überwunden, das Beifallrufen und Klatschen und dann zuletzt der Gesang der National-hymne, des „Heil Dir im Siegerkranz" aus 1300 jugendlichen Kehlen! Ein schöner Dank der jungen Herzen an Kaiser Wilhelm für diesen denkwürdigen, genußreichen Abend!

Den „Quitzows" folgte bald ein neues Drama „Der Generalfeldobrist", dessen Sujet gleichfalls der preußischen Geschichte entnommen ist. Darauf erschien im Anfang des Jahres 1891 „Der neue Herr", dessen Aufführung allseitig mit großer Spannung entgegengesehen wurde. Man erfuhr, daß Kaiser Wilhelm sich persönlich sehr dafür interessiere. Derselbe wohnte sowohl der ersten Leseprobe, als auch den nachfolgenden Theaterproben bei. Am 9. Februar wurde das neue Stück auf „Allerhöchsten Befehl" im königlichen Schauspielhause aufgeführt. Der Kaiser mit der ganzen kaiserlichen Familie waren bei der Aufführung, die sich bis gegen Mitternacht ausdehnte, anwesend. Der Dichter erntete großen Beifall, der hauptsächlich der großen Bühnenwirksamkeit der verschiedenen Scenen galt, während der künstlerische Wert des Stückes von der Kritik weniger hochgehalten wird. Der Kaiser ehrte den Dichter während der Vorstellung durch Überreichung des Roten Adlerordens vierter Klasse. Auch dem Oberregisseur, Herrn Grube, ließ er eine Busennadel mit dem kaiserlichen Namenszuge und der

Kaiserkrone in Brillanten und Rubinen überreichen, sowie den Schauspielern Herren Markowski und Arndt Manschettenknöpfe mit dem kaiserlichen Namenszuge. Das ganze Haus war von einem überaus glänzenden Publikum gefüllt. Auch der Reichskanzler war — eine seltene Ausnahme — anwesend. Hatte doch eine übereifrige Fama von der neuen Dichtung allerlei von pikanten Beziehungen zur Zeitgeschichte ausgesprüht. Sie hatte, wie gewöhnlich, übertrieben, die indiscrete Neugier wurde nicht befriedigt. Auch der Kunstgenuß war nur ein bedingter, trotz der geräuschvollsten Lebhaftigkeit des Beifalls, welcher einzelnen Actschlüssen folgte. „Was Wildenbruch in dem neuen Schauspiel geschaffen, eignet sich vortrefflich für Aufführungen an patriotischen Gedenktagen, zu Stiftungsfesten von Kriegervereinen und ähnlichen Anlässen. Aber die keusche und strenge Muse pflegt nicht dergleichen in das goldene Buch der Literaturgeschichte zu heften. Tendenzdichtungen dieser Art verdienen gewiß die Anerkennung, welche edle, warmherzige Begeisterung für nationales Leben und Streben zu empfangen pflegt, der Orden der Ritter vom Geiste bleibt ihnen versagt.“ So sprach sich eine gewiegte Kritik aus.

Der „neue Herr“, den uns das Schauspiel in sieben lose an einander gereihten Bildern vorführt, ist Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst. Gewiß ist die wunderbare Befruchtung des märkischen Landes durch den schöpferischen Genius dieses jungen Fürsten ein reizvoller Vorwurf für den Poeten. Ein Fürst

ohne Land, mit einem Stecken und einer Schleuder, trat Kurfürst Friedrich Wilhelm ein in das geschändete deutsche Leben. Die matten Hände seines Vaters waren nicht stark genug, das kleine Staatsschiff durch den brausenden Wetterstrom des Krieges zu steuern. Aus armseligen Trümmern schuf der junge Fürst die Grundsteine einer neuen Großmacht und zum ersten Male wehte der frische Luftzug des bewußten politischen Willens durch die verwüsteten brandenburgischen Lande und straff und kräftig ward jede Muskel des Volks zur Arbeit angespannt. Dieses große Schauspiel der Geschichte wollte Wildenbruch in sein Drama fassen, es ist ihm — sagen wir es frei — nur stückweise gelungen. In zwei Bildern atmet der Geist der Geschichte ohne Gleichen, hier krönt des Dichters Wollen ein fast vollkommenes Gelingen — es sind die Scenen, da der Kurfürst über Schwarzenberg, den allmächtigen Minister seines Vaters, fürchterliche Musterung hält. Sonst geht die Schöpfung wenig über das Mittelmaß politisch dargestellter historischer Scenen hinaus, viel Lärm und Phrasen, oft zu viele Worte. Unsern Kaiser, der wie bekannt, ein schwärmerischer Verehrer seines großen Ahnen, des Kurfürsten Friedrich Wilhelm ist, hat sicher auch diese Gestalt, die ja den Brenn- und Mittelpunkt des Schauspiels bildet, so mächtig angezogen. Nach den Regeln der Kunst ist Friedrich Wilhelm nun zwar kein dramatischer Held, in ihm ist alles trotz seiner großen Jugend schon fertig abgeschlossen, krystallen klar und wahr steht sein Bild vor uns, da

ist keine Leidenschaft, durch die das Verhängnis ihn ergreift und zu Grunde gehen läßt. Eher läßt sich das von seinem Jugendfreunde Rochow sagen, der mit seinem Tode seine Verstocktheit wohl büßt. Was aber auch in diesem Schauspiel webt und lebt, das ist der Flügelschlag des erwachenden königlichen Aars und der jungen, neugeborenen Nationalität, der gegenseitigen Treue und Hingabe zwischen Fürst und Volk, und dieser Wert wird bei manchen Mängeln dem „Neuen Herrn" Wildenbruchs gutzuschreiben sein.

In der Reihe seiner hervorragendsten Ahnen führte der Kaiser bei mehreren Anlässen den Großen Kurfürsten an, welcher am 1. Dezember 1640 die Regierung in Brandenburg angetreten. 250 Jahre nachher, am 1. Dezember 1890, war Berlin beflaggt, große Parade unter den Linden, Ansprache des Kaisers vor dem Denkmal des Großen Kurfürsten und Armeebefehl. Bei dem Festmahl, das im Weißen Saale des Schlosses stattfand, hielt der Kaiser eine Rede.

Der Herrscher sagte u. a. von seinem Ahnherrn:

„Er trieb Politik im großen Stile, weit ausschauend, wie man sie jetzt treibt, und das, was Er damals grundlegend für uns gethan hat, das ist die Basis geworden, auf der unser Reich auferstanden ist."

Ferner sagte er von dem leitenden Minister Georg Wilhelms: Der große Staatsmann, der seinem (des Großen Kurfürsten) Vater gedient, er hatte für sich gearbeitet, und dem jungen Herrn lag es ob, allein einen neuen Weg für sich einzuschlagen."

Der große Staatsmann, von dem der Kaiser sprach, ist Adam, Graf zu Schwarzenberg, der in der St. Nikolai-Kirche zu Spandau beerdigt ist. Seine Grabschrift lautet wie folgt:

„Anno 1641, den 4. Monat ist weiland der hochwürdige, hochwohlgeborene Herr Adam, Graf zu Schwarzenberg, des ritterlichen St. Johanniterordens in der Mark, Sachsen, Pommern und Wenden Meister, Herr zu Hohenlandsberg und Gimborn, Churfürstlich Brandenburgischer Statthalter in der Churmark, Geheimer Rath und Oberkammerherr auf der Vestung Spandow, in Gott selig entschlafen und hier in dieser Kirche beigesetzet. R. I. P.“

Schwarzenberg, 1587 geboren, bis 1607 Rat des Herzogs von Jülich, wurde von Georg Wilhelm nach Berlin berufen und übte hier bald eine so unumschränkte Gewalt, daß neben diesem Hausmeier der Kurfürst nur als Schattenherrscher erschien. Sein Einfluß war ein unheilvoller. Minister eines protestantischen Fürsten, war er der Todfeind Gustav Adolphs, der von ihm sagte: „Dieser Tiger bringt alles Elend über seinen Herrn. Die Brandenburger sollten den Grafen sequestrieren, oder ihm den Hals entzweischlagen.“ Während er die Bürger mit den willkürlichsten Steuern brandschatzte und sein „Pfandwagen“ durch die Straßen Berlins rollte, umringt von Scharen händeringender Weiber und Kinder, bereicherte er sich selbst in schamlosester Weise. Er trieb Wuchergeschäfte mit dem Kurfürsten, den Beamten, den Soldaten und erwarb Unmassen liegender Gründe.

Der Haß des Volkes war gegen ihn ohnmächtig, denn jeder Ausdruck der Unzufriedenheit wurde drakonisch geahndet. Die Verhältnisse änderten sich, als Friedrich Wilhelm den Thron bestieg. Der neue Herrscher ließ dem allgewaltigen Minister bald nach seinem Regierungsantritte alle Vollmachten abfordern und verfügte im März 1641 Schwarzenberg's Verhaftung. Schon vorher hatte sich der Minister indessen von seinem Hause, Brüderstraße Nr. 1, heimlich nach Spandau geflüchtet, dessen Kommandanten, Moritz von Rochow, nebst Besatzung er zum Treueide an den österreichischen Kaiser veranlaßt hatte, wie er ähnlich alle Festungen der Mark thatsächlich dem Kaiser in die Hände spielte. Im Februar 1641 erhielt Schwarzenberg einen Brief aus Regensburg, der ihn warnte. Er verbrannte eine große Menge Papiere, da der Kurfürst eine Untersuchung seiner Amtsführung angeordnet hatte. Ehe es indessen zu derselben kam, starb Schwarzenberg am 24. März 1641 am Herzschlag. Im Volke ging das Gerücht, das sich lange erhalten hat, der strenge Kurfürst habe den Frevler im Spandauer Forst bei Fackellicht enthaupten lassen. Friedrich der Große ließ zu wiederholten Malen die Gruft öffnen und die Leiche untersuchen, wobei sich ergab, daß jenes Gerücht unbegründet war.

Die Worte des Kaisers über den genannten Staatsmann wurden vielfach so ausgelegt, als ob der Kaiser den Grafen Schwarzenberg mit dem Fürsten Bismarck in Vergleich habe stellen wollen. Ein freisinniges Blatt bemerkte:

„Diese zutreffende Hinweisung auf die Vergangenheit ist von der öffentlichen Meinung gleichzeitig als ein scharfes Epigramm auf die Gegenwart gedeutet worden.“

„Das ist nicht wahr, wurde dagegen von einem Verteidiger des Kaisers erwidert, sogar die bloße tendenziöse Betonung des citierten Satzes aus der Kaiserlichen Rede hat selbst in der deutsch-freisinnigen Presse nur wenig Nachahmung gefunden. Aber da sich nun der von ebenso fanatischem wie kleinlichem Haß eingegebene Vergleich des Begründers des deutschen Reiches mit einem unfähigen, unehrlichen — und Gewißheit darüber besteht nicht — wahrscheinlich verräterischen Minister in dürren Worten unter Berufung auf den Kaiser hervorwagt, so würden wir es für schmachvoll halten, wenn in der deutschen Presse dazu geschwiegen würde. Es ist nicht der Schatten einer Berechtigung vorhanden, dem Kaiser diesen Vergleich unterzuschieben; für einen unbefangenen Leser ergiebt der citierte Satz, falls er überhaupt eine Parallele mit der Gegenwart enthalten soll, nur, daß der Kaiser andeuten wollte, er müsse ebenso wie der Große Kurfürst bei seinem Regierungsantritt, in jungen Jahren, seinen eignen Weg einschlagen. Der Vergleich des Grafen Adam Schwarzenberg mit dem Fürsten Bismarck ist das geistige Eigentum derer, welche ihn in der Presse anstellen, und kein beneidenswertes. Graf Schwarzenberg war als Minister in erster Reihe auf seine Bereicherung bedacht, und er hat unter dem Vorgänger des Großen Kurfürsten durch eine feige

Politik der Neutralität während des 30jährigen Krieges Brandenburg auf die tiefste Stufe der Bedeutungslosigkeit heruntergebracht. Daß Fürst Bismarck Schleswig-Holstein mit Preußen, Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche vereinigt, dieses und die Kaiserwürde der preußischen Könige begründet hat, wird ein halbes Jahr nach seinem Rücktritte im preußischen und deutschen Volke wohl noch nicht vergessen sein. Wenn er sich angeblich einen Fideicommiß-Stempel schenken ließ, so mag man bedauern, daß ein großer Mann in kleinen Dingen kleinlich war, seiner Größe, seiner weltgeschichtlichen Bedeutung und seinem Anspruch auf den Dank des deutschen Volkes thut es so wenig Eintrag, wie etwa der Ruhm Hardenbergs dessen kleinliche Geldgeschichten. Sie sind vergessen, aber Hardenberg lebt in der Geschichte weiter als einer der Erneuerer Preußens nach dem Frieden von Tilsit, als einer der leitenden Staatsmänner der Befreiungskriege. So wird es auch mit Bismarck gehen."

Die Fideicommiß-Angelegenheit verhielt sich nun zwar anders, als der Verteidiger des Kaisers und Bismarcks es andeutete. Indessen es war doch immer ein dankbares Gemüt, das aus diesen Worten sprach. Nur vielen Beifall fanden diese nicht. Es war das bezeichnend, weniger für die Stimmung der deutschen Nation gegen Bismarck, als für die verbreitete Meinung, der Monarch könne eine solche Parallele zwischen Bismarck und Schwarzenberg ziehen.

Im Februar 1892 machte Wildenbruch's neueste Schöpfung, „Das heilige Lachen", viel Aufsehen,

allerdings für den Dichter kaum ein vorteilhaftes. Obwohl vom Kaiser protegiert, wurde das Stück von der Kritik ziemlich schonungslos zerpflückt. Mit demselben brachte man gleichwohl die vom Kaiser beim Bankett des Brandenburgischen Provinziallandtages am 24. Februar gehaltene Rede in Verbindung. In dieser wurden die Gegner des heutigen Regierungssystems, deren Opposition von dem Kaiser im Jahre zuvor als Ungehorsam bezeichnet war, und die gerade in den letzten Wochen einen äußerst leidenschaftlichen Feldzug gegen das Volksschulgesetz eröffnet hatten, Nörgler und Verhetzer genannt, die besser thäten, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln und sich unseren „elenden und jammervollen Zuständen“ zu entziehen. Der Kaiser verhieß: „Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe Ich Euch noch entgegen.“ Wir sollen nur durch kein mißvergnügtes Parteigerede unseren Blick in die Zukunft verdunkeln lassen. „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert.“

Die Rede des Kaisers war jedenfalls eine Klärung der verwirrten Situation, in der wir uns befanden. Man hatte in den letzten Tagen viel nach der persönlichen Stellung gefragt, welche der Monarch zu dem Volksschulgesetzentwurf einnähme. Gegenüber der Version, daß der Kaiser lebhaft das Zustandekommen des Schulgesetzes unter Zustimmung der Nationalliberalen und der Freikonservativen wünsche, wurde als die eigentümlichste Wahrnehmung der letzten Woche die Thatsache hervorgehoben, daß der Kaiser an den

beiden parlamentarischen Abenden, an welchen er Teil genommen hat, zuerst bei Herrn von Boetticher, dann bei Herrn Miquel, das Volksschulgesetz in der That mit keiner Silbe erwähnt hatte. An beiden Abenden hat sich der Monarch in mehrstündiger animierter Unterhaltung bewegt, welche sich namentlich an letzterem auch auf die verschiedensten politischen Themata erstreckte. Die auffallende Ignorierung der brennendsten Tagesfrage wurde dahin gedeutet, daß der Kaiser sich der Einflußnahme auf dieselbe enthalte, aber daß er sich in dieser Frage nicht engagieren wollte. Man sah sich also von dieser Seite her in den Beratungen über das schließliche Schicksal der Schulgesetzfrage vor das Ungewisse gestellt. Nunmehr hat der Monarch, ohne das Wort „Schulgesetz" in seiner Rede zu erwähnen, doch sicherlich vorzugsweise mit Bezug darauf unumwunden sich dahin geäußert: „Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert."

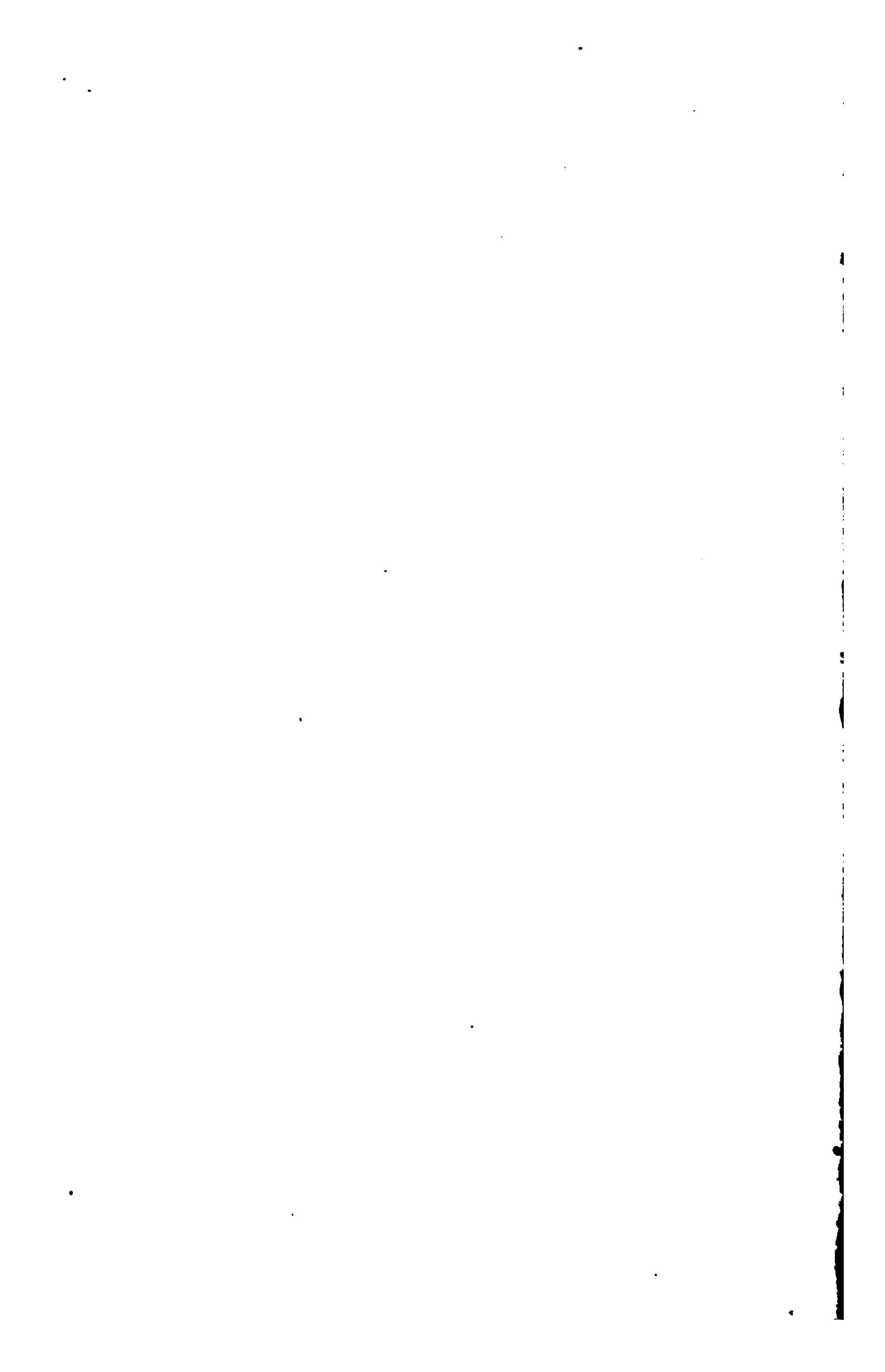
Der tiefe Eindruck, den diese Worte fast allenthalben in der deutschen Nation machten, war ein solcher, daß die offiziösen Federn sich beeilten, der Ansprache des Kaisers eine andere Deutung zu geben, als sie allgemein gefunden. Der Geist des Pessimismus, so wurde gesagt, habe neuerdings die Oberhand gewonnen und die Freude am Nörgeln und Mäkeln sei größer, als der Genuß und die Freude am positiven Schaffen. „Das heilige Lachen" von Ernst von Wildenbruch stelle diesen Kampf zwischen dem modernen Pessimismus und Optimismus allegorisch dar. Der Kaiser habe sich für dieses Stück lebhaft

interessiert, der Aufführung beigewohnt, dem Dichter seine Übereinstimmung bekannt und lediglich dessen Gedanken in seiner Bankettrede wiedergegeben. Man würde die Rede richtiger würdigen, wenn man in sie nicht den Gedanken an diese oder jene Partei; an diese oder jene Regierungsmaßregel hineinlege. Wogegen sich der Kaiser kehre, das sei der Pessimismus als solcher, die an keine Fraktion gebundene und aus Mitgliedern aller Fraktionen zusammengesetzte Partei der Pessimisten, die der inneren Kraft des Reiches zu wenig vertraut und trübe in die Zukunft blickt.

Ist diese Interpretation begründet, so streift die Kritik, die das „heilige Lachen" allgemein gefunden, beinahe an Hochverrat, wenn z. B. noch nach der Rede des Kaisers die konservative „Post" folgenden Schmerzensschrei aus ihrem Leserkreise veröffentlichte: „Nach langjähriger Abwesenheit zum ersten Male wieder in Berlin, kann ich nicht umhin, den Eindruck, welchen mir der Besuch des „heiligen Lachens" im königlichen Schauspielhause hinterlassen hat, auszusprechen. Sonst besuchte man dieses Theater, sicher, ein gediegenes Stück, gut gespielt, wenn auch von alten, darum aber anheimelnden Darstellern zu sehen — in dieser Erwartung wurde ich jedoch getäuscht. — Ich sah dagegen ein Stück, halb Ballet, Feerie, Singspiel, halb forcierter Humor, flache Allegorie und schlüpfrige Tendenzreden! Ich und meine Nachbarn sahen das Stück mit steigendem Mißbehagen, ja geradezu Widerwillen, während am Ende jedes Bildes eine Claque stürmisch applaudierte und das

schüchterne, aber sicher spontane Zischen erfolgreich übertönte. Wir gingen mit dem Gefühl aufrichtigen Bedauerns, daß solche grobe Rollen gebildeten Schauspielern zugemutet werden. Die prachtvolle Ausstattung und glänzende Scenerie sollte in einem Ballet im Opernhause, oder besser in einem Privattheater Verwendung finden; im königlichen Schauspielhause ist sie nicht am Platz."







Inhalt.



